

17°C
Zeitschrift für den Rest
Nummer 13
November/Dezember/
Januar 1996/97
DM 7,50
ÖS 55,– SFr. 7,50
Lire 10000,– hfl 9,50

MORS CERTA, NORA INCERTA

In der Regel gab und gibt es an dieser Stelle keinerlei Details der organisatorischen, personellen oder mentalen Situation dieser Redaktion. Nicht nur, aber auch, weil wir unserer LeserINNenschaft ermüdende Einzelheiten oder das sonst übliche Geweine über die Schwierigkeiten einer derartigen Freizeitgestaltung nicht zumuten möchten. Obwohl wir uns einer relativen personellen Kontinuität erfreuen, hat es natürlich im Laufe der Jahre Ab- und Zuwanderungen gegeben. Bisher haben wir diese weder erwähnt noch kommentiert. An dieser Stelle wollen wir – weil wir so etwas generell lieben – aus diesem Schema ausbrechen und einige Dinge klarstellen, die, hätten wir es bei der zugrunde liegenden Auseinandersetzung nicht mit Größenwahn und Selbstüberschätzung zu tun, uns nach dem Editorial der letzten Ausgabe keine weitere Zeile wert gewesen wäre.

„Die Zeitschrift 17°C wird es so wie bisher nicht mehr geben." Dies versprach die hannoversche Zeitschrift *spezial* in dem Inhaltsverzeichnis ihrer letzten, erstmalig im Buchformat und damit in direkter Konkurrenz zu *Beute, 1999, Silsia, Z.* usw., usf. publizierten Ausgabe (Verkaufspreis DM 16,–) und kündigte ein „Gespräch mit Redakteur/innen, die das Heft (die 17°C, d. Red.) konzipierten" an. Jene also, die mit Bezug auf dieses „Gespräch" in der neuesten Ausgabe der *Beute* als „ein paar Männer aus dem Hamburger Schanzenviertel (...) unter der Führung von Günther Jacob" beschrieben werden, erwecken mit dieser unscheinbaren Einleitung nicht nur den Eindruck, hier hätte tatsächlich ein Gespräch stattgefunden (was journalistisch zu verschmerzen wäre), sondern präsentieren sich gleichzeitig als die eigentlichen Masterminds der Geschichte und Gegenwart dieser Zeitschrift, die von diesen quasi im Alleingang inhaltlich und konzeptionell gestaltet worden wäre. Diese zur Schau gestellte Überheblich- und Unredlichkeit wird auch nicht dadurch gemildert, daß in der Einleitung dieses „Gesprächs" nur noch von „Redakteur/innen, die die 17°C wesentlich geprägt" haben, die Rede ist. Daß wir mit Teilen dieses Interviews inhaltlich nicht übereinstimmen, ist dabei für uns kein Problem. Die 17°C war und ist ein Projekt, bei dem sehr unterschiedliche Meinungen, Interpretationen und Vorlieben unter konstruktiver Auseinandersetzung aufeinander trafen und -treffen. Auch, daß ehemalige Redakteure sich als solche zu Wort melden, ist eher erfreulich. Unerfreulich jedoch ist der Gestus jener eitlen Besserwisserei und Selbstbelobigung, der das gesamte „Gespräch" durchzieht, der nicht nur ihren Anteil an dieser Zeitschrift in eine fast mythische Sphäre hebt, sondern gleichzeitig diverse Publikationsprojekte des linksradikalen Spektrums abkanzelt.

Fakt ist, daß Günther Jacob und einige andere tatsächlich nicht mehr Teil dieser Redaktion sind. Fakt ist weiter, daß jene relativ spät zur 17°C gestoßenen natürlich Inhalt und Erscheinungsbild mitbestimmt haben. Auf die Einzelheiten dieser nicht in tiefer Harmonie vollzogenen Trennung wollen wir (aus eben jenen Gründen, die zu Beginn bereits erwähnt wurden) nicht weiter eingehen. Trotzdem: die 17°C war, ist und bleibt Ausdruck kollektiver redaktioneller Auseinandersetzung, Diskussion und praktischer Arbeit (und gleichzeitig wachsender Zusammenarbeit mit einem Umfeld von AutorINNen und anderen, die uns dabei unterstützen).

All das wäre tatsächlich nach wie vor langweiliges internes Hauen + Stechen, hätten nicht andere Publikationen jenes „Interview" zur Grundlage genommen, um alte Rechnungen zu begleichen und in diesem Zusammenhang die Nr. 12 der 17°C zu rezensieren.

Die *spex* beispielsweise war völlig verwirrt, nahm die Humoranflüge des Spezial-„Gesprächs" bezüglich des Ausscheidens der Gruppe um G.J. (Losverfahren) für bare Münze und begann ihre Kurzrezension mit dem denkwürdigen Satz: „Die 'Restlinke' sind immer die anderen". Wo sie diesen als Vorwurf gemeinten Schmunzler her haben, wissen sie wahrscheinlich selbst nicht. Ganz sicher sind sie sich aber dennoch, daß in der *spezial* die 17°C spricht und alles irgendwie zusammengehört, was jemals kritisch an die spex heran und über die normale Ich-verstehe-Eure-Sprache-nicht-Kritik hinausging. Stefan Ripplinger machte sich in der *jungen welt* nicht einmal die Mühe die Artikel der Nr. 12 als solche zu begreifen, sondern kann lediglich feststellen, „die neue (sic.!) 17°-Redaktion bringt fast ausschließlich Fotografien." (jw Nr.168). Daß er bei dieser Einschätzung unter der Subheadline „Ein Überblick für Jacob-Einsteiger" in der Linken gängige Vorstellungen von der Formhaftigkeit inhaltlicher Aussagen nur wiederholt, ist ihm dabei wahrscheinlich nicht bewußt, vielleicht auch egal. Die Sichtweise, daß die Nr. 12 keine bloße Ansammlung von Fotografien ist (oder eine „spannende Mogelpackung", wie die ZAG in ihrer neuen Nummer schreibt), sondern die einzelnen Artikel in jeweils eigener Form unter einem gemeinsamen grafischen Konzept inhaltliche Aussagen auf ungewohnte Weise transportieren, wurde erwartungsgemäß von der traditionellen Linken unter dem zu-

sammenfassenden Motto „Das Wort ist das Medium – das Bild ist Beiwerk" abgelehnt, von anderen Szenen dagegen – auch das nicht unbedingt überraschend – mit viel Interesse und positiver Kritik begrüßt. Wenn auch in relativ kleinem Rahmen, so offenbarten sich an dieser Nummer doch die Probleme, die die Rest-Linke, auch die antinationale, mit Aussagen und Statements hat, die in ästhetische Konzepte integriert sind und provozierende Beziehungen zwischen Form und Inhalt aufzubauen versuchen. Hieran läßt sich sehr wohl erkennen, warum Begriffe wie „Kunst", „Kultur" u.ä. immer noch als quasi außerpolitische Terrains betrachtet werden. Daß dabei Fotografien und deren Anordnung in einem Medium „Zeitschrift" eine andere Sprache sprechen als reiner Text, führt zum verbreiteten Irrtum, aus diesem Grund könne es für Linke befriedigende politische Aussagen ausschließlich in Textform geben. Gleichzeitig gehen Diskussionen über Fotografie-Konzepte, über Fotos allgemein und an sich, über unterscheidliche Arbeitsweisen des „Bildermachens", über Aussagefähigkeit und Grenzen des Mediums, über die technische Entwicklung an diesem Spektrum weitgehend vorbei. Wie bei anderen Themenkomplexen (Musik in erster Linie) übrigens auch, deren ästhetisches Surrounding als so schwer zu knacken erscheint, daß entweder keine inhaltlichen Aussagen vermutet werden oder die Attitüden und Codes als für diese Szene undechiffrierbar wahrgenommen werden bzw. zu der von



uns oft kritisierten Vereinnahmung durch linke Politikreduktionisten führt.
Die *Beute* reagiert in ihrer neuen Ausgabe ausgesprochen allergisch auf den spezial-Artikel und läßt es sich bei dieser Gelegenheit nicht nehmen, auch die 17°C zu rügen. G.J. einen Stalinisten zu nennen, mag dabei noch als verunglückte Retourkutsche für erlittene permanente Sticheleien durchgehen, wenn sich auch an dieser Stelle bereits eine leichte Begriffsverwirrung andeutet. Die Erwähnung der *konkret* im Reigen der „Geschwätz" ausstreuenden Beute-Kritiker erinnert noch einmal an die marktschreierische Einführung der *Beute* als dem linken Zeitschriften-Projekt schlechthin, das aufräumt mit den anderen antiquierten Publikationen linksradikalen Zuschnitts. Etwas überraschend ist dann allerdings ihre Aussage „solche Anwürfe gegen die Beute sind nicht neu, sondern wurden in unregelmäßiger Erscheinungsweise von der 17°C-Redaktion ausgestreut, die sich dann wieder zwecks Anzeigenaustausch an Verlag und Redaktion der Beute ranwanzte." Sich inhaltliche Hakeleien zu liefern, Kritik auch an anderen Zeitschriftenprojekten dort zu leisten, wo sie einem nötig erscheint, auch die ein oder andere Stichelei abzulassen, ist eine Sache. Einen solchen Schwachsinn wider besseren Wissens mittels einer Wortwahl, die die Assoziationskette zu Schmeißfliegen und anderem ekligen Getier herausfordert, zu veröffentlichen, ist zwar selbstentlarvend, bleibt aber dennoch eine Frechheit.
Schließen kann mensch daraus nur, daß weiterhin gilt: Wir machen mit der 17°C antinationale Politik und Ihr, liebe Verantwortliche für diesen Lapsus memoriae, macht die *Beute.*
Neben den erwähnten, mehr oder weniger wichtigen Publikationen, hat auch der Hamburger Verfassungsschutz die Niederträchtigkeit unseres fortwährenden Treibens erkannt und nennt uns in seinem jüngst erschienenen Schaffensbericht für 1995 als Teil einer antinationalen Szene, die für allerlei zumindest verbale Attacken gegen diesen Staat und „das Deutsche an sich" verantwortlich ist. Das allerdings ehrt uns weder, noch ärgert oder empört es uns. *Der Rechte Rand* aus Hannover wiederum reagierte auf unsere letzte Ausgabe, indem er unsere komplette Fußnote zu ihrem Techno-Artikel abdruckte, einen Satzfehler fand und mit einem Ausrufezeichen markierte, einen Begriff nicht kannte und auch markierte und ein Wortspiel nicht verstand (ebenfalls markiert). Gleichzeitig bot der Autor des besagten Artikels über Techno und Nazis eine öffentliche Diskussion mit seinen Kritikern, die zahlreich zu sein scheinen, an. Gerne nehmen wir diese Einladung an und warten auf nähere Informationen über Zeit und Ort.

Frohes Fest, d. Red.

ARBEIT, ARBEIT, ARBEIT

Die Gewerkschaften, ihre Bündnisse für Arbeit und ihre Geschichte

von Heiner Möller

Als Klaus Zwickel, Gewerkschaftschef der IG Metall, Ende 1995 das „Bündnis für Arbeit" vorschlug, war ein positives Schlagwort kreiert, das ein halbes Jahr die Runde machte. Keine PR-Abteilung eines Unternehmens hätte sich das vergleichsweise erfolgreich ausdenken können: seine Modernisierung und Rationalisierung, die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten des variablen Kapitals als positive Entlassungsgründe zu verkaufen. Was als deutsches Modell für mehr Arbeitsplätze die bezahlten Dummköpfe aller Medien begeisterte, war ja nichts weiter als ein Entlassungs-Abfederungsbündnis, die Brücke der Gewerkschaften zur Einstellung auf die für den „Standort" unumgänglichen Anpassungsmaßnahmen.

Schluß mit lustig war dann aber, als es ernster wurde, sprich: das Tempo der erforderlichen Modernisierungs- und Einsparungsmaßnahmen forciert wurde, so daß die gewerkschaftlichen Arbeitsbündler nicht mehr mitkamen, bzw. die Bundesregierung sie im Regen stehen ließ. Mit dem Gesetz zur Einschränkung der Lohnfortzahlung auf 80% hat die Bundesregierung erstmals den Sozial- und Lohnabbau von den aus dem Arbeitsprozeß Ausgegliederten in die Kernbelegschaften der Betriebe getragen. Dort war zwar bislang schon die Welle der Verschlankung für den „Standort" angekommen, jedoch auf die Ebene sozialpartnerschaftlicher Regelung über Tarifverträge, stärker noch betriebliche Einzelverträge, beschränkt. Zu recht haben die Verbände der Unternehmer die gesetzliche Absenkungsregelung der Lohnfortzahlung als Handlungsanleitung begriffen.

Das mußte die Gewerkschaften auf den Plan rufen. Der „heiße Herbst", der mit den Protestaktionen bei Daimler Benz eingeläutet scheint, ist allerdings eine Fiktion, geeignet, der gewerkschaftlich orientierten Linken das Leuchten in die Augen zu treiben und vom (erneut) beginnenden Klassenkampf zu träumen. Dabei geht es darum am allerwenigsten. Während beispielsweise bei Daimler mit dem gewerkschaftlichen Säbel gerasselt wird, wird zeitgleich von der IG Metall BMW gelobt, weil man hier mit der Gewerkschaft verhandele: nur nicht um Lohnsenkung im Krankheitsfall, sondern um Anrechnung der Krankentage auf den Urlaub. Dabei steht auch das im neuen Lohnfortzahlungsgesetz klar und deutlich geschrieben: bei Krankheit entweder die Senkung der Lohnfortzahlung auf 80 Prozent oder die Anrechnung eines Urlaubstages auf fünf Krankheitstage.

Was also ist der Grund plötzlichen gewerkschaftlichen Klassenkampfs? Ganz simpel: am Abbau nicht beteiligt worden zu sein. Das ist für die Gewerkschaften aber keine Kleinigkeit, sondern existenzgefährdend, verlören sie doch das Vertretungsmonopol über die Beschäftigten. Deswegen mobilisieren sie gegen Daimler, nicht aber gegen BMW. Das erstlinig eingesetzte Mobilisierungsmittel ist kein materielles, sondern ein moralisches: die verletzte Ehre des deutschen Arbeiters. Wer die Stellungnahmen von Daimler-Betriebsräten und aus den Belegschaften aufmerksam anhört, wird vor allem eines bemerken können: die tiefe Empörung darüber, daß man nicht gefragt wurde, daß der Konzern, für dessen Wohlergehen man alles gebe, beste Wertarbeit leiste und sich täglich aufopferungsvoll abschufte (was ja durchaus stimmt), nicht vorher mit den Belegschaftsvertretern verhandelt habe.

Insofern hat die derzeitige gewerkschaftliche Mobilisierung einen ernsten Hintergrund: einen Machtkampf. Wer allerdings den „heißen Herbst" erwartet, dürfte enttäuscht werden. Im Kern geht es um das Hinprügeln der mächtigsten Gewerkschaft IG Metall auf einen forcierten Verhandlungskurs zur Absenkung der verschiedenen Lohnbestandteile. So wie jetzt schon allerorten tarifliche und betriebliche Sonderleistungen und Mehrarbeitszuschläge gesenkt, flexibilisiert und angepaßt werden, so soll (und wird) das Tempo und das Ausmaß der Absenkungen beschleunigt werden. Die Gewerkschaften wollen und werden sich dem fügen: vom Lohn über die Lohnfortzahlung und das Weih-

nachts- und Urlaubsgeld wird nichts in den kommenden Tarifverhandlungen ausgelassen werden. Die IG Metall kann aber nicht zulassen, daß sie dabei übergangen und zum Hanswurst gemacht wird, deshalb zeigt sie augenblicklich die Zähne. Was dabei rauskommen wird? Ein etwas zäherer Prozeß mit allerdings vorgezogenen Verhandlungen und weniger Leistungen . Das Mitgefühl der liberalen Presse mit den Hanswürsten, ihr Verweis auf Tarifverhandlungen, impliziert ja immer eines: es muß um weniger und nicht etwa mehr verhandelt werden.

Das „Bündnis für Arbeit", das keinerlei anderen Inhalt hatte, als die Unternehmensrendite zu erhöhen und den Anteil der Beschäftigten daran auf das nötige Maß zu reduzieren, wird nach dem Bündnisgeplänkel 1995 und folgende erst jetzt mit wirklichem Inhalt gefüllt und die Gewerkschaften werden auf Gedeih und Verderb mitspielen (müssen).

Das sollte veranlassen, einen Blick zurück zu werfen. Zurück heißt in diesem Fall die Endphase der Weimarer Republik. Nicht weil von der Endphase der Bundesrepublik Deutschland ausgegangen wird, sondern weil es strukturelle Gemeinsamkeiten im politischen und gewerkschaftlichen Agieren gibt und weil sich bis heute in der Linken hartnäckig das Gerücht hält, daß die Gewerkschaften, stünden sie nur unter richtiger, kämpferischer Führung, Faktor der Gesellschaftsveränderung sein könnten. Warum das nicht so ist, nicht so sein kann, warum dies so wenig vom DGB wie vom ADAC oder der Allianz-Versicherung erwartet werden kann, soll erläutert werden.

Im nachfolgenden Rückblick werden historische Abläufe beschrieben und bewertet, die bislang m.E. völlig falsch gedeutet worden sind. Grundlage hierfür war die falsche Annahme von Gewerkschaften als „Ordnungsfaktor oder Gegenmacht". Doch bereits in der Weimarer Republik stand diese Alternative nicht mehr, wenngleich unstrittig ein erheblich größerer Teil der damaligen Gewerkschaftsmitglieder als heute in der subjektiven Überzeugung von Gewerkschaften als „Gegenmacht" agiert hat.

Aufzuräumen ist auch mit einer hartnäckigen, selbst den antifaschistischen Konsens, mehr aber noch den deutschen Nachkriegskonsens stiftenden Legende: daß die KPD, hätte sie nicht ihre Sozialfaschismusthese und ihre RGO-Politik (1) betrieben, zur Einheit der Arbeiterklasse beitragen und so vielleicht den Nationalsozialismus verhindern können. Die „antifaschistische" Lehre, die daraus und aus der gewerkschaftlichen Aufsplitterung (2) gezogen wurde, die Gründung der bundesdeutschen Einheitsgewerkschaften nach 1945 (3), sind einerseits eine der Fünf-Prozent-Klausel auf der Parlamentsebene vergleichbare Konsequenz, um Splittergewerkschaften zu verhindern, andererseits die Anerkenntnis ihrer staatsintegrativen und den sozialen Konsens sichernden Funktion. Insofern sind die Nachkriegsgewerkschaften quasi die demokratischen Nachfolger der DAF (Deutsche Arbeitsfront) des Nationalsozialismus.

„Burgfrieden" und ZAG

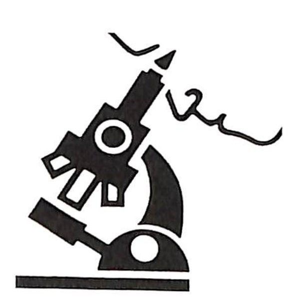
Unabhängig von strategischen Fehlern, Sektierereien und der Feindbestimmung der KPD hatte der Weg der Anpassung des ADGB in der Weimarer Republik nie die Alternative gestellt, durch eine bessere KPD-Politik eine Einheitsfront der Arbeiterklasse zu schaffen. Dieser Weg war mit dem ADGB nicht zu gehen. Als die Nationalsozialisten am 2. Mai die Gewerkschaftshäuser besetzten, die ADGB-Führer verhafteten und die Verbände zerschlugen, war das, was gemeinhin als Arbeiterbewegung galt, und als potentieller Block gegen den Nationalsozialismus gedacht wird, innerlich durch Anpassung an die nationale Entwicklung soweit zersetzt und geschwächt, daß von Gegenmacht nicht mehr geredet werden kann, der Zerschlagung hatten die führenden ADGB-Funktionäre durch rechtzeitige Unterwerfung zu begegnen versucht. Nur in der Trennung der Arbeiter von ihren Gewerkschaften hätte sich Gegenmacht entwickeln können. Eine allerdings weitgehend unsinnige Hypothese, denn jenseits des linksradikalen und KPD-Potentials wäre damit die Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auf den Kopf gestellt: die Organisationsdisziplin genannte Nibelungentreue der Arbeiter zu ihren Organisationen (SPD und Gewerkschaften) ist eine Realität, die nicht einfach weggedacht werden kann. Sie ist das Erbe schlechthin, das die weltgrößte sozialdemokratische Massenpartei des letzten Jahrhunderts, die deutsche, in ihrer Anhängerschaft ungebrochen hinterlassen hatte.

Das „Bündnis für Arbeit" findet sich in der Geschichte am ehesten in der Tradition des „Burgfriedens" wieder, den die sozialdemokratischen Gewerkschaften gleich zu Beginn des Ersten Weltkriegs zum Wohle der Nation und zur Verteidigung des Vaterlandes geschlossen haben. Zwar gab es hierüber keinen Vertrag, wohl aber einen gewerkschaftlichen Beschluß ihrer „Generalkommission" unter Führung Carl Legiens vom 2. August 1914, sich in den Dienst der kriegswirtschaftlichen Erfordernisse zu stellen. Gedankt wurde ihnen dies während der Kriegszeit durch Nichtverbot ihrer Organisationen. Am „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" vom Dezember 1916, das vor allem der Mobilisierung der „inneren Front" und der Rüstungsproduktion diente, wurden die Gewerkschaften aktiv beteiligt und waren damit nach jahrzehntelanger Ächtung staatsanerkannt.

Diese Anerkennung setzte sich bei Kriegsende fort. Bereits im Oktober 1918 wurde im sogenannten „Stinnes-Legien-Abkommen" (4) eine „Zentralarbeitsgemeinschaft" (ZAG) vereinbart, die - paritätisch mit Gewerkschaftern und Unternehmensvertretern besetzt - wirtschaftliche und soziale Fragen der Nachkriegsgesellschaft regeln sollte. Das Weimarer Tarifrecht und das Betriebsrätegesetz von 1920 markierten die Staatsintegration der Gewerkschaften (5). Dieser Integrationsprozeß war nun keineswegs widerspruchsfrei und mußte gegen erhebliche politische Widerstände erkämpft oder erhandelt werden.

Seit 1929: Gewerkschaftlicher Machtverlust

Mit der Wirtschaftskrise seit 1929 gerieten die Mitte der zwanziger Jahre ausgearbeiteten sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Vorstellungen von „Wirtschaftsdemokratie" und „organisiertem Kapitalismus", damit aber auch das staatstragende Selbstverständnis der Gewerkschaften, in die Krise. Auf ihren ureigensten Gebieten der Lohn- und Sozialpolitik gab es nichts mehr zu erhandeln. Wenn noch einmal eine historische Analogie gestattet ist - nicht die Gleichsetzung von Geschehnisabläufen, sondern der Vergleich struktureller Ähnlichkeiten - dann ähnelt die aktuelle Phase gesetzlicher Einsparungen mit dem neuen Lohnfortzahlungsgesetz - also indirekten staatlichen Eingriffs in die Tarifpolitik - am ehesten der Brüning-Phase.



Bereits seit 1928 drängten die Unternehmerverbände auf Senkung der Lohnkosten. In der Krise radikalisierten sich auch die Unternehmerverbände und stellten zunehmend die, wie es in Weimar hieß, „Tariffesseln" in Frage. Unter dem ersten Präsidialkabinett des Zentrumspolitikers Brüning, das seit März 1930 regierte und erstmals im Januar 1931 Notverordnungen erließ, fanden Lohn- und Sozialabbau noch unter Berücksichtigung bzw. Mitsprache der Gewerkschaften statt, die über die Sozialdemokratie mit der Tolerierung Brünings dankten. Der Abbau tariflicher Standards wie die Ein-Mann-Schlichtung und die Außerkraftsetzung des Tarifrechts im Dezember 1931 wurde dadurch kaschiert, daß die sich daraus ergebenden neuen Tarifregelungen unter Einbeziehung der Gewerkschaften vertraglich fixiert wurden.

Dieses demokratische Diktat, das natürlich nur funktionieren konnte, weil die Gewerkschaften mitspielten und die linke Opposition massiv bekämpften, wurde unter der Regierung des Deutschnationalen Franz von Papen und seines „Kabinetts der nationalen Konzentration" seit dem 1. Juni 1932 Makulatur. Mit Notverordnung vom 5. September 1932 wurde dekretiert, daß Unternehmen, die zwischen 5-25% Neueinstellungen vornähmen, den Tariflohn um 10-50% absenken dürfen. Im Falle „wirtschaftlicher Schwierigkeiten" durften sie ohne Neueinstellungen bis zu 20% unter Tarif bleiben.Die Gewerkschaften hatten keine legale Interventionsmöglichkeit. Damit aber waren sie entmachtet, es sei denn sie hätten ihre Rolle völlig neu bestimmt.

Die Konsequenz aus dem gewerkschaftlichen Machtverlust war die Hinwendung der Führung des ADGB zu einer aktiven Arbeitsbeschaffungspolitik und zur „nationalen Bewegung". Der scheinbare Zusammenbruch des Kapitalismus, früher sehnlichst erwartet, löste ganz andere Ängste aus: daß über den Verlust der Arbeit die Arbeiter verlorengehen könnten, nach rechts wie nach links. Fortan verstand man sich, wie der Vorsitzende der Holzarbeitergewerkschaft Fritz Tarnow es 1931 formulierte, als „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus". Eine Öffnung nach links war ausgeschlossen, die Abgrenzung von revolutionären, gar bolschewistischen Vorstellungen war ehernes Gewerkschaftsgesetz. Die Hinwendung zur „nationalen Bewegung" war aufgrund der Tradition schwierig, ideologisch aber einfacher, weil man sich (zu recht) auf die eigene nationale Zuverlässigkeit in Krieg und Nachkriegszeit berufen konnte. Weil die Gewerkschaften eine sozialistische Überwindung des Kapitalismus nicht mehr als Realziel hatten, rückten sie immer stärker in die Rolle des Sachwalters des vermeintlich höchsten Guts des deutschen Arbeiters: nicht mehr nur seiner Arbeitskraft, sondern der Arbeit. Auch das einte mit nationalsozialistischen Vorstellungen.

Die Medizin, die der gewerkschaftliche Arzt verordnete, war die Beschaffung von Arbeit, und zwar deutscher Arbeit. Dabei wurde in besonderer Weise der Staat als Arbeitsbeschaffer gefordert und die Bereitschaft zu autoritären Lösungen deutlich.

Versailles und die Reparationen

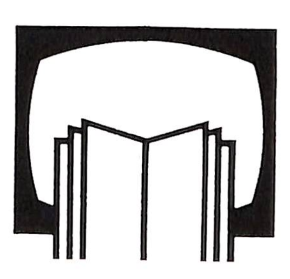
So wie heute nicht der Kapitalismus die Schuld an den veränderten sozialen und Lebensbedingungen der Menschen trägt, sondern ein ominöser Virus namens „Globalisierung" allerorten verantwortlich gemacht wird, war es in der Weimarer Krise der „Versailler Vertrag" von 1919 und die daraus resultierenden Kriegsreparationen. Die verschiedenen zu Lasten der Bevölkerung gehenden Sanierungskonzepte der Präsidialkabinette seit 1930 - die immer auch gleich ihren Strick mitdrehten, indem sie auf die Reparationen als Grund für ihre Sparmaßnahmen verwiesen - wurden daher von der nationalistischen und nationalsozialistischen Opposition dem „Schanddiktat" von Versailles angelastet, die Weimarer Regierenden als „Erfüllungspolitiker" fremder Mächte denunziert.

Erstmals im Oktober 1930 reihte auch der ADGB sich in diese Front mit ein, als er in einer Erklärung vom 13.10.30 die Reparationen für die (Welt-)Wirtschaftskrise verantwortlich machte. Diese Frage führte zum Konflikt mit der SPD. Als der ADGB-Vorsitzende Leipart auf einer Kundgebung zur Gründung der „Eisernen Front" (6) am 16.12.31 das Ende der Reparationen forderte, warf ihm der SPD-Abgeordnete Rudolf Breitscheid inhaltliche Nähe zu den Nationalsozialisten vor. Einer der jungen nationalistischenen ADGB-Funktionäre, Furtwängler (Sekretär der Auslandsabteilung), forderte daraufhin die Absetzung Breitscheids als außenpolitischer Sprecher der SPD. Leipart wiederholte wenige Tage später in einem Interview mit einer französischen Zeitung (24.12.31) seine Position: Die Weltwirtschaftskrise sei durch die Reparationen verursacht und heute das entscheidende Hindernis zu ihrer Überwindung gewor-

den. Der Nationalsozialismus werde nur „durch die berechtigte Empörung über die Verschleppung einer klaren Lösung des Reparationsproblems" zu einer Gefahr (7). Der ADGB-Bundesvorstand stellte sich zwei Wochen später hinter die Position Leiparts.
Ein weiterer der Jungnationalen im ADGB, Lothar Erdmann, Schriftleiter der ADGB-Theoriezeitung „Die Arbeit" und Redenschreiber des Vorsitzenden Leipart, veröffentlichte im April 1930 unter dem Pseudonym „Viator" einen Artikel „Deutschland und Europa" gegen den Versailler Vertrag, in dem es u.a. hieß:
„Es gibt grundlegende moralische Tatsachen, die aus dem Bereich einer gesunden politischen Entwicklung nicht ausgeschaltet werden können: einfache Dinge des Ehrgefühls, die eine nationale ebenso wie eine übernationale Bedeutung haben. Zu diesen Dingen gehört der Versailler Vertrag. Dieser Vertrag, der aufgebaut ist auf der Lüge von der einseitigen Belastung Deutschlands mit der Kriegsschuld, kann nicht akzeptiert werden, weil die Nation auf eine anständige und würdige Grundlage ihres Lebens nicht verzichten will." (8)
Später fügte er hinzu: „Die seelischen, die geistigen Wirkungen (der Reparationen) auf das innenpolitische Leben unseres Volkes sind bei weitem verhängnisvoller als die finanzielle Bürde, so drückend sie auch ist." (Heimatdienst, 11. Juli 1931) (9)
Solche, noch unter Pseudonym in der Gewerkschaftspresse veröffentlichten Nationalismen, fanden zunehmend Eingang in die ADGB-Positionen. Im Aufruf des ADGB (14.6.32) anläßlich der Ernennung Papens wird der Kampf der Arbeiterbewegung zur „Voraussetzung für den organischen Aufbau eines sozialen deutschen Volksstaats" erklärt. „Für dieses Deutschland hat die deutsche Arbeiterschaft im Kriege ihr Leben eingesetzt. Sie hat Männer gestellt, die nach dem Zusammenbruch in vorderster Linie den Kampf um die Einheit unseres Staates und die Freiheit unseres Volkes führten. Sie hat im Ruhrkampf fremder Willkür Einhalt geboten" heißt es unter Bezug auf die französische Besetzung des Ruhrgebiets 1923. Interessanterweise wird der linke Arbeiterwiderstand gegen den Kapp-Putsch nicht erwähnt. Bereits diese als Abgrenzung formulierte Erklärung beschwört das Dabeiseinwollen, indem sie unter Benutzung von Papens eigner Diktion die Unvollständigkeit seines Kabinetts feststellt: „Es gibt keine nationale Konzentration ohne die deutsche Arbeiterschaft." (10)
Arbeit, Volk und Nation sollten versöhnt werden. Das war der Berührungspunkt, der zu inhaltlichen und praktischen Kontaktversuchen sogar mit der NSDAP führte. Zur Anwendung kam der neue Kurs in der Diskussion um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und den Arbeitsdienst.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB

Öffentliche Arbeiten und ihre Finanzierung durch „deficit spending" gerieten ins Zentrum der wirtschaftspolitischen deutschen Diskussion in der Krise seit Ende der zwanziger Jahre. Gegenüber der Marktorientierung und der Brüningschen Deflationspolitik propagierten eine zunehmende Zahl von Nationalökonomen, wirtschaftspolitische „Reformer" genannt, Arbeitsbeschaffung als zentralen Hebel der Wiederbelebung der Wirtschaft. Nicht nur Kostensenkung und Senkung der Preise, sondern Kapitalanlagemöglichkeiten zu schaffen war die Devise (11).
An dieser Diskussion war seitens des ADGB maßgeblich der Leiter seiner Statistischen Abteilung, Wladimir Woytinsky, beteiligt, Hauptverfasser des erstmals am 26. Januar 1932 vorgelegten WTB-Plans des ADGB zur Arbeitsbeschaffung (12). Ursprünglich als international abgestimmtes Vorgehen angelegt, wurde er in seiner endgültigen Fassung zum nationalen Programm. Ein Programm öffentlicher Arbeiten im Straßenbau, Kleinwohnungsbau, Aufträgen für Reichsbahn und Reichspost, Siedlungsarbeiten, landwirtschaftliche Verbesserungsmaßnahmen und im Hochwasserschutz im Volumen von 2 Milliarden Reichsmark sollte eine Millionen Arbeitslose für ein Jahr in Lohnarbeit bringen. Steuermehreinnahmen von den Wiederbeschäftigten, Einsparungen der Arbeitslosenversicherung und eine Arbeitsbeschaffungsanleihe waren zur Finanzierung vorgesehen.
Das Programm war eine radikale Abkehr von traditioneller Gewerkschaftspolitik, die bis dahin auf Arbeitszeitverkürzung (40-Stundenwoche) und der Kaufkrafttheorie (Erhöhung der Binnennachfrage durch mehr Konsum) gestützt war. Nicht mehr am Krisensymptom Arbeitslosigkeit sollte kuriert werden, hieß es, sondern Ziel war eine allgemeine Belebung produktiver Wirtschaftstätigkeit. Mit dem WTB-Plan waren die Gewerkschaften nicht nur erstmals zu Propagandisten einer aktiven staatlichen Konjunkturpolitik geworden, sondern hatten sich in der



Krise auch inoffiziell von ihrer Konzeption der Wirtschaftsdemokratie verabschiedet (13). In der SPD stießen diese Vorstellungen überwiegend auf Ablehnung.
Diese neue ADGB-Orientierung schuf unverhoffte und anvisierte Bündnispartner von rechts. Überraschend hielt Gregor Strasser für die NSDAP am 10. Mai 1932 (er galt zu der Zeit als einflußreichster Parteiführer nach Hitler) eine Rede im Reichstag, die als Annäherung an den und Umarmung des ADGB gewertet wurde. Strasser polemisierte gegen eine „Wirtschaftsordnung, die nur in Geld, Profit und Dividende denkt, und die vergessen hat, an Arbeit und Leistung zu denken. Die große, antikapitalistische Sehnsucht, die durch unser Volk geht, ist der Protest gegen eine entartete Wirtschaft."
Nach einer Kritik an der SPD, lobte er den Krisenkongreß des ADGB vom

April: „Über das Arbeitsbeschaffungsprogramm dieser Gewerkschaften läßt sich reden. Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten und sehen in dem im Organ der Freien Gewerkschaften von Woytinsky dafür entworfenen Finanzierungsplan viele Gedanken, die zuerst von uns ausgingen." (14)
Wie ging das zusammen? „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", „Jedem das Seine" und „Recht auf Arbeit" lauteten die populistisch umgesetzten Parolen der Nationalsozialisten für ihre wirtschaftlichen Vorstellungen. Damit gelang es ihnen, die Gewerkschaften unter Druck zu setzen. In den Wahlkampf für die Reichstagswahl am 31. Juli 1932 (15) zogen sie mit Strassers Arbeits-Sofortprogramm und der Parole „Arbeit und Brot". Sie waren damit die einzige Partei, die die wirtschaftspolitischen



Vorstellungen der immer einflußreicheren „Reformer" aufgegriffen und als praktisch umsetzbare Politik formuliert hatten. Zugleich reklamierte die NSDAP für sich das Erstgeburtsrecht auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Finanziert werden sollte es durch, wie es hieß, hauptsächlich erhöhte Steuereinnahmen und die Ersparnisse der Arbeitslosenunterstützung. Gedacht, aber weniger laut gesagt war schon an Schuldenmachen durch „produktive Kreditschöpfung", jedoch stieß dies zu diesem Zeitpunkt unter den deutschen Industrievertretern auf Ablehnung. Die Nähe zum ADGB-Programm war überdeutlich.
„Recht auf Arbeit", „Brot und Arbeit" waren auch Parolen, die man aus den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie oder der KPD hören konnte. Während letztere dieses natürlich im Kapitalismus nicht für möglich hielt, war bei den Gewerkschaften dieses Recht aufs engste mit Verpflichtung zur Arbeit verknüpft. Hier war ein Berührungspunkt mit den Nazis, zugleich auch eine Begründung gegeben, um auf den Arbeitsdienst einzusteigen (s.u.).
Die NSDAP hatte in der Zeit der höchsten Arbeitslosigkeit der Weimarer Republik ein praktisches Programm für ihren nationalen Sozialismus gefunden. „Der nationalsozialistische Staat", schrieb Bernhard Köhler 1932 im von Goebbels herausgegebenen „Unser Wille und Weg" „wird die Bürgschaft dafür übernehmen, daß jeder Volksgenosse Arbeit findet... Die Arbeitsbeschaffung ist mehr als nur eine wirtschaftliche Maßnahme oder eine Belebung der Wirtschaft oder eine bessere Versorgung der Arbeitswilligen: Sie ist selbst schon sozialistische Revolution gegen die Herrschaft des Kapitals." (16)
Das klang für den ADGB wie ein unerhörter Angriff auf sein Arbeiter-Monopol. Ein zweiter Berührungspunkt zwischen Strasser und dem ADGB lag im etatistischen (Staats-)Wirtschaftsverständnis. Nicht umsonst erinnerte man sich an die staatlich organisierte Kriegswirtschaft. Mehr als einmal erwähnte Tarnow mit Verschärfung der Krise die Möglichkeit eines „Notprogramms nach Art der Kriegswirtschaft". Für die NSDAP war ihr Sozialismus sowieso die Ineinssetzung mit dem Staat, weshalb sie alles daran legte, an die Macht zu kommen. Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 waren alle Voraussetzungen gegeben. Zu den wichtigsten Sofortmaßnahmen der Regierung Hitler gehörten daher auch Arbeitbeschaffungsmaßnahmen, die sich an den Programmen der wirtschaftlichen „Reformer", des ADGB, des Gereke-Plans und des Strasser-Sofortprogramms orientierten (17).
Ein heute prominenter britischer Wirtschaftswissenschaftler, der in der Diskussion der deutschen „Reformer" großen Einfluß hatte, erkannte den Vorteil des starken Staates für ein investives Konjunkturprogramm durchaus:
„Die Theorie der Produktion als Ganzes kann viel leichter den Verhältnissen eines totalen Staates angepaßt werden als die Theorie der Erzeugung und Verteilung einer gegebenen, unter Bedingungen des freien Wettbewerbs und eines großen Maßes von Laissez-faire erstellten Produktion." schrieb John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, im Vorwort zur ersten deutschen Ausgabe seines Buchs, Berlin 1936 (18).

General von Schleichers „Querfront"

Zustimmung und Kontaktaufnahme zum ADGB erfolgte noch von anderer Seite. Insbesondere der „Tat"-Kreis mit seinem Chefredakteur Hans Zehrer (19) beobachtete aufmerksam die Gewerkschaftsentwicklung. Am 20. März 1932 bereits registrierte die „Tat" das „Arbeitsprogramm des ADGB" als Beweis der Nähe „nationalsozialistischer und gewerkschaftlicher Denkungsart". „Arbeit"-Schriftleiter Erdmann hatte frühzeitig Kontakt zur „Tat" geknüpft und öffnete im Mai 1931 die Spalten der „Arbeit" für ein prominentes Mitglied des nationalistischen „Tat"-Kreis, das über den Zusammenhang von Nation, Staat und Sozialem schrieb. Erdmann wurde fürderhin ADGB-Verbindungsmann zu diesem Kreis.
Ein weiterer Kontakt lief zum preußischen Landrat und deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Gereke, den General Schleicher im Dezember 1932 zum „Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung" berief. Der „Gereke-Plan" war Vorbild für Schleichers Arbeitsbeschaffungspläne. Zu seinem Beraterkreis hatte Gereke neben dem NSDAPler und Strasser-Vertrauten Cordemann auch einen sozialdemokratischen Reichsbanner-Vertreter und den ADGB-Auslandssekretär Furtwängler (der überdies Mitglied im Verein für das Deutschtum im Ausland war) gemacht (20).
Auf einem Treffen von Leuten des Strasser-Flügels (u.a. Dr. Erich Lübbert, Verkehrsgesellschaft AG) mit den ADGB-Vorständlern Eggert, Schlimme und Erdmann betonte Lübbert, daß in der Frage des Arbeitsdienstes „die Nationalsozial-

sten und die Gewerkschaften das Gleiche wollten und beide auf eine Linie zu bringen wären, wenn man beider Bestrebungen der gemeinsamen Idee der Nation unterordnete." (21)
Ziel der Kontakte und zahlreicher Geheimgespräche war die Bildung einer „Querfront" mit Reichswehrminister General von Schleicher als Kabinettschef (22). Schleicher repräsentierte den politischen Anspruch der Reichswehr. Er stand nach Brüning und Papen der dritten, der kürzesten Präsidialregierung der Weimarer Republik vom 3.12.32 bis zur Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 vor. Seine Idee einer autoritären Regierung „quer" zu den Parteien wollte sich auf die Reichswehr, die Standesorganisationen, den sozialen (Strasser-)Flügel der NSDAP und die Gewerkschaften stützen. Arbeitsbeschaffung und Dienspflicht (vom Arbeitsdienst bis zum Milizsystem (23)) waren wesentliche „soziale" Bereiche seiner konzeptionellen Vorstellungen. Den ADGB köderte er zuallererst mit dem Versprechen, die Papensche Notverordnung vom September 1932 (s.o.) zurückzunehmen.
Die Idee der „Querfront" soll im „Tat"-Kreis entstanden sein, der auch zu Strasser gute Kontakte hatte. Nachdem absehbar war, daß das deutschnationale „Kabinett der Barone" Papens mangels Massenunterstützung scheitern würde, sollte der Frontgedanke just diese Basis schaffen und dabei insbesondere den deutschen Arbeitsmann für die Sache der Nation indienststellen.
Umstritten, weil nicht im einzelnen nachweisbar, sind die Verbindungen von ADGB-Vertretern zu der Strasser-Gruppe. Belegt ist eine Kontaktaufnahme und Gespräch des Strasser-Vertrauten Cordemann mit Tarnow, das Cordemann als „Unterredung über Fragen der Arbeitsbeschaffung" angemeldet hatte. Auf Cordemanns Nachfrage, ob Tarnow zu einem Gespräch mit Strasser bereit sei, hatte dieser zugesagt. Ein Treffen hat er dementiert. Tarnow bestätigte später, daß sich die Vorschläge der NSDAP „mit unseren eigenen im wesentlichen deckten" (25).
Die „Querfront"-Kontakte, um die sich zahlreiche öffentliche Gerüchte und gewerkschaftliche Dementis rankten, erregten im Herbst 1932 erhebliches Aufsehen. Ein Schleicher-Strasser-Leipart-Kabinett schien durchaus wahrscheinlich. Als Schleicher am 3.12.32 die Regierung übertragen bekam, war sein einziger Programmpunkt: Arbeitsbeschaffung. Sein wirtschaftliches „Sofortprogramm" - orientiert am Gereke-Plan - stellte öffentliche Großarbeiten in den Vordergrund, für die zunächst eine halbe Milliarde Reichsmark mobilisiert werden sollten. Gescheitert ist die „Querfront" und damit auch General Schleicher an Adolf Hitler und den führenden Industrievertretern. Die bastelten längst schon an der Machtübertragung an die NSDAP, Hitler pfiff Strasser zurück (26).

Gewerkschaften und Arbeitsdienst

Die Bedeutung von Arbeit für das gewerkschaftliche Selbstverständnis bestimmte auch ihren Umgang mit dem Arbeitsdienst. Im Juni 1931 führte die Regierung Brüning per Notverordnung den „Freiwilligen Arbeitsdienst" (FAD) ein. Auch wenn der Arbeitsdienst als Arbeitsbeschaffung firmierte, war er in erster Linie Teil der Sozial- und Arbeitsdisziplinierung („seelische Ablenkung", Arbeitsminister Stegewald), bot Platz für Wehrerziehung und war Bestandteil von Lohnsenkung und Sozialabbau. Seine Erprobung galt zudem als Prüfstein einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht. Als sich mit rapide zunehmender Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Absenkung der Bezüge die Zwangsfreiwilligkeit zum Dienen in steigenden Zahlen Jugendlicher beim FAD äußerte, sah auch der ADGB den Wert dieser Tätigkeit, zumal sich sozialdemokratische und gewerkschaftliche Untergliederungen bereits seit 1931 im Arbeitsdienst engagierten (27).
Im Mai 1932 gab der Bundesvorstand des ADGB grünes Licht für die Beteiligung am FAD. Da die Jugendlichen massenhaft in diesen hineinströmten, sei Verweigerung nicht weiter sinnvoll, man müsse sich „an die Spitze der Bewegung stellen". Betont wurde die „jugenderzieherische" und „ethische" Seite (28). Schönfärberisch nennt der ADGB in seiner Entschließung vom 14.6.32 den FAD „Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend". Abgelehnt wird ein „Arbeitsdienst, mit oder ohne Zwang", „weil ihm vielfach ein Sinn unterlegt wird, den ein freier Arbeiter niemals annehmen kann." (29)
In der Realität des FAD war die Unterscheidung zwischen Dienst und Hilfe eine semantische, weil entsprechend der Absicht der Initiatoren selbstverständlich das Dienen im Vordergrund stand.
Die Form der Beteiligung des ADGB als Träger im Arbeitsdienst erfolgte über die „Reichsarbeitsgemeinschaft Sozialer Dienst - Hilfswerk der Arbeiterschaft für die erwerbslose Jugend", die offiziell am 10.8.32 als Zusammenschluß von ADGB, AfA-



Bund, Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, SAJ, Reichsbanner und Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege gegründet wurde. Geschäftsführer „Sozialer Dienst" war ein weiterer gewerkschaftlicher Jungnationaler, Walter Pahl, der u.a. zu den sozialistischen „Erneuerern" um die Zeitschrift „Neue Blätter für den Sozialismus" zählte. Vorsitzender war der ADGB-Jugendsekretär Walter Maschke, Stellvertreter der SAJ-Vorsitzende (und zweite Nachkriegsvorsitzende der SPD) Erich Ollenhauer.
Unter den Befürwortern des Arbeitsdienstes war allerdings der Gedanke des Dienens gar nicht umstritten. Nicht einmal die Dienstpflicht war tabu. ADGB-Vorstandssekretär Spliedt schrieb dem FAD eine „pädagogische, vielleicht auch disziplinare Potenz" zu (30). In der „Gewerkschaftszeitung" von 1932 wurde festgestellt:

„Wir schätzen den sittlichen Wert der Arbeit zu hoch, um zu verkennen, daß auch diese Form der Arbeit eine Wohltat sein kann." (31)
Die FAD-Propagandisten im ADGB, die Jungnationalen und zunehmend völkisch argumentierenden Erdmann, Pahl, Marquardt, waren stark von der Lager-Pädagogik der „Bündischen Jugend" beeinflußt. Pahl schrieb in den „Sozialistischen Monatsheften":
„An die Stelle des Lohnprinzips tritt hier der Dienstgedanke. Arbeit ist in Fülle vorhanden. Ihre Mobilisierung ist aber nur unter dem ethischen Gesichtspunkt des Dienstes und unter dem sozialpädagogischen Aspekt ihrer menschlichen Bedeutung und Auswirkung für die junge Mannschaft des Volkes möglich.... Der Arbeitsdienst eröffnet eine Möglichkeit dem jungen Menschen inmitten der



Wirtschaftskrise die sozialpädagischen Formkräfte der Arbeit wieder zuzuführen." (32)
Angesichts weiter existenter Widerstände im ADGB organisierte Erdmann 1932 über die „Arbeit" eine Pro-Kontra-Diskussion zum FAD. Unkommentiert bleib dabei ein völkischer Erguß des regelmäßigen Kolumnisten Erwin Marquardt von der Volkshochschule Groß-Berlin. Er betonte die „volkserzieherische Aufgabe eines nationalen Dienstjahres, unabhängig von Konjunktur- und Rentabilitätsfragen" und ordnete den Arbeitsdienst als „Keim einer neuen Volksordnung" ein:
„Daß Gemeinwirtschaft, sei sie genossenschaftlich oder staatszentralistisch organisiert, im Dienstgedanken den Zwang zur Einordnung, zur Arbeitsdisziplin, zur spezifischen Leistung, zum Pflichtgefühl gegenüber jeder Arbeit in viel höherem Maße voraussetzt, als das privatwirtschaftliche Arbeitsvertragsverhältnis mit seinem personalen und technischen Kontrollsystem zu erzwingen vermag, ist für eine sozialistische Ethik so selbstverständlich, daß abwehrende Schlagwörter, wie Zwangsarbeit bzw. Arbeitszwang, Sklaverei, Drill, recht vorsichtig angewandt werden sollten." Die Parallele zur heutigen „linken" Dienstpflichtdiskussion ist offenkundig, wenngleich die „sozialistische Ethik" nicht mehr bemüht wird (33).
Die Fortführung Marquardts würde heute flexibler, aber dem Inhalt gleichend formuliert:
„Aber Gehorchenlernen, wo es sich um sachlich notwendige Anordnungen handelt, Pünktlichkeit, Ordnung, gewissenhafte Erledigung aufgetragener Arbeiten, straffe Körperbeherrschung und geistige Disziplin werden im gemeinnützigen Arbeitsdienst ebensowenig entbehrt werden können, wie schon heute in der gemeinnützigen Erziehung zum Waffendienst, denn auch Erziehung zur Wehrhaftigkeit ist eine alte sozialistische Forderung." (34)
Die Wehrsporterziehung, eine Domäne der nationalistischen, paramilitärischen und Reichswehrverbände war damit enttabuisiert. Als die Vorbereitung auf den Wehrdienst im „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung" forciert wurde, das von Reichswehroffizieren geführte Wehrsportlager durchführte, erhielt das sozialdemokratische Reichsbanner, das sich hieran wie am FAD beteiligen wollte, Unterstützung vom ADGB. Seine Vertreter in der SPD agierten gegen die Widerstände des SPD-Vorstands für die Freiheit des Reichsbanners eine Mitarbeit im Kuratorium zu sondieren. ADGB-Vorstandsmitglied Schlimme in einer Gewerkschaftsdiskussion am 13.12.32:
„Diese Frage berührt auch gleichzeitig unsere Auffassung, daß es an der Zeit ist, auch in dieser Frage bald wieder Herr im eigenen Haus zu werden und uns nicht vom Ausland dauernd bevormunden zu lassen. Das bedeutet nicht, daß wir Chauvinisten oder Nationalisten sind, aber ebenso wie wir in der Frage der Reparationen unseren Standpunkt vertreten haben, werden wir zur Wehrfrage denselben Standpunkt einnehmen können, den die französischen Parteifreunde ... in der Milizfrage vor wenigen Tagen eingenommen haben." (35)

Anpassung und Unterwerfung

Während bereits beim sogenannten „Papenstreich", der verfassungswidrigen Absetzung der sozialdemokratischen preußischen Regierung Otto Braun, der ADGB auf „Abwarten" gesetzt hatte, führte er diese Haltung bei der Machtübertragung an Hitler im Januar 1933 fort. Hitlers Machtantritt führte nicht zur Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder, sondern zum Aufruf vom 30.1.33 nach „Abwarten", „Besonnenheit und kühles Blut" (36). Der ADGB-Bundesausschuß beschwor einen Tag später „Ruhe und Zuversicht" und die „Disziplin der Arbeiterschaft". Leipart formulierte „Organisation, nicht Demonstration ist die Parole der Stunde". Zwischenzeitliche Erklärungen, man stünde „Gewehr bei Fuß" nahmen vielleicht noch auf ein Zeichen ihrer Organisation wartende Gewerkschaftsmitglieder ernst, die Nationalsozialisten schon längst nicht mehr. Sie intensivierten den Terror gegen und die Übergriffe auf Gewerkschafter und ADGB-Einrichtungen. Sie wußten, daß „von oben" kein Widerstand zu erwarten sei - dazu hatten sie genügend Signale bekommen - und unten kaum ohne oben handeln würde.
Auch das Ergebniss der Betriebsrätewahlen vom März/April 1933, das als letztes noch einmal den starken freigewerkschaftlichen Einfluß in den Betrieben dokumentierte, änderte hieran nichts mehr (37).
Bis zuletzt klammerten sich die Gewerkschaftsführer an die Hoffnung, die neuen Machthaber würden sie teilhaben lassen. Noch am 1. April 1933 war in der „Gewerkschafts-Zeitung" zu lesen, „daß der regierende Nationalsozialismus ein anderes Gesicht als der angreifende" annehmen könnte (38).
Um ein Zusammengehen mit den nationalen Kräften zu ermöglichen, griff der ADGB-Vorsitzende Leipart

nicht nur verstärkt zu nationaler Rhetorik, sondern traf eine Reihe von Maßnahmen: die Loslösung von der SPD war eine. In seiner in der publizistischen Öffentlichkeit viel beachteten Bernauer Rede vom 22.10.32 hatte er bereits Spekulationen Tür und Tor geöffnet, als er formulierte, daß man seine Ziele in der Vergangenheit vor allem mit der SPD verfolgt habe, aber:

„Unsere Bestrebungen gehen... über jede enge Parteigebundenheit hinaus. Wir sind zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen." (39)

Sein Vertrauter Erdmann publizierte einen Artikel „Durch Sozialismus zur Nation", in dem er anbot, das „Schicksal" der Gewerkschaften könne „der Staat sein" (40).

Um gewerkschaftliche Zuverlässigkeit den neuen Machthabern gegenüber zu beweisen, erklärte Leipart in einem Brief an Reichskanzler Hitler am 21.3.33 namens des ADGB-Vorstands die Loyalität des ADGB. Die Gewerkschaften wollten ihre sozialen Aufgaben erfüllen, „gleich welcher Art das Staatsregime ist". „Durch die Anerkennung und Inanspruchnahme der staatlichen Schlichtungswesens haben die Gewerkschaften gezeigt, daß sie das Recht des Staates anerkennen, in die Auseinandersetzungen zwischen organisierter Arbeiterschaft und Unternehmertum einzugreifen, wenn das Allgemeininteresse es erforderlich macht." (41)

Ballast wurde abgeworfen: Der Leiter der ADGB-Bundesschule Bernau und Leipart-Berater, Hermann Seelbach, bereitete mit Lehrern Mitte März eine Resolution an die Gewerkschaften vor, in der diese aufgefordert wurden, „Brücken zum Nationalsozialismus zu schlagen." (42) Arbeitsdienst-Maschke teilte am 20.3.33 in einem Brief an Hitlers Reichskommissar für den FAD, Seldte, mit, daß der ADGB den „Sozialen Dienst" verlassen, sich von den übrigen sozialdemokratischen Organisationen getrennt habe, und künftig eigenständig nur mit dem AfA-Bund als Träger des FAD antrete (43). Eine Woche später entwirft er für den ADGB-Vorstand eine Erklärung, in der der Austritt der Gewerkschaftsjugend aus der Sozialistischen Gruppe (u.a. zusammen mit der SAJ) und den Anschluß an die „Berufsständische Gruppe" angekündigt wurde, um auch weiter an der Jugendförderung beteiligt zu sein (44).

Auch gegenüber dem Antisemitismus wurde eine Verbeugung gemacht. Nachdem der nationalistische und antisemitische Angestelltenverband DHV getitelt hatte: „Die Freien Gewerkschaften stehen am Scheideweg: Leipart oder Aufhäuser?" (Deutsche Handelswacht, 13.2.33), trat Siegfried Aufhäuser Ende März vom Vorsitz der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisation AfA-Bund zurück. Als linker Sozialdemokrat und Jude war er für die nationalen Kontakte hinderlich. In der „Gewerkschafts-Zeitung" vom 1.4.33 wurde sein Rücktritt lapidar als eine „für den Weiterbestand der Gewerkschaften erforderliche Maßnahme" begründet (45). Die nie ganz aufgeklärten Umstände des Rücktritts verweisen darauf, daß Aufhäuser zu diesem Schritt gedrängt wurde. Aufhäuser selber erklärte fünf Monate später, er habe eine Gewerkschaftspolitik erlebt, „die hart an die Grenzen nationalsozialistischer Politik gelangt war". (46)

Nachdem Leipart am 5.4.33 vor dem Bundesausschuß „ein Anrecht" der Gewerkschaften aufgrund „ihrer geschichtlichen Leistungen" („Kriegswirtschaft") konstituiert hatte, „gerade von der Regierung anerkannt" zu werden, „die sich das große und auch von den Gewerkschaften anerkannte Ziel setzt, die innere und äußere Freiheit der Nation auf die schöpferischen Kräfte des ganzen Volkes zu gründen" (47), war die Unterwerfung perfekt. Am 9.4.33 teilt der Bundesausschuß des ADGB diese der Nazi-Regierung schriftlich mit. Der ADGB wolle seine „Selbstverwaltungsorganisation der Arbeitskraft in den Dienst des neuen Staates stellen. Die Gewerkschaften erkennen nach wie vor an, daß ihre eigene Bewegungsfreiheit ihre Grenze finden muß an dem höheren Recht des Staates als Repräsentanten der gesamten Volksgemeinschaft."

Sowohl die geplante Vereinheitlichung der Gewerkschaften wird begrüßt, als auch die Mitarbeit am „berufsständischen Aufbau der deutschen Wirtschaft". Die Krönung der geforderten Staatsaufsicht ist der Wunsch nach „Einsetzung eines Reichskommissars für die Gewerkschaften" (48).

Ein fast schon tragisches Dokument ist die „Besprechung zwischen ADGB und NSBO (50) über die Gewerkschaftsfrage" am 13.4.33 zwischen Leipart, Graßmann, Eggert und Leuschner und vier mittleren NSBO-Funktionären. Leipart („Meine Herren, als Deutscher spreche ich zu ihnen") forderte, die Überfälle auf Gewerkschafter müßten aufhören. Auf die Nazi-Forderung, ihnen den ADGB zu übergeben, Leipart müsse zugunsten des NSBO-Führers Schuhmann zurücktreten, stimmen Leipart, Graßmann und Eggert ein Klagelied vom einfachen Arbeiterführer an: das könne nur sein, wer „Beitragszahler und Zeitungsverteiler" (Leipart) war; wer „die gleiche Kinderstube" wie die Arbeiter gehabt habe (Graßmann); wer wie die Arbeiter denke, spreche und fühle (Eggert). Demgegenüber die Nazis: „Tarifverträge: nein! Tarife: ja! Der Staat regelt zukünftig Lohn und Preis." Allein Leuschner läßt noch Handeln erkennen:



„An Ihrem Vorschlag interessiert uns die Einheitsgewerkschaft und Ihre Erklärung, die Gewerkschaften nicht zerschlagen zu wollen." (51)

Leuschner gehörte auch zu den Aktivisten eines „Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften" (52), dem für den ADGB Leipart, Graßmann, Leuschner und Spliedt angehörten, neben fünf Vertretern der Christlichen und einem der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. In

hektischen Aktivitäten bemühte er sich seit Mitte April 1933, eine Einheitsgewerkschaft zustandezuzimmern. Ergebnis war ein erst 1934 von der DAF veröffentlichter Aufruf:
„Die nationale Revolution hat einen neuen Staat geschaffen. Dieser will die gesamte deutsche Volkskraft zusammenfassen... Aus diesem volklichen Einheits- und Machtwillen heraus kennt er weder klassenmäßige Trennung noch volksabgewandte Internationalität."

Neben Verhandlungen mit der neuen Regierung um das Aufgehen in „berufsständische Verbände" wird als „das höchste Ziel" seiner Arbeit „die Förderung eines gesunden Staates und Volkes als Voraussetzung zur Sicherung der sittlichen, kulturellen, staatlichen und wirtschaftlich-sozialen Lebensrechte des deutschen Arbeiterstandes" formuliert.

Zu spät, viel zu spät. Mit Datum vom 21.4.33 hatten die NSDAP-Gauleiter bereits ein vertrauliches Rundschreiben („Über die Gleichschaltung gegen die Freien Gewerkschaften") vom künftigen DAF-Führer Robert Ley in den Händen (53), das als Beginn der „Gleichschaltungsaktion" den 2. Mai 1933, 10 Uhr diktierte.

Zuvor tobte sich aber noch die völkisch-nationale Seele der Jungnationalen im ADGB aus. Ein A. Dünnbacke feierte in der „Gewerkschafts-Zeitung" vom 15. April die „nationalsozialistische Revolution" (54). F.J. Furtwängler sah in der gleichen Zeitung eine Woche später „die Reichseinheit nach dreihundert Jahren" vollendet (55). Walter Pahl beschrieb in der „Gewerkschafts-Zeitung" vom 29. April den Weg vom proletarischen „zum deutschen Sozialismus":

„Vom Nationalsozialismus unterschied uns keine andere Rangordnung der Werte Nation und Sozialismus, sondern lediglich eine andere Prioritätsordnung. Wir wollten erst den Sozialismus, um die Nation zu gestalten. Der Nationalsozialismus forderte und verwirklichte jetzt die Einheit der Nation, um auf diesem breiten und festen Fundament den deutschen Sozialismus aufzubauen." (56)

Anscheinend auf einer vorgezogenen Sommersonnenwendefeier geschrieben wurde die illustrierte Mai-Zeitung des ADGB. Der 1. Mai als „Feiertag der Arbeit" wurde dem „ursprünglichen Seelentum des Volkes" zugeordnet und als Teil des „kultischen Brauchtums" der Germanen interpretiert, indem er mit der Sitte des „Not- oder Nyd-Feuers Altgermaniens" verglichen wurde (57). Diese „Gewerkschaftsdämmerung", wie noch am 22. April ein kritischer Leserbrief in der „Gewerkschafts-Zeitung" höhnte, half auch nicht mehr.

Bekannter als die vorhergehenden Ereignisse - und in der Geschichtsschreibung als bedauerliches gewerkschaftliches Versagen gewertet - ist der Schluß: das Eingehen des ADGB-Vorstands auf den 1. Mai, der als Nazi-Siegesfeier zum „Feiertag der Arbeit" erklärt wurde. Der Bundesvorstand begrüßte dies: „Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren." Vier Tage später, am 19.4., entschließt sich der Bundesausschuß zusätzlich noch zu einem Aufruf an die Gewerkschaftsmitglieder, nun auch wirklich auf die nationalsozialistischen Demonstrationen zu gehen, wo sie in einem Meer von Hakenkreuzen ertranken (58).

Tarnow, der alte Leipart, Graßmann, Leuschner, Eggert, Spliedt, selbst Möchtegern-Nazi Furtwängler, aber auch zahlreiche weniger bekannte Funktionäre, werden am 2. Mai 1933 verhaftet.

Anmerkungen

1) Die Sozialfaschismustheorie betrachte die Sozialdemokratie als „Zwillingsbruder" des Faschismus; die RGO - „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" wurde von der KPD als eigenständige Gegengewerkschaft in der Wirtschaftskrise 1929, nicht zuletzt als Reaktion auf die Anpassungspolitik des ADGB, gegründet, erreichte aber unter den Arbeitern nie den faktischen Einfluß, den die KPD als Wahlpartei hatte.

2) Neben den dominanten, sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften, die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zusammengeschlossen waren, existierten außer der RGO seit 1929 noch die der Zentrumspartei nahestehenden Christlichen Gewerkschaften und die „Hirsche", die im 19. Jahrhundert gegründeten sozialliberalen Hirsch-Duncker-schen Gewerkvereine (nach ihren beiden Gründern benannt). Vor allem letztere blieben immer unbedeutende Splittergewerkschaften.

3) Die Einheitsgewerkschaft war mit dem beginnendem Kalten Krieg die Einheit von sozialdemokratischen und christdemokratischen Gewerkschaftern bei Abgrenzung bis hin zu Gewerkschaftsausschlüssen von Kommunisten. Der Einheitsproporz wirkt im DGB bis heute in der Weise fort, daß ein CDU-Mitglied obligatorisch im DGB-Bundesvorstand und den Vorständen der meisten Einzelgewerkschaften vertreten ist.

4) Der Industrielle Hugo Stinnes ehrte 1922 den (verstorbenen) Gewerkschaftsführer Carl Legien, indem er dem „Lebensretter Deutschlands" neben den Dampfern „Hindenburg und Ludendorff" ein Schiff „Carl Legien" seiner Hamburger Schiffahrts AG widmete. SPD-Reichspräsident Ebert beim Stapellauf: „Möge es seinen Namen tragen als Symbol der Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte unserer Wirtschaftslebens zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes, als Symbol unerschütterlicher Pflichttreue und Schaffensfreude im Dienste der Volksgemeinschaft." (Theodor Leipart, Carl Legien, 1929, Reprint von 1981, Köln)

5) Einen guten Überblick zu den einzelnen Stationen dieser Entwicklung enthält: Erich Matthias/Klaus Schönhoven

6) Die „Eiserne Front" aus ADGB, SPD, Reichsbanner und Arbeitersportvereinen verstand sich als Schutzorganisation gegen die SA, aber auch gegenüber dem „Rotfrontkämpferbund" der KPD. Ihre Verbände nannten sich „Hammerschaften".

7) Zitiert bei Jahn, S. 466/67

8) Zitiert bei Heer, S. 40

9) Zitiert bei Heer, S. 41

10 Zitiert bei Jahn, S. 596

(11) Vergleiche dazu: Schneider; vor allem aber: Barkai

(12) WTB für die Namen der Verfasser Woytinsky, Tarnow, Baade; ausführlich darüber: Schneider

(13) Die schärfsten SPD und gewerkschaftsinternen Kritiker des WTB-Plans waren die Hüter der „Wirt-

schaftsdemokratie" und des „organisierten Kapitalismus", Fritz Naphtalie und Rudolf Hilferding.
14) Zitiert nach: Heer, S.56
15) Mit 37,8% wurde die NSDAP erstmals stärkste Partei.
16) Köhler, hier zitiert nach Barkai, S. 159
17) Ausführlich dazu: Barkai
18) Keynes ist hier zitiert nach Barkai, S. 67
19) Der Kreis um die seit 1930 einflußreiche nationalistische Zeitschrift „Die Tat" trat für einen autoritären Staat auf der Basis eines nationalen „deutschen Sozialismus" ein. Ihr Chefredakteur Hans Zehrer war nach 1945 Chefredakteur der „Welt". (siehe auch: Kurt Sontheimer, Der Tatkreis, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Juli 1959)
20) Furtwängler stand zudem in Kontakt mit dem Geopolitiker Professor Karl Haushofer, den er angesichts der Nazi-Übergriffe auf Gewerkschafter in einem Brief vom 5.4.33 bat, zu intervenieren, in der Illusion, daß nach einer Übergangzeit die Verbindung Gewerkschaften/Nazis zustandekäme: „Ich weiß wohl, daß ein endgültiger modus vivendi mit den Arbeiterorganisationen nur zentral zustande kommen kann. Allein in der Zwischenzeit sollte doch alles vermieden werden, was geeignet ist, Verbitterung und Rechtsunsicherheit herbeizuführen." (Jahn, S. 854)
21) Schneider, S. 147
22) Zur „Querfront" siehe: Schildt
23) Eine Wehrpflicht war Deutschland durch den Versailler Vertrag untersagt.
24) Zitiert bei Jahn, S. 657-661
25) Ziiert bei: Schneider, S. 154
26) So weit rekonstruierbar, hat Strasser teilweise ohne Fühlungnahme zu Hitler und in Konkurrenz zu diesem agiert. Die Tatsache, daß Strasser und Schleicher im Zusammenhang mit der „Röhm-Affäre" und der Entmachtung der SA 1934 ermordet wurden, wird als Rache Hitlers gewertet. (siehe auch: Peter Longerich, Die braunen Bataillone, Geschichte der SA, München 1989)
27) Zum Arbeitsdienst siehe: Dudek; Huber-Koller; Köhler
28) Die Arbeit 1932, S. 462, zitiert bei: Huber Koller
29) Zitiert bei Jahn, S. 574/75
30) Zitiert bei Jahn, S. 604f.
31) Zitiert bei: Huber-Koller, S. 706
32) Walter Pahl, Arbeiterbewegung und Freiwilliger Arbeitsdienst, Sozialistische Monatshefte, 1932, zitiert bei Dudek, S. 221
33) Zur aktuellen Diskussion siehe: Heiner Möller, Dem Staate dienen, Konkret 10/96
34) Zitiert bei: Huber-Koller, S. 712/713
35) Zitiert bei: Jahn, S. 790
36) zitiert bei Beier, S. 23
37) Von 9000 statistisch erfaßten Betriebsräten erhielten die ADGB-Gewerkschaften 73,4%, die Christlichen 7,6%, die Hirsch-Dunckerschen 0,6%, die RGO 4,9% und die NSBO 11,7% der Mandate.
38) Zitiert bei Beier, S. 25
39) Leiparts Rede vor der ADGB-Bundesschule Bernau ist auszugsweise dokumentiert bei: Deppe/Roßmann, S. 197f.
40) Die Arbeit 3/1933, S. 160, zitiert bei Beier, S. 26. Auch Erdmann wurde am 2. Mai verhaftet, nach einer Stunde wieder freigelassen. Er starb 1939 im Konzentrationslager an den Folgen von Folter.
41) Gewerkschafts-Zeitung, 25.3.33, zitiert bei Jahn, S. 866
42) Laut Heer (S. 104) war Seelbach seit dem 30. Januar 1933 NSDAP-Mitglied; Jahn (S. 739) nennt als Eintrittsdatum den 25.4.33; am 4.5.33 sei er wieder ausgetreten.
43) Zitiert bei Jahn, S.864
44) Zitiert bei Jahn, S. 867
45) Jahn, S. 53
46) Zitiert bei Beier, S. 31
47) Zitiert bei Jahn, S. 872
48) Zitiert bei Jahn, S. 882
49) entfällt
50) NSBO, Nationalsozialistische Betriebszellen Organisation
51) Zitiert bei Jahn, S. 892
52) Siehe dazu Beier (zusätzlich: Gerhard Beier, Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933, Archiv für Sozialgeschichte, XV, 1975)
53) Zitiert bei Jahn, S. 898
54) Abgedruckt bei Heer, S. 173f.
55) Zitiert bei Scharrer, S. 112
56) Abgedruckt bei Heer, S. 179f.
57) Friedrich Wendel, Die Maifeier, in: Maitag, 1933, zitiert bei Beier, S. 41/42
58) Abgedruckt bei Jahn, S. 896f.

Literatur

Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, 1977 (hier: Neuausgabe, Frankfurt 1988)

Gerhard Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt 1975

F. Deppe, W. Roßmann, Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften 1929-1933, Köln 1981

Peter Dudek, Erziehung durch Arbeit. Arbeitslagerbewegung und freiwilliger Arbeitsdienst 1920-1935, Opladen 1988

Hannes Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf, Neuwied 1971

Rosemarie Huber-Koller, Gewerkschaften und Arbeitslose, Teilband 2, Pfaffenweiler 1992

Peter Jahn, Die Gewerkschaften in der Endphase der Weimarer Republik 1930-1933, Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Band 4, Köln 1988

Henning Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland, Berlin 1967

Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984

Manfred Scharrer (Hg.), Kampflose Kapitulation. Arbeiterbewegung 1933, Reinbek 1984

Axel Schildt, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung von General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt 1981

Michael Schneider, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB, Bonn 1975

Klaus Tenfelde/Schönhoven/Schneider/Peukert, Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Von den Anfängen bis 1945, Köln 1987

What makes them thick?

„NO GERMANS, NO HOLOCAUST"[1]

Im Frühjahr 1996 erschien in den USA ein Beitrag zur Holocaustforschung. Autor ist der Harvard-Professor Daniel Jonah Goldhagen, Sohn eines Holocaustüberlebenden. Goldhagen verspricht eine Revision der gesamten Holocaustforschung und fordert dementsprechend, an den Ursprung der Forschung zurückzugehen: Wer waren die Täter des Holocaust? Was brachte sie dazu, Täter zu werden? Goldhagens Antworten sind zunächst so banal wie richtig: Frage 1: Deutsche. Frage 2: Antisemitismus, d.h. ein besonderer, „eliminationist antisemitism".

Er verwirft all jene Erklärungsmuster, die sich die Täter zu eigen machen konnten (Nichts gewußt - nicht wirklich was gewußt- und wenn ich was gewußt hätte, hätte ich nichts tun können, weil ich an die Wand gestellt worden wäre usw.) und insistiert auf dem einzigen logischen, wenn auch vielleicht nicht neuen oder originellen Schluß: „Simply put, the perpetrators, having consulted their own convictions and morality and having judged the mass annihilation of Jews to be right, did not want to say ´no´."[2]

Während anderswo Methode und Stellenwert des Buches kritisch diskutiert werden, führen deutsche Nichthistoriker seit Monaten - lange bevor eine Übersetzung vorlag - am Rande der internationalen Historikerdebatte einen Feldzug gegen den AUTOR, welcher die glänzendste Bestätigung jeder noch so gewagten Theorie eines unveränderlichen deutschen Nationalcharakters darstellt. Goldhagen wird diffamiert - als zu jung, als unwissenschaftlich , als Nichthistoriker, als Abschreiber, als durch die Kindheit mit Holocaustüberlebenden neurotisierter Größenwahnsinniger, als bösartig - als Jude.

IMMER WENN DIE STRAßE NAß IST, HAT ES GEREGNET.

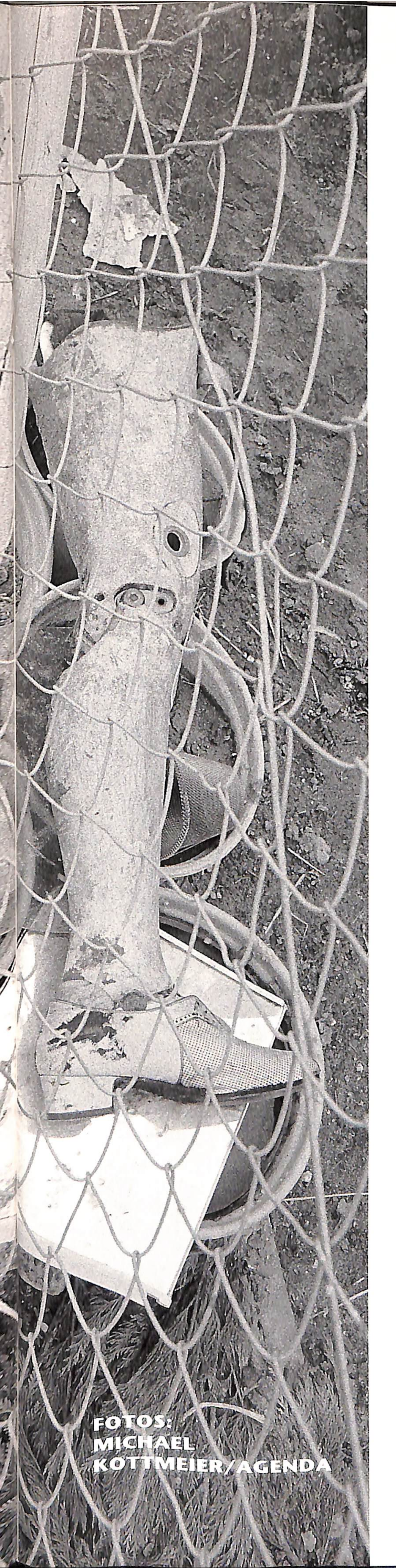
Anhand einiger, und immer wieder derselben, unter Nichtlesern kursierender Zitate wird eine Neuauflage der - angeblich jüdischen - Kollektivschuldthese unterstellt. Ein Beispiel: Goldhagen schreibt: „The most appropiate general proper name for the Germans who perpetrated the Holocaust is ´Germans´"[3], gegen häufig benutzte „labels" wie „Nazis" oder „SS men"[4], und fügt eine Fußnote an, die - eigentlich überflüssig - die Umkehrung ausschließt: nicht jeder einzelne Deutsche sei damit Täter.[5] Dennoch wird gerade dieses Zitat immer wieder als Beleg für eine Pauschalverurteilung herangezogen. (Inzwischen, da durch die deutsche Ausgabe einem größeren Publikum Verifizierungmöglichkeiten gegeben sind, gilt: die deutsche Übersetzung „glättet Goldhagens Thesen")[6]

„JÜDISCHE NICHTHISTORIKER": DIE APRILOFFENSIVE

Augstein eröffnet im Spiegel 16/96 mit bekanntem, grenzenlos selbstbewußtem Deutschnationalismus und unverhohlen antisemitischen Ressentiments. „Wir bestreiten die Grausamkeiten nicht, wir haben sie nie bestritten, seit wir davon wußten. Wir bestreiten aber, daß in Deutschland vor Hitler (´pre-Hitler Germany´) der ohne Zweifel vorhandene Antisemitismus so ´bösartig auf Ausrottung bedacht´ war; wir bestreiten das nicht nur, wir finden die Behauptung allenfalls ignorant, wenn nicht bösartig."

Goldhagens These vom"eliminationist antisemitism" wird als „bösartig" vom Tisch gewischt, der Autor ein „Nichthistoriker", ein „verhinderter Historiker". Besonders verwerflich: nicht nur „meist jüdische Kolumnisten" diskutieren Goldha-





Zum deutschen Sonderkrieg gegen Daniel Jonah Goldhagens „Hitler's Willing Executioners"

gen, „sogar der große alte Gordon A.Craig lobt den ´frischen Blick auf die Natur des deutschen Antisemitismus´. Craig ist ein profunder Deutschlandkenner und ein hochangesehener Historiker. Einen Fachmann für den Holocaust kann man ihn indessen nicht nennen." (...) Und weiter:

„Es versteht sich, daß der Nobelpreisträger Elie Wiesel Goldhagens Buch für einen ´riesigen Beitrag zum Verständnis des Holocaust´ erklärt. Wiesel erforscht nichts anderes."

Augsteins Polemik ist ohne Zweifel dümmlich. Craig wird als Nichtfachmann abgekanzelt, Wiesel als Nurfachmann. Nur ist Augstein noch immer nicht Herausgeber eines unbedeutenden Veteranenrundbriefs, sondern einer Wochenzeitung, die inmitten der deutschen Gesellschaft steht. Wie die FR, die wahrscheinlich das Urheberrecht auf die antisemitischen Kaffeehaus-Klischees hat:

„Was und wieviel daran unter Geschichtswissenschaftlern wirklich neu ist, wird dabei in der US-Debatte bisher nur selten gefragt, diskutieren hier doch meist jüdische Nicht-Historiker, sprich Journalisten und Kolumnisten unter sich" durften Matthias Arning und Rolf Paasch in der FR vom 12.4.96 verbreiten.

Die vielleicht bemerkenswerteste Trittbrettfahrerin stellt Mariam Niroumand von der taz dar. Niroumand vertritt den postmodernen Flügel deutscher Entschuldungsstrategie mit bislang unübertroffener Rhetorik: „Vernichtungsorgien für die ganze monströse Familie von Hitler´s little helpers – in der Tat wird hier das Fantasy-Material der vierziger und fünfziger Jahre neu aufbereitet, eine Art Pulp Fiction mit soziologischem Tarncode" urteilt sie in der taz vom 13.4. Ich schlage vor, den Satz mindestens dreimal zu lesen, sich dabei die Frage stellend, was mit Fantasymaterial gemeint sein kann. Ist die Frau noch zu retten?

„IRRWAHN"

So hat der Spiegel es schwer, seinen Platz als nationalsten aller Kritiker zu verteidigen. Was bleibt, ist Psychiatrisierung.

„Goldhagen (...) teilt diesen Irrwahn einer kollektiven Verurteilung in seinem Verdikt über die Deutschen. Es erinnert an den Amerikaner Theodore Kaufman, welcher im Sommer 1941 in einer Broschüre (´Germany must perish`) alle Schuld den Deutschen gab." legt Fritjof Meyer im Spiegel 21/96 nach. Eingerahmt von 16 Seiten Unfug, die die Deutschen zu einem Volk von ahnungslosen Opfern machen , die sich – obwohl ihnen nichts widerlicher war – zeitweilig aus Ohnmacht unterwerfen mußten. Fritjof Meyer treibt die bekannte Behauptung, man habe ja keine Ahnung gehabt, soweit, daß „manche Deutsche, auch jüdische" die „Nürnberger Rassegesetze" als vermeintliches Ende „ungezügelten Terrors" begrüßt hätten: irgendwo sind die Juden selbst schuld, haben selbst sie doch die Gefahr nicht erkannt.[7] (Marion Gräfin Dönhoff wird später in Zeit ähnliches für bemerkenswert halten. Sie droht übrigens auch mit einer Neubelebung des Antisemitismus durch das Buch.)[8]

Merkwürdige Unterstützung findet sich in Henryk M. Broder, dem die Aufgabe zufällt, den von Meyer aufgebauten mentalen Defekt Goldhagens zu erklären:

„Könnte es sein, daß Daniel schon mit 12, 13 Jahren mehr über Adolf Eichmann und Heinrich Himmler wußte als über Tom Sawyer und Huckleberry Finn? (...) Könnte es sein, daß er keine andere Wahl hatte, als die Flucht nach vorn anzutreten, das Erbe und den Auftrag des Vaters zu übernehmen und das Buch zu schreiben, das die Holocaustforschung revolutionieren sollte? (....)

Daniel Goldhagen ist nicht der einzige, der seine akademische Karriere einer historischen Katastrophe verdankt. Der Holocaust ist inzwi-

schen zu einem Steinbruch geworden, aus dem sich Historiker, Filmemacher, Erzieher, Künstler, Journalisten, Ausstellungsmanager und andere Gewerbetreibende freihändig bedienen." schreibt jemand, der sich bestenfalls seiner subjektiven Rolle nicht bewußt ist.

Goldhagen selbst hat dem eine angemessene Antwort entgegengesetzt. Er schreibt in der Zeit:
„Unverkennbar besteht der Sinn dieses Hinweises darin, mich als Wissenschaftler herabzuwürdigen, indem man ausdrücklich sagt oder andeutet, daß ich als Jude zu sehr betroffen sei, um wissenschaftlich über den Holocaust zu schreiben (...) Stellen Sie sich vor, ich würde jedesmal, wenn ich über die Arbeit eines deutschen Gelehrten schreibe, unterstellen, indem ich ein paar Details über seine oder ihre Herkunft erwähne, daß er oder sie nicht in der Lage sei, wissenschaftlich zu arbeiten. Stellen Sie sich vor, ich verwiese zum Beispiel darauf, wenn es der Fall wäre, daß ein Familienmitglied eines Gelehrten an der Ostfront gedient hat und in die Ermordung von Juden verstrickt war, daß der fragliche Wissenschaftler selber dem Haß der NS-Zeit ausgesetzt oder Mitglied der Hitlerjugend war oder vielleicht selber geschrien hat:´Juda verrecke´. Stellen Sie sich nur die Empörung vor, die darauf folgte."[9]
„Müssen wir wirklich darüber streiten, ob der Holocaust aus Deutschland kam?"[10]

Die linken Ausleger der „Debatte" werfen Goldhagen teilweise Antikommunismus vor. Das wird einen Antikommunisten nicht hart treffen.[11]

Tatsächlich interessiert ihn die deutsche Gesellschaft des pre-Hitler und Hitler-Germany nur unter dem Aspekt des Antisemitismus und des Holocaust. Der Widerstand und die Verfolgung von Kommunisten und Sozialdemokraten ist kaum Thema[12], es wird tatsächlich keinesfalls auf Klassendifferenzen eingegangen, wie in marxistischer Kritik abzuspulen üblich ist. Zum einem ist es mehr als banal, einem Nichtmarxisten, der sicher nie Marxist sein wollte, Nichtmarxismus vorzuwerfen, und es dürfte sich inzwischen auch in eher traditionellen Kreisen rumgesprochen haben, daß gerade Antisemitismus (wie auch Rassismus) leider nicht brav an der richtigen Seite der Klassenschranken stehen blieb und bleibt. Zum anderen ist es fatal, mit sog. linken Inhalten an einer Debatte genannten Kampagne teilzunehmen, die sich um den tatsächlichen Stellenwert des Buches sowieso einen Dreck schert. Auch das antideutsche Herz wird in Goldhagen keinen Verbündeten gegen das heutige Deutschland finden. Gegen seine eigenen Ergebnisse, die zumindest ja auf die heute noch lebende Tätergeneration zu beziehen sein müßten, beteuert der Autor, dem heutigen Deutschland keinesfalls Kontinuitäten zu unterstellen.

Mir stellen sich zwei Fragen: was treibt z.B. jemanden wie Augstein, die deutsche Sau derart weit rauszulassen, und zweitens, warum setzt sich Goldhagen, anstatt sich bestätigt an die weitere Arbeit zu machen, mit den Deutschen an einen Tisch?

WHAT MAKES THEM TICK?

Allein, daß daran erinnert wird, daß Deutsche Täter waren, scheint, in all seiner Selbstverständlichkeit, heute nicht mehr hinnehmbar. Und ganz offensichtlich absolut nicht Goldhagens Absage an Verständnis für die Deutschen und deren Verbrechen, die er – bewußt emotional – außerhalb nachvollziehbarer Handlungen stellt:
„Too many interpreters of this period, particularly when they are psychologizing, discuss the Germans´ actions as if they were discussing the commission of mundane acts, as if they need explain little more than how a good man might occasionally shoplift. (...)
Explaining this genocidal slaughter necessitates, therefore, that we keep two things always in mind. When writing or reading about killing operations, it is to easy to become insensitive to the numbers on the page. Ten thousand dead in one place, four hundred in another, fifteen in a third. Each of us should pause and consider that ten thousands deaths meant that Germans killed ten thousands individuals – unarmed men, women, and children, the old, the young, and the sick – that Germans took a human life ten thousands times."[13]

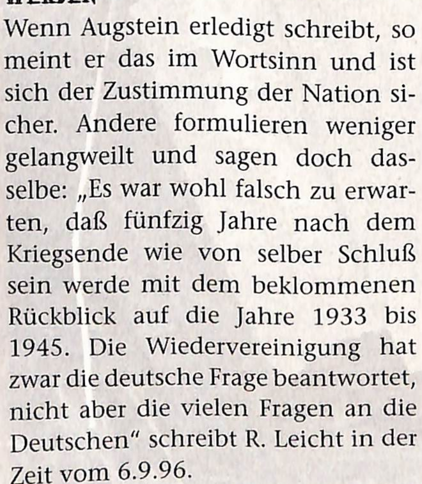
Damit geht Goldhagen tatsächlich an den Anfang der Holocaustforschung zurück. Ihn interessiert keine Vergleichende Genozidforschung, keine Untersuchung der Rolle lettischer Hilfstruppen oder die der Kollaborateure in Frankreich. Sein Interesse gilt ausschließlich der Singularität eines ohne deutsche Täter undenkbaren Verbrechens und besteht auf Emotionalität als Bestandteil einer wissenschaftlichen Methode,[14] und, wie Ingrid Strobl sagt, er „rehabilitiert die Perspektive der Holocaust-Opfer".[15]

Aber auch das wäre noch vor ein paar Jahren, wenn auch für die Rechte nicht leicht hinnehmbar, so doch nicht Anlaß einer solchen Kampagne aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft gewesen.



„DIE DEBATTE, OB AUSCHWITZ NUN EINMALIGES VERBRECHEN WAR, KANN DOCH NUN, WEIL ERLEDIGT, NICHT JEDES JAHR NEU AUFGEROLLT WERDEN"[16]

Wenn Augstein erledigt schreibt, so meint er das im Wortsinn und ist sich der Zustimmung der Nation sicher. Andere formulieren weniger gelangweilt und sagen doch dasselbe: „Es war wohl falsch zu erwarten, daß fünfzig Jahre nach dem Kriegsende wie von selber Schluß sein werde mit dem beklommenen Rückblick auf die Jahre 1933 bis 1945. Die Wiedervereinigung hat zwar die deutsche Frage beantwortet, nicht aber die vielen Fragen an die Deutschen" schreibt R. Leicht in der Zeit vom 6.9.96.



In der Tat ist die antisemitische Diktion der Kritik, die Psychologisierung von Text und Autor, nur mit dem nationalistischen Konsens zu erklären, auf den der Text, unerwartet von beiden Seiten, trifft. 51 Jahre nach Kriegsende, 11 Jahre nach Bit-

burg, 7 Jahre nach der Neudefinition des 9. November durch die Wiedervereinigung und vor allem ein Jahr nach der Zelebrierung des 8. Mai als Tag der Versöhnung, gerade, als die deutsche Geschichte von 33-45 als entsorgt, erledigt, begriffen worden war, durchkreuzt Goldhagen mit seiner Unversöhnlichkeit die Freisprechung der Deutschen. Seit 1989, dem Jahr, das inzwischen für das nationale Empfinden einen Neuanfang, sozusagen eine zweite Stunde Null darstellt, sind Deutsche der Tätergeneration zu Opfern des Krieges und der Diktatur umgelogen worden – das pflichtgemäße Gedenken der Opfer des Faschismus ist einem Betrauern der Opfer von Krieg und Tyrannei gewichen, das die britischen Bombenangriffe auf Dresden mit dem Holocaust gleichsetzt; der Nationalsozialismus ist geklärte Geschichte, Opfer hat es auf beiden Seiten gegeben. Wenn Goldhagen nun fordert, an den Anfang der Forschung zurückzugehen, trifft das den Frontoffizier und seine Gesinnungsgenossen tief ins deutsche Mark. Absurderweise ist Goldhagen der einzige, der die Aufregung nicht verstehen kann, denn er meint ein historisches deutsches Volk, das heute durch reeducation und demokratische Erziehung geläutert ist. So unversöhnlich er das historische Verbrechen behandelt, so idealistisch ist sein Bild der heutigen deutschen Gesellschaft: ein „wahrhaft demokratisches Ethos"[17] habe sich in der Bundesrepublik entwickelt, der Jugend werde beigebracht, daß „alle Menschen gleich" seien.[18] Goldhagen, als us-amerikanischer Konservativer, sieht eine Bundesrepublik, die es nie so gegeben hat und seit 1989 faktisch gar nicht mehr existiert: sicher sei die „Demokratie in Deutschland aus Amerika eingeführt worden, es war eine regelrechte Transplantation -eine erfolgreiche."[19] Daß seine Kritiker die BRD als historische Phase der Scham und Zurückhaltung begreifen, scheint Goldhagen nicht zu realisieren. Nur so ist der Gleichmut zu erklären, mit dem Goldhagen auf die immer gleichen Fragen seiner Interviewer reagiert, selbst im Gespräch mit Augstein[20] („Wir hatten damals Beziehungen zu Juden. Mit denen konnnten wir offen sprechen"). Kokett spielt Augstein auf Kontinuitäten an, während Goldhagen die deutsche Jugend, angetan von ihrem kosmopolitischen Anblick in Hamburger Fußgängerzonen, von der Vergangenheit freispricht. Daß eben jene deutsche Jugend Synagogen in Brand setzt, will oder kann er nicht thematisieren.

„Goldhagen stellt sich"

Mit derselben mir unbegreiflichen Gelassenheit „stellt sich" – wie das dann hierzulande heißt –, Goldhagen in diesen Tagen in Podiumsdiskussionen den Kritikern, so z.B. in der ARD. Historiker und andere wichtige Menschen diskutieren, als hätte bei manchen die Zeit doch nur zum Durchblättern gereicht. Ob das Buch nicht als Provokation gemeint sei? Ob er wirklich von einer Million Täter ausgehe? Goldhagen stellt freundlich klar, und äußert zuweilen Erstaunen über die falsche Wiedergabe seines Textes. Doch ein Schaudern der Erkenntnis, in welches Land er geraten ist, zeigt sich bei der Beantwortung sogenannter Zuschauerfragen, die nichts, aber auch gar nichts aus dem Ensemble deutscher Schuldabwehr auslassen: Was er denn getan hätte damals? (nötige Nachfrage Goldhagens: Wenn ich kein Jude gewesen wäre?) Und Vietnam? Warum das Ausland nicht geholfen hätte? Die Juden hätten schließlich auch Schlimmes getan. Ob er denn nicht wisse, daß er die Freundschaft der Deutschen mit den Juden aufs Spiel setze.

„Wie sein aufstörendes, verstörendes Buch bei uns aufgenommen wird – daran wird sich viel ablesen lassen über das historische Bewußtsein dieser Republik" meinte Volker Ullrich in der Zeit zum Auftakt der Debatte. Eher über die Unerträglichkeit der Gegenwart, meine ich.

Regine, 7.9.96

[1] Daniel Jonah Goldhagen, Hitler's Willing Executioners. Ordinary Germans and the Holocaust, S.6

[2] ungefähr: „Einfach gesagt: die Täter hatten ihre Überzeugungen und Moral befragt und waren zu dem Schluß gekommen, daß die Massenvernichtung von Juden richtig sei; sie wollten nicht „nein" sagen." Goldhagen, S.14

[3] Goldhagen, S.6

[4] ebenda

[5] ...This usage does not mean that all Germans are included when the term „Germans" is employed (...), because some Germans opposed and resisted the Nazis as well as the persecution of the Jews..." ungefähr: „Dieser Gebrauch bedeutet nicht, daß alle Deutschen eingeschlossen sind, wenn der Begriff „Deutsche" benutzt wird. Denn einige Deutsche opponierten und leisteten Widerstand gegen die Nazis wie auch die Judenverfolgung." Goldhagen, S.476

[6] Spiegel 33/96

[7] siehe dazu Tjark Kunstreich, Augsteins willige Spießgesellen, junge welt vom 23.5.96

[8] vgl. Marion Gräfin Dönhoff: Warum D.J.Goldhagens Buch in die Irre führt. in: Die Zeit vom 6.9.96

[9] Goldhagen, Das Versagen der Kritiker, S.14

[10] ebenda

[11] o.k. ein Beispiel, aber nur eins: „Die FAZ hat (...) mitgeteilt, (...) bedenklich sei der ´intellektuelle Zustand einer Gesellschaft, die solche Thesen für einen gedanklichen Fortschritt hält´(...) Allerdings kritisiert die FAZ zu Recht, daß sich Goldhagen (...) um keinerlei Unterscheidung nach sozialem, ökonomischem und intellektuellem Millieu innerhalb der deutschen Gesellschaft bemühe. Das ist nicht falsch, nur weil es in der FAZ steht. (...) Solange versucht wird, die Entstehung des Nationalsozialismus zu erklären, ohne die unterschiedlichen Klasseninteressen zu berücksichtigen, sondern nur von ´den Deutschen` gesprochen wird, wird weiterhin im Nebel gestochert werden – von einem Historikerstreit zum nächsten." Uwe Soukup in: junge welt 17.4.96

Die Linken und die Scheuklappen

[12] Ob allerdings Goldhagens die Behauptung eines „substantial freedom and pluralism that actually existed within German society“ (S.479) (also substantieller Freiheit und Pluralismus in der nationalsozialistischen Gesellschaft) sich auch auf die nicht-jüdischen Verfolgten und Opfer des Nationalsozialismus bezieht, will ich nicht unterstellen wie getan in: Der Völkermord an den Juden als „nationales Projekt?“, AK 392.

[13] ungefähr: „Zu viele Interpreten dieser Epoche, v.a., wenn sie psychologisieren, diskutieren die Handlungen der Deutschen, als wenn sie normale irdische Handlungen diskutierten, so als ob sie nicht viel mehr erklären müßten als die Frage, warum ein guter Mensch gelegentlich einen Ladendiebstahl begeht.(...) Den Völkermord zu erklären verlangt deshalb, daß wir zwei Dinge immer in Erinnerung behalten. Beim Schreiben oder Reden über Tötungskommandos wird man leicht unsensibel gegenüber den Zahlen auf dem Papier. Zehntausend tot hier, vierhundert dort, fünfzehn an einem dritten Ort. Jeder von uns sollte innehalten und bedenken, daß zehntausend Tote bedeuteten, daß Deutsche zehntausend Individuen getötet haben – unbewaffnete Männer, Frauen, Kinder, Alte, Junge, und Kranke – daß Deutsche ein Menschenleben zehntausendmal genommen haben.“ Goldhagen, S.21

[14] Goldhagens Einbeziehung persönlicher Erfahrungen (z. B. Gespräche mit seinem Vater) in eine wissenschaftliche Untersuchung werfen ihm fast alle Kritiker als unwissenschaftlich vor; ungeachtet dessen versuchen ihn dieselben mit anderen persönlichen Erfahrungen (z.B.Victor Klemperers Tagebüchern) zu widerlegen; so im Spiegel 21, so im AK 392.

[15] vgl. Ingrid Strobl: Die Flucht in die wissenschaftliche Abstraktion, in: taz v.6.9.96

[16] Augstein, Spiegel 16/96

[17] Goldhagen, Das Versagen der Kritiker, in: Die Zeit 32, S.13

[18] Goldhagen, Vorwort zur deutschen Ausgabe.

[19] Interview mit der Hamburger Morgenpost vom 4.9.96

[20] Spiegelgespräch in Nr. 33/96



Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker" hat hierzulande schon vor der Herausgabe der deutschen Übersetzung für heftige Reaktionen gesorgt. In Fachdebatten wie in der Öffentlichkeit schlug ihm fast unisono der Vorwurf entgegen, eine Kollektivschuld zu konstruieren. Viele „linke" Reaktionen machten da nur scheinbar eine Ausnahme: Einer schwachen Abgrenzung gegenüber den Vorverurteilungen folgte oft derselbe Vorwurf einer Kollektivschuld-These, nur etwas abgemildert formuliert.

Für die Konstellation einer solchen linken Abwehr der Goldhagen-Thesen stehen geradezu idealtypisch: Hans-Ulrich Wehler (linkssozialdemokratischer Sonderwegs-Theoretiker – ZEIT vom 24.5), Reinhard Kühnl (Faschismus-Theoretiker aus realsozialistischer Diskussionstradition – junge welt vom 24.6.), und Kurt Pätzold (ehemaliger DDR-Geschichtswissenschaftler – jw, 5.7.). Pätzold präsentiert eine etwas wirre Verschwörungstheorie, nach der einziger Zweck der Goldhagen-Veröffentlichung gewesen sei, eine angemessene Zwischenbilanz des BRD-Historikerstreits zu verhindern. Dabei spricht gerade darüber die Tatsache, daß besonders die „Linken" der Historikerdebatte (Mommsen, Jäckel usw.) mit dem Kollektivschuld-Vorwurf über Goldhagen herfielen, alles Wissenswerte aus: Der in der Historikerzunft entstandene Konsens, eine positive deutsche Nationalgeschichtsschreibung voranzutreiben, wird überdeutlich sichtbar. Kühnl sieht Goldhagen in der Nähe zum „völkischen Nationalismus", weil er als „vorherrschende Formel 'die Deutschen`" benutze, und Wehler wirft ihm „furchterregende Selbstgerechtigkeit" und „Quasirassismus" vor.

Alle drei nehmen Goldhagen gegen „überzogene" Angriffe in Schutz indem sie loben, Aspekte seiner konkreten, empirischen Forschungen seien verdienstvoll. Der Pferdefuß: Sie negieren im Anschluß die zentralen Schlußfolgerungen, die Goldhagen aus gerade diesen Fakten zieht. Die Thesen des amerikanischen Soziologe werden so als für die deutsche Geschichtswissenschaft nicht ernstzunehmend eingestuft. Der Gestus ist, Goldhagen in die Schranken des jungen Nachwuchswissenschaftlers zu verweisen, der empirische Details ergänzen darf, sich gewagter Thesen über das allzuschwierige Sujet aber besser zu enthalten habe.

Goldhagen: Empirie und Schlußfolgerungen

Goldhagens konkrete Studien können und dürfen von seinen Arbeitsergebnissen aber nicht getrennt werden. Seine zentrale These ergibt sich aus der Empirie – Goldhagen hat sie wie folgt zusammengefaßt: „Die antisemitischen Auffassungen der Deutschen waren die zentrale Triebkraft für den Holocaust. (...) auf ihnen beruhte auch die Bereitschaft der Täter, Juden brutal zu mißhandeln und zu töten. Die Schlußfolgerung dieses Buches lautet, daß der Antisemitismus viele Tausende 'gewöhnlicher' Deutscher veranlaßte, Juden grausam zu ermorden, und daß auch Millionen anderer Deutscher nicht anders gehandelt hätten, wären sie in die entsprechenden Positionen gelangt." (S.22) Ein antisemitisches Motiv der Täterhandlungen in den Vordergrund zu stellen konkurriert mit gängigen Theoriemodellen, deren Erklärungswert Goldhagen als sehr begrenzt beurteilt: „Nicht wirtschaftliche Not, nicht die Zwangsmittel eines totalitären Staates, nicht sozialpsychologisch wirksamer Druck, nicht unveränderliche psychische Neigungen, sondern die Vorstellungen, die in Deutschland seit Jahrzehnten über Juden vorherrschten, brachten ganz normale Deutsche dazu, unbewaffnete, hilflose jüdische Männer, Frauen und Kinder zu Tausenden systematisch und ohne Erbarmen zu töten." (S.22)

Die Grundthese, daß ein eliminatorischer Antisemitismus der Deutschen den Holocaust wesentlich verursachte, ist bei Goldhagen insgesamt argumentativ schlüssig hergeleitet. Die ausführliche Beweisführung kann hier nicht nachgezeichnet werden – ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien nur einige Argumentationskomplexe aufgelistet: * Goldhagen untersucht die Juden-Liquidationen mehrerer Polizeibataillons und weist nach, daß die Einzelnen an dem Massenmorden freiwillig teilnahmen; * ohne Zwang übten sie die Morde in besonders grausamer Weise aus, oder sie verhielten sich Juden gegenüber zu anderen Anlässen aus eigenem Antrieb grausam; * noch beim Zusammenbruch des NS-Regimes und nach Himmlers Befehl zum Abbruch des Vernichtungsprogramm initiierten solche Täter mörderische „Todesmärsche" mit dem Ziel der Judenvernichtung; * bei diesen Tätern handelte es sich nicht etwa um SS- oder NSdAP-Kader, sondern um „ganz gewöhnliche Deutsche", einen soziologischen Querschnitt durch die Bevölkerung; * Studien belegen nicht nur die enorme Bedeutung des eliminatorischen Antisemitismus in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert, sondern auch deren frühe Zuspitzung auf Vernichtungs-Projektionen; * während der NS-Staat mit verschiedenen Maßnahmen auf Widerspruch und Gehorsamsverweigerung stieß, blieb die Judenvernichtung in Deutschland ohne relevanten Widerspruch; * selbst NS-Kritiker teilten im Kern den eliminatorischen Antisemitismus und wandten sich kaum gegen die Vernichtungspolitik; * das NS-System kann als eine Diktatur gelten, die sehr weitgehend auf den Konsens der Volksgenossen setzte, und die ohne ihn den Mord an den Juden nicht durchgeführt hätte.

Goldhagen hat damit nicht, wie Wehler, Kühnl und Pätzold glauben machen wollen, die Forschungen Christopher Brownings zu den Polizeibataillons (Titel: „Ganz normale Männer") um einige Details ergänzt, sondern er hat geradezu einen Gegen-Browning veröffentlicht. Wo Browning allgemeine Mechanismen des Gruppendrucks betont und Täterrechtfertigungen der Nachkriegszeit für bare Münze nimmt, widerspricht Goldhagen mit seiner These des handlungsmotivierenden Antisemitismus.

DAS BEISPIEL KÜHNL: KLASSISCHE FASCHISMUSTHEORIE UND ANTISEMITISMUS

Die oben genannten Kritiker weisen Goldhagens zentrale These zurück, ohne auf ihre Begründungszusammenhänge, ihre Ableitung aus der Empirie, einzugehen. Dabei ist Kühnl vielleicht für die Beurteilung linker Reaktionen besonders interessant, hat er doch in den 70er Jahren durch seine Buchveröffentlichungen die Faschismusrezeption der BRD-Linken ganz entscheidend geprägt. Der Name Kühnl steht für die differenzierende Wiederaufnahme jener alten Definition von Faschismus, die Georgi Dimitrow auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 vorgenommen hatte: Faschismus als Diktatur der reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals.

Auf eine ähnliche Faschismus-Definition spielt Kühnl implizit an, wenn er gegen Goldhagen eine Analyse „des Gesamtsystems des Faschismus und der Gesamtgeschichte im Vorfeld" einfordert. Die Formulierung subsumiert das von Goldhagen untersuchte Geschehen, den Antisemitismus und die Judenmorde, unter einen analytischen Begriff von „Faschismus", der jenen als Funktion der Klassenunterdrückung begreift: „Dessen Triebkräfte und Zielsetzungen insgesamt" seien, so Kühnl, „zu ermitteln, um Stellenwert und Funktion ihrer einzelnen Elemente zu erkennen". Kühnl fordert also ein, Antisemitismus als ein gegenüber der Klassenunterdrückung funktionales „Element" zu begreifen. Mit solcher Prämisse schließt er aus, was herauszuarbeiten Goldhagens zentrales Anliegen gewesen ist: Daß Antisemitismus, bei Elite wie Bevölkerung, nicht nur Mittel zum Zweck, sondern tatsächlich als solcher handlungsmotivierend gewesen ist.

Kühnls Zugang zu Faschismus setzt voraus, daß sich „ökonomische Interessen" auf geheimen Wegen auch dort geltend machen, wo krudeste Welterklärungen nur scheinbar als angebliche Handlungsmotive präsentiert werden. Zur Erklärung des Holocaust sei, so Kühnl gegen Goldhagen, herauszufinden, „welche sozialen, politischen, institutionellen Bedingungen und Interessen zusammenwirkten, damit die 'Denkmöglichkeit' Judenmord erstens sich herausbilden, zweitens verfestigen und drittens zur Realität werden konnte." Im für diese Faschismustheorie zentralen Begriff der „Interessen" kann das Wahnsystem Antisemitismus aber von vornherein nicht gefaßt werden – die Theorie steht der Ideologie notwendig unverständig gegenüber.

Die Konsequenz daraus ist, daß Kühnl die Handlungsmotivation „Antisemitismus" herunterzuwerten versucht – er relativiert ihre Bedeutung des Antisemitismus für das NS-System. In der NS-Mobilisierung, behauptet Kühnl, „war der Antisemitismus nur ein Element innerhalb eines komplexen Systems", und es war „weder vor 1933 noch in der Zeit bis 1939 das zentrale. Im Vordergrund stand die Vernichtung des politischen Gegners auf der Linken (...) und die Vorbereitung des großen Eroberungskrieges". – Daß die Kriegspropaganda der Nationalsozialisten, wie auch ihre antikommunistische Hetze stets unter dem Vorzeichen einer „jüdischen Weltverschwörung" stand, weiß Kühnl natürlich, verdrängt es aber ganz offensichtlich.

Schließlich stört Kühnl, wie erwähnt, Goldhagens „vorherrschende Formel 'die Deutschen'". Er sieht in ihr die unzulässige Festschreibung einer „einheitlichen und festgefügten antisemitischen Mentalität" und sieht Goldhagen gar in die Nähe „zum völkischen Nationalismus". Dabei lehnt Kühnl in anderen Zusammenhängen durchaus nicht ab, von „den Deutschen" zu sprechen. Weitgehender als Goldhagen, schlägt er sogar vor, den Begriff des deutschen „Nationalcharakters" positiv zu verwenden[1]. Es geht ihm alleine darum, daß mit der in seinen Augen zulässigen Verallgemeinerung „Deutsche" nicht antisemitische Denkweisen verbunden werden. Kühnl will also einen positiveren Bezug auf „Deutschland" aufrechterhalten, als es mit Goldhagen Schlußfolgerungen möglich wäre. Dessen generalisierende Bezeich-

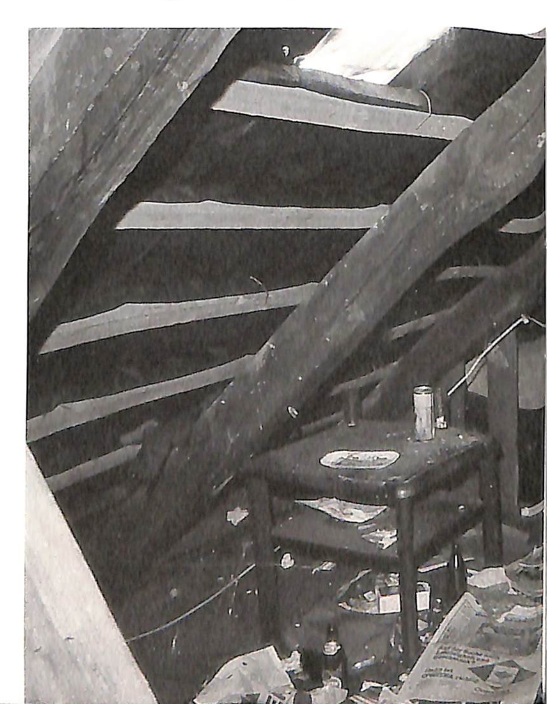


nung der Täter als „Deutsche" sei, schreibt er, „politisch fatal", weil sie die Identifikation mit deutschen Widerstandstraditionen erschwere – Kühnl will die Identifikation mit dem „anderen Deutschland".

Goldhagen weist in seiner Untersuchung explizit aus, warum er für die Täter als generalisierende Bezeichnung „die Deutschen" verwendet: Er verweist darauf, daß die in der Literatur üblichen Bezeichnungen wie „SS-Männer" und „Nationalsozialisten" die große Zahl „gewöhnlicher Deutscher" übergehe, die an der Vernichtung aktiven Anteil hatten (Goldhagen geht hier, begründet, von einer in die hunderttausende gehenden Ziffer aus). „Die Deutschen", betont er, sei als eine verallgemeinernde Redewendung zu verstehen, wie sie in der Wissenschaft an anderer Stelle absolut üblich sei.

ANTIDEUTSCHER GOLDHAGENIANISMUS?

Daß Goldhagen von den Tätern als





„Deutschen“ redet, weckt „antideutsche“ Begehrlichkeiten. Da Goldhagen das deutsche Bewußtsein so wirkungsvoll aufstöberte, kursiert die Frage, ob er vielleicht als Kronzeuge für die eigene Position taugt, ob sich „antideutsch“ vielleicht gar in Goldhagens Thesen fundieren könne. Goldhagens überaus positiver Bezug auf Nachkriegsdeutschland steht dem entgegen – vielleicht ließen sich, wird gemutmaßt, seine Thesen aber gegen den Autor auf die heutige deutsche Situation fortschreiben?

Die Goldhagen-Debatte fällt in eine Konstellation, in der „antideutsch“ Fundierung nötig hat. „Nie wieder Deutschland“ ist als Parole zur Wiedervereinigung entstanden, und viele haben die um diese Parole entwickelten Aktivitäten als Einpunkt-Bewegung zu eben dieser Wiedervereinigung begriffen. Sie haben sich nach unterschiedlich langen Perioden von „antideutsch“ abgegrenzt. „Antideutsch“ tritt seitdem weiterhin immer wieder einmal



bewegungspolitisch in Erscheinung (z.B. 8.Mai '95), was bei entsprechenden Anlässen seine Berechtigung hat (z.B. Lübeck/Grevesmühlen), was aber keine tragfähige, dauerhafte Grundlage für eine Strömung sein kann.

Daß mit der Wiedervereinigung die Frage nach dem „deutschen Sonderweg“ neue Aktualität erlangt hat, weil Begrenzungen der deutschen Machtentfaltung entfallen sind, kann und muß die Frage nach den deutschen Verhältnissen in langfristiger Perspektive aufwerfen. „Antideutsch“ müßte, so verstanden, sich aber eher als Diskussionsströmung begreifen, die das Besondere an der deutschen Entwicklung zu ergründen, und auf dieser Grundlage zu agieren versucht. Um eine Klärung, was deutsche Besonderheit oder „deutscher Sonderweg“ ist, voranzutreiben, gilt es aber auch, den tradierten theoretischen Horizont zu erweitern.

Einer solchen Perspektive ist es nun alles andere als dienlich, wenn eine kurzfristige, kampagnenartige Berufung auf Goldhagen betrieben wird. Daß er eine Herausforderung für eine linke Debatte um Faschismustheorie und Nationalsozialismus darstellt, heißt noch lange nicht, daß nun gerade dieser amerikanische Soziologe die offensichtlichen linken Theoriedefizite zu schließen verspricht. Goldhagen ordnet sein wissenschaftliches Herangehen in seinem Buch selbst der „Wissenssoziologie“ zu (S.61). Er betont, vom Axiom der Autonomie des Subjekts auszugehen und setzt sich konsequenterweise explizit vom Marxismus ab. Seine Kategorien sind einer Denkwelt verpflichtet, die mit dem Ansatz materialistischer Gesellschaftsanalyse wenig gemein hat.

Wenn Goldhagen die „Besessenheit“, mit der die deutsche Debatte um die die sogenannte Judenfrage im 19. Jahrhundert geführt wurde, hervorhebt, so ist das eine wichtige Beobachtung. Mit dieser Beschreibung die Besonderheit der deutschen Entwicklung analysiert sehen zu wollen, greift aber zu kurz. Auch Goldhagens Bestimmung, in Deutschland sei ein „fundamentaler“ Judenhaß zu beobachten, ist eine beschreibende, keine analytische Kategorie. Natürlich ist ein wichtiger Zusammenhang hergestellt, wenn die deutsche antisemitische Tradition als in die NS-Vernichtungspolitik hineinführend beschrieben wird. Damit eine Theorie des „deutschen Sonderwegs“ zur Erklärung des Holocausts beitragen kann, muß sie aber das Zustandekommen des Antisemitismus aus anderen Faktoren als jenem selbst herleiten können. Wenn im ersten Schritt der „Sonderweg“ im besessenen Antisemitismus definiert wird, im zweiten Schritt dann aber der Holocaust wieder als Beleg für diese Besessenheit gilt, so führt dies in Tautologien, statt zur Erklärung des deutschen Besonderen.

Eine solche Zirkularität der Argumentation ist in Goldhagens Arbeit immer wieder angelegt. Goldhagen begründet, warum er keine vergleichende Studie des deutschen mit anderen Antisemitismen erstellt habe, unter anderem so: „Gerade weil der Antisemitismus der zwar grundlegende, aber nicht allein wirksame Faktor des Holocaust war, erübrigt es sich, auf die Unterschiede zwischen dem Antisemitismus in Deutschland und anderswo einzugehen. Welche antisemitische Traditionen in anderen europäischen Ländern auch bestanden haben mögen: Nur in Deutschland ist eine offen und fanatisch antisemitische Bewegung an die Macht gekommen (gewählt worden!), die auch willens war, ihre antisemitischen Phantasmagorien in staatlich organisierten Völkermord umzusetzen. Allein darum hatte der Antisemitismus in Deutschland völlig andere Konsequenzen als der Antisemitismus in anderen Ländern. ...“ (S.490) Der qualitative Unterschied der deutschen Entwicklung ist in der NS-Machtübernahme definiert – auf eine umfassende Erklärung dieser Besonderheit verzichtet Goldhagen hier. Dennoch beansprucht er, damit den Begriff „Sonderweg“ füllen zu können: „...Zu Recht spricht man also von einem deutschen 'Sonderweg': Deutschland ist einen einzigartigen Weg gegangen, einen Weg, der es von den

anderen abendländischen Nationen wegführte. Wie immer es auch um Ausmaß und Intensität des Antisemitismus beispielsweise in Polen oder Frankreich bestellt gewesen sein mochte, der Antisemitismus in diesen Ländern ist nicht von Belang, wenn man den Völkermord der Deutschen an den Juden erklären will; er ist nur wichtig, wenn man die Reaktionen erklären möchte, die der deutsche Völkermord bei Polen oder Franzosen hervorgerufen hat. Das aber ist nicht unser Thema." (S.490) Damit ist die Rede vom deutschen „Sonderweg" allein auf die NS-Vernichtung als solche bezogen – er hätte 1933 begonnen und 1945 geendet. So definiert, kann „Sonderweg" zur Erklärung des Nationalsozialismus aber natürlich von vornherein nichts beitragen

„Eliminatorischer Antisemitismus" und deutsche Besonderheit

Ein anderer von Goldhagen geprägter Begriff könnte als Erfüllung des „antideutschen" Anliegens gelten, die deutsche Besonderheit zu qualifizieren: Die Rede vom „eliminatorischen Antisemitismus der Deutschen". In welchem Ausmaß ein solcher Antisemitismus, der auf den gesellschaftlichen Ausschluß der „Juden" abzielte, in Deutschland grassierte, hat (u.a.) Goldhagen herausgearbeitet. Goldhagen belegt nicht nur die Verbreitung der These vom „Judenproblem", sondern auch, wie sehr im deutschen Antisemitismus die „Juden" zum nicht integrierbaren Grundübel, zum Gegenprinzip der gesellschaftlichen Normierung gemacht wurden.

Die Frage, ob im „eliminatorischen Antisemitismus" ein deutsches Spezifikum angesprochen ist, ist in diesem Beleg seiner Verbreitung jedoch noch nicht positiv beantwortet. Der Nachweis, daß eliminatorischer Antisemitismus auch in anderen Ländern grassierte, ist leicht zu erbringen – es sei nur an den russischen Antisemitismus der Jahrhundertwende erinnert, der die „Protokolle der Weisen von Zion" hervorbrachte, und von dem Rosenberg wichtige Momente der NS-Ideologie übernahm. Auch aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus in den USA – sei es bei Ku-Klux-Klan und rechten Bürgerwehren, sei es aber auch in antisemitischen Reden Farakhans – definieren deutlich im „Juden" ein übles Gegenprinzip, dessen erfolgreiche Bewältigung nur ausschließend gedacht werden kann.

Verschiedene Theorieansätze des Antisemitismus legen sogar nahe, eine eliminatorische Tendenz dem modernen Antisemitismus als solchem zuzuschreiben, sie also in allen seinen Äußerungsformen zu vermuten. Daß modernen Antisemiten die „Juden" nicht nur als fremdes Volk, sondern als „Gegenvolk" gelten, daß sie also das Gegenprinzip zur natürlichen Zusammenschließung in Volksgemeinschaften personifizieren, läßt per se ein völkisches Zusammenleben mit ihnen undenkbar erscheinen. Wenn Adorno/Horkheimer vermuteten, im „Juden" träte dem Antisemiten das – unverstanden – als verderblich Begriffene der Zirkulationssphäre gegenüber, so wäre auch danach die eliminatorische Tendenz im modernen Antisemitismus als solchem angelegt; ähnliches gilt für Moishe Postones „Logik des Antisemitismus".

Diesen Theorien folgend, kann der eliminatorische Antisemitismus nicht als spezifisch deutsche Qualität gekennzeichnet werden (Postone z.B. geht von einer regelrechten Ära des modernen Antisemitismus in der kapitalistischen Welt aus). Eine besondere Intensität des Judenhasses in Deutschland wird dadurch natürlich nicht geleugnet – sie kann aber ihre Erklärung nicht mehr in der besonderen „eliminatorischen" Qualität finden.

Es ist indessen schwierig, aus Goldhagen schlüssig zu ersehen, ob er die These eines spezifischen eliminatorischen Antisemitismus in Deutschland tatsächlich aufstellt; ein wichtiger Beispielsatz, der auf das letzte Zitat folgt: „Für eine Erklärung des Holocaust ist es daher nicht entscheidend, den deutschen Antisemitismus in vergleichender Perspektive zu diskutieren. Gleichwohl ist festzuhalten, daß der Antisemitismus in keinem anderen europäischen Land auch nur annähernd alle Merkmale des deutschen Antisemitismus aufwies; im Grunde gab es derart ausgeprägte Merkmale in keinem der europäischen Länder. Nirgendwo war der Antisemitismus so verbreitet, daß er im Kontext dieser Kultur ein Axiom darstellte; nirgendwo war er so unlösbar mit der Rassenlehre verknüpft; nirgendwo gründete er sich auf ein so böswilliges Bild der Juden, das diese als gleichsam tödliche Bedrohung für das eigene Volk erscheinen ließ; nirgendwo hatte er so mörderische Züge angenommen und bereits im neunzehnten Jahrhundert immer wieder zur Vernichtung der Juden aufgerufen und die eliminatorische Konsequenz offenbart, die in Deutschland vorherrschend war. Der beispiellose Umfang, der niederträchtige Ton, das Geifernd-Mordwütige der deutschen antisemitischen Literatur des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts zeigen allein schon, daß der deutsche Antisemitismus ein Phänomen für sich darstellt." (S.490f)

Wenn Goldhagen von einem

„Phänomen für sich" spricht, bezeichnet das eine besondere Qualität. Worin aber ist sie definiert? Verschiedene Punkte werden von Goldhagen in diesem Zitat als besondere Quantitäten angesprochen: Er war in Deutschland in besonderem Maß mit Rassenlehre verknüpft und mörderisch; seine eliminatorische Tendenz trat in Deutschland früher auf und war vorherrschender. Goldhagen vertritt hier nicht ernsthaft die These, eliminatorischer Antisemitismus sei nur in Deutschland aufgetreten, der Begriff könne die deutsche Besonderheit insofern kennzeichnen. Die Quantitäten – zu denen der „eliminatorische Antisemitismus" zählt – erfahren einen Umschlag zur Qualität vielmehr dort, wo sie im Kontext der deutschen Kultur zum „Axiom" geworden seien. Das Besondere am deutschen Antisemitismus wäre also, daß Antisemitismus in Deutschland, und nur hier, zu der bestimmenden gesellschaftlichen Übereinkunft geworden sei. Diese Bestimmung bezieht sich nicht allein auf den NS-Staat, sondern auch auf die Entwicklung vor 1933.

Goldhagens Konzept des nationalen „Gesprächs"

Goldhagen bezeichnet eine solche Übereinkunft als nationale „politische Kultur", prägt dafür aber insbesondere den Begriff des nationalen „Gesprächs": „Man muß sich das kognitive, kulturelle und teils sogar das politische Leben einer Gesellschaft wie ein 'Gespräch' vorstellen. Alles, was wir über die gesellschaftliche Wirklichkeit wissen, ist dem Strom dieser ununterbrochenen 'Gespräche' entnommen" (S.51f). Die Begriffe „Wissen" und „Kognition" sind dabei die zentralen, vor allem ihnen wird der jeweils gültige „Wertekanon" zugeordnet. Damit wird auch der Antisemitismus, die in sich durchaus unlogische Ideologie, allein aus dem überlieferten Wissen der Gesellschaftsmitglieder abgeleitet – Goldhagen siedelt den Antisemitismus im Bereich der „kulturellen Axiome und kognitiven Orientierungen" an. Psychologische u.a. Deutungen ordnen sich in Goldhagens Vorstellungswelt diesem zentralen Gesichtspunkt unter. Entstehung und Vermittlung von Antisemitismus ist Formung und Weitergabe von Wissen – Theorien des Antisemitismus, die dessen innere Konstruktion anders herleiten, werden hierbei obsolet.

Daß Goldhagens Denken die Vorstellung des autonomen, damit uneingeschränkt kognitionsbegabte menschliche Individuum zugrundeliegt, ist in gewisser Weise eine Stärke seines Buches, da er Verantwortung und Schuld der deutschen Täter kann dadurch in einfacher und besonders klarer Weise definieren kann. Die von Goldhagen heftig kritisierte Hannah Arendt[2] bringt dagegen in ihrem Buch „Eichmann in Jerusalem" ihr Entsetzen darüber zur Ausdruck, daß sie bei diesem Organisatoren von NS-Morden jene Persönlichkeits-Voraussetzungen nicht antraf, die nach ihrer Vorstellung ein Individuum und adäquates Rechtssubjekt ausmachen.

Die Behauptung, daß Arendt damit die Verantwortung Eichmanns ablehnen oder mindern, oder gar seinen Antisemitismus wegdefinieren würde – worauf sich Mommsen beruft – trifft nicht zu. Wohl aber sieht Arendt das Konzept des autonomen Individuums unterminiert, auf das Goldhagens Denken auch dort basiert, wo er den Bezugsrahmen auf das nationale „Gespräch", die nationale „politische Kultur" erweitert. Wer diese Begriffe mit Goldhagen hereinzitiert, spricht die verschiedenen Implikationen stets mit aus. Goldhagen legt z.B. nahe, daß diese Kategorie das Denken nicht als Resultat von Gesellschaftlichkeit faßt, sondern daß diese Kategorie mit dieser Gesellschaftlichkeit als identisch gedacht wird. Seine explizite Abgrenzung vom Marx muß daher ernstgenommen werden, auch wenn Goldhagen sie an einem problematisch popularisierten Marx-Zitat begründet: Seine Untersuchung gehe, so Goldhagen, „im Gegensatz zu Marx' bekanntem Diktum davon aus, daß das Bewußtsein das Sein bestimmt".

Goldhagen ist in seinen Untersuchungen zum Antisemitismus ganz auf die Fragestellung konzentriert, ob sich diese Denkform in einer Gesellschaft zum „kulturellen Axiom" verdichte, oder nicht – letztlich dient allein diese Unterscheidungsmöglichkeit der Qualifizierung von Antisemitismus. Es liegt Goldhagen fern, das Zustandekommen von Antisemitismus aus gesellschaftlichen Umständen – als Ideologie – zu erklären. Wo Goldhagen über Antisemitismus referiert, unterscheidet er vor allem aus der Empirie gewonnene Typen des Antisemitismus. Er katalogisiert im Grunde nur und knüpft an keine Theorie des Antisemitismus an[3]. Die wichtigste und letztgültige Bestimmung des Antisemitismus bleibt bei Goldhagen die Frage, wie er sich zu den kulturellen Axiomen, dem gesellschaftlichen Gespräch verhält – Goldhagen macht auf dieser Ebene eine „Dichotomie" aus, auf die sich Antisemitismusanalyse beziehen lasse: „Einige Antisemitismen sind nämlich in die moralische Struktur der Gesellschaft eingewoben, andere nicht. (...) Jemand kann der Ansicht sein, daß



Juden seinem Land schaden, so wie er ähnliches auch über Schwarze, Polen oder jede andere Gruppe sagen könnte – in diesem Fall betrachtet er die Juden als Gruppe unter vielen, mit der er unangenehme Eigenschaften verbindet. Hier liegt eine klassische Antipathie zwischen Gruppen vor, wie sie bei Gruppenkonflikten normalerweise auftaucht. ..." (S.56)

Demokratie contra Antisemitismus?

Diese Dichotomie entwickelt sich bei Goldhagen daraus, daß er in seiner Definition des nationalen „Gesprächs" Demokratie und Antisemitismus als zwei zentrale, einander alternativ gegenüberstehende kulturelle Axiome begreift. Gefährlich und „eliminatorisch" ist Antisemitismus letztlich da – und nur da – wo er zum zentralen kulturellen Axiom der Gesellschaft wird. Unter den Vorzeichen der Demokratie tritt eine harmlosere Variante des Antisemitismus zutage, die ihrem ganzen Charakter nach der gefährlichen ersten Variante nicht ähnelt.

Diese alternative Unterscheidung von „demokratischer" und „eliminatorisch-antisemitischer" gesellschaftlicher Verfaßtheit reproduziert Goldhagen in seiner Untersuchung immer wieder. Wo er die Plausibilität der antisemitischen Durchdringung der deutschen Gesellschaft belegen will, vergleicht er sie mit der „Verbreitung demokratischer Überzeugungen in den USA" (S.51). Er entwickelt dementsprechend die Figur eines harmlosen US-Antisemitismus, der als unspezifisches Vorurteil beurteilt wird: „...Eine Person vertritt dann zwar negative Anschauungen über das Wesen der Juden, sieht dann aber nicht gleich die sittliche Ordnung der Gesellschaft durch sie bedroht. Das klassische amerikanische Vorurteil äußert sich in folgender Form: 'Ich bin Italiener, Ire, Pole, und er ist ein Jude, und deshalb mag ich ihn nicht.' Es bringt Unterschiede und Abneigung zum Ausdruck, unterstellt dem anderen jedoch nicht, die moralische Ordnung zu verletzen. Juden werden manchmal nur als eine 'ethnische' Gruppe unter vielen aufgefaßt, die in einer Gesellschaft zusammenleben. Ganz anders dagegen die mittelalterlich-christliche Betrachtungsweise (...) den Juden wurde vorgeworfen, die sittliche Ordnung der Welt zu verletzen..." (S.56)

Nach dieser klaren Entgegensetzung der kulturellen Axiome – hier Demokratie, dort Antisemitismus – ist es nur folgerichtig, wenn Goldhagen für die BRD der Nachkriegszeit (die DDR bleibt außen vor) das Verschwinden der aggressiven Form des Antisemitismus voraussetzt: „Die politische Kultur und die meisten Deutschen sind inzwischen als von Grund auf demokratisch zu bezeichnen. Auch der Antisemitismus ist deutlich schwächer geworden und hat im großen und ganzen seinen Charakter verändert. Insbesondere fehlen ihm heute die zentralen, wahnhaften Elemente, die in der NS-Zeit und davor die judenfeindlichen Auffassungen in Deutschland prägten – also jene Vorstellungen, die den Juden dämonische Macht und teuflische Absichten unterstellen." (S.56) Diese Wendung geht aus Goldhagens Kategorien konsequent hervor, es handelt sich hier nicht etwa um eine reformierbare Nachlässigkeit Goldhagens. Es ist schlüssig, wenn sich Goldhagen selbst auf die innere Kohärenz seiner Kategorien auch bezüglich der BRD-Nachkriegsgesellschaft beruft: „Die allgemeine, stetige Abschwächung und der Wandel des Antisemitismus, wie sie aus Umfrageergebnissen deutlich werden, lassen sich historisch mit dem gleichen Erklärungsansatz verständlich machen, der in dieser Studie dazu dient, die weite Verbreitung und Dauerhaftigkeit des Antisemitismus in Deutschland während und vor der NS-Zeit zu erklären." (S.12f, Vorwort der deutschen Ausgabe)

NS-Antisemitismus – tradiert oder ein Phänomen der Moderne?

Goldhagens überaus positive Beurteilung der Nachkriegs-BRD erklärt sich auch daraus, daß er den Antisemitismus des 20. Jahrhunderts im Kern als die Tradierung des christlichen, mittelalterlichen Judenhasses in die Neuzeit hinein begreift. Für Goldhagen blieb der Antisemitismus in Deutschland solanges kulturelles Axiom, bis er durch Lernprogramme in andere kognitive Muster umgewandelt wurde. Goldhagen begreift die modernen Formen des Antisemitismus als seine „geschmeidige" Anpassung an neue Verhältnisse. Wer aber keine Quellen des Antisemitismus in der Moderne ausmacht, kann leicht zur Schlußfolgerung kommen, er sei nun auch in Deutschland wenn schon nicht ausgestorben, so doch auf Dauer völlig bedeutungslos geworden.

Dagegen stehen analytische Zugänge, die die spezifische Gestalt des Antisemitismus Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts untersuchen, und die seine Stärke in dieser Zeit aus den Bedingungen der Moderne erklären wollen. Zu ihnen zählt jener Erlärungsstrang, der die Entwicklung des modernen Antisemitismus aus der Entwicklung der Nation und des Nationalismus ableitet. Goldhagen beobachtet zwar, wie Antisemitismus und Nationalismus hierzulande ineinanderwirkten: „In Deutschland und anderswo waren Nationalismus und Antisemitismus ineinander verschränkte Ideologien, die sich wie Hand und Handschuh zusammenfügten" (S.66). Da er moderne Quellen des Antisemitismus völlig negiert, verbleiben solche Bemerkungen aber stets auf der empirischen Ebene. „Nation" ist bei Goldhagen stets als empirische Realität besprochen, ein kritisches Verständnis dieses bürgerlichen Konstrukts deutet sich nicht an. Analysen, die Antisemitismus als Hervorbringung des bürgerlichen Nationalismus charakterisieren, eignen sich für sein Denken nicht. Goldhagen verkennt letztlich die Bedeutung, die die spezifische Konstellation der deutschen Nationenbildung als Quelle eines besonders ausgeprägten Antisemitismus in Deutschland spielt: Ein wichtiger Grund dafür, warum Goldhagen dem wiedervereinigten Deutschland trotz seiner inneren völkischen Konstruktion beste Prognosen ausstellt[4].

Mit der positiven Sicht auf Nachkriegsdeutschland machte Goldha-



gen der deutschen Öffentlichkeit ein Identifikationsangebot, das zum Erfolg seiner kleinen Deutschland-Tournee entscheidend beigetragen haben dürfte. Eine Rolle spielt dabei paradoxerweise auch Goldhagens Zentrierung des Holocaust auf die Massenliquidationen durch Polizeieinheiten. Goldhagen, der ja das Konzept des autonomen Individuums vertritt, will dabei erklärtermaßen das Ereignis „Holocaust" auf die Summe entstandener persönlicher Schuld rückführbar werden lassen. Nicht bei Goldhagen selbst, wohl aber in der Rezeption kann der Holocaust so wie ein überdimensioniertes Massaker erscheinen, vergleichbar z.B. mit Massakern in Ex-Jugoslawien. Die Hoffnung, den Holocaust auf der Ebene bewältigen zu können, wie z.B. ein Individualmord bewältigt werden kann, trägt zur Akzeptanz Goldhagens in Deutschland bei.

Dabei gewinnt Goldhagen in seiner Untersuchung durchaus wertvolle Erkenntnisse über die Lager des NS-Systems, bezeichnet sie beispielsweise als „revolutionäre" Instanzen der nationalsozialistischen Gesellschaft. Er erörtert auch, daß in den Lagern die systematische Entmenschlichung der Opfer vor ihre Ermordung gesetzt wurde. Dennoch vertritt er, „Auschwitz" sei nicht in den Mittelpunkt der Untersuchung zu rücken; Begründung: auch ohne Konzentrationslager hätte das NS-Morden effektiv durchgeführt werden können. Hier wäre kritisch nachzufragen, ob nicht doch wesentliche Erkenntnisse über das NS-Morden und den Charakter des NS-Antisemitismus verlorengehen, wenn die Zentrierung der Perspektive auf „Auschwitz" verneint wird.

Indessen – wo auch immer Goldhagen der deutschen Öffentlichkeit die Identifikation erleichtert: Eine positive Nationalgeschichtsschreibung läßt sich nach seinen Erkenntnissen nicht gestalten. So hat denn der jüngst stattgefundene Historikertag keinen Schwenk zur positiveren Goldhagen-Rezeption vollzogen, sich vielmehr in konsensualer Kritik am „unwissenschaftlichen" jungen Soziologe geübt: Der Verfassungspatriotismus, den Goldhagen höchstens hergibt, genügt nicht den Anforderungen, die sich bei der Legitimation des wiedervereinigten Deutschland nun einmal stellen.

Berthold Brunner

[1] *Kühnl definiert „Nationalcharakter" in seiner Aufsatzsammlung zum „deutschen Sonderweg" positiv als historisch gewordenes, im Prozeß befindliches „Ensemble von Denk- und Verhaltensformen, von Gewohnheiten und Mentalitäten"; vgl. Kühnl, „Deutschland seit der französischen Revoloution. Untersuchungen zum deutschen Sonderweg", Heilbronn 1996, S. 15f.*

[2] *Goldhagen veröffentlichte bereits (...) ein Essay gegen Hannah Arendts Thesen zum Holocaust, das in bisherigen Diskussionen noch nicht herangezogen wurde.*

[3] *Vgl. bei Goldhagen S.54ff; Goldhagen führt dort zwar als erstes Kriterium ein, es gelte, die Quelle und Figur des Antisemitismus zu erfassen – sie zu erklären, unternimmt er nicht, obwohl er z.B. einleuchtend die „biologische Metapher" als besonders suggestive und gefährliche Form hervorhebt. Goldhagen verweist zweitens auf eine „Skala von 'latent' bis 'manifest'", in der die aktuelle Bedeutung der antisemitischen Bilder für das jeweilige Bewußtsein zu messen sei; davon unterscheidet er drittens „das Niveau oder die Intensität des Antisemitismus", über deren Bestimmung eine Art „Index für die angebliche jüdische Bösartigkeit" erstellt werden könne.*

[4] *Exemplarisch behauptet im Gegenteil Jürgen Elsässer in der jw vom 30.9., mit Goldhagen könnten die besonderen Entstehungsbedingungen der deutschen Nation analysiert, und kritische Schlußfolgerungen für die Nachkriegs-BRD gezogen werden; die von Elsässer vorgenommene Bewertung der deutschen Anti-Goldhagen-Reaktionen als tendentiell antisemitisch hat jener aber ausdrücklich nicht vorgenommen.*

BERLIN ist wieder BERLIN

Ideologische Implikationen der Hauptstadtkultur

von Christian Saehrendt, Neue Anständigkeit Berlin

Die Umgestaltung Berlins ist in vollem Gange. Begleitet werden die Baumaßnahmen durch schrille ideologische Obertöne, die auf neue und traditionalistische Berlin-images rekurieren. Wir beschränken uns in dieser Rundschau auf die wesentlichen Schlagworte, die die Auseinandersetzungen um Stadtplanung und Kulturpolitik prägen. Die Floskeln „Kritische Rekonstruktion", „Neue Urbanität", „Kulturmetropole", „Bür-

gernaher Regierungssitz" und „Historische Mitte" sind derzeit in aller Munde. Dabei hat sich der ungestüme Wunsch nach Größe in den Köpfen der politischen Planungskasten festgesetzt. Die Beschwörung Berlins vergangener und letztlich zwanghaft wiederherzustellender Größe ist dabei für die meisten Berlin-images signifikant.
In den Disputen um die Architektur und Kulturpolitik der Hauptstadt mischen sich permanent ästhetische und politische Argumente, was eine einfache Charakterisierung von „konservativen" und „progressiven" Positionen ungemein erschwert. Es ist daher zunächst ratsam, bestimmte ästhetisch-ideologische Gedankenkomplexe zu skizzieren und in Zusammenhang zur kapitalistischen Wirtschaft und politischen Lage zu setzen.
Politik und Medien beschäftigen sich mit der Suche nach Traditionen und historischen Ableitungen, die sich grob in vier Kategorien einteilen lassen. Die häufigsten images sind dabei das „Alte-Fritz-Berlin", das „Goldene-Zwanziger-Berlin", das „Sportpalast-Berlin" und das „Kreuzberg-Berlin".
Großer Beliebtheit im konservativen Milieu erfreut sich die Preußenmetropole mit ihrer assoziativen Nähe zum „vernünftigen" Machtpolitiker Fritz II, mit seiner „modernen" Verwaltung, „großzügigen" Ansiedlungspolitik, der schlichten Eleganz in der Baukunst und der planmäßigen Landeserschließung. Das Wort Preußen hat nach dem Abzug der Alliierten wieder Konjunktur und sollte mit der angestrebten Fusion der Länder Berlin und Brandenburg auch wieder eine territoriale Gestalt bekommen. Doch die allgemeine Wertschätzung Preußens impliziert auch, daß seine reaktionären Eigenschaften wie Militarismus, Ständestaat und Untertanengeist, letzlich die Grundlage jeder moderner Staatlichkeit, billigend in Kauf genommen werden. Insgesamt wird Preußen als historischer Kern legitimer, deutscher Staatlichkeit und Territorialität gesehen und durch viele Austellungen und denkmalgepflegte Gebäude geehrt. Berlins Rolle in diesem Geschichtsbild ist zwingend die der Hauptstadt und Erbeverwalterin des Deutschen Reiches.
Im Gegensatz zum Alte-Fritz-Berlin steht der linksliberale Topos des Berlins der Goldenen Zwanziger. Er ist Gegenstand einer hedonistisch-schwärmerischen Nostalgie. Die Vorstellung der turbulenten Zwanziger Jahre, für die Berlin als Art Weltkulturhauptstadt stand, verbindet sich mit der Vision einer friedlichen, vielfältigen deutschen Metropole mit Weltgeltung. In diesem, in die Zukunft projezierten, Geschichtsbild gibt es keine Hinweise auf die Reaktion und Unterdrückung durch Kapital und Politik. Geschichte wird in einer Art aufbereitet, die es möglich macht, „sich in ihr wohlzufühlen". Lebendige, lokalbezogene und anschauliche Geschichts-„arbeit" wirkt hier als gegenwärtig wirksame Imageverbesserung – und kann den Blick für kontinuierliche repressive Strukturen von Staat und Gesellschaft trüben. Berlin hat in diesem Bild weniger die Rolle einer territorialen Hauptstadt, sondern die einer Kapitale eines Dezenniums, eben der dynamischen und weltoffenen Zwanziger Jahre.
Der zwischenzeitliche Versuch, an das Reichskanzlei/Sportpalast-Berlin mit der Olympiabewerbung anzuknüpfen, hat sich als überstürzt erwiesen – die Widerstände gegen einen positiven Bezug auf die Nazikapitale sind derzeit noch zu groß. Trotzdem gibt es in diese Richtung gelegentliche Vorstöße: Die CDU möchte beispielsweise den Sportpalast wiederaufbauen und im Sommer 1993 forderte das Archeologische Landesamt, freigelegte Bunkeranlagen unter dem Grundstück der Reichskanzlei mit „historisch wertvoller" Blut-und-Boden-Fresken unter Denkmalschutz zu stellen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
Der linke Mythos des „Kreuzberg-Berlins" in seinen Spielarten von Nischenutopie hat ausgedient, er wäre sowieso niemals hegemoniell geworden. Die militärische Räumung der besetzten Mainzer Straße im Herbst 1991 durch eingerückte Westpolizei signalisierte den totalen Planungs- und Regulierungsanspruch der Stadtoberen: Das Ende des Ost-West-Dualismus bedeutet auch das Ende „alternativer" Freiräume im Westen. Der kommunale und parteipolitische Kulturapparat beruft sich allerdings noch gern auf das Kreuzberg-Berlin, in Gestalt der „spannenden Kulturszene" der „Mauerstadt" wird es in den Mäulern von Touristikexperten und Kunstverwaltern unendliche Male wiedergekäut.
Zur Zeit wird eine neue Legende als einigende Formel erzählt: Die Geschichte von Berlin als Schnittstelle, als Ort der Begegnung, des Zusammenwachsens – und all das sei „wahnsinnig spannend", böte „neue Chancen" für die „Menschen in Ost und West". Aus dem nationalen Pilgerzentrum der „Teilung" wurde ein pool neuer Chancen, Kombinationen und Möglichkeiten. Doch vom gemeinsamen Bahnsteig aus fahren die Züge wieder in verschiedene Richtungen ab – und wir widmen uns den ideologischen Schnittstellen und Trennungslinien in der Hauptstadtplanung der Neunziger.

Die Märchenstunde der Geopolitik

Mit der Entscheidung für Berlin als Hauptstadt schlug auch wieder die große Stunde der Geopolitiker. In Feldherrenmanier wird vom Abgeordnetenhaus bis zum Stammtisch von Achsen, Großräumen, Drehscheiben und Einzugsbereichen schwadroniert. Auch paranoide Linke stricken an der Legende mit: Berlin werde nun ein Moloch, Regierungsumzug und Wirtschaftsentwicklung seien eine ökologische und soziale Katastrophe für „das Klima, das ökologische Gleichgewicht, für die Menschen in ihren Kiezen". Alle Innenstadtviertel würden im Eiltempo yuppisiert, die Bevölkerung nach Marzahn u.a. verdrängt.
Eine Schrebergartenbewegung formierte sich zur Verteidigung ihrer stacheldrahtbewehrten Parzellen, Grüne wollten Biotope (Mitten in der Stadt!) erhalten und Autonome bekämpfen die moderne Verkehrsführung: „Oberbaumbrücke bleibt Stadtringlücke" dichteten Kapuzenwichtel aus Kreuzberg.



Rechte Paranoiker wähnen sich hingegen noch immer in der belagerten Frontstadt des Kalten Krieges. In ihrer Welt haben bereits Millionen „Wirtschaftsflüchtlinge" Berlin als Zielort anvisiert – eine Wiederkehr der alten völkischen Vorstellung von den „asiatischen Horden", die Deutschland „überfluten". Siebzig Kilometer weiter östlich fließt Europas Rio Grande, bewacht von BGS-Elitetruppen, sekundiert von polnischer Polizei und einer volkssturmähnlichen Anwohnerwehr. „Werden die Dämme halten?" fragen die Medien, aber der Paranoiker weiß: Der Feind steht schon in der Festung, „Polen-, Russen- und Vietnamesenmafia" halten Berlin schon im Würgegriff.

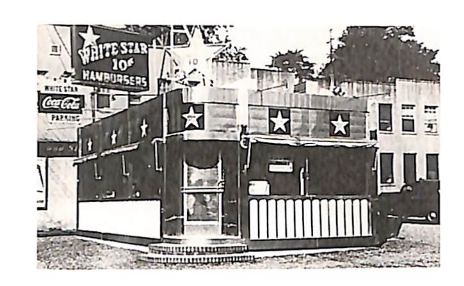
Doch die Realität blieb hinter rechten wie linken Ängsten und Hoffnungen zurück. Nach fünf Jahren Großberlin weisen die städtebaulichen und wirtschaftlichen Bilanzen mäßige Erfolge aus. Der bis zum Jahr 2000 auf eine Viertelmillion berechnete Bevölkerungszuwachs bleibt aus, stattdessen wird Berlin wieder kleiner. 1995 ging die Bevölkerungszahl um 6000 zurück. Die Planung neuer Vorstädte in Buch und Karow mußte bereits revidiert werden. Die Deindustrialisierung schreitet voran, die Arbeitslosenquote hat sich bei 16% eingependelt, nur relativ wenige Unternehmen verlegen ihren Hauptsitz nach Berlin, bei Büro und Gewerbeflächen herrscht ein chronisches Überangebot, die Baustellen führen zu Umsatzrückgängen in den City-Geschäftslagen, mit dem Mauerfall wächst die Gefahr der Abwanderung Besserverdienender ins grüne Umland, der Tourismus geht seit Jahren zurück. Die nun entfallende Berlinförderung und der Anstieg der Mieten und Grundstückspreise im Stadtgebiet haben zur Abwanderung vieler Betriebe ins Um- und Ausland geführt. Dem Land Berlin entgehen dadurch erhebliche Steuereinnahmen. Im März 1996 offenbarte sich ein überraschend hohes Haushaltsdefizit, das resolute Sparmaßnahmen der Landeseinrichtungen erzwingt. Das Presse- und Informationsamt Berlin schreibt in seiner Publikation „Berlin-kurzgefaßt, 1995": „Berlin hat vier bis fünf finanziell schwierige Jahre vor sich, wobei (...) auch im Westen der Rückgang des privaten Einkommens nicht zu vermeiden sein wird." Obwohl Berlin z.Zt. mit seiner geringen Bruttoinlandsprodukt-Wachstumsrate das Schlußlicht aller Bundesländer bildet, hofft man in Zukunft, im Verbund mit Brandenburg zu einer konkurrenzfähigen „Euroregion" zu werden.

Wirtschaftslobby und Establishment der Blockparteien rufen verzweifelt nach staatlichen und privaten Investitionen. Großprojekte müssen her, Dienstleistungssektor und verbesserte Infrastruktur sollen Berlin international konkurrenzfähig machen. Berlins „Größe" und historische Bedeutung dienen bei diesen Lock- und Werbeversuchen als beschwörende rhetorische und ideologische Figuren, um die divergierenden Interessen von Investoren, Bund und Stadt zu verklammern. Dieser Wunsch nach Größe und Bedeutung ist allerdings nicht nur ideologischer Dekor von Standortinteressen, sondern als politischer Topos eine durchaus bekannte Erscheinung: Denn er steht, gepaart mit Inkompetenz und Kurzsichtigkeit, gewissermaßen in der Tradition deutscher Hybris. Aufschlußreich sind die Debatten um den Ausbau des Regierungsviertels und die Gestaltung der historischen Mitte Berlins. Hier treten ideologische und politisch-programmatische Ansprüche zu Tage.

Die Bauten im Auftrag der Bundesregierung

„Love – respect – freedom" – Projektionen auf dem verhüllten Reichstag während der loveparade im Juli 95.

Der beschlossene Regierungsumzug ist für die Berliner Lobby ein Prestigeerfolg, obwohl nur ein Teill der Regierungsfunktionen und der dazu-



gehörigen Personalstämme den Umzug mitmacht: Sechs Ministerien bleiben in Bonn und werden in Berlin nur ihren zweiten Dienstsitz haben. Ständig tauchen neue Spekulationen auf, ob der Umzug überhaupt termingerecht durchgeführt werden kann, einige Ministerien haben z.B. ihre Mietverträge in Bonn bereits bis zum Jahr 2002 verlängert. Das umfangreichste Bauprojekt der Bundesregierung befindet sich im nördlichen Tiergarten. Neben dem Umbau des Reichstags im ursprünglichen, imperialen Stil Wallots ensteht ein gigantischer Architekturriegel, ost-west-axial ausgerichtet und über 1200m lang. Das Gebilde beherbergt Kanzleramt und Teile des Bundestags, gespannt sein darf man auch auf den „Kanzlergarten" am Moabiter Ufer der Spree. Architekt Schulte hat für die Fassadengestaltung der Chefetagen des Bundeskanzleramtes zwei Entwürfe vorgelegt: Neben einer Säulenloggia plant man eine ornamentale fassda in Form eines Baumes. Diese Darstellung steht, so Schulte, „für die globale Verantwortlichkeit" (!). Überraschend unverhüllt treten hier neoimperialistische Ambitionen der Berliner Republik hervor. Im Zentrum des Gebäudekomplexes steht das 36m hohe „Leitungsgebäude" mit Kanzlersitz im siebten Stock. Verwaltungsgebäude und Ehrenhof, gesichert durch „unauffällige, abgetreppte" Gräben und Zäune, schließen sich an. Weiter plant Schulte ein Bundesforum zu bauen, einen Komplex „für die Bürger", östlich des Bundeskanzleramtes (Berliner Zeitung, 18.6.96). Komplettiert wird das Ensemble durch den Neubau eines Bundesratsgebäudes und weiterer Bauten rund um den Reichstag. Der preisgekrönte Bundespräsidialamtsentwurf von M. Gruber steht in Gestalt eines gewaltigen



Ellipsoids isoliert im Tiergarten. Die monotone Fassade aus polierten Granitplatten und die endlose Reihung gleicher Bauelemente dominieren den Entwurf, der den Geschmack der Macht traf (Konkret 3/96). Im traditionellen Regierungsviertel links und rechts der Wilhelmstraße nehmen das Finanz-, Arbeits- und Familienministerium sowie die zweiten Dienstsitze der in Bonn gebliebenen Ministerien Platz. Hier wird bestehende Bausubstanz genutzt. Das Innenministerium zieht in einen Büroneubau am Spreeufer in Moabit, eine gewaltige Stahl-Glas-Bastion in Form einer Doppelturmanlage.

Im Zuge der Planung des Regierungsviertels wurden kontroverse Sicherheitsvorstellungen von Bundesbauministerium, Innenministerium, Bundeskriminalamt und Berliner Stellen deutlich. Die Experten der Sicherheitsapparate, die den Objektschutz von über 900 Gebäuden anvisieren, fordern darüber hinaus, ausgedehnte Sperrzonen rund um die Regierungseinrichtungen einzurichten, die der offiziellen Propaganda vom „bürgernahen Regierungssitz" Hohn sprechen. Die Absperrung des Kanzleramtes in „Handgranatenwurfweite" von 50 Metern machte Spaziergänge im Spreebogen unmöglich. Weiteren Straßenabschnitten im Bereich Wilhelmstr./Leipzigerstr. drohte die Sperrung, ein komplexes Tunnelsystem (!) soll den Reichstag/Bundestag mit den Abgeordnetenbüros verbinden (Spiegel 8/96, Tagesspiegel 1.3.96).

Die SPD macht es bei ihrer neuen Zentrale „Willy-Brand-Haus" in Kreuzberg mal wieder besser: Beim oval office des Parteichefs verzichtete man sogar auf schußsicheres Glas. Wenn Lafontaine abends das Licht anschaltet, ziehen sich automatische die Vorhänge zu – und Attentäter müßten dann schon zu größten Kalibern greifen. Im Erdgeschoß des Hauses wird die Politik der Noske-Enkel dann in bewährter Soziologenmanier mit den „Menschen" im „Kiez" verknüpft. Austellungen, Veranstaltungen und Blumen und Buchläden in einer Ladenzeile sollen die Parteizentrale „ins berliner Geschehen einfügen." Fernsehanschlüsse im „Forum" und eine auf Jubelfeiern eingestellte Akustik sind schon bereit – indes steht das Haus noch monatelang leer und kein Kanzlerkandidat oder -kandidatin kommt aus der abgedunkelten Chefetage zum Wahlvolk hinabgestiegen (Tagesspiegel 6.3.96).

Die Berliner Lobby erhoffte sich vom Umzug der Bundesorgane einen Investitionsschub und eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze. Über die Größenordnung und Realisierung dieser Wünsche kursieren jedoch sehr unterschiedliche Zahlen. Sicher ist nur, daß 13.000 Arbeitsplätze mit den sechs Ministerien in Bonn bleiben und weitere 5000 als Ausgleich für den Umzug nach Bonn verlagert werden. Trotz der unerwartet geringen Umzugsvorteile für Berlin wird die Identifikation mit der Hauptstadtfunktion öffentlichkeitswirksam forciert. Im Sommer 1995 geriet die Reichstagverhüllung des internationalen Starkünstlers Christo zur bislang erfolgreichsten Hauptstadtwerbekampagne. Nach der kläglich gescheiterten Olympiabewerbung konnte die monatelang vorbereitete, spektakuläre Aktion ungefähr fünf Millionen Besucher und Besucherinnen anlocken und das ramponierte Berlin-image wieder ausbessern. Tombola, Bratwurststände, permantes Volksfest vor dem Reichstag und die im gleichen Zeitraum stattfindende Techno-„love"-parade machten den bis 1989 als eher antiquiert, historisch belastet und abseitig empfundenen Ort zum Mittelpunkt für jung und alt und dumm und schlau. Auf die verhüllten Flächen des Parlaments projezierten Soundsystems während der loveparade die Schriftzüge „respect", „love" und „freedom". Die nächste, noch



größere loveparade versammelte sich unter der Siegessäule. Auf diese Weise wurde ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Normalisierung der deutschen Geschichte zurückgelegt. Die Identifikation mit Berlin als Hauptstadt und mit dem deutschen Nationalstaat und seiner Saga rückt durch derartige Großveranstaltungen in eine zentrale Lage des öffentlichen Bewußtseins.

Gründerzeit und inszenierte Urbanität – Projekte privater Investoren in Berlin-Mitte

„Wir denken nicht um. Es ist eine Stadtplanung mit langer Perspektive." Chefarchitekt H. Kollhoff zur stockenden Bauplanung am Alexanderplatz.

Gerne wird eine neue Gründerzeit ausgerufen, einmal, um den „run" der Investoren zu stimulieren, zum anderen, um ideologisch an die Euphorie nach der Reichsgründung 1871 anzuknüpfen. Der Senatsbaudirektor Stimann beschreibt 1993 eine „gründerzeitliche Dimension" von Stadtplanung und Baugewerbe: „Große Teile des Zentrums befanden sich zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung im Zustand der inneren Peripherie." Die vielen Anträge privater Investoren ließen in kürzester Zeit mehrere Millionen Quadratmeter Bruttogeschoßfläche genehmigungsreif werden. Mit dem Untergang der DDR wurden mehrere Hundert Hektar innerstädtische Brachflächen wiederaufgetaut. Die Jahrzehnte vernachlässigten Strauch- und Wiesenlandschaften am Potsdamer Platz, Gleisdreieck und Humboldhafen rückten wieder in den Mittelpunkt planerischen Interesses. Gleichzeitig stellte sich die Frage nach der Nutzung der leeren Ministerien und Repräsentationsbauten der DDR. In der Mitte Berlins fehlte die Dichte von Wohnbebauung und gewerblichen



und kulturellen Einrichtungen, die eine Großstadt auszeichnen. Die notwendigen Investitionen wären daher so umfangreich gewesen, daß sie von staatlicher oder kommunaler Seite nicht aufzubringen wären. Es begann die Suche nach Großinvestoren, die in der Lage waren, quasi ganze Stadtteile aus dem Boden zu stampfen. Kaum waren diese gefunden, begannen die Sorgen um ihre Einbindung in stadtplanerische Konzepte. Das Paradigma der „Kritischen Rekonstruktion" und die Auflage, für 10 bis 20% Wohnraumanteil bei den einzelnen Projekten zu sorgen, sollten ein unkontrolliertes Wachstum der Büroflächen verhindern. Kommunale Konzepte, die die kleinteilige Mischung und Verdichtung von Wohnbevölkerung, Gewerbe, Verkehr und Kultur in Mitte forderten, kollidierten mit den projektbezogenen Rentabilitätsvorstellungen der Investoren. So ergaben sich jeweils zähe Auseinandersetzungen um die Gestaltung der einzelnen Teilräume der City (Symposium: „Auf dem Weg zu einer neuen berlinischen Architektur?" Juni 1993).

Als erstes Großprojekt wurden die neuen Geschäfts- und Bürohäuser in der Friedrichstraße fertiggestellt. Die Eröffnung des französischen Kaufhauses Lafayette bildete im März 1996 den Auftakt. Das Kaufhaus soll für die Gegend eine Art Zugpferdfunktion ausüben, denn bisher schreckten Baustellen und Leerstand die Besucherströme ab. Der Direktor des Hauses rechnet damit, daß sich der Standort erst in drei Jahren rentieren wird. Die Blöcke der Friedrichstraße konkurrieren mit den Shoppingstraßen und „Plazas" von Sony/Daimler Benz/Deutsche Bahn AG am Potsdamer Platz und der hochhausdominierten Büro und Geschäftscity am Alexanderplatz. Wobei für die umfangreichen Bauvorhaben der zehn Hochhäuser à 150m noch keine Investoren fest zugesagt haben und die Realisierung der Bauten immer fraglicher wird. Öffentliche Milliardenausgaben wären nötig, um nach dem Kollhoffplan Straßen um- und rückzubauen. Vorschläge einer realistischeren, also bescheideneren Planung werden derzeit (noch) abgeblockt. Der führende Architekt Kollhoff führt aus: „Wir denken nicht um. Es ist eine Stadtplanung mit langer Perspektive. Dabei wäre es ein Fehler, zu denken, daß Investoren sofort auf der Matte stehen." (Berliner Zeitung, 14.3.96)

Weil Gewerbemieten höhere Einahmen und flexiblere Kündigungsmöglichkeiten versprechen, finanzieren Investoren oft nur Projekte mit großem Büro- und Geschäftsflächenanteil. Wobei hier auch nur große Geschäftsflächen als lohnend angesehen werden, also ab ca. 1000 qm für Handelskettenfilialen und ca. 3000–5000qm für Warenhäuser. Dies hat bereits jetzt zu einem Überangebot an Büroflächen geführt. Knapp eine Million Quadratmeter Büroflächen stehen leer. Nun sinken die Mieten, und „die Banken fahren mit dem Löschwagen durch die Stadt um Flächenbrände zu verhindern", so Berliner Bank- Vorstand Von der Heyde. Die Immobilienbranche weist trotzdem mehrheitlich das „Krisengerede" zurück und sucht die Schuld bei anderen: Der langsame Regierungsumzug, die Sparpläne des Senats und die fehlende Vermarktung Berlins nach Außen werden beklagt (Tagesspiegel, 27.6.96). Andererseits könnte die weiter steigende Wohnungsnachfrage dazuführen, daß auch Wohnungsbau wieder höhere Einnahmen verspricht. Da staatliche und kommunale Sozialplanung auf diese Marktregulationen kaum Einfluß nehmen kann, finden die Umwälzungen auf dem Immobilienmarkt zu Lasten der Einkommensschwachen statt – denn der Bau von sozialen Wohnungen lohnt natürlich weit weniger als Luxusmodernisierung und Neubauten im Landhausstil. Trotzdem wird zur Zeit munter



weitergeplant und -gebaut: Erlebnisorientierte Konsumarchitektur und Büroräume in Citylage sind noch Trumpf. In den Projektbeschreibungen der beteiligten Unternehmen ist viel von „Urbanität" die Rede. Offen bleibt jedoch, ob Urbanität im Zusammenhang mit neuen Bauprojekten überhaupt künstlich erzeugt werden kann. Der Stadtraum ist von der hohen Dichte menschlicher Population und den schnellen Gezeitenwechseln der kapitalistischen Wirtschaftsweise geprägt. Stadtteile und Straßenzüge erleben Aufschwung und Niedergang, Verkehrsströme verlagern sich, die Industrie wandert – all diese Faktoren sind in ihrem komplizierten Wechselspiel nur bis zu einem bestimmten Grade beeinflußbar. Davon ungerührt vermitteln die Investoren den Eindruck, sie könnten Urbanität mit ihren Produkten und Dienstleistungen gleich mitliefern.

Die einzelnen Blöcke in der Friedrichstraße sind weniger Etappen einer Flaniermeile, sondern eher in sich geschlossene Kauf und Büroburgen. Die Kundschaft betritt „Atrium" und „Piazza" als halböffentliche Sphäre, in der private Sicherheitsdienste, inzwischen gibt es allein in Berlin 280 Unternehmen, das Niveau der Kunden garantieren. Ein ehemals zugänglicher Stadtraum wird einkommensspezifisch segmentiert und auf parapolizeilichem Wege befestigt. Die Architektur trägt das ihrige dazu bei: Der repräsentative Charakter der Eingangsbereiche der einzelnen Blöcke vermittelt Ein-



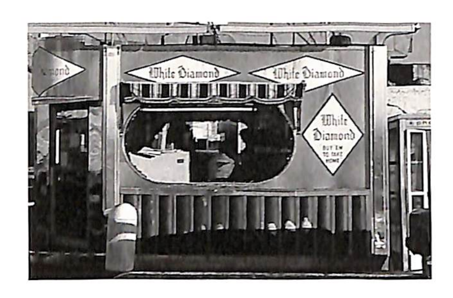
tretenden das Gefühl des Geduldetseins. Menschen scheinen für viele Investoren nur als berechenbare, kaufkräftige Kundschaft denkbar zu sein.
Gastronomie, Architektur und Kultureinrichtungen simulieren in eintöniger Vielfalt Urbanität, während Schwarze Sheriffs und Kaufhausdetektive die Kundschaft überwachen und filtern. In den neuen high consumption areas und Bahnhöfen ist eine Entwicklung wie am Kudamm Anfang der Neunziger zu erwarten, wo Sicherheitsdienste und Polizei im Auftrag der AG City, einem Zusammenschluß von 140 Geschäftsleuten, arbeitsteilig vorgingen, um Arme, Obdachlose und people of colour zu vertreiben. Spätestens am Abend werden die Sicherheitsdienste die Pforten der glanzvollen Innenwelten schließen und auch der 10%ige Wohnanteil wird die Vitalität des anvisierten „Weltstadtboulevards" nicht retten können: Denn außer Hausmeistern und sporadisch anwesenden Geschäftsleuten und Politikern wird sich hier niemand niederlassen können.
Ein ähnliches Szenario bietet Sony/Daimler-Benz-City am Potsdamer Platz. Der Platz selbst, der ehedem seine Vitalität aus den sich schneidenden Verkehrslinien bezog, wird größer denn je angelegt – aber vom fließenden Verkehr abgehängt. Im ganzen Areal reihen sich Shoppingpassagen, „Piazzas" und „Plazas" aneinander, unterbrochen von Grünstreifen und kleinen Lustgärten. Mit dem geplanten Musicaltheater, Kinos und Spielbank wird Kultur und Unterhalten en gros implantiert – fertig ist die synthetische Stadt. Der angrenzende Leipziger Platz erhält mit einer Traufhöhe von 35 Metern den Charakter eines Vulkankraters und im nördlichen Teil von Sony-City wird ein gigantisches Glasdach die Plaza in diffuses Licht tauchen. Die Besucher und Besucherinnen der Plaza werden standfest sein müssen: Windstudien haben ergeben, daß gewaltige Abluftböen aus dem Hallenraum wehen, gegen die wir uns beim Eintritt stemmen müssen. Erhellender als jede Beschreibung wirkt ein Besuch der „Infobox" der Investorengruppe am Potsdamer Platz, die viele Modelle der neuen Gebäude und Stadtlandschaften enthält. Dort können wir schon auf der virtuellen Sony Plaza flanieren, einem Ort, wo glückliche Paare einkaufen und Sportwagen leise ihre Kreise ziehen.
Weitere Ladenpassagen werden am Alexanderplatz und Lehrter Bahnhof auf Kundschaft warten. In Mitte sind damit mehr als vier große Geschäfts- und Bürokomplexe vorgesehen, überwiegend für den gehobenen Bedarf. Anders als vielleicht in Hamburg oder Düsseldorf fehlt in Berlin allerdings eine breitere vermögende Schicht, die diese Einkaufstempel füllen könnte – wir dürfen also auf die Insolvenzstatistik der nächsten Jahre gespannt sein.

„Kritische Rekonstruktion" und „Wiederaufbau der historischen Mitte"

Hinter der Formel „Kritische Rekonstruktion" verbirgt sich ein Kompromis zwischen Investment, „sozialer" Stadtplanung und konservativer Ideologie hinsichtlich des Wiederaufbaus der historischen Stadtmitte. Das alte Straßenraster soll unverändert bleiben, die Traufhöhe von 22m und eine geschlossene Blockrandbebauung sind den Investoren vorgeschrieben worden. Ebenfalls festgelegt ist ein Wohnraumanteil von 10 bis 20% und eine kleinteilige, abwechselungsreiche Fassadengestaltung. Zum einen entspricht das Konzept der „urbanen" Verschränkung vielseitiger Nutzungsfunktionen, zum anderen besänftigt es konservative Geister, die sich um die Festschreibung von Berlins Identität als Preußenmetropole und „Spreeathen" bemühen. Es zeichnet sich bereits jetzt ab, daß liberale Urbanitätsvorstellungen gegen die Investoren, die möglichst soziokulturelle Einschränkungen ihrer Planung vermeiden wollen, kaum durchsetzbar sind. In der Friedrichstadt bauen die Investoren komplette Blöcke, die funktional zur Eintönigkeit neigen. Der Wohnraumanteil wird beschnitten, wo es nur geht, und die wenigen Mieter und Mieterinnen werden keine ausgewogene soziale Mischung bilden.



Rückwärtsgewandten Ästheten und der Touristenlobby ist eine zeitgemäße Neubauarchitektur in Mitte nicht geheuer. Sie wollen keine Hochhäuser, Spiegel- und Glas-Stahl-Fassaden, sondern aus „Berliner Bautradition" entwickelte Vorschläge für die Stadtgestaltung. Die Forderungen der Hardliner konzentieren sich auf die Rekonstruktion des Boulevards Unter den Linden, des Pariser Platzes am Brandenburger Tor und des Stadtschlosses als „stilbildendem Berliner Architektur-Vorbild" (Tagesspiegel 26.2.96 u. „Gesellschaft Historisches Berlin"). Zusammen mit dem Wiederaufbau von Schinkelscher Bauakademie und Kommandantenhaus entstünde dann eine museale Preußenmeile als Kernstück von Mitte. Damit sei die unverwechselbare Identität Berlins sichergestellt, heißt es in einschlägigen Publikationen. Die Berliner „Bautradition" als Identitätsmerkmal der Stadt ist eigentlich eine durchschaubare Konstruktion: Sie veredelt die Bauten Schinkels zu einer ganzen „Epoche". Nach der konservativen Wende in der Politik haben sich biedermeierlich-obrigkeitsstaatliche Ideen nun auch in der Architektur niedergeschlagen. Aber was in Frankfurt, Hildesheim und Dresden mit dem Wiederaufbau des Römers, des Marktplatzes und der Frauenkirche noch touristischen Lokalkolorit trägt, tritt in Berlin als indirekte Apologie preußischer Macht auf.



So können wir uns gut vorstellen, wie deutsche Soldaten nach erfolgreichen Interventionen über die Linden paradieren, wenngleich es noch etwas dauern könnte, bis vom Balkon des Stadtschlosses wieder Hunnenreden aus blaublütigem Munde ertönen.
In den letzten Jahren der DDR trugen die ideologischen Auflösungserscheinungen des Realsozialismus bereits zur Renaissance preußischer Bauten und Tugenden bei. Das obszöne Bild von Soldaten im Stechschritt vor der Neuen Wache, dem zeitweiligen Mahnmal der „Opfer des Militarismus" und der Wiederaufbau des Reiterstandbilds von Fritz II bleiben uns noch in unguter Erinnerung. Die Beseitigung des Stadtschlosses, eine der besten Taten Ullbrichts, wurde also schon in den Achtziger Jahren konterkariert.
Mit der Wertschätzung und Rekonstruktion der preußischen Verwaltungs- und Repräsentationsbauten verändert sich das Preußenbild in der Geschichte. Die Zeugnisse von Feudalismus und Militäreinrichtungen werden ästhetisch geadelt und stilbildend in die Mitte der Stadt gestellt. Die Berliner Republik betont damit ihre obrigkeitstaatliche Fixierung, der Tourismus, der angeblich authentische, unverwechselbare Ziele sucht, wird in diesem Zusammenhang gerne als Vorwand bemüht. Die Tourismuslobby möchte den Gästen Authentisches und Einmaliges bieten. Doch dazu müßte nicht die Innenstadt bemüht werden, denn ein großes Preußendisney mit nonstop Pickelhaubenparaden, Exerzierballet und reichlich Heldenmobiliar in Kleinmachnow oder Königswusterhausen hätte die touristischen Bedürfnisse von Heilbronn bis Tokio weit besser befriedigen können – und zur Überwindung der Brandenburger Strukturschwäche beigetragen.

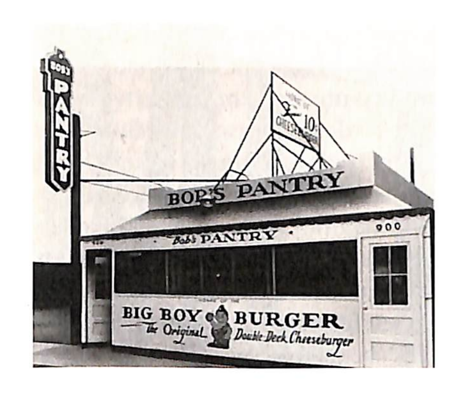
Politik des Gedenkens – Denkmäler, Straßennamen und Gedenkstätten

„Auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört."
W. Benjamin

Die Gedenkstätte Neue Wache, in der Opfer und Täter des Nationalsozialismus gleichermaßen geehrt und betrauert werden, hat seit ihrer Eröffnung 1993 nur mäßige Akzeptanz der internationalen Öffentlichkeit gefunden. In der nationalen Gedenkstätte verbindet sich die militaristische Konnotation des Ortes mit einer allgemeinen Darstellung des Kriegsleides mittels einer Skulptur von K. Kollwitz. Laut Inschrift ist die Stätte den „Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft" gewidmet. Die Verantwortlichkeit der Mehrheit der Deutschen für Krieg und Nationalsozialismus wird damit vernebelt – SS-Männer, Bombenopfer und KZ-Häftlinge werden pauschal als Opfer sinnloser und unbegreiflicher Gewalt dargestellt. Diese Gleichsetzung hatte massive Proteste von NS-Opfern und ihren Interessenverbänden herausgefordert. Im Herbst 1993 hatten mehrere Demonstrationen stattgefunden, die Bundesregierung hält jedoch an der Konzeption der Gedenkstätte fest. „Will man so aus dem Schatten von Ausschwitz heraustreten, um unbelastet von der faschistischen Vergangenheit Weltpolitik zu betreiben ?" fragte in diesem Zusammenhang der Historiker W. Wippermann.
Der Kulturausschuß des Abgeordnetenhauses sieht nun die möglichst orginalgetreue Rekonstruktion der Linden, also die Komplettierung des historischen Ensembles Neue Wache vor. Dies schließt die Wiederaufstellung der Denkmäler der Generale Scharnhorst und Bülow vor der Neuen Wache ein. Damit bekäme ein militärisches Siegerdenkmal, das in einer Zeit äußerer Agression und innerer Reaktion Preußens entstand, einen zentralen Platz in Mitte. Derzeit leisten die Kollwitzerben noch Widerstand gegen diese Pläne, denn sie hatten der Aufstellung der Skulptur nur unter der vertraglich fixierten Bedingung zugestimmt, es gäbe an der neuen Wache „kein aufgeblasenes militärisches Zeremoniell" (Taz, Neues Deutschland, 22.9.95).



Während sich die Linden zu einer Paradestraße in die militaristische Vergangenheit zu entwickeln drohen, plant die Berliner Republik in unmittelbare Nähe, in den „Ministergärten" das größte Holocaustdenkmal. Eine Stiftung für „Das Denkmal der ermordeten Juden Europas" unter Herzogs Schirmherrschaft ruft die Bundesbürger zu Spenden auf. Zwei preisgekrönte Entwürfe werden derzeit von Bund und Senat auf ihre Realisierbarkeit untersucht. Der Entwurf von S. Ungers sieht ein weites, von überdimensionalen Doppel-T-Trägern umrahmtes Feld vor, in die T-Träger sind die Namen der Vernichtungslager perforiert. Der Entwurf von Jakob-Marcks u.a. beschreibt eine gigantische, leicht gekippte Betonplatte von sieben Metern Stärke, auf der alle Namen der Ermordeten angebracht sind. Hinter der euphemistischen Begründung der Stiftung „Die meisten Ermordeten fanden kein Grab. Bis heute fehlt im Lande der Täter das zentrale Denkmal, das an die Tat erinnert und mahnt. Wir können uns unserer Geschichte nicht entziehen." (aus dem Faltblatt der Stiftung, 1995) verbirgt sich der totalitäre Anspruch auf das „zentrale Gedenken". Der an sich undarstellbare Holocaust soll in gigantomanischer Weise faßbar gemacht werden. Dennoch bleibt die Darstellung merkwürdig ambivalent: In unmittelbare Nähe zum Reichskanzleibunker mutet die Betonplatte von Jakob-Marcks wie ein riesige Grabplatte Hitlers an, die der faschistischen Ruinenwerttheorie entsprungen sein könnte. Die Idee, alle Ermordeten, die kein Grab haben, einfach in den Ministergärten der Hauptstadt massenhaft „beizusetzen", ist bereits eine unerträgliche Anmaßung. Die



latente Agression und Gigantomanie, die dieser Politik des Gedenkens innewohnt, charakterisiert deutlich die totalitäre Komponente der Berliner Republik. Das Festhalten an diesem Projekt, dessen Finanzieren nach wie vor nicht gesichert ist, steht im auffälligen Konstrast zur Vernachlässigung der bestehenden KZ-Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück im Umland von Berlin, zu deren notdürftigsten Restaurierungsmaßnahmen ca. 30 Millionen Mark aufgebracht werden müßten. Das Renommierprojekt des geläuterten Deutschlands, das sich damit als Weltmeister des Gedenkens profilieren will, steht allerdings immernoch auf wackligen Füßen. Die Realisierung ist noch nicht gesichert, eine erneute Sichtung von acht Entwürfen soll im Herbst 96 die Entscheidung bringen. Gleichzeitig entbrannte eine Debatte um ein Holocaustmuseum in Berlin als Ergänzung zu Washington, DC und Yad Vashem (Tagesspiegel, 26.6. 96).
In diesen Zusammenhang fällt auch die Rückbenennung von Straßen, die in der DDR nach antifaschistischen Widerstandskämpfern und Kämpferinnen benannt worden waren. Bisher gibt es allerdings eine interessante Ausnahme. Die Käthe Niederkirchner Straße wurde nicht umbenannt, sie hieß bis 1945 Prinz-Albrecht-Straße – eine Adresse, die in ganz Europa bekannt war, und deren Nennung heute wieder störende Assoziationen mit Berlin entstehen lassen würde. In der Prinz-Albrechtstraße Nr. 8 hatte die gestapo ihren Hauptsitz. Da aber die damalige (1993) Abgeordnetenhauspräsidentin die Tatsache nicht ertrug, eine kommunistische Anschrift zu bekommen, wurde die Parkbucht vor dem preußischen Landtag kurzerhand zum Platz „Am preußischen Landtag" geadelt (Informationen: Aktives Museum e.V. Berlin).
Es hätte nicht viel gefehlt, und Berlin hätte seinen Obersalzberg bekommen. Im Sommer 93 wurde die Debatte, was mit ausgegrabenen Teilen von Führer- und SS-Bunker unter der Reichskanzlei geschehen solle, vom damaligen Kultursenator beendet. Es entsteht nun wohl doch keine denkmalgeschützte, museale Anlage in unmittelbarer Nähe zum Brandenburger Tor und geplantem Holocaustdenkmal, weil pilgernde Nazis das Berlin-image beeinträchtigen könnten (Tagesspiegel, 22.7. 92).

Funktionen von Kunst und Lokalgeschichte in der Hauptstadt

„Und was Berlin so unverwechselbar macht, sind die Menschen, die hier leben und arbeiten – Weltbürger, Kleinbürger, Typen, Spinner, Weltverbesserer" Bürgermeister Diepgen zum Regierungsantritt 1986.

In unmittelbarer Nähe zum Regierungsviertel verfiel bis 1990 der älteste erhaltende Berliner Stadtteil, die Spandauer Vorstadt. Heute ist das Gebiet durch die Pionierarbeit der subkulturellen Szenen zum beliebtesten Kultur- und Gastronomiestandort von Mitte geworden. Dort, wo es inzwischen mehr Galerien und trendy locations als Lebensmittelgeschäfte gibt, haben Kunstszene und Hausbesetzer mit ihrer Arbeitsleistung und Imagepflege die touristische und finanzielle Erschließung in Gang gesetzt. Motor dieser Bewegung war u.a. das besetzte Kunsthaus Tacheles, zahlreiche uniforme Szenekneipen, Clubs und Galerien folgten und siedelten sich zwischen Auguststraße und Oranienburger Straße an. Die billig gemieteten oder besetzten Räume waren die Basis für eine Gründerzeit unkonventioneller Kleinunternehmer. In Mitte und Prenzlauer Berg tritt sich die subkulturelle Jugend gegenseitig auf die Füße – und verschwindet in vielfältiger, bunter Konformität.
Tucholski beschreibt 1929(!) eine identische Lage: „ Die jungen Leute der deutschen Linken, die in Berlin wohnen, sollten mehr in die Provinz fahren. Warum laßt ihr die Freunde



im Lande allein? Warum läuft sich vieles tot, was ihr in Berlin macht, in Berlin, wo ihr immer dasselbe Publikum habt, eines, das viel, viel kleiner und ganz bedeutend einflußloser ist als ihr denkt?"
Mittlerweile zieht die Gegend Massen von Touristen an, zunächst subkulturell orientierte jüngere Leute, dann das beflissene Bildungsbürgertum, später, mit der Straßenprostitution und der entsprechenden Vermarktung (Reportagen wie: „Oranienburger – die geile Meile") auch Betriebsausflügler, Kegelvereine und Freier.
Senat und Wohnungsbaugesellschaften schätzen die flexible Gastronomie und Kunstbranche und fördern sie, soweit alles unpolitisch bleibt. CDU-Politiker Landowsky lobt die Kunstszene Kreuzbergs als Aushängeschild der Stadt und fordert: „Berlin war immer Anziehungspunkt für Leute, die ihrer Zeit voraus waren. Wir müssen dafür sorgen, daß sich mehr Künstler in Berlin ansiedeln." Bürgermeister Diepgen formuliert das konservative Berlinimage, das auch Einsprengsel von Subkultur verträgt: „Und was Berlin so unverwechselbar macht, sind die Menschen, die hier leben und arbeiten, Weltbürger, Kleinbürger – Typen, Spinner, Weltverbesserer." Spätestens hier wird klar, daß die in vielen Projekten bewußt mit Kunst und sozialer Utopie verknüpfte politische Opposition wirkungslos geworden ist. Die politische Gegenkultur wird absorbiert, weil politische

Repression und ökonomischer Erfolg Subkultur in ihre verschiedenen Komponenten aufspalten. Die Underground-images, illustriert mit Bildern wie „spannende Szene", „Abbruch-ambiente", „Ort, wo sich Ost und West begegnen" sind längst ihres antagonistischen Gehalts beraubt und zu Attributen der schillernden „Kulturhauptstadt" geworden. Ungeachtet der Realität halten jedoch nicht wenige Kunstschaffende an ihrer Selbststilisierung als Oppositionelle fest. Beispielsweise lädt das „Kunsthaus Tacheles" mit den Worten zu seiner Werkschau 95 ein: „ an dem Ort, der als Geburtshelfer des jetzigen Künstlerviertels berühmt wurde, soll auch in diesem Jahr wieder ein Zeichen der Gegenkultur gestzt werden (...). Das Unternehmen Tacheles symbolisiert und personifiziert das Unbehagen an der etablierten Kultur..." (Tacheles: Einladung zur Werkschau, Dez. 95). Natürlich bildet das Tacheles mit seinem Abbruch- und Umbruchambiente einen Gegensatz zur Deutschen Oper oder den Kudammdiskotheken. Allerdings rangiert es im Touristikteil im ADAC-Autoatlas bereits als zweite Adresse hinter dem Brandenburger Tor. Im Sommer 96 beklagen Tachelesakteure öffentlich ihre Gefährdung und Verdrängung durch Bundesorgane und Investoren und sind unfähig zu begreifen, daß das Kunsthaus selbst zu einem Großunternehmen im Bereich Unterhaltung/Gastronomie geworden ist und die Umgebung dadurch attraktiv und teuer wird. Allein die gewaltigen Summen, mit denen der Senat das ehemals besetzte Haus fördert (1995: 2,1 Millionen DM) zeigen, daß der oppositionelle Habitus längst pure corporate identity geworden ist.

Im hauptstädtischen, „repräsentativen Kulturviertel" darf der geschichtliche Bezug nicht fehlen. Dabei sind die Themen Scheunenviertel und Jüdische Kultur am auffälligsten plaziert. Das Scheunenviertel war ein innerstädtisches Slumquartier rund um den heutigen Rosa-Luxemburg-Platz. In der NS-Zeit konnten Stadtplaner, Hygienefanatiker und Polizeichargen ihre langgehegten Träume erfüllen – das Viertel wurde abgerissen, seine Bewohner und Bewohnerinnen vertrieben und umgebracht. Heute werden die Geschichten über sie nostalgisch aufbereitet und das Viertel in die angrenzende Spandauer Vorstadt verlagert, weil diese mehr touristisches Anschauungsmaterial bietet. Vor bröckelnden Fassaden und in düsteren Hinterhöfen lassen sich die Ganoven, Gauner, Kommunisten, Huren und Rabbis besser in die Gegenwart imaginieren. Nach der territorialen Wiedervereinigung folgt die Wiedervereinigung mit einen glücklichen Geschichte – der Zeit vor 1933. Die im Bildungsbürgertum so beliebten Goldenen Zwanziger sorgen mit der demonstrativen Präsenz der Minderheiten und „Randgruppen", die später von Staat und Mehrheit ausgerottet wurden, offenbar für ein behagliches Deutschlandbild der Gegenwart.

Besonders der Boom jüdischer Kultur in Berlin, hauptsächlich inszeniert von Nichtjuden für Nichtjuden, gibt Rätsel auf. Die ersehnte Identifikation mit Berlin-Deutschland wird durch die Erinnerung an den Holocaust fortwährend gestört. Die Projektion jüdischer Geschichte in die Gegenwart scheint diesbezüglich Erleichterung zu verschaffen. Wie wäre der plötzliche Boom jüdischen Theaters, von Klezmerabenden, Stadtführungen, jewish life, den jüdischen Kulturtagen usw. sonst zu erklären? Der Publizist Eike Geisel schrieb anläßlich der Empörung über die Ankündigung des Schriftstellers Giordano, jüdische Bürger würden sich angesichts der Unfähigkeit der Bundesregierung selbst gegen die neofaschistische Bedrohung schützen (1992): „Juden hatten Opfer zu sein, und in der Regel tot. Je toter sie waren, desto eher wurden sie geliebt, wie man der Zuneigung entnehmen konnte, die ihnen in den zahlreichen Ausstellungen der letzten Jahre entgegengebracht wurde."

Der ideologische Wert des Kulturviertels Spandauer Vorstadt für die Berliner Republik liegt in Gegenwart und Geschichte: Als scheinbare, tatsächlich aber voll kontrollierte Gegenwelt zum monolithischen Regierungsviertel mit Pickelhaubendekor verknüpft es konzentierte Macht mit demokratisch-pluralistischer Kultur. Während im Spreebogen und an der Wilhelmstraße eine gewaltbereite Technokraten- und Politikerkaste den Abbau realer Demokratie im Inneren und die Aggression nach Außen forciert, suggeriert die Vielfalt der benachbarten Kulturanbieter Freiheit, eine Freiheit, die sich lediglich in unterschiedlichen Freizeit- und Konsumprofilen äußert. Die Pflege von Stadtgeschichte und jüdischer Kultur vereinigt die Berliner Republik mit der Vergangenheit vor 1933. Die Rechtsnachfolge und die Strukturkontinuitäten des Staates, der auch das alte, metropolitane Berlin zerstörte, indem er Juden, Sinti, Roma, Linke und Teile der Unterschicht aus der Stadt vertrieb und ermordete, rücken in den Hintergrund. Unter der euphemistischen Losung: „Wir können uns unserer Geschichte nicht entziehen" wird genau das Gegenteil angestrebt.

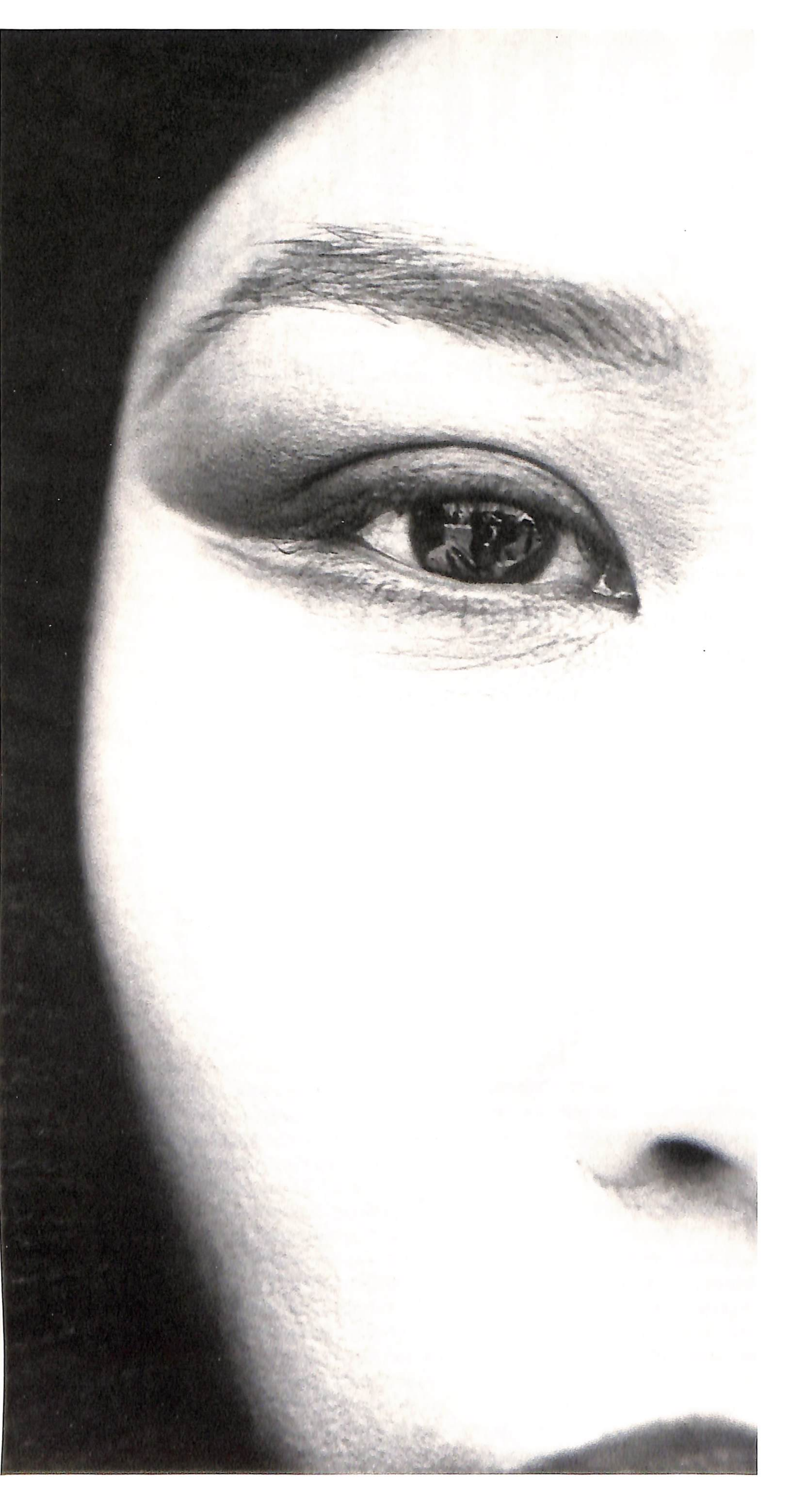
METROPOLIS

Entwurf einer modernen Mythologie des 20. Jahrhunderts?

„Metropolis": dieser Begriff ist im Sprachgebrauch zum Synonym für faszinierende Urbanität geworden. Insbesondere seit der Wiedervereinigung wird der Begriff immer häufiger auf Berlin, auf die „wiedervereinigte Hauptstadt", angewandt. Der SPIEGEL etwa nannte ein Hauptstadt-Sondervideo „Metropolis Berlin". Der folgende Beitrag will möglichst genau ergründen, worauf Bezug genommen ist, wenn von „Metropolis" die Rede ist: Die Mythologie des gleichnamigen Films von Fritz Lang und Thea von Harbou.

VON BERTHOLD BRUNNER
Fotos: Cordula Kropke/VISTA•Fotografinnen

Der Film „Metropolis" wird schon seit längerem als „cineastischer Leckerbissen" gehandelt – die deutsche Kultur- und Alternativszene reagiert im positiven Sinne beeindruckt, fasziniert. Als Begründung für diese Faszination gelten die filmischen Mittel, die als avantgardistisch begriffen und gelobt werden. Die Faszination erstreckt sich meist aber doch auch auf die Filminhalte, die von der Form sowieso nicht getrennt werden können, sondern mit ihr als Filmsprache eng einhergehen. Eine kritische Sichtung der in diesem Film versammelten Mythen fand aber kaum statt – sie dürften auf das als gesellschaftskritisch geltende Zuschauerklientel ungeschmälert eingewirkt haben.
Die Faszination, die die Aufnahme des Films in der Nachkriegszeit durch das Kultur- und Alternativmilieu bestimmte, wurde zur Zeit seiner Entstehung in einer auf den ersten Blick vergleichbaren oppositionellen Öffentlichkeit nicht geteilt. In der linksbürgerlichen Presse fanden sich nach der Uraufführung 1927 drastische Verrisse; die WELTBÜHNE veröffentlichte etwa einen Aufsatz des britischen Romanciers Wells, in dem es unter anderem heißt: „Ich habe neulich den dümmsten aller Filme gesehen: Ich glaube nicht, daß es möglich ist, einen noch dümmeren zu machen (...) Er verabreicht in ungewöhnlicher Konzentration nahezu jede mögliche Dummheit, Klischee, Plattheit und Kuddelmuddel über technischen Fortschritt und den Fortschritt überhaupt, serviert mit einer Sauce von Sentimentalität, die in ihrer Art einzigartig ist." Die Weltbühne begrüßte Wells Einschätzung, hatte für ihre LeserInnen jedoch einen Trost parat: „Aber Metropolis hat nicht den geringsten Er-



folg. Kaum jemals ist ein Film, ein mit Hunderttausenden von Reklame-Geldern aufgeplusterter Film so rettungslos durchgerasselt (...) Das heißt also: so hoffnungslos wie dieser Film ist nicht einmal das deutsche Kinopublikum." – Diese Einschätzung der Weltbühne sollte sich schnell als zu optimistisch erweisen. Die Resistenz der deutschen Öffentlichkeit gegen eine Idealisierung des „Volkskörpers" tendierte kurze Zeit später gegen Null – ablesbar an explodierenden Stimmergebnissen der NSDAP bei Reichstagswahlen. Der Film „Metropolis" selbst hatte zwar anfangs tatsächlich nicht den gewünschten Erfolg, setzte sich in den deutschen Kinos aber doch durch.
Der Film, 1926 hergestellt, wurde 1927 in einer 3 1/2-stündigen Fassung uraufgeführt, später aber auf eine kinofreundlichere Version von ca. 2 1/2 Std. gekürzt. Auch die gekürzte Fassung „Metropolis" ist verlorengegangen, einige Filmszenen sind bis heute verschollen. Heute existieren zwei seriöse Rekonstruktionen dieser kürzeren Fassung (einmal BRD, einmal DDR) die jeweils 110-115 Min. erhaltenes Filmmaterial versammeln. Alle öffentlichen Rechte auf den Filmtitel „Metropolis" hat aber eine dritte, schlampig auf 87 Min. zurechtgekürzte Version, koloriert und mit Pop-Musik unterlegt, um ihn in den Videotheken beim Genre „Schience Fiction" unterbringen zu können. In ihr ist der Inhalt eklatant verändert, manche Sachverhalte werden geradezu ins Gegenteil verkehrt.
Welche Fassung des Filmes kurz nach dessen Erscheinen zwei Führer einer kleinen, damals nicht sehr bedeutenden Rechtspartei in irgendeiner deutschen Kleinstadt gesehen haben, ist nicht überliefert – überliefert sind aber deren Namen: Adolf Hitler und Joseph Goebbels. In Interviews hat Fritz Lang immer wieder dargestellt, Goebbels selbst habe ihm davon und von seiner und Hiltlers Begeisterung über den Film „Metropolis" berichtet. Anlaß dafür sei gewesen, daß Goebbels ihm angetragen habe, dem nationalsozialistischen deutschen Film vorzustehen. Hitlers und Goebbels Überzeugung,

daß Lang für diese Aufgabe der Geeignete sei, wäre demnach aus ihrer Zustimmung zu „Metropolis" geboren. Lang gab in seinen Interviews stets weiter an, er habe es abgelehnt, unter den Nationalsozialisten der UFA vorzustehen, stattdessen sei er noch am selben Abend in die USA emigriert.

Diese Darstellung mag eine Einschätzung verstärken, die nach Erscheinen des Films verschiedentlich geäußert wurde: Daß die reaktionär-mystischen Filminhalte allein der Drehbuchautorin Thea von Harbou, einer späteren überzeugten Nationalsozialistin, zuzuschreiben wären. Lang und Thea von Harbou arbeiteten seit Anfang der 20er Jahre an verschiedenen Filmprojekten eng zusammen, der engen beruflichen Zusammenarbeit folgte 1922 die Heirat. Thea von Harbou trat 1932 in die NSDAP ein – zur selben Zeit erfolgte die private Trennung von Lang. Gemeinsam wurde noch der letzte gemeinsame Film „Das Testament des Dr. Mabuse" abgeschlossen, dann folgten die Machtübernahme der Nazis und Langs Emigration.

Einer Identifikation der Inhalte allein mit von Harbou, die Lang den angenehmeren Part der formalen Innovation zuweist, widersprechen indessen Darstellungen von Mitarbeitern Langs aus der Weimarer Republik, die ihn als überzeugten Deutschnationalen erscheinen lassen. Die von Lang verbreitete Anekdote, er habe das NS-Angebot zur Leitung der UFA schlankweg abgelehnt, wird denn auch verschiedentlich angezweifelt. Conrad von Molo, Cutter im letzten „deutschen" Lang-Film „Das Testament des Dr. Mabuse" von 1932, ist sich im Interview beispielsweise sicher, daß sein Regisseur ein solches Angebot niemals ausgeschlagen hätte: „Er hätte das mit fliegenden Fahnen gemacht".

Wie auch immer: Die These, daß nur der Zufall Lang vor einer Karriere im NS-System bewahrt haben mag, darf jedenfalls einige Plausibilität beanspruchen. Nach den NS-Kriterien Halbjude, mag ihn die Unsicherheit, vielleicht doch in eine bedrohliche Lage geraten zu können, in die Emigration getrieben haben.

Filmhandlung und christliche Mythologie in „Metropolis"

Vorbild für „Metropolis" war, was Fritz Lang betrifft, New York: Lang berichtete in Interviews, wie ihn diese Stadt während einer US-Reise im Jahre 1924 beeindruckt habe. Die Vision eines Filmes darüber, was in der Entwicklung der modernen Großstadt noch alles möglich werden könne, sei, so Lang im Interview, dort entstanden. Die Begeisterung übertrug sich auf den Film mit seiner Darstellung überdimensionaler Wolkenkratzer (technisch über Spiegeltechniken an kleinen Modellen verwirklicht), mit wirbeligem Verkehr, der sich nicht nur ebenerdig, sondern in Schienen durch die Luft und in Flugzeugen abspielt usw. Noch heute, da umherschwirrende Doppeldecker doch eher altertümlich wirken, übt der Film Fasziniation aus – die Visionen trafen in der Weimarer Republik aber auf ZuschauerInnen, für die z.B. Leuchtreklame ein noch sehr neues Phänomen war.

In „Metropolis" wirkt allerdings, was faszinierend ist, auch bedrohlich. In den steilen Häuserschluchten drohen Menschen sich zu verlieren, die hochragenden Mauern drohen zu erschlagen. So macht der Film sinnlich erfahrbar, was mit dem Begriff „Asphaltdschungel" bezeichnet wird: Die visionäre Stadt der Zukunft ist wie eine steinerne, menschenfeindliche Wüste abgebildet. In dieser Seite der Darstellung steht die Filmaussage in der Tradition konservativer Kulturkritik. Indem sich Lang New York zum Vorbild nahm und diese Erfahrung auf das zukünftige „Metropolis" als einer Horrorvision verlängerte, folgte er einem antiwestlichen Impuls, der bei der Verurteilung moderner Urbanität durch deutschnationale Kulturkritiker allemal zugrundelag.

Solche Kulturkritik setzte sich stets auch mit der „Sinnentleerung" in moderner Gesellschaften auseinander, die aus einem seelenlosen Kommerzialismus abgeleitet und ebenfalls mit den USA verbunden wurde. Auch dieser rechte Diskussionsstrang findet sich im Film wieder – für solchen „Kommerzialismus" steht wie ein Zeichen eine Leuchtschrift mit dem Namen „Yashiwara". Dieser „fremdländisch", exotisch klingende Name bezeichnet im Film eine Umgebung der Ausschweifung. Revuegirls und unproduktive Salonlöwen geben sich dort allerlei verwerflichen Beschäftigungen hin. Von verworfener Mimik begleitet, stellt die Tänzerin dem Publikum ihre Reize zur Schau. Eine haltlose „Unkultur" soll in diesem unmoralischen Geschehen beispielhaft erkennbar werden, die die reaktionäre Kulturkritik der 20er unter dem Stichwort „Kulturbolschewismus" zusammenfaßte.

Der Zwiespalt zwischen Faszination und Bedrohung durchzieht auch die Darstellung moderner Maschinen in der unterirdischen Welt der Arbeiter. Riesige Metallkolosse sind dort aufgestellt, die die Zuschauer beeindrucken – ihr Rhythmus ist zugleich der Rhythmus des Films. Andererseits ist dargestellt, wie sie Arbeitshetze erzeugen, wie sie sich rücksichtslos gegen menschliche Erschöpfung verhalten. Freder, Sohn des Herrn von Metropolis, gerät in diese Welt der Arbeiter und wird u.a. zum Rebellen gegen seinen Vater, weil er einen Unfall beobachtet: Durch einen Schwächeanfall kann einer der Arbeiter dem Takt einer der haushohen Maschine nicht mehr standhalten, sie explodiert, mehrere Arbeiter werden durch die Luft geschleudert und getötet. Daraufhin hat Freder die Vision, die Maschine verwandle sich in einen riesiges, metallenes Ungeheuer, in einen Moloch, dessen riesiges Maul Menschenopfer verschlingt.

Viele Szenen zeigen, wie die Arbeiter in die Maschinen regelrecht eingespannt sind. In einigen Szenen müssen jene riesige, menschengroße Ziffernblätter, mit Zeigern wie bei Uhren, bedienen. Die Zeiger müssen immer dorthin bewegt werden, wo Lampen aufleuchten: Die Maschinen zwingen den Menschen ihren Rhythmus, ihre Zeitbegriffe auf. Freder, der Sohn des Herrschers von Metropolis, der in die proletarische Welt hinabgestiegen ist, stellt sich statt eines Arbeiters an eine solche Maschine. In einer wichtigen Szene

stehen dann diese Zeiger in einer Weise vertikal, daß der erschöpfte Freder an der Maschine wirkt, wie eine Christusfigur am Kreuz. Freder, der gegen den Vater rebellierende Sohn des „Kopfs", des Chefs von Metropolis, ist durch diese Szene als Christusfigur gekennzeichnet. Wenn sein Handeln zur Errettung des „Volkskörpers" Metropolis führen wird, so ist diese Rettung von Metropolis über die christlich-religiöse Metaphorik zur „Erlösung von allem Übel" überhöht.
Die christliche Metaphorik findet sich im Film indessen nicht nur an dieser einen Stelle, sie zieht sich vielmehr durch den gesamten Film. Ist der Film also in letzter Instanz in dieser christlichen Metaphorik organisiert, läßt sich aus ihr die zentrale Filmaussage erschließen?
Läge dem Film eine originär christliche Metaphorik zugrunde, müßte aus ihr die Antwort des Films auf den Zwiespalt faszinierende contra bedrohliche Moderne ableitbar sein. Der Film würde dann etwa einen Zustand vor der Moderne als „paradiesisch" herbeisehnen – das Modell des christlichen Ständestaats oder ein harmonisches, ländliches Zusammenwirken von Mensch und Scholle. Der aus dem Mittelalter tradierten christlichen Mythologie wäre die Ablehnung des Faszinierenden, die Ablehnung der Moderne als solcher, gemäß. Die Zerstörung von „Metropolis" als „Erlösung" wäre mit dieser Konzeption logisch verbunden. Folgen wir der Filmhandlung, um zu untersuchen, ob der Film sich auf eine solche Konsequenz hin entwickelt.
Die erste christliche Figur tritt bereits in den ersten Filmszenen auf: „Maria" erscheint, die Wiedergängerin der Gottesmutter. Herrschersohn Freder turtelt mit einer Leichtbekleideten in den oberirdischen „Gärten der Freude", als er der Arbeitertochter „Maria" begegnet. Ist seine „Gespielin" geschminkt und raffiniert bekleidet – verkörpert sie eine künstliche Anziehungskraft – so repräsentiert „Maria" demgegenüber natürliche Schönheit. Strahlend weiß in einer Gruppe von (schwarzbekleideten und rußigen) Arbeiterkinder sticht sie so hervor, daß er sich in sie sofort verliebt. Zwei Frauenbilder sind hier konfrontiert: Die abgewertete „Hure" versus die aufgewertete „Jungfrau/Mutter".
Als „Jungfrau/Mutter" hat denn auch Thea von Harbou in ihrem 1926 erschienen Roman „Metropolis" die Figur bezeichnet und spielt damit unmittelbar auf den christlichen Mythos von der jungfräulich Gebärenden, der Stifterin des Glaubens, an. Auch in „Metropolis" bereitet „Maria" die Erlösung vor. Freder begibt sich auf der Suche nach ihr in die unterirdische Arbeiterwelt. Schließlich wird ihm endlich der Weg in die Katakomben gewiesen, wo Maria den Arbeitern vor der Kulisse unzähliger Kreuze und Kerzen predigt. Thema ihrer Verkündigung ist der Turmbau zu Babel: Eine christliche Legende. In der von Maria erzählten Version scheitert der Turmbau aber daran, daß dort die Vermittlung von „Hirn" und „Hand" wegen des fehlenden Herzens nicht möglich gewesen sei.
Das ideologische Zentrum des Filmes wird hier, in die religiöse Legende gekleidet, gestiftet. Freder deutet sich in dramatischer Stummfilmgeste ergriffen mit den Fäusten auf die Brust und formt mit den Lippen ein „Ich": Er sieht in sich selbst das „Herz", den erwarteten Erlöser. Er erkennt damit, daß die von Maria gestiftete Erlösung von ihm, dem „Sohn des Herrn", eingelöst werden muß – daß er der „Christus" von Metropolis zu werden hat.
Die Legende vom Turmbau zu Babel ist für die Mythologie der Films zentral, da in ihr symbolisch die Quelle aller Übel aufgezeigt und der Weg zu ihrer Bewältigung gewiesen wird. Der überkommene Mythos – die in der Bibel überlieferte Geschichte vom Turmbau zu Babel – ist dabei in eine neue Fassung gebracht, sie wird in einen modernen Mythos umgewandelt. In der Bibel ist der paradiesische Zustand durch die Entfernung von Gott außer Kraft gesetzt. Diese Entfernung von Gott soll durch die neue Annäherung, im Turmbau, überwunden werden. Das Scheitern dieses Projekts geht mit der Sprachverwirrung einher. Die in „Metropolis" präsentierte Version setzt an die Stelle der Sprachverwirrung das Fehlen des „Herzens", das zwischen „Hirn" und „Hand" vermitteln könnte. Die Einheit von allen drei Organen im harmonischen Volkskörper gilt dem Film aber bereits als Erlösung, als Zustand des Heils. Die Erlösung wird letztlich nicht mehr im Jenseits, in der Nähe zu Gott und Gottes Reich gesucht, sondern in „dieser Welt" – die Babel-Legende ist profanisiert.
Da „Hirn", „Herz" und „Hand" zugleich die drei Teile der Stadt „Metropolis ausmachen („Hirn" = Herrscherturm in der Oberwelt, „Herz" = Herzmaschine im Zentrum, „Hand" = Arbeiterstadt in der Unterwelt) zielt die von „Maria" vorgetragene Legende auf die Erlösung innerhalb dieser Struktur, nicht auf ihre Überwindung. Nicht die Überwindung der Moderne wird so zum Ziel des veränderten Mythos, sondern die Aufhebung aller negativen modernen Erscheinungen und die Einlösung einer als positiv und „natürlich" begriffenen Konzeption von „Moderne".
Der Sohn sucht also als „Herz" zwischen „Kopf" und „Hand" zu vermitteln. Sein Vater aber, der Manchester-Kapitalist, den das Elend der Arbeiter nicht rührt, widersetzt sich und will die Arbeiter nicht besser behandeln. Er nimmt stattdessen Verbindung zu einem grauenhaften Gesellen auf: Zum Erfinder und Zauberer Rotwang, der inmitten des urbanen Metropolis in einer kleinen Hütte lebt. Rotwang führt den „Herrn" in die Katakomben. Auf dessen Anregung hin nimmt er Maria gefangen, nicht ohne dabei eine furchterregende Verfolgungsjagd zu inszenieren. An ihre Stelle tritt nun ein Roboter: Rotwang hat eine mechanische Frau entwickelt, der er das Gesicht Marias gibt. Durch diesen abstrakten Unmenschen will das „Hirn", wie ein Zwischentext mitteilt, die Macht über die Arbeiter noch vergrößern.
In der christlichen Symbolik des Filmes erscheint Rotwang als Repräsentant des Teufels, als Antichrist. Im Film ist aber auch die Konkurrenz zwischen Rotwang und dem Vater,

Fredersen, um „Hel" thematisiert, der ein großer Altar gewidmet ist. Diesem Altar ist eingeschrieben, Hel sei bei der Geburt „Freders" gestorben. Da Freder im Film als moderner Christus gelten kann, spiegelt der im Altar angesprochene Zusammenhang symbolisch Religionsgeschichte aus antijüdischer Sicht. Hel steht, wie eine Urgöttin, für den gemeinsamen Ursprung von Juden- und Christentum, für jene Gemeinsamkeit, die durch „Christus" aufgelöst wurde. Rotwang repräsentiert dabei das Judentum, das die christliche Neuerung befehdet, und erscheint dadurch als potentieller Mörder der Christusfigur. Rotwang hält die „Jungfrau-Mutter" Maria gefangen, ist also Gegenspieler auch dieser Vorbotin der Erlösung.

Von der Rotwang-Figur gehen denn auch alle negativen Momente, die in Metropolis – sprich: der Moderne – beobachtet werden können, aus. Sein Geschöpf, der Roboter, die falsche Maria, ist mit sämtlichen Fehlentwicklungen eng verkoppelt:

* Zum Entsetzen Freders findet er den Vater in Umarmung mit ihr vor, und sie stellt in Vergnügungsrevuen ihren künstlichen Körper zur Schau.

* Sie ist dem liberalistischen Kapitalisten ebenso verbunden wie den unproduktiven Playboys und ihrer Unkultur.

* Zugleich wiegelt sie die Arbeiter dazu auf, die Maschinen in „Metropolis" zu zerstören. Statt die Erlösung durch das „Herz" abzuwarten, wollen sie nunmehr selbst zu den Herren von Metropolis werden. In ihrer revolutionären Ungeduld stehen sie damit nicht nur für „Maschinenstürmer" im engeren Sinn, sondern auch für jede selbsttätige, linke Arbeiterbewegung: Auch sie negiert ja die „natürliche" Anordnung von Kopf, Herz und Hand.

Der Roboter wiegelt die Arbeiter auf, die „Herzmaschine" von „Metropolis" zu zerstören, was mit der Zerstörung dieses Stadtkörpers verbunden wäre. Die Zerstörung von „Metropolis" aber wäre gleichbedeutend mit der Zerstörung der Moderne. Eine solche antimoderne Handlung wird im Film also als Untat gekennzeichnet. Der Film sucht einen paradiesischen Zustand nicht vor der Moderne, sondern in ihr zu konzipieren.

Der Roboter hat zunächst Erfolg: Gegen die Warnungen eines Vorarbeiters greifen die Aufgewiegelten die „Herzmaschine" von „Metropolis" an. Dadurch werden die Wohnstätten der Arbeiter überflutet und ihre Nachkommen geraten in Gefahr. Die richtige Maria, die sich von Rotwang befreite, kann diese Kinder retten. Mit ihnen und dem hinzugekommenen Freder bildet sie einen überdimensionale Familienverband, einen großen, organischen Zusammenhang, der inmitten der Fluten als rettende Insel fungieren kann. Diese Großfamilie ist eines der vielen organischen Bilder für eine natürliche Harmonie des Volkskörpers Metropolis.



Nachdem der Vorarbeiter seine Untergebenen über die Folgen ihrer Tat aufklären konnte, fangen sie die falsche Maria und verbrennen sie als „Hexe" auf einem Scheiterhaufen. Zum Schluß tritt die zweite Negativfigur, der Zauberer Rotwang, nochmals in Aktion: Er verfolgt einmal mehr die entflohene Maria, eine sexuelle Attacke, da er sie „im Wahn" mit Hel verwechselt und zur Frau nehmen will. Freder rettet Maria und stürzt den Übeltäter nach einem Zweikampf vom Dach des Domes.

Indem Rotwang, die in vielem jüdisch gezeichnete Figur, durch Freder vom Dach der Kirche gestoßen wird, siegt diesmal die Christusfigur über den Christusmörder. Freder vertröstet nicht im eigenen Opfertod auf eine ferne Erlösung im Jenseits. Sein Paradies ist von dieser Welt: Es ist die revolutionierte Moderne. Der heilvolle Zustand, der nun eintritt, wird in einem großen, sakralen Akt besiegelt: Im Handschlag zwischen Freder, dem Vater und dem Vorarbeiter. „Hirn", „Herz" und „Hand" wirken im Handschlag organisch ineinander, was die endgültige Harmonie im dreigeteilten „Metropolis" adäquat zum Ausdruck bringt.

Moishe Postone zur Logik des modernen Antisemitismus

Die christliche Mythologie liegt dem



Film „Metropolis" also zugrunde, erscheint in ihm aber so transformiert, daß kein antimoderner Effekt entsteht. Der Zwiespalt zwischen Faszination und Bedrohung wird durch die Filmhandlung aufgelöst, indem alle negativen Momente bestimmten Filmfiguren zugeschrieben werden. Sie ziehen alles vom natürlich-konkreten Volkskörper Abweichende auf sich. Um diese Logik, in der „Erlösung" im Film konzipiert ist, besser erfassen zu können, soll im folgenden zunächst ein Exkurs Moishe Postones Theorie des modernen Antisemitismus vorstellen. Die Metaphorik des Films, so die These, folgt jener „Logik des Antisemitismus", die Postone in einem 1979 veröffentlichten Essay herausarbeitete.

Postone stellt seinen Ausführungen voran, „keine Analyse des Nationalsozialismus, die nicht die Ausrottung des europäischen Judentums erklären" könne, werde ihm gerecht – die Linke aber habe ihn meist „als bloße Spielart des Kapitalismus" begriffen. Daß sich der Nationalsozialismus als „Revolte" verstand und die Vernichtung der Juden wie eine „ideologischer Mission" vorantrieb, bleibe so unerklärlich.

Postone sieht das linke Ungenügen in einem traditionell reduzierten „Marxismus" begründet. Er hebt hervor, insbesondere das „Kapital" dürfe nicht als Analyse einer eigenen, isolierten Sphäre der „Ökonomie" verstanden werden. Marx' Begriffe standen demnach stets für die Analyse gesellschaftlicher Wirklichkeit und für erkenntnistheoretische Analyse zugleich. Postone bezieht sich insbesondere auf die Warenanalyse, an der Marx jenen Zusammenhang explizit gemacht habe. Marx analysierte, wie im Kapitalismus die in der Ware vorzufindende Einheit von Tauschwert und Gebrauchswert aufgetrennt wird in Geld und Ware. Der Gebrauchswert erscheint nicht mehr als aus Arbeit entstandene gesellschaftliche Kategorie, sondern ausschließlich als dem Ding „Ware" quasi natürlich anhaftende Eigenschaft. Gleichzeitig stelle sich „das Geld als einziger Ort des Wertes dar, als Manifestation des ganz und gar Abstrakten anstatt als entäußerte Erscheinungsform der Wertseite der Ware selbst". Gesellschaftliche Beziehungen treten nur noch im solcherart isolierten „Abstrakten" in Erscheinung. Auch dort wird ihre gesellschaftlicher und historische Bedingtheit verschleiert, indem auch sie (z.B. im Geld) verdinglicht werden, oder indem ökonomischen Zusammenhängen der Charakter ewiger Naturgesetze zugeschrieben wird. Jene Struktur entfremdeter gesellschaftlicher Beziehung ist dem Kapitalismus eigen und wurde von Marx auf den Begriff des „Warenfetischs" gebracht, der, so Postone, „in der Unterscheidung zwischen dem Wesen der kapitalistischen Verhältnisse und ihren Erscheinungsformen gründet."

Postone untersucht, wie die von Marx analysierten Wahrnehmungsformen sich fortentwickelten. Die Antinomie zwischen „Abstraktem" und „Konkretem" sieht er im Gegensatz positivistischer und romantischer Denkweisen reproduziert. Zur Analyse des Antisemitismus widmet er sich der näheren Analyse romantischer Denkweisen, „die ihrem Selbstverständnis nach antibürgerlich sind, in Wirklichkeit jedoch das Konkrete hypostasieren und damit innerhalb der Antinomie gesellschaftlicher Beziehungen verharren." Solche Denkformen – die bei Frühsozialisten, Anarchisten und z.B. auch bei Proudhon anzutreffen seien – tendierten dazu, Kapitalismus im isoliert wahrgenommen Abstrakten abzulehnen, z.B. im Geld. Im 19. sei aber die Bedeutung des Kapitals gewachsen, und analog dazu hätten sich auch jene Denkformen

verändert. Kapital sei bei Marx als „selbstverwertender Wert" charakterisiert, als die „unaufhörliche rastlose Selbstvermehrung des Wertes", und das dem innewohnende dynamische Element habe in Denkformen des späten 19. Jahrhundert Eingang gefunden. An die Stelle mechanischer Bilder träten als Fetisch nun zunehmend organische Prozesse. So könne, anstelle der Ware, nun der ganze materielle Produktionsprozeß insgesamt als konkret, „gesund" und „natürlich" begriffen werden. Er erscheint als dem übergeordneten organischen Träger, der Gemeinschaft, der Rasse, dem Volk, zugehörig. Demgegenüber werde allein die isolierte abstrakte Seite des Kapitalismus, beispielsweise im Finanz- oder Zinskapital, als alleiniger Träger aller negativen Entwicklungen betrachtet.

Postone definiert Antisemitismus als eine besondere Form des so entstandenen romantischen „Antikapitalismus", in der auch noch die abstrakte Seite naturalisiert, personalisiert wahrgenommen werde: Im Juden. Postone betont, daß es sich nicht mehr „um die bloße Wahrnehmung der Juden als Träger von Geld" handle, auch nicht (dies geht gegen Horkheimer/Adorno) um ihre Identifikation allein mit der Zirkulationssphäre. Vielmehr würden sie für ökonomische Krisen verantwortlich gemacht und mit verschiedenen gesellschaftlichen Umstrukturierungen und Umbrüchen identifiziert, die mit der raschen Industrialisierung einhergehen: „explosive Verstädterung, der Untergang von traditionellen sozialen Klassen und Schichten, das Aufkommen eines großen, in zunehmendem Maße sich organisierenden industriellen Proletariats und so weiter."

Postone wendet sich damit vehement gegen das weitverbreitete Bild, im Antisemitismus hätten die Nationalsozialisten einer unmodernen, eigentlich dem Feudalismus zuzuordnenden Ideologie angehangen. Die Erklärung des Nationalsozialismus als Revolte gegen die Moderne könne nicht erklären, warum er sich nicht gegen das Industriekapital gewandt habe. Nicht nur „Blut und Boden", sondern ebenso die Maschine sei durch die Nazis als „konkret" und als positiver Ausdruck der Volksgemeinschaft verherrlicht worden. Die Andersartigkeit der Juden umschrieben sie dagegen „mit Attributen wie mysteriöse Unfaßbarkeit, Abstraktheit und Allgemeinheit". Als eigentliche „deutsche Revolution", folgert Postone aus seinen Ausführungen, müsse nicht die Machtergreifung von 1933 begriffen werden, sondern die antisemitische Vernichtungspolitik. Auschwitz sei dem Nationalsozialismus die „groteske arische 'antikapitalistische' Negation" der modernen kapitalistischen Fabrik gewesen. Ist die Fabrik der Ort, der Profit, also Tauschwert, produzieren soll, und der dazu den Umweg über die Produktion von Gebrauchswert zu gehen hat, sollte Auschwitz dem Ziel dienen, das Konkrete vom Abstrakten zu befreien.

Die moderne Mythologie in „Metropolis"

Wir haben festgestellt, daß der Film „Metropolis" den Zwiespalt zwischen Faszination und Kritik der Moderne bewältigt, indem er einem Teil des Personals alle problematischen Momente dieser Moderne zuordnet. Sind sie beseitigt, gelten Unterdrückung und Arbeitshetze als vergangen, Kommerzialismus und Unkultur, die sich in sexualisierten Vergnügungen ausdrückten, als überwunden. Natürlich hält diese „Lösung" des Filmes logischen Nachfragen nicht stand: So werden die unveränderten Maschinen weiter Arbeitsunfälle produzieren. Doch gilt der Logik des Films diese negative Seite in der Vernichtung des maschinellen Roboters als gebannt.

Es ist die mehrfach überlagerte Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse in „Metropolis", die die am Ende erreichte „Gemeinschaft" so unhinterfragbar macht. Die Stadt Metropolis selbst ist, gestaltet als Wesen („Hirn", „Herz", „Hand" in körperentsprechender Anordnung) erste Personifizierung der positiven Seiten der Moderne. Die wiederhergestellte gesellschaftliche Harmonie wird zum Filmende zusätzlich noch über weitere biologistische Zusammenhänge abgebildet: In der idealtypischen Großfamilie der Überschwemmungsszene, im Händedruck zum Filmschluß und in der Verbindung von Vater (Kapitalist), Sohn (Rebell) und Maria (Arbeitertochter) zur neuentstandenen Familie.

Postones Erklärungsansatz macht möglich, diese Logik des Filmes „Metropolis" exakter zu beschreiben. Was Postone aus der NS-Ideologie ableitet, ist im Film „Metropolis" regelrecht abgebildet: Die projektierte Abspaltung, Personifizierung und Eliminierung des Abstrakten. Der Übergang des Roboters zur menschlichen Figur, der an der falschen Maria vorexerziert wird, markiert die Personalisierung von Kategorien wie „künstlich", „mysteriös", „nicht faßbar" und „unnatürlich". Die Gestalt des Roboters kann also nicht als zufälliges, ausgestaltendes Science-Fiction Element gelten, das der ideologischen Aussage des Filmes bloß hinzugefügt wäre, sondern sie beschreibt ganz im Gegenteil dessen ideologisches Zentrum. So darf nicht als Effekthascherei gelten, wenn im Film auf die Übergänge – von der Maschine zur Frau, von der Frau zurück zum Metall – allergrößtes Gewicht gelegt wird. Die maschinellen Aufbauten, zahlreiche Lichteffekte, riesige Laborgegenstände etc., die der Roboter-Erweckungsszene Nachhaltigkeit verleihen, betonen vielmehr die Dimension des „Abstrakten", die nach der Filmaussage ausgesondert gehört.

In jenem Prozeß der Aussonderung – bei der Verbrennung der falschen Maria – steht im Zentrum, daß das Böse wieder als das Abstrakte, das es im Zentrum eigentlich ist, sichtbar wird: Der Roboter verwandelt, nun für alle als bloße Abstraktion durchschaubar, zurück in Metall. Dieser konkrete Gegenstand, das Metall, könnte nach dem rettenden Akt der Verbrennung der Gemeinschaft Metropolis gefahrlos wieder zugeführt werden. In seinem Aufsatz „Die Logik des Antisemitismus" analysiert Moishe Postone die Funktion, die „Auschwitz" in einem modernen antisemitischen Konzept gehabt haben kann. Darin schreibt er: „Eine

kapitalistische Fabrik ist ein Ort, an dem Wert produziert wird, die 'unglücklicherweise' die Form der Produktion von Gütern annehmen muß. Das Konkrete wird als der notwendige Träger des Abstrakten produziert. Die Ausrottungslager waren demgegenüber keine entsetzliche Version einer solchen Fabrik, sondern müssen eher als ihre grotesk arische 'antikapitalistische' Negation gesehen werden, Auschwitz war eine Fabrik zur 'Vernichtung des Werts', d.h. zur Vernichtung der Personifizierung des Abstrakten. Sie hatte die Organisation eines teuflischen industriellen Prozesses mit dem Ziel, das



Konkrete vom Abstrakten zu 'befreien'. Der erste Schritt dazu war die Entmenschlichung, das heißt, die 'Maske' der Menschlichkeit wegzureißen und die Juden als das zu zeigen, was 'sie wirklich sind', Schatten, Ziffern, Abstraktionen. Der zweite Schritt war dann, diese Abstraktheit auszurotten, sie in Rauch zu verwandeln, jedoch noch zu versuchen, die letzten Reste des konkreten gegenständlichen 'Gebrauchswerts' abzugewinnen: Kleider, Gold, Haare, Seife." Die Verbrennung der Figur der Roboterfrau Maria im Film „Metropolis" muß als eine symbolische Vorwegnahme dieser Konstellation gelten.

Symbolisiert die Roboterfrau Maria im Film die Personalisierung aller negativen Aspekte der Moderne, so steht der Erfinder Rotwang als Drahtzieher hinter dieser Figur. Daß dieser Drahtzieher seinem Geschöpf eng verbunden ist, stellt der Film dadurch heraus, daß Rotwang zur Lebenserweckung des Roboters eine eigene Hand opfern mußte: Sie ist an ihm ersetzt durch ein Gliedmaßen aus Metall, das ihn unlösbar ans Unnatürliche, Künstliche bindet. Mit der falschen, der Metallhand betätigt Rotwang den entscheidenden Griff zur Schöpfung der falschen Maria, mit ihr hält er die echte Maria in Schach. Und dieses künstliche, anorganische Gliedmaß bietet er schließlich auch dem Kapitalisten Fredersen an, als er zum Handschlag zwischen den Verschwörern auffordert.

Die Figur „Rotwang" steht als Zauberer, der Gott versuchen, überwinden will in der deutschen Tradition von faustischen Gestalten. Es sei aber nochmals darauf hingewiesen, daß „Rotwang" im Film in vieler Hinsicht als „jüdisch" gezeichnet ist. Auf eine solche Identität deutet nicht nur der Name, auch der Wohnort Rotwangs erinnert an jüdische Existenzweisen – die Hütte ähnelt Darstellungen aus dem osteuropäischen „Schtetl". In seiner gebeugten Haltung, mit langem Haar und altertümlich anmutendem Umhang verkörpert er den der Welt von „Metropolis" zutiefst Fremden. Dem antisemitischem Stereotyp entspricht seine große Mobilität – er ist der einzige, der sich in „Metropolis" überall zu bewegen vermag. Dem Stereotyp vom „ewigen Juden" entspricht auch, daß Rotwang als der Zeit enthoben erscheint; er bewohne „ein seltsames Haus, das die Jahrhunderte vergessen hatten", teilt ein Zwischentext mit. Getreu dem antisemitischen Muster ist im Film „Metropolis" der durch und durch Grauen erregende Rotwang als Drahtzieher hinter die zerstörerische Entwicklung gestellt. In einer Szene erklärt er der gefangenen Maria, sie quälend, die Zusammenhänge – die Zwischentexte lauten: „Joh Fredersen will, daß die in der Tiefe sich durch Gewalttat ins Unrecht setzen, damit er das Recht zur Gewalt gegen sie bekommt. – Wenn du zu einem armen Bruder sprachst, hast Du zum Frieden geredet, Maria... Heute hetzt dein Mund auf Befehl Joh Fredersens

gegen ihn." Er, Rotwang, habe dem Vater verschwiegen, daß Freder Mittler sein wollte, und nun werde die falsche Maria „den Glauben an den Mittler zerstören. ... ich habe Joh Fredersen betrogen! Nicht seinem Willen folgt dein Ebenbild – nur meinem allein!" Obwohl das Verhältnis der Vater-Figur zur Zerstörung undurchsichtig bleibt (warum er die Zerstörung der Herzmaschine will, bleibt unaufgeklärt): Die Macht über den abstrakten Roboter behält Rotwang, und die Zerstörung der Herzmaschine, der beabsichtigte Mord an „Metropolis" und den Maschinen, ist damit sein Werk. Damit ist in „Metropolis" jene antisemitische Figur der Weltverschwörung verwirklicht, die Postone als die Personifizierung einer abstrakten Seite modern-kapitalistischer Entwicklung im „Juden" analysierte.
Die Analyse des Films „Metropolis" belegt, daß Postones These vom Übergang des romantischen „Antikapitalismus" in modernen Antisemitismus höchst plausibel ist. Die Wirkungsmacht, die dieser im 20. Jahrhundert entwickelte, kann daher sinnvollerweise aus seinem Verständnis als einer modernen Mythologie erklärt werden.

Nachweise:

* *Weltbühne-Zitate aus: Paul Werner, „Die Skandalchronik des deutschen Films", Bd. 1, Frankfurt a.M. 1990, S. 161f.*
* *Zur von Lang verbreiteten Anekdote vgl. beispielsweise bei Siegfried Kracauer, „Von Caligari zu Hitler", Frankfurt am Main 1979, S. 173, oder bei Michael Töteberg, „Fritz Lang", Reinbek 1985, S. 78.*
* *Zum Zitat des ehemaligen Lang-Mitarbeiters von Molo vgl. bei Reinhold Keiner, „Thea von Harbou und der deutsche Film bis 1933", Hildesheim 1984, S. 292.*
* *Moishe Postones Essay „Logik des Antisemitismus" erschien u.a. in: Dan Diner, „Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz", Frankfurt a.M. 1988*

Auf Basis dieses Beitrages veranstalten wir gemeinsam mit der „Neuen Anständigkeit" am 25. 10. in Hamburg B-Movie, Brigittenstraße 5 und am 26. 10. in Berlin in der Ständigen Vertretung der Neuen Anständigkeit, Fehrbelliner Str. 31 eine Vorführung des Films „Metropolis" mit Referat und Diskussion mit u. a. Berthold Brunner. Beginn in Berlin 17.00, in HH 19.00 Uhr.

Impressum

Die 17°C erscheint vierteljährlich bundesweit im Eigenvertrieb.
Der Einzelverkaufspreis beträgt 7,50 DM.
Ein Abonnement kostet DM 30,– inklusive Versandkosten und beinhaltet die Lieferung von 4 Nummern. Es verlängert sich nicht automatisch.
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom Juni 1994.
V.i.S.d.P.: V. Schmidt
Herausgeber: Verein zur Förderung gesellschaftskritischer Publikationen

Kontaktadresse: Redaktion 17°C
c/o Buchhandlung im Schanzenviertel
Schulterblatt 55
20357 Hamburg

Bankverbindung:
V. Schmidt
Sonderkonto
Konto-Nr. 713990-200
Postgiroamt Hamburg
BLZ 200 100 20

Bezahlung von Abos, Anzeigen und Einzelbestellungen bitte per Scheck, in bar, Briefmarken oder per Überweisung.

Redaktionsschluß für Nr.14: 7.1.97
Anzeigenschluß: 24.1.97
Erscheinungstermin: 24.2.97, jawoll

Manuskripte, die an uns geschickt werden, machen viel Arbeit bis sie druckreif verarbeitet sind. Wir bitten bei der Zusendung von Artikeln folgendes zu beachten: Bei Schreibmaschinentexten bitte maximal 2/3 der Papierbreite ausnutzen und eineinhalb Zeilen Zeilenabstand einhalten. Wer einen Computer benutzt, schickt bitte – unter Angabe des Textverarbeitungsprogramms – eine 3,5-Zoll-Diskette und legt einen Druckerauszug bei, auf dem Zwischentitel, Zitate u. ä. gekennzeichnet sind.
vielen Dank, die Red.

Titelfoto: Cordula Kropke/Ulrike Korthals

„Die Kontinuität des NS-Faschismus zeigte sich nicht nur in der Kontinuität von Nazirichtern usw. – bis in die kleinsten Winkel der Gesellschaft, des täglichen Lebens, hatten sich nach 45 wesentliche Tugenden, Denk- und Wertvorstellungen weitergehalten, wurden reproduziert und an uns weitergegeben. Aber das wurde in seiner ganzen Dimension lange Zeit auch in Teilen der Linken viel zu wenig gesehen. Die Konsequenzen aus der Geschichte waren in erster Linie eine radikale Verurteilung von Faschismus, Abgrenzung zu den Eltern und eine tiefe moralische Verpflichtung für einen selber..." (1) Moralische Verpflichtung – das Lebenselixier des bewaffneten Kampfs in Deutschland. Das Subjekt „löst" sich mittels eines radikalen Bruchs aus der Gesellschaft und überwindet die Sinnkrisen seines Tuns unter Aufbietung der Willenskraft. Stolz, Zorn und Enthaltsamkeit amalgamieren. Das Handeln des eigenen Zusammenhangs wird als zwar einsames, aber einziges Handeln gegen die Geschichte apostrophiert. Unweigerlich folgt Sendungsbewußtsein. Nichts davon ist unlösbar mit der bewaffneten Intervention RAFscher Schule gekoppelt, es reicht das Leiden an den herrschenden Verhältnissen, Ohnmacht und die Einbildung, die Größe des eigenen Beitrags entscheide, ob die Zustände noch zu kippen seien. Wird dann die quälende Frage nach „eigener Identität, Glaubwürdigkeit und Verantwortung" positiv beschieden, folgt die Aktion (heute: die Polemik).

In diesem Artikel geht es nicht um den Nachweis der Manipulation des Rechts in einem politischen Verfahren. Nicht um Schriftgutachten, deren Ersteller wohlweislich ungeladen blieben, nicht um Lichtbildmappen und die Häufigkeit ihrer Vorlage, nicht um eindeutig blaue Augen, die vielleicht doch braun waren, und auch nicht um die Frage, ob sich in Birgit Hogefelds tadellosem Gebiß nicht doch das ein oder andere Implantat befindet. All die Skurrilitäten eines knapp zwei Jahre währenden Strafprozeß sind nachzulesen. (2)

In politischen Prozessen ist die Öffentlichkeit, die kein professionelles Interesse hat, nicht gern gesehen. Der kleinen Gemeinde aber, die sich der feindseligen Atmosphäre aussetzt, wird das Geschehen zum Schaustück. Schnell lernt man/frau die AkteurInnen kennen, der Rahmen wird überschaubar, Höhepunkte kündigen sich an. Die mit der Angeklagten sympathisierenden ZuschauerInnen wähnen sich im Mikrokosmos wahlweise der Aufstandsbekämpfung, der Abwicklung militanter Geschichte oder einer Episode nationaler Formierung. Darum gestritten wurde nicht. Dahin die Hoffnung, der politische Streit wäre ein erster Schritt, den Fortgang der Ereignisse vorne zu beeinflussen. Die Verteidigung arbeitet akribisch und versteht das offensichtlich politisch. In Übereinstimmung mit der Angeklagten machen die beiden etwas für RAF-Prozesse Untypisches: Sie balancieren zwischen der Denunziation des unverrückbaren Verurteilungswillens, an dem juristische Argumente abprallen, und dem Versuch, eben diese Argumente anzubringen. Der Prozeßalltag war dadurch spannender, man konnte sich so oder so identifizieren.

Im Fernsehen gibt es Familienserien, billig im Studio produziert, mit einer Gag-Folge von etwa 5 Sekunden. Aufgrund der Fülle leidet die Qualität, die Lacher kommen vom Band. Zeuge nach dem Attentat: Ich kann die Frau nicht beschreiben, bin kurzsichtig, hatte die Brille nicht dabei. Zeuge, 8 Jahre später, nach der Vorführung eines Videos mit fünf

weiblichen Personen, davon eine offensichtlich inhaftiert, deutet auf sie: Ich bin sicher, die war's. Band ab.

Wirkt das alles nur außergewöhnlich dumm, weil die Verteidigung, unbeeindruckt von den schlechten Karten, die sie von vornherein hat, jeden Stein der staatlichen Beweisführung umdreht oder resultiert das Desinteresse des RTL-Senats an rational nachvollziehbaren Argumenten aus dem vorläufigen Ende des bewaffneten Kampfes im dicker gewordenen Deutschland? Auch ein geringes Maß an Glaubwürdigkeit kostet Mühe, und wen noch einbinden? Die jungen Leute, die gelegentlich im Gerichtssaal auftauchen, sind bis auf Ausnahmen JurastudentInnen oder PolizeischülerInnen. Umkreist und abgeschottet gegen unabsehbare Erkenntnisse durch einen wachsamen Pädagogen.

Ist der Staatsschutzprozeß ein Ritual entsprechend der langen Liste abgeurteilter RAF-Mitglieder oder ein Prototyp des politischen Strafrechts?

Als im Startbahnprozeß (einem Verfahren, wo vom Mord bis zur Sachbeschädigung alles aufgelistet war, was Linke in den 80ern im Rhein-Main-Gebiet kaputt gemacht hatten) der Bundesanwalt Pflieger von der Wahrheitserfindung sprach, ganz und gar ungewollt, schließlich meinte er seine Arbeit, da war die Zuhörerschaft begeistert. Schlagartig war die Muffigkeit des Prozeßalltags weggefegt. Die Wirkung wurde noch dadurch gesteigert, daß der Sprechende der Agitation gänzlich unverdächtig war. Das Lachen hatte was befreiendes und wurde ausgekostet; nur vermitteln ließ sich die Geschichte nicht. Redakteure überlasen und Setzer ignorierten das -er-, und erzählt wirkte die Pointe unsäglich platt. Unser eifriger Hinweis auf das Freudsche an dieser Fehlleistung war es dann auch. Dabei ist der neue Begriff nicht schlecht. Es schwingt in ihm die Mühe mit, aus einem Bestand an Tatortberichten, Gutachten und Aussagen eine Wahrheit zu formen, die das Gericht übernehmen kann und die revisionssicher ist. Eine schöpferische Tätigkeit also, die erklären hilft, wieso Bundesanwälte nicht allesamt durchdrehen, wenn sie, belagert von einer Horde Wächter, ihren Verrichtungen nachgehen. Andererseits ist der Begriff auch verwirrend, denn die höchste Anerkennung wird den Erfindern dann zuteil, wenn alle so tun als wäre gar nichts erfunden, sondern etwas entdeckt worden.

Die Wahrheit hat im Fall Bad Kleinen lang gebraucht, bis sie richtig entwickelt war. Schließlich hatte sie zarte Wurzeln geschlagen, aber noch wäre an ihr zu rütteln gewesen. Deswegen wurde ein kleiner, aber stabiler Zaun gezogen, der Ist-nicht-Gegenstand-des-Verfahrens-Zaun. Den Rest besorgt ein wohldosierter Diskurs, der Humus jeder Wahrheit.

Birgit Hogefeld ist dialogbereit. Sie hält Kontakt zu Leuten aus dem – sagen wir – humanistischen Spektrum: Kirchenleute, Menschenrechtler, Künstler. Das entspricht der analytischen Kehrtwendung der RAF, gemäß der statt Abschottung und Abstraktion die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Gruppen Platz greifen soll. In ihrer Lage ist es natürlich noch mehr als das, denn als Gefangene, die isoliert war und wahrscheinlich wieder isoliert werden wird, sind Kontakte lebensnotwendig. Diese Praxis der „Gesprächsbereitschaft" zieht mit sich die Kritik der „Abgrenzung". Manche, die den Prozeß verfolgen, distanzieren sich viel eher von Leuten, die als Funktionsträger im gesellschaftlichen Befriedungsprozeß eingeschätzt werden. Birgit Hogefeld kritisierte diese Haltung, z.B. als sie sich zu einem Diskussionspapier der Info-MacherInnen vom Sommer 95 äußerte. Die Liberalität, die sie dabei im Umgang mit „Kirchenleuten" einfordert („Unterschiede stehen lassen, nicht sofort bewerten") bringt sie selbst nicht auf, wenn sie die Info-MacherInnen kritisiert. Sie bewertet deren Position und stellt Mutmaßungen über ihre Motive an („unklare Ziele und Vorstellungen" verstärken Abgrenzungsbedürfnisse). So zeigt sich daran, daß die „neue Offenheit" eine partikulare ist, in deren Genuß nicht jeder kommt, daß das, was als Frage der Auseinandersetzungsform erscheint, doch eine inhaltliche Orientierung enthält. Das zu leugnen wäre erst das eigentliche Problem, denn verwundern kann es kaum. Nach soundsoviel Jahren RAF, an der das politisch konkreteste die Bestimmung des Feindes, hier: der zu liquidierenden Militärs und Manager, war, hat das Tauschen von Argumenten mit „sympathisierenden Demokraten", ein befreienden Moment.

Etwas verdeckt hinter diesen biographisch-politischen Unterschieden liegt der in den letzten Jahren aufgebrochene Widerspruch zwischen dem Konstatieren des rassistischen Konsens sowie der nationalen Sammlung und der gesellschaftlichen Selbstverortung der Linken. Böse gesagt: der optimistische Massenbezug deutscher Linker und anderer Unverbesserlicher deckt sich mit dem wachsweichen „Menschen"-Begriff von Frau Hogefeld, dem in alter RAF-Tradition ein „Apparat" als Hemmnis gegenübersteht.

Wie uninteressant Widersprüche zu einer gesellschaftlich opportunen Tatversion sind, hat sich in Lübeck eindrucksvoll gezeigt. Die mühsam

zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld

von Christoph Schneider

HESSEN HOPE

gegen die Staatsorgane und im Schatten des aktiven Desinteresses der Massenmedien zusammengekratzten Erkenntnisse über die Restwahrheit reichen gerade, die Vorverurteilung eines der Opfer zu unterbinden. Äquivalent dazu, die Lässigkeit, mit der ein Staats- oder Bundesanwalt seine Geschichte, die Historie werden soll, zusammenbastelt. Zu befürchten ist, daß künftig die Qualität der Ausbildung sinkt, allein weil die Anforderungen im Berufsalltag zurückgehen. Die Instanz, für die die ganzen Geschichten kostenaufwendig in Szene gesetzt werden, die demokratische Öffentlichkeit, verliert zusehends das Interesse an Details. Daß sich eine brauchbare Wahrheit findet, wird vorausgesetzt, und das Urteil ist gewissermaßen die Message über sie. Handwerk und rhetorisches Durchsetzungsvermögen, mehr braucht ein Bundesanwalt heute nicht. Ein Berufsbild im Wandel.

Die Verurteilung wegen des in Bad Kleinen erschossenen GSG 9-Beamten basiert auf der Behauptung einer „Verabredung, im Falle einer Festnahme zu schießen". Birgit Hogefeld, die vor Ort so ziemlich als einzige keine Waffe in die Hand bekam, ist eine Mörderin, weil sie sich verabredet hatte. Dies habe eine mobilisierende Wirkung auf Wolfgang Grams gehabt. Unberücksichtigt blieben Hinweise darauf, daß es in der RAF Absprachen gab, Festnahmeversuchen nicht mit bedingungslosem Schußwaffeneinsatz zu begegnen. Die Verteidigung nannte die Deeskalationserklärung von 1992, und auch der Polizei-Spitzel Klaus Steinmetz wußte laut Verfassungsschutz solches aus Privatgesprächen mit seinem Opfer wiederzugeben. Das Problematische einer solchen Argumentation liegt in der Anerkennung des Szenarios Bad Kleinen. Unterstellt, Grams habe den Kommandopolizisten erschossen – was nicht wahrscheinlicher ist, als daß er's nicht getan hat – so ergibt sich nach herrschender Rechtslogik Frau Hogefelds Schuld nur, tat er es im Bewußtsein eines gemeinsamen nun umzusetzenden Vorhabens. Der Vorgang, von dem die Rede ist, dauerte etwa 8–10 Sekunden. In dieser Zeit wurden mindestens 33 Schüsse auf Wolfgang Grams abgefeuert, von denen fünf trafen.[3] Alles, was er in diesem Moment tat, muß als panische Reflexhandlung bezeichnet werden.

Wenn ein – nunmehr ehemaliger – BKA-Beamter, beschäftigt mit der Auswertung in Bad Kleinen sichergestellter Schriftstücke, seinen Vorgesetzten mit den kommentierenden Worten zitiert: „Die BAW will das anders haben" [4], dann ist das lächerlich klischeehaft. So wie sich früher Klein-Antiimp die Abläufe im Sicherheitsapparat vorstellte. Heute gibt es kaum noch Antiimps, die mit Verschwörungstheorien nerven, heute gibt's nur noch Zitate von BKA-Vorgesetzten.

Aktive Angeklagte und insistierende VerteidigerInnen verlängern und verkomplizieren ein Staatsschutzverfahren. Senat und BAW mögen dies nicht. Wirklich problematisch wird es jedoch erst, wenn mit zunehmender Prozeßdauer juristische Ungereimtheiten, die sonst achselzuckend unter den Richtertisch fallen – man ist ja unter sich – medial verbreitet werden. Nun kann auch nach 90 Verhandlungstagen nicht von einem Debakel für den Staatsschutz die Rede sein. Stellt man jedoch in Rechnung, welches die Rahmenbedingungen dieses „Terroristenprozeß" waren, nämlich das politische Ende jeglicher konsistenten, Stadtguerilla-Konzeption, Orientierungslosigkeit (nicht einmal begründete Distanz) in den linken Subszenen und eine seit 1994 schweigende RAF, das alles bei gleichzeitiger anhaltender Formierung des autoritären Staates nach innen (wie nach außen), dann erscheint die konstante Anteilnahme am Geschehen im Saal als groß und die Aufmerksamkeit für das Verfahren an vielen Orten als ungewöhnlich. Daß die ausführlichen Stellungnahmen und Historisierungsversuche von Birgit Hogefeld nicht das Echo fanden, das sie verdienten, ist der Tatsache geschuldet, daß öffentlich z.Zt. weder Militanzkonzepte diskutiert werden noch Auseinandersetzungen mit strategischen Ideen stattfinden. Nichts, was sich durch eine andere Prozeßstrategie stärker hätte berücksichtigen lassen.

RAF hieß in den 80ern, Defensive und Ohnmacht mit Eskalation zu beantworten und sich Staatsfixierung einzuhandeln. Als Lehre daraus spricht Birgit Hogefeld heute für „den Aufbau, die Verankerung und Ausweitung einer politischen Kraft", darin Militanz ein Teil sein kann. Über die Kritik der Eskalation verschwinden die Gründe der Ohnmacht. Als würde in einer ausgeweiteten verankerten Kraft nicht automatisch die Schärfe des Widerspruchs verlustig gehen, die überhaupt erst die Defensive zur Ausgangssituation gemacht hat. Heute, in Zeiten der Konjunktur von Volk und Heimat, mehr denn je.

Die Atmosphäre im Gerichtssaal während es um den Komplex Bad Kleinen ging, läßt sich am ehesten mit der eines deutschen Familienmittagessens der 50er Jahre vergleichen. Am Anfang wurde ein Beschluß verkündet, daß gegessen wird, was auf den Tisch kommt, man nur spricht, wenn man gefragt ist und nicht aufgestanden wird, solange der Vorsitzende noch nicht sein Besteck zusammengelegt hat. So geschah es.

Einem unvoreingenommenen Besucher (solche gab es nicht) wäre der Verdacht gekommen, daß mit diesem Bad Kleinen etwas nicht stimmt. Bloß was?

BAW und Senat werden ihr unter Berücksichtigung aller Gründe ein Volles aufbrummen. Dem Irrtum, daß es weniger radikal, gar „reformistisch" sei, wenn frau das Spiel nach ihren Regeln mitspielt und sie zum Schummeln zwingt, dem auch heute noch Hartgesottene anhängen, ist der Senat nicht aufgesessen. Er hat genau verstanden, daß Frau Hogefelds mitunter freundliches Wesen und ihr öffentlich dargebotener Sinn für Humor keineswegs das Einverständnis in die Ordnung der Dinge signalisiert. Und des Bundesbeamten Hembergers Plädoyer muß am Ende der 400 Seiten doch noch aufschäumen gegen die „Fehler", die sie einräumte, weil er weiß, daß Selbstkritik keineswegs ein Schritt auf dem

Weg zu „Reue und Einsicht" ist, sondern ein Hinweis auf Gedankentätigkeit.

Nicht ganz abwegig ist dennoch die Frage: Was soll der ganze Quatsch? Angesichts der Tatsache, daß eine „liberale" oder „kritische" Öffentlichkeit als Adressat mangels Masse ausfällt, die vorhandene Öffentlichkeit vielmehr dazu neigt, den Resonanzraum für die Probleme der Volksgemeinschaft abzugeben, ist der Gedanke der Selbstentlarvung des Rechtsstaats im Laufe des Prozesses ziemlich ziellos. Es fragt sich ja, wen – im Erfolgsfall – die Fratze der politischen Justiz in die Opposition treiben soll, wenn allenthalben starker Staat und Durchgreifen gefordert werden.

Zu lebenslänglicher Haft wird sie verurteilt werden, weil sie weiterhin analysiert, diskutiert, Strategien sondiert und dabei die Legalität, oder was zunehmend engere Grenzen setzt: Sitte und Anstand, keine Anerkennung erfährt. Dies ist nicht besonders rabiat, ist angesichts der RAF-Geschichte eher unspektakulär, aber für alle, die ihren Frieden gemacht haben, unerhört dogmatisch. Ihre Abrechnung mit Fehlern der RAF, ihre politischen Überlegungen, all das kann für StaatsschutzrichterInnen kein Grund sein, von ihrem Vorhaben abzulassen. Verständlich, alles was den Untertan ausweisen könnte, fehlt: die Demutsgeste, ein Verrat, das Verächtlichmachen früherer Motive. Sie bleibt einem Projekt verbunden, daß in diesem Land eine unglaubliche Provokation darstellt, den Bestand der Ordnung nicht anzuerkennen.

Am 28. Juli 1995, zwei Jahre nach Bad Kleinen, kaperte in Köln ein Einzeltäter einen Stadtbus und nahm Geiseln. Während des Zugriffs eines Sondereinsatzkommandos starb er an einem Kopfschuß. Allein um den Zeitpunkt der Stürmung entbrannte ein Streit, ansonsten war es eben eine schreckliche Geschichte. Der mit der Untersuchung beauftragte Staatsanwalt Karl Utermann wußte um ihre empfindliche Stelle: „Um Spekulationen über eine nachträgliche 'Hinrichtung' des Geiselnehmers durch einen Polizisten vorzubeugen, habe die Staatsanwaltschaft das Bundeskriminalamt mit weiteren Untersuchungen beauftragt".[5]

„Gut, jetzt haben Sie hier noch mich, es gibt auch immer noch andere Gefangene aus der RAF, aber die gesamte Entwicklung im linken Spektrum (und das ist ja der Bereich, an dem Sie sich abarbeiten) zeigt, daß darin für Sie keine Perspektive liegt. Sie werden's erleben, irgendwann stehen Sie ohne „richtigen Feind" da – und dann? Das ist ja im Grunde jetzt schon das Problem, all ihre Feindphantasien müssen auf ganz wenige Menschen übertragen werden. Und dann heißt es in Beschlüssen etwa, daß die Aushändigung einer Zeitschrift mit dem 'kleinen Leitfaden zur Behinderung von Bahntransporten aller Art' an mich, eine Gefährdung der Ordnung in der Anstalt befürchten läßt. Aber: im Preungesheimer Knast gibt es weder Gleise noch Bahntransporte, die ich blockieren, sabotieren, sprengen oder was-weiß-ich-was könnte...

Aber das Ganze hat mich auf eine Idee gebracht... Folgen Sie den Zeichen der Zeit. Wagen Sie den Sprung und verlagern Sie ihre Initiativen in den Bereich der Simulation. Der Computermarkt bietet heute für all Ihre Phantasien und Wünsche Lösungen an. Sie können da Ihren Bahntransport in Preungesheim 10- oder wenn Sie wollen 100-mal am Tag entgleisen oder in die Luft sprengen lassen. Die Bundesanwaltschaft kann die gefährlichsten Gefährdungsszenarien produzieren, Feinde bekämpfen und dabei gewinnen so oft sie nur will. Treten Sie per Simulation ins Land der unbegrenzten Schlachten ein. Nur eins – halten Sie mich bitte da raus." [6]

Die manchmal halsbrecherische Offenheit ihrer Erklärungen hat ihr den Vorwurf eingebracht, sie werfe Erfahrungen wie Fehler „den Herrschenden zum Fraß" vor. Vergegenwärtigt man sich die unmittelbar räumlich Anwesenden, „maßgebliche Protagonisten der Eskalationspolitik der siebziger Jahre, deren Vorgesetzte damals ernsthaft die standrechtliche Erschießung von RAF-Gefangenen erwogen haben" und „heute nur darauf warten, endlich ihren Schuldspruch ... 'Im Namen des Volkes' unterzeichnen zu können" [7], kommt dem Verlesen ihrer Texte etwas Exhibitionistisches zu. Das als Vorwurf zu formulieren, unterstellt eine Zwangsläufigkeit der Entwicklung vom offenen Sprechen zum anbiedernden, vom Dialog suchen zum Anschluß suchen. Abgesehen davon, daß sich heute schwerlich eine taktisch sinnvolle und politisch einwandfreiere Haltung für ihre Lage benennen läßt, ist der Kanon kämpferischer Stile, die sich im Zuge des „Frontprozesses" eingebürgert haben, so eng und gängelnd, wie es aufgrund ihres Charakters als Echo auf deutsche Gnadenlosigkeit zwar nicht verwunderlich ist, aber Birgit Hogefeld anzuhalten, sie zu konservieren, scheint eher einem grundsätzlich bürgerlichen Subjektverständnis zu entspringen: Linke halten in allen Lebenslagen innen und außen getrennt.

Es gab Anfang der 70er den Versuch, das Konzept eines bewaffneten Kampfs zu konkretisieren und gemäß einem „Primat der Praxis" umzusetzen. Wie sich das entwickelt hat, ist bekannt. Keine politische Gruppe wird heute auf die Idee kommen, solches auf's neue auszuprobieren. Die staatlichen Aburteilungsmodi, die sich als Antwort darauf etablierten, sind jedoch kein Auslaufmodell. Der politische Prozeß als Farce ist ein fester Bestandteil des Repressionsinstrumentariums geworden. Schließlich geht es wirklich nicht nur um die Überwindung des bewaffneten Kampfs, auch nicht allein um die des linken Widerstands, sondern um die Durchsetzung des Wahrheitsmonopols. Auch Safwan Eid bekam ein staatlich organisiertes Motiv.

(1) Erklärung vom 21.7.95
(2) "InfoAG zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld", Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden
(3) jW vom 15./16.5.96
(4) Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams, S. 54, Edition ID-Archiv
(5) FR, vom 1.8.95
(6) Erklärung vom Juli 96
(7) O.Tolmein, jW 26.7.95



„Ach", sagte die Maus, „die Welt wird enger mit jedem Tag."
Franz Kafka

Meine Stunde schlägt anderswo

Theoretische Versuchsanordnung über die Verengung der Zeit und ihre Verschiebung in den Raum

VON STEFAN ETGETON

Die Normen einer ordentlichen Biographie sehen vor, daß Männer um die Dreißig sich beruflich etablieren, so etwas wie 'Karriere' machen. Die Erwerbsarbeit spielt eine größere Rolle in der Zeitplanung, wodurch das Reservoir an frei verfügbarer Zeit, Muße, kleiner, die Zeit irgendwie knapper: enger, aber wohl auch dichter wird. Die derart ins Korsett der Arbeit Geschnürten transponieren ihre Zeit in den Raum, besser: konsumieren sie als Raum und kompensieren so den Mangel. Das bedeutet konkret etwa folgendes: je weniger Zeit sie in ihrer Wohnung verbringen, desto größer muß diese sein. Wer viel arbeitet, für andere, und mehr verdient, als er braucht, hat – von Sparen keine Rede – Anspruch auf mehr Platz für sich, eine größere Privatfläche. Andere kompensieren die verlorene Zeit ebenfalls räumlich: durch erhöhte Mobilität. Sie reisen öfter als vorher, jedenfalls weiter weg. Dabei ist der Weg dahin, einstmals zur 'Er-fahrung' überhöht, nurmehr lästig, ein Transportproblem, ein notwendiges Übel, um von den Orten des Erwerbs zu denen des Erlebens zu gelangen. Man tritt in einen uneigentlichen, scheinbar entleerten, neutralen Raum ein, dem ein Teil der arbeitsfreien Zeit geopfert wird, um zur eigenen Zeit zu gelangen. Denn 'meine Zeit' ist anderswo, weit weg oder tief in mir drin. Zu ihr gelangt man nur unter enormem technischen Aufwand: in Überschalljets, Psychoencountern oder medialisierten Räumen vom Schlage Techno und cyber-space. Nach dem Rücksturz zur Erde, ist die eigene Zeit allerdings schon wieder verschwunden – die Energien, die der organisierte fun ansammeln sollte, sind dahin, im Flug verbraucht. Je nötiger der Urlaub vom Alltag ist, desto liquider die Reserven, die er anlegt – auch hier wird eigentlich nichts mehr gespart. – Wer indes müßig lebt, macht sich verdächtig.

Kann aber Zeit überhaupt enger werden? Die Denkmodelle für Zeit entstammen fast alle dem Bereich geometrischer, freilich zweidimensionaler Figuren: vom Kreis des Zifferblatts bis zur Linie historischer Abläufe. Wenn aber ihre Wahrnehmung in die dritte räumliche Dimension einträte, wäre die Rede von der „Verengung der Zeit" nicht völlig sinnlos. Jedenfalls formiert sich am Verhältnis von Raum- und Zeitökonomie eine auch politisch brisante Frontstellung. Für M. Foucault beschrieb diese sogar eine epochale Schwelle: „Wir sind, glaube ich, in einem Moment, wo sich die Welt weniger als ein großes sich durch die Zeit entwickelndes Leben erfährt, sondern eher als ein Netz, das seine Punkte verknüpft und sein Gewirr durchkreuzt. Vielleicht könnte man sagen, daß manche ideologischen Konflikte in den heutigen Polemiken sich zwischen den anhänglichen Nachfahren der Zeit und den hartnäckigen Bewohnern des Raumes abspielen."[1] Es gibt indes nicht nur den epochalen Sprung zwischen beiden Dimensionen, die Aufspaltung einer Polarität, sondern vor allem neue Legierungen, Wechselverhältnisse zwischen Zeit und Raum, in denen dieser für jene anders eintritt als zuvor.

Vermessene Zeit – oder warum Einstein lacht

Eine frühe Form der Verschränkung der Dimensionen von Raum und Zeit, Urbild aller Ökonomie, ist das Messen der Zeit in Parametern des Raumes. Noch vor dem Beginn dessen, was wir „Geschichte" nennen, führte man ins Zeitkontinuum Zäsuren ein, die es erlaubten, Zeit zu zählen. Eine Universalgeschichte der Techniken, „von der Steinschleuder zur Megabombe"[2], ließe sich auch schreiben als eine von der Sonnen- zur Atomuhr. Das methodische Messen der Zeit, ihre für alle überall und jederzeit nachvollziehbare Kanalisierung im Raum beginnt mit der Bewegung der Gestirne, etwa auch in Gestalt des Schattens, sowie der Schwerkraft im fließenden Medium von Sand oder Wasser. Die erste allgemein durch Glockenschlag vernehmbare Zeitanzeige wurde in Norditalien zu Beginn des 13. Jahrhunderts eingeführt – so erhielt der Rhythmus der inneren und äußeren Natur seinen synthetischen Kontrapunkt, der zunächst nur akustisch vernommen wurde. Durch Anwendung der Zahnradmechanik verengte sich der Takt der Stunden im Ticken der Uhrwerke zu einer Mikrophonie des Tageszyklus aus Minuten und schließlich gar Sekunden. Die kontinuierliche Bewegung der Gestirne, das Fließen der kontinuierlichen, aber auf 'Natur' angewiesenen Zeit ließ sich ersetzen durch eine mechanisch präzise, immer feiner abgestufte Folge von Sprüngen. Das Zifferblatt, mit seinen nunmehr drei Zeigern, bildet jene ab und gehorcht dabei, um die Zeit sichtbar machen zu können, notgedrungen der geometrischen Figur des Kreises. Die Digitalisierung der Zeitanzeige ist unterdessen im Begriff, jene räumliche durch eine numerische Ordnung zu ersetzen, ohne daß bislang die Vorstellung sich ganz vom Zifferblatt dürfte emanzipiert haben – noch immer sprechen wir von „halb sieben", wenn wir 6.30 Uhr meinen.

Im Vergleich zur Geschichte der Zeitmessung überhaupt taktiert Lohnarbeit erst seit kurzem das Leben in Zwölf-, Zehn- oder Acht-Stunden-Tage sowie sechs-, fünf- oder viertägige Werktagswochen mit dem dazugehörigen „weekend". Das Disziplinarregime der Manufakturen und Fabriken ließ die gezifferte Zeit vollends zur zweiten Natur ihrer

Subjekte werden – wem nicht ihre Stunde schlug, hatte seinerseits Schläge zu gewärtigen. Die Moderne ließe sich geradezu als der Prozeß rekonstruieren, in dem die Mechanik der vermessenen Zeit sich in den Alltag, ja in die Körper der Menschen eingegraben hat.[3] Nachdem die Emanzipation des Taktes vom Rhythmus der Natur gelungen ist, steht nunmehr seine Ablösung auch von der kulturellen Metrik auf der Tagesordnung. In Gestalt der Stechuhr kehrt sich die Mechanik vermessener Zeit gegen die Allgemeinheit des einen Taktes: sie mißt präzise die Anwesenheit am Arbeitsplatz und gewährleistet so das Gleiten der Arbeitszeit ohne Kontrollverlust. Die Identitätskarte ermöglicht eine individuellen Zeitökonomie, deren Eckpunkte, Kommen und Gehen, von der Maschine eifersüchtig registriert werden. Während sich der allgemeine Arbeitstakt, der kollektive Rhythmus großer Feste und die vom jüdischen Sabbat auf den christlichen Sonntag übertragene allgemeine Wochenmetrik nivellieren, gewinnen die je unterschiedlichen Akzente des individuellen Zeitmanagements an Bedeutung.[4] Fehlt das Dirigat einer kollektiv verbindlichen, durch Kult und Kultur getragenen Ökonomie der Lebensläufe, dann schwimmen verschiedene Zeiten taktlos nebeneinander her. Der Primat permanenter Produktion und Dienstleistung, die Rund-um-die-Uhr-Öffnung aller Märkte, der (n)immer ras(t)ende Maschinen- und Freizeitpark zeitigt zwar die Möglichkeit bio-/chronographischer Individualisierung, dürfte aber de facto auf eine Staffelung gleicher Tagesrhythmen von Schicht zu Schicht hinauslaufen: Uniformität im Kanon. Je „freier" nämlich die Zeit, desto anstrengender auch ihre Gestaltung[5]; sie erfordert, gerade weil kein kollektiver Takt schlägt und die Kultur sich in diverse Erlebnisangebote zerstreut hat, ein Höchstmaß an individueller Planung und Kreativität.

Die totale Entbindung der Zeit, „Flexibilisierung", zerfranst überdies die Ränder zwischen Arbeit und Konsum, durchbricht die Grenze der Intimität und läßt die einzelnen sich plötzlich im medialen „home-shopping-office" wiederfinden. Längst erstrecken sich die gesellschaftlichen Besetzungen der Lebenszeit auch auf den von Erwerbsarbeit freien Sektor: „Freizeit" ist die konzertierte Aktion des medial-industriellen Komplexes zur Vernichtung von „Muße". Indem übergangslos Produktion und Konsumtion sich ineinanderschieben, breitet das Verwertungsinteresse sich über die gesamte Lebenszeit, Arbeit wie Freizeit, aus. Die von Zwecken – denen nicht mehr anzumerken ist, ob sie von 'außen' oder von 'innen' kommen – dispensierte Zeit, in der weder gearbeitet noch konsumiert wird, in der man sich auch nicht „entwickeln" muß, sondern „sein" kann, „sonst nichts, ohne alle weitere Bestimmung und Erfüllung"[6] – diese Zeit verschwindet oder wird als „leer" diffamiert. Die Zeit erscheint nicht nur flüssiger, sondern auch zusammengedrängter, enger; es verdichten sich die Intervalle der erlebten Zeit, sinnliche Impulse rücken näher zusammen.

Je relativer im flexiblen System die Metrik des Arbeitstages erscheint, desto absoluter gilt jedoch das quantitative Maß gegenüber der qualitativen Erfahrung von Zeit – die Stechuhr ist der ideale Kompromiß zwischen exakter Messung und variabler Schichtung. Unterm Regiment dieser mit Macht sich objektiv setzenden Vermessenheit der Zeit mutet freilich die Idee ihrer möglichen Verengung absurd an: die Sekunde hat ein physikalisch-chemisch definiertes Metrum, bei dem sich fragen läßt, ob es noch räumlichen Charakter hat. Ein „Weiter" oder „Enger" ist da nicht denkbar: eine Sekunde ist eine Sekunde, ist eine Sekunde... – basta! In dem von Marx zu Beginn des „Kapitals" analytisch abstrahierten System ist alles relativ – nur nicht das Maß der Zeit: eine Stunde ist eine Stunde, ist eine Stunde... – heißt es. Die ökonomische Bestimmung des „Wertes" gründet im Glauben an diese Objektivität, an die Quantifizierbarkeit der Zeit, die Möglichkeit, das schlechthin Unberechenbare so zu bannen, daß man damit rechnen kann. Die



Logik des Kapitals basiert im Kern auf dieser klar fixierbaren, objektiv meßbaren Zeit, denn „Wert" ist ja der Struktur nach nichts anderes als gespeicherte Arbeitszeit. Im Zentrum der herrschenden Ökonomie steht eine Konstruktion von Zeit, die so wenig relativ wie der Raum gekrümmt sein kann. Wir ahnen, warum Einstein lacht – als Musiker ist er vertraut mit der Dialektik von Raum und Zeit im Rhythmus, im harmonischen Intervall und in der Frequenz eines Tones. Die schwingende, an-, weil ungemessene Zeit ist relativ zum Raum und dieser umgekehrt in ihr geschwungen – die politische Brisanz dieser physikalischen Einsicht war wohl nur durch einen



Nobelpreis zu neutralisieren. Einstein und Marx hätten einander zu ergänzen in einer politischen Ökonomie relativer Zeit. Denn „Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf."[7]

Das „Kapital" als politische Ökonomie der Zeit

Es sollen im folgenden Mutmaßungen entfaltet werden, die aus der Relativität der im Raum vermessenen Zeit einige Konsequenzen für Ökonomie und Kultur ziehen. Die zugrundeliegende These hat F. Kafka einer Maus in den Mund gelegt: „die Welt wird enger mit jedem Tag", und zwar in zeitlicher Dimension, kollektiv und individuell, „volks-" wie „betriebswirtschaftlich". Das ist zunächst nicht apokalyptisch gemeint in dem Sinne, daß die Katastrophe den Menschen der strukturell privilegierten Räume inzwischen auf den Leib, die Haut rückt – das tut sie zweifelsohne. Aber die eschatologische Verengung der Zeit im Blick auf ihr Ende ist ein Topos, der seit mindestens zwei Jahrtausenden die hiesige Kultur unterströmt; man findet ihn schon in der jüdischen Apokalyptik. Paulus selbst, der eine für das Christentum wohl typische Haltung des Gehetztseins zwischen „Schon" und „Noch-Nicht" initiiert, spricht von der „bevorstehenden Not/ Enge"[8]: „Das aber sage ich, Brüder: die Zeit [kairos] ist zusammengedrängt!" (1.Korinther 7.29) – sie zieht sich nunmehr seit zweitausend Jahren zum Kairos zusammen. Die politische Ökonomie der Zeit zielt indes nicht auf Apokalyptik, sondern ins Herz der Werttheorie, die K. Marx zu Beginn seiner Kritik entfaltet hat – Zeit ist darin eine wesentliche, wenn auch selbst kaum reflektierte Kategorie: „Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen. Nach der Einführung des Dampfwebstuhls in England z.B. genügte vielleicht halb so viel Arbeit als vorher, um ein gegebenes Quantum Garn in Gewebe zu verwandeln."[9] Mit dem Stand der Produktivkräfte verändere sich das durchschnittliche Maß gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, wodurch, da die Stunde Arbeitszeit produktiver werde, das Produkt, sofern es Ware sei, an Wert verliere, denn der Wert sei relativ zur benötigten Arbeitszeit, diese aber wiederum zum Stand der Produktivkräfte. Fest steht dabei nur das scheinbar objektive Maß der Zeit als Arbeitsstunde.[10] Im Metrum der Zeit wird Arbeit quantifizierbar, die Stunde bleibt immer, was sie ist, und wird dadurch gleichsam absolut, sie konstituiert den „Wert"; relativ ist hingegen ihre jeweils variierende Produktivität und demgemäß der Tauschwert der einzelnen Produkte. Weil in Qualitäten eben weder gerechnet noch gewertet und daher auch nicht getauscht werden kann, sondern nur in Quanta, scheint Zeit, sofern sie als Lohnarbeit selbst zur Ware wird, immer gleich zu bleiben, auch wenn sie niemals dieselbe ist. Durch gesteigerte Produktivität wird deshalb Zeit auch nicht „gespart" – außer es würde entsprechend weniger gearbeitet, was eine gesellschaftlich geregelte Abschöpfung und Verteilung des Mehrwerts voraussetzte. Einstweilen wird der Wert der Ware durch Arbeitszeit bestimmt und quasi 'naturwüchsig' im Tausch ermittelt. Wer nach der Qualität, gleichsam dem Gebrauchswert der individuell begrenzten Lebenszeit und ihrer Verausgabung in Arbeit[11] fragte, rührte an ein Tabu und stünde alsbald im blinden Fleck des Systems und politisch im „Abseits". Mäße man in Gegenrichtung den Wert der Zeit an der konkreten Produktion von Gütern, dann müßte er mit steigender Produktivität eigentlich zunehmen, was er im bestehenden ökonomischen System nicht tut.[12] Liegt aber dann der Umkehrschluß nicht nahe, daß der Gebrauchswert der Zeit bei erhöhter Produktivität objektiv sinkt? Eine Stunde im Blick auf das, was in ihr geschieht und welche Resultate sie zeitigt, ist nie ein und dieselbe. Indem aber Produktivitätssteigerung nurmehr als Wertminderung verbucht wird, taucht die in die Produktivkraft investierte Zeit nirgends als von Arbeit befreite Muße wieder auf. Sie wird dem Kapital 'umsonst' als quasi endogene Produktivität zugeschlagen: wert-lose Zeit oder „Natur". „Weil die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit dem Kapital nichts kostet, weil sie andrerseits nicht von dem Arbeiter entwickelt wird, bevor seine Arbeit selbst dem Kapital gehört, erscheint sie als Produktivkraft, die das Kapital von Natur besitzt, als seine immanente Produktivkraft."[13] Diese Produktivkraft figuriert als Ressource, quasi Natur, eben wertlos gewordene Zeit, Wissen und Technik, über die alle wie über Luft, Wasser und Boden(schätze) frei verfügen könn-

ten, wenn nicht einige als Eigner der Produktionsmittel sie besäßen. Information und Überlieferung sind nur scheinbar freizügig, nutzbar allein dem, der sie besitzt oder bezahlen kann. Um sie bewertbar zu machen wird die Zeit, welche zu ihrer Anreicherung und Ablagerung nötig war, abgeschnitten und aus der Rechnung ausgeschieden. Technik als ein über Jahrhunderte angesammeltes, sedimentiertes Wissen wäre indes undenkbar ohne die in Jahrtausenden entwickelte Produktivkraft: Kultur – gespeicherte Zeit, die durch einen bloßen Auslöser in anwendbaren Nutzen umschlägt. Das Privileg, Träger einer solchen Auslösung zu sein, münzt der „Erfinder" durch Patente in rechtlich gesicherte Eigentumsansprüche um, deren Wert jedoch in krassem Mißverhältnis zu der für jene Akkumulation benötigten Zeit steht.[14] Die Dominanz des Warenmusters, die geschichtslose Abstraktion des „Werts" in der kapitalistischen Ökonomie geht daher auf Kosten der konkreten, am Gebrauchswert orientierten Zeit. Träte sie in einen nachvollziehbaren Zusammenhang zum hergestellten oder geförderten Gut, ließe Lohnarbeit überhaupt sich in Relation zur begrenzten Lebenszeit auf ihren Nutzen hin bestimmen, so explodierte der Wert der Zeit und es zerschmölze der Mehrwert.[15]

Die ökonomische Entwertung der konkreten Zeit, liegt in der kapitalen Logik des „Werts" und potenziert sich im Stadium der „Maschinerie": „Es ist nun zunächst zu bemerken, daß die Maschinerie stets ganz in den Arbeitsprozeß und immer nur teilweise in den Verwertungsprozeß eingeht. Sie setzt nie mehr Wert zu [d.h. kostet nie mehr Arbeitszeit/Geld; S.E.], als sie im Durchschnitt durch ihre Abnutzung verliert. Es findet also große Differenz statt zwischen dem Wert der Maschine und dem periodisch von ihr auf das Produkt übertragnen Wertteil. Es findet eine große Differenz statt zwischen der Maschine als wertbildendem und als produktbildendem Element. Je größer die Periode, während welcher dieselbe Maschinerie wiederholt in demselben Arbeitsprozeß dient, desto größer jene Differenz... Diese Differenz jedoch zwischen Benutzung und Abnutzung ist viel größer bei der Maschinerie als bei dem Werkzeug... Ziehn wir von beiden... ihre täglichen Durchschnittskosten ab oder den Wertbestandteil, den sie durch täglichen Durchschnittsverschleiß und den Konsum von Hilfsstoffen, wie Öl, Kohlen usw., dem Produkt zusetzen, so wirken sie umsonst, ganz wie ohne Zutun menschlicher Arbeit vorhandne Naturkräfte."[16] Die große Industrie verändert fraglos die Qualität der Arbeit; erhöhte Produktivität, die Differenz zwischen Wert- und Produktbildung, zwischen Be- und Abnutzung führt zu einer Verdichtung des Zeitnutzens jeder einzelnen Stunde: auf ihr sammelt sich ein Vielfaches der Güter, an die zuvor entlohnte Zeit sich verausgabt hatte. Diese Differenz schlägt sich betriebswirtschaftlich nur zu einem Bruchteil in erhöhten Kosten nieder, denn der ökonomische Sinn der Maschine ist ja, daß man für die in ihre Produktion eingegangene anonyme Arbeitszeit so wenig bezahlen muß wie für Rohstoffe, die in der Erde angeblich brachliegen. Die im Produktionsmittel gespeicherte Arbeitszeit wird durch die Reduktion seiner Genesis auf den Kairos der „Erfindung" von den kollektiven, kulturellen Wurzeln abgeschnitten und der endogenen Produktivkraft des Kapitals zugeschlagen, zur „Natur" verklärt. „Erst in der großen Industrie lernt der Mensch, das Produkt seiner vergangenen, bereits vergegenständlichten Arbeit auf großem Maßstab gleich einer Naturkraft umsonst wirken zu lassen."[17] Die Stunde produziert mehr, aber nicht mehr Wert – eine Stunde bleibt eine Stunde, und sie determiniert den Wert. Wie nun, wenn in diesem Prozeß Quantität und Qualität, Tausch- und Gebrauchswert der Zeit ebenso auseinandertträten wie Wert- und Produktbildung?

Die Differenz zwischen gebrauchswertlichem Zeitnutzen und dem Tauschwert der Ware, die in der Profitrate stillschweigend verschwindet, kehrt individuell wieder in einem unbewußten Gefühl der Beklemmung. Die volkswirtschaftlichen Reste der betrieblichen schlagen sich in der psychischen Ökonomie der daran Beteiligten nieder. Intensivere Produktivität erhöht den seelischen und körperlichen Druck weit über das Maß konkreter Arbeitsbelastung hinaus, selbst wenn damit Arbeitszeitverkürzungen verbunden sind; es drängt sich immer mehr Gebrauchswert auf die Stunden des Arbeitstages, in deren jeder die konkrete Zeit sich gleichsam zum Kairos zusammenzieht. Wie nun, wenn in dieser ökonomischen Schraube die Qualität der Zeit, die ja in die kapitalistische Gesamtbilanz nicht eingeht, sich analog zur Güterherstellung verdichtete? Wie erhöhter Luftdruck auf dem Körper lastet – das



Atmen wird schwer, das Herz schlägt spürbar und jede Bewegung kostet mehr Kraft als sonst-, so schlüge sich die gesteigerte Produktivität im psychischen Stoffwechsel nieder. Die 'Humanisierungen' der postfordistischen Arbeitswelt und die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit gingen mit einer überproportionalen Intensivierung der Belastung einher, auf der die Vergrößerung der Differenz zwischen Produkt- und Wertbildung, die Potenzierung des Mehrwerts basierte. Es gehört zur Binsenweisheit, daß die von Marx prognostizierte Verelendung nicht im Bereich der Versorgung mit Konsumgütern stattfindet – schließlich sichert allein der Verbrauch auf möglichst hohem Niveau das Funktionieren des Systems. Es gibt nominell und real mehr Geld für weniger geleistete Arbeitsstunden. Die gängigen tarifpolitischen Parameter bleiben abstrakt, sie erfassen nur die Zeit als Quantität: „Wert" in Gestalt von Geld oder Arbeitsstunden. Sie gleiten daher gerade an jener Dimension vorbei, die weder in der unternehmerischen Rechnung noch in der gewerkschaftlichen Gegenrechnung einen Posten hat[18], worin aber Armut und Verelendung sich konkret zutragen: die Qualität, d.h. die energetische Dichte und ökonomische Besetzung der individuell begrenzten Lebenszeit. Diese konkrete Zeit wird objektiv enger. Das Privileg gesteigerter Produktivität hat seinen Preis: der Verzehr der Beute ist nicht Genuß, setzt Zeit nicht frei, sondern geht einher mit ihrer stetigen Verödung.



Die zusätzliche Arbeit der zivilisierten Barbarei

Die klassische Theorie stellt Ökonomie unter das Gesetz der Knappheit und versteht sie als Strategie, mit dem geringst möglichen Aufwand die gewünschten Zwecke der Selbsterhaltung und Lebensverbesserung erreichen. Der Kapitalismus hat diese Logik unterlaufen, überboten und hintertrieben, insofern er die Begrenzung seiner Ressourcen ignoriert, gleichsam universal auf Pump wirtschaftet. Das, woran Raubbau betrieben wird, fällt aus dem Kostenkalkül heraus: die Natur, die Leistungen familiärer Reproduktion sowie die Effekte kolonialer Ausbeutung, heute etwa die Produktion in sogenannten Billiglohnländern – aber eben auch Kultur als Reservoir sozialer Produktivität. J. Habermas hat, ohne solches wohl im Blick zu haben, den Vorgang der qualitativen Verödung von Zeit in die ökonomische Metapher gefaßt, wonach die „Ressource 'Sinn' verknappt" sei. Diese leicht anstößige Formulierung löst, wie allemal die abstrakte Frage nach dem 'Sinn des Lebens', den berechtigten Vorbehalt aus, es könne etwa durch die Projektion religiöser Hinterwelten ein im Vergleich zum „Wert" nicht minder abstrakter „Sinn" gleichsam selbst zur Ware fetischisiert werden. Gegen die herrschende Zeitökonomie in Stellung gebracht, kann jedoch der Begriff des Sinns die Aufmerksamkeit auf die Qualität der Zeit lenken: angesichts der Endlichkeit und Kontingenz des Lebens tritt besonders deutlich das hervor, was an ihm übers ökonomische Kalkül hinausschießt. „Sinn" fragt nach dem Zweck der Zweckrationalität selbst und thematisiert daher ausdrücklich deren Grenze. Wenn politisch in Kategorien der Endlichkeit, von „Schöpfung" etwa oder den „Grenzen der Natur", gesprochen wird, geschieht dies meist mit einem reaktionären, zumindest kulturkonservativen Zungenschlag. Die beliebige Grenzziehung – „Bis hierher und nicht weiter!" – legt dennoch einen politisch höchst brisanten Punkt bloß, da im bestehenden System dem ökonomischen Grundgebot, nämlich die Knappheit der eigenen Mittel in Rechnung zu stellen, aus ökonomischem Zwang zuwidergehandelt wird. Je rückhaltloser die vollends durchkapitalisierte Menschheit auf Kredit einer eingebildeten oder in die Zukunft projizierten Fülle lebt, desto unerbittlicher erweist der Glaube an die Unerschöpflichkeit der natürlichen und kulturellen Ressourcen sich als Illusion. Wer heute die Reserven erschöpft und zugleich den Generationen der nächsten Jahrtausende radioaktiv strahlenden Müll hinterläßt, handelt, als ob die Menschheit nur jetzt lebte und schon keine Zukunft mehr hätte. Die Zeitperspektive verengt sich auf die reine aktuelle Gegenwart, einen zusammengedrängten Kairos, in dem es scheinbar weder konkrete Zeit, den Verfall der Körper, noch den Tod mehr gibt.

Die ökonomisch objektive Aporie eines Wachstums, das sich an der Illusion permanenter Produktivitätssteigerung berauscht, äußert sich auch subjektiv: Arbeit verdoppelt sich in jeder Stunde qualitativ, denn zusätzlich zur Leistung muß die Suggestion aufrechterhalten werden, sie habe Sinn. Alles, was Menschen hier und heute über die globalen Zusammenhänge wissen können, arbeitet dieser Einbildung entgegen; umso

anstrengender, die Motorik des „Weiter so" täglich neu anzuwerfen. Zur Arbeits- tritt in jedem Moment die Verdrängungsleistung hinzu, ein zusätzlicher psychischer Aufwand, um die eigene Eingebundenheit ins Absurde vergessen zu machen. Die Konstruktion einer „corporate identity", die nach innen gerichtete Imagepflege großer Konzerne, unterstützt diese individuellen Abwehrprozesse sozusagen von oben her, indem sie zwischen die konkrete Arbeit und die ihrem Sinn zuwiderlaufende globale Dis/Funktionalität eine Leinwand errichtet, auf der dem einzelnen der Arbeitskontext als familiäres Ensemble entgegenprojiziert wird. Die Verantwortung des Individuums fürs Ganze, darin er immer dichter verwoben ist, wird verkürzt auf den Clan, dessen Wohl jede Barbarei entschuldigt: die Überlebensinteressen der Firma setzen ein Telos, das auf Sinn zu hinterfragen einem Sakrileg gleichkäme, da es selbst den letzten Sinn konstituiert als betriebswirtschaftliche Zweckmäßigkeit. Soll der Zweifel hinter den Toren des Betriebs verstummen, müssen die Sinne auch außerhalb davon möglichst vollständig abgedichtet werden.

Dasselbe gilt gesamtgesellschaftlich, insofern das transnationale Clanbewußtsein der Monopolkonzerne im Begriff „Europa" derzeit seine eigene „corporate identity" auszubilden sich anschickt. Auf diese Weise wird den Menschen nichts Geringeres als der von ihnen ohnehin erwünschte Ausstieg aus einer Menschheit angesonnen[19], die als komplexes Feld unterschiedlicher Interessenskonflikte und teleologisch als Katastrophe erscheint. Da nun der Begriff der „Menschheit", an dem die Kategorie der Humanität hing, aller Hoffnung ledig ist[20], liegt die willkürliche Verkürzung des eigenen Horizontes auf die Familie, den Betriebsclan oder die Nation nur allzu nahe: die Barbarei als selbstverschuldete Unmündigkeit und Beschränkung auf den je vorgegebenen Kontext. Barbaren existieren, nachdem das Wort seine koloniale Herkunft abgeschüttelt hat, nicht 'natürlich', von selbst, sondern durch eine zusätzliche kulturelle Anstrengung: als Menschen, die sich mehr oder weniger bewußt entschließen, aus der Menschheit auszusteigen.[21] Die vom Privileg entwickelten und entstellten Gesellschaften befinden sich gewissermaßen in einem Zustand 'zweiter', zivilisierter Barbarei, selbstgewählter Horizontverkürzung. Damit hängt unmittelbar zusammen, daß Grenzen abstrakt gesetzt werden; die verschiedenen Konstruktionen von Zugehörigkeit, „corporate identity" oder „Nationalität", verschieben Konflikte aus dem Innern der jeweiligen Korporation in ein dadurch allererst produziertes Draußen. Der Rassismus hat sich hierfür als besonders geeignet erwiesen, weil er die Konflikte in den Körper verlagert und so gerade jenen Ort besetzt, da die Zeit leiblich konkret und also der Konflikt eigentlich virulent wird. Die biochemisch aufgefrischte 'Erbbiologie' inkorporiert Identitäten, indem sie die den Körper angeblich konstituierende Information (forma formans) als Merkmale der Unterscheidung insoliert und so die soziale Zuschreibung eines „Drinnen" und „Draußen" zur genetischen Einschreibung mutieren läßt. Jede Gestalt, der Leib mit seiner individuellen Geschichte, wird zum Phänotyp (forma formata) erklärt und auf einen ihm zugrundeliegenden Code, Genotyp reduziert. Aus dem Wissensfundus dieser Hinterwelt werden Eigenschaften, Gruppen und sogenannte „Rassen" zusammengesetzt – „corporate identities" im Wortsinn. Das ist im Wesentlichen nichts anderes als die dem Stand der gentechnischen Produktivkräfte angepaßte alte rassistische Relation von Blut und Hautfarbe, durch deren Repräsentationslogik der Körper in ein Innen und ein Außen gespalten wird, die einander entsprechen sollen. Das Erscheinungsbild korrespondiere dem biologischen Wesen und umgekehrt. Das alles ist nicht neu – nicht einmal die Vehemenz, mit der in unseren Tagen die Grenzen dicht gemacht werden; denn die offizielle Metaphorik, wonach auf Asylantenströmen kleine Boote schippern, die voll sind, bietet nur eine leicht modernisierte Variante der alten Formel vom „Volk ohne Raum". Es schlummert noch immer der Vernichtungsimpuls im Wahn einer fiktiven Verfolgung – die klassische Gestalt der kollektiven Paranoia.

Was aber ist der Grund für die Bedrohung? Welche Angst wird hier in ein imaginäres „Draußen" verschoben? Folgt man der Metaphorik und der etymologischen Brücke zwischen Angst und Enge, so geht es sehr wohl um ein dumpfes Gefühl der Beklemmung. Eng jedoch ist die Zeit in ihrer qualitativen Dimension, knapp der „Sinn" und drückend die Last zusätzlicher Verdrängung. Dieser Druck nun wird in den Raum projiziert und auf die Auswärtigen verschoben, denen gegenüber die Grenzen des eigenen Raumes in rigider Schärfe gezogen werden. Die braun-, schwarz- oder gelbhäutigen ImmigrantInnen, schon die wenigen, die es bis hierher schaffen, gefährden die bleichgesichtige Konstruktion einer längst unheimlich gewordenen 'Heimat'. Sie rühren ans Tabu der zivilisierten Barbarei, die es sich in ihrer Beschränktheit eingerichtet hat, und unterhöhlen durch ihr bloßes Da-, vor allem durch ihr Hiersein das mentale Fundament, die 'Gemütlichkeit' einer Gesellschaft, die sich auf der Ebene des „Sinns" und der Verantwortung aus dem Zusammenhang der Menschheit weitgehend ausgeklinkt hat.[22] Die vom „Wirtschaftsflüchtling" ausgehende Bedrohung betrifft weder die betriebliche noch die politische, sondern die psychische Ökonomie, er nimmt keine Arbeit weg[23], aber untergräbt die zu ihrem Gelingen notwendige Illusion, sie habe Sinn. Das Elend der Flucht zeigt ja nicht nur das noch größere der Herkunftsländer an, sondern dokumentiert, daß auch die Opfer des Systems nur ein Leben haben. Der offenkundige Widerspruch zwischen der weltweiten Mobilisierung von Arbeitsplätzen und der weitgehenden Fixierung von Arbeitskräften vor allem in den Ländern, wo diese besonders 'billig', 'wertlos', d.h. sterblich sind, läßt sich ideologisch durch Anleihen beim Rassismus früherer Zeiten al-

lein nicht übertünchen. Dazu tritt, verbunden mit der Fiktion monetärer Knappheit, die Suggestion räumlicher Enge – eine leicht modernisierte Fassung vom „Volk ohne Raum". Sie leuchtet den Menschen unterm Druck verengter Zeit psychisch umso unmittelbarer ein, je weniger sie den geographischen wie ökonomischen Verhältnissen entspricht. Die Enge ist spürbar, nur eben nicht als eine der Zeit, sie darf es nicht sein, muß verräumlicht werden. Je mehr die Menschen auf der Ausbeuterseite als Subjekte an ihrer eigenen Verelendung beteiligt sind, desto unverzichtbarer das Ventil nach draußen: die paranoide Verschiebung der Angst auf jene, die, wie eine Wunde, die Struktur des Ganzen bloßlegen. Die Projektion der Enge in den Raum bietet dabei eine willkommene Entlastung und stellt offenbar einen schon ausgetretenen Pfad psychischer wie politischer Verdrängungsprozesse, eine „Bahnung" (S. Freud) auch des kollektiven Unbewußten dar. Die Verräumlichung der Zeit ist ja seit Uhr-Zeiten eingeschliffen. Aber erst die totale Trennung beider Dimensionen ermöglicht die paranoide Verschiebung der zeitlichen Enge in den Raum – sie nimmt dabei etwas Irres an.

[1] *Foucault, M.: Andere Räume. Vortrag am Cercle d'Etudes Architecturales, Paris 14. März 1967, zit. nach: Karlheinz Barck u.a. (Hrg.) Aisthesis. Wahrnehmung heute; Leipzig 1990; S. 34*

[2] *Theodor W. Adorno: Negative Dialektik; Frankfurt a.M. 1975; S. 314*

[3] *Die Wahrnehmung der Zeit als einer wesentlichen Dimension der Ökonomie böte den theoretischen Rahmen, die Machtanalyse M. Foucaults, vor allem in „Überwachen und Strafen", mit der Kritik der politischen Ökonomie von K. Marx über bloße Analogien hinaus systematisch zu verknüpfen.*

[4] *Damit sind die Elemente des Rhythmischen beisammen, soweit Rhythmus als das freie Schwingen zwischen Akzent und Metrum zu bestimmen ist. Das Metrum steht dabei für Identität im Sinne von Gleichheit – das Metronom bindet Musik ans Gesetz der objektiv meßbaren Zeit; während der Akzent das Besondere repräsentiert, wodurch der bestimmte Rhythmus erst identisch mit sich, er selbst wird.*

[5] *In den betrieblichen Traineeprogrammen steht „Zeitmanagement" obenan: der subtile Ausgleich zwischen eigenen Wünschen, äußeren Erwartungen und objektiven Forderungen kreist immer, wenn auch latent um die Endlichkeit der Zeit in den Grenzen des Raumes – ein Problem der Theologie wie der Musik. Angesichts der Klosteregel des Heiligen Benedikt geraten Trainer und Manager ins Schwärmen. Schon in diesem äußerst erfolgreichen und wirkungsmächtigen Modell von Zeitmanagement ging es um ein wesentliches Moment der Rhythmik – die Balance: das Gleichgewicht zwischen Arbeit: Zeit für die anderen, Gebet: Zeit für Gott, und Kontemplation: Zeit für sich selbst. Höchstens sechs Stunden am Tag sollten gearbeitet werden – das freilich überlesen die Trainer gern. Der Klosterregel ging es ja auch um ein „glückliches/seliges Leben" in der Zeit und nicht um deren möglichst effektive Ausnutzung. Die klösterliche Rhythmik wollte sich ins ewige Heil einschwingen, ihr Telos war die Erlösung und nicht der letzte Herzinfarkt: „Die neunziger Jahre werden ein Jahrzehnt der Geschwindigkeit sein, eine Nanosekundenkultur. Es wird zwei Typen von Managern geben: die Schnellen und die Toten... Immer alles wissen und an jedem Ort der Welt mitreden können. Der Mensch wird zum Knotenpunkt in den weltumspannenden Informationsnetzen." (David Vice, Ex-Manager der Northern Telecom, zit. in FORBES Oktober 1993, 5)*

[6] *„Rien faire comme une bete, auf dem Wasser liegen und friedlich in den Himmel schauen, 'sein, sonst nichts, ohne alle weitere Bestimmung und Erfüllung' könnte an die Stelle von Prozeß, Tun, Erfüllen treten und so wahrhaft das Versprechen der dialektischen Logik einlösen, in ihren Ursprung zu münden. Keiner unter den abstrakten Begriffen kommt der erfüllten Utopie näher als der vom ewigen Frieden." (Th. W. Adorno: Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben; Frankfurt a.M. 1951; S.208)*

[7] *Marx, K.: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie; Berlin 1974; S. 89*

[8] *Griechisch: anangke, was mit dem deutschen „Angst" zusammenhängt und in beiden Sprachen auf den Stamm des Wortes „eng" rekurriert. Die Enge der Zeit ist für Paulus freilich ein Indiz kurz bevorstehender Erlösung, Bedrängung in der „Fülle der Zeit" (Galaterbrief 4.4).*

[9] *Marx, K.: Das Kapital, Band I.; Berlin 1971; S. 53*

[10] *„Es ist also nur das Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit oder die zur Herstellung eines Gebrauchswerts gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, welche die Wertgröße bestimmt... Waren, worin gleich große Arbeitsquanta enthalten sind oder die in derselben Arbeitszeit hergestellt werden können, haben daher dieselbe Wertgröße... Die Wertgröße einer Ware bliebe daher konstant, wäre die zu ihrer Produktion erheischte Arbeitszeit konstant. Letztere wechselt aber mit jedem Wechsel in der Produktivkraft der Arbeit... Je größer die Produktivkraft der Arbeit, desto kleiner die zur Herstellung eines Artikels erheischte Arbeitszeit, desto kleiner die in ihm kristallisierte Arbeitsmasse, desto kleiner sein Wert... Die Wertgröße einer Ware wechselt also direkt wie das Quantum und umgekehrt wie die Produktivkraft der sich in ihr verwirklichenden Arbeit." (ebd. S.54f)*

[11] *Wobei freilich Arbeit als Gebrauchswert immer nur negativ zu bestimmen ist; sie hat ein Ziel und arbeitet stets an ihrer eigenen Aufhebung, ist niemals Zweck an sich. Deshalb irrt auch die marxistische Theorie, wenn sie so etwas wie frei schaffende Arbeit auspinselt: morgens fischen und abends kritisieren. Das ist das Gegenteil von Arbeit, nämlich Muße, Tätigkeit als Gebrauchswert an und für sich. Hier trifft einer der entscheidenden Einsprüche der jüdisch-christlichen Tradition gegen die noch in den Marxismus sich fortpflanzende bürgerliche Ideologie permanenter Produktion: Müßiggang ist*

eben nicht der Anfang aller Laster, sondern Einübung ins richtige Leben und daher allenfalls der Beginn von Subversion. Arbeit hingegen ist der Fluch, mit dem Geschichte einsetzt – diese wiederum ersehnt als Ziel die Vollendung der Schöpfung, deren Krone eben nicht der Mensch, sondern der siebte Tag, der Sabbat ist: ewiger Frieden und Ruhe.

[12] Etwas vertrackter liegt die Sache freilich bei der Ausdifferenzierung der Lohngruppen nach Qualifikation; hier nämlich gilt – Geltung in Geld ausgedrückt – ein und dieselbe Stunde unterschiedlich viel. Auch dabei wird jedoch nicht die Qualität der Zeit kalkuliert – wie sollte das auch vor sich gehen? -, sondern die durch Wissen und technische Fertigkeit ermöglichte Wertminderung der Produkte. Der qualifizierte Facharbeiter ersetzt im Verein mit einer komplizierter werdenden Maschinerie zu einem bestimmten Zeitpunkt mehr Ungelernte, als beide kosten. Die Berechnung seines Lohns anhand zuvor geleisteter Qualifizierungsarbeit stellt nurmehr einen Schein von Quantifizierbarkeit auf; bezahlt werden ja nicht die Stunden für Fort- und Weiterbildung, sondern was darin an „Know How", an Qualifikationskapital akkumuliert wurde – dieses amortisiert sich nun für den Facharbeiter in einem erhöhten Lohn und schöpft zugleich einen überproportional höheren Mehrwert ab.

[13] Marx, K.: Das Kapital, Band I.; Berlin 1971; S. 353

[14] Eine Relation bietet vielleicht die Vorstellung über das Mißverhältnis der Zeiträume im Verbrauch von Erdöl: was „die Natur" in Jahrmillionen angesammelt hat, ist in wenigen Jahrzehnten verbraucht – und zwar weil es sich volks- wie betriebswirtschaftlich rechnet. Bedenkenlos wird z.T. noch immer aus Rohstofförderung Ressoucenproduktion, als wären die Schätze der Erde ein Ergebnis menschlicher Tätigkeit und nicht ein Geschenkt vorgeschichtlicher Ablagerungsprozesse. – In dieser Weise ließe sich etwa auch eine Kulturtechnik wie die des Schreibens, deren Ausbildung Jahrtausende in Anspruch nahm, als Sedimentierung investierter Zeit deuten, deren Resultate uns gleichsam wie 'von Natur aus' zur Verfügung zu stehen scheinen.

[15] Auf beiden Ebenen, der ökologisch-allgemeinen wie der lebensweltlich-individuellen, werden derzeit Posten neu in Rechnung gestellt, die vormals aus der kapitalistischen Bilanz herausfielen:
- die volkswirtschaftlichen Kosten der Naturzerstörung sollen via Steuerrecht in betriebswirtschaftliche Faktoren umgemünzt werden; international wird diskutiert, die Erhaltung etwa der Regenwälder durch eine weltweite Steuer zu unterstützen, die den Ländern, die nicht abholzen, zugute kommen soll; „nachhaltige Entwicklung" ist die Zauberformel einer noch immer vom reichen Norden beherrschten Weltökonomie;
- das individuelle Zeitmanagement indes beginnt, mit halben, Drittel- oder Viertelstellen zu operieren und entdeckt die eigene begrenzte Lebenszeit als Gegenstand eines möglichen Entwurfes – hier heißt die Zauberformel „Zeitsouveränität". Erstmals scheint auch für Männer die Doppelbelastung von Familie bzw. Freizeit und Beruf im Raum zu stehen, und zwar gerade in dem Maße, wie Frauen nicht mehr bereit sind, sich beides als Alternative aufdrängen und vor die Wahl: Haushalt oder Karriere stellen zu lassen.

Die explodierenden Kosten, die der Gesundheits- und Sozialversorgung angelastet werden, sind in Wahrheit diejenigen des Systems selbst, die es um der eigenen Funktionalität willen stets vernachlässigt und in die Zukunft verschoben hat: der Raubbau an den begrenzten Ressourcen und an den zumeist unbezahlten Dienstleistungen der ReproduktionsträgerInnen (Stichwort: Pflege). Diese Rechnung wird nun aufgemacht – darum das schwere Geschütz, das in letzter Zeit von der Unternehmerseite aufgefahren wird, wenn es um den „Umbau des Sozialstaates" geht.

[16] Marx, K.: Das Kapital, Band I.; Berlin 1971; S. 408f

[17] ebd. S. 409

[18] Die Quote des Bruttosozialproduktes hat bekanntlich für qualitatives Wachstum keine Maßeinheit anzubieten. Der Lebensstandard bemißt sich an der Zunahme dessen, was Lebensqualität in immer umfassenderem Maße zu ersetzen sich anschickt: des Konsums von Gütern und Dienstleistungen, und zwar solchen die bezahlt werden – private Reproduktionsleistungen, etwa Pflegedienste, die in der Regel von Frauen erbracht werden, gehen in diese Rechnung nicht ein.

[19] Der Kapital-Nekropole „Mahagonny" verpaßt der Protagonist der gleichnamigen Oper ein neues Gesetz, dessen Opfer er schließlich selbst wird. Seinen Freunden bekennt zuvor: „Ach Jungens, ich will doch gar kein Mensch sein."

[20] Die sozial geforderte Leugnung des globalen Zusammenhangs hatte den Begriff des Humanen längst ausgehöhlt, als der theoretische Antihumanismus von Nietzsche bis Foucault ihm den Garaus zu machen versuchte nach dem Motto: „Was fällt, das soll man auch noch stoßen." Mag sein, daß es dies Humane nie gegeben hat, daß es stets nur eine bourgeoise Illusion war. Im Zeitalter weltweit operierender Konzerne, globaler Katastrophen wie Konfliktmanagements scheint indes die Menschheit der Realität ihres Begriffes viel näher als im Vormärz des Jahres 1848 – und doch von ihrer Verwirklichung zugleich meilenweit entfernt.

[21] Der Begriff stammt von den Griechen und buchstabiert im Rückschluß den der Menschheit natürlich auch als einen griechischen, er bildet seitdem den blinden Fleck einer jeden „Anthropologie" (von griechisch: anthropos = Mensch). Bei der Gegenüberstellung von Humanität und Barbarei ist stets mitzudenken, worauf die Antihumanisten zu Recht hinweisen: die Zuschreibung „Barbar" beinhaltet letztlich eine Engführung im Begriff der Menschheit, welche – und das wäre wiederum jenen entgegenzuhalten – dem Begriff gerade wider- , aber nicht gegen ihn spricht. Immerhin sind auch die Barbaren Menschen, und ein Begriff der Menschheit, der sie ausschlösse, wäre selbst inhuman. Nicht minder fragwürdig freilich, auf den der Barbarei überhaupt zugunsten einer abstrakt versöhnten Allmenschlichkeit

zu verzichten. Barbaren sind nicht Menschen minderer Ordnung, sondern solche, denen ihre Menschheit umso eindeutiger zugeschrieben werden muß, je weniger sie an ihr teilhaben wollen.

22 Wer dem entgegenhält, es gebe Informationen über globale Zusammenhänge und Spendenbereitschaft für ferne Länder wie nie zuvor, sollte die Bewegungen berücksichtigen, die Bewußtseinsinhalte im Unbewußten zu vollziehen pflegen. Eine ernüchternde Probe auf die Wirkung der Information bieten immer wieder Gespräche mit Angehörigen der Nachkriegsgeneration, die trotz allem an ihrem Aberglauben festhalten, sie hätten sich ihren Wohlstand durch rechtschaffene Arbeit erworben. Das Bewußtsein um Zusammenhänge macht vor der Clangrenze halt, das Unbewußte aber schlägt unverhohlen in Aggression um, sobald der Respekt vor dieser Grenze durch kritische Fragen verletzt wird. Latent dürfte die Anwesenheit der Ausgebeuteten hier ebensolche Verletzungen auslösen, jedenfalls rasten die dementsprechenden Abwehrreaktionen bei denselben Menschen ein, die bereitwillig den Elenden dort ihr Almosen verabreichen. Weit davon entfernt, die Situation zu entschärfen, mögen jene Informationen, die ja unverarbeitet bleiben und so aufs Unbewußte durchaus gegenläufig wirken könne, die Aggression dieser Abwehr sogar noch verstärken.

23 Der ultrarechte Topos: „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg", stimmt ja gerade nicht für die ImmigrantInnen, sondern für diejenigen, die in ihren sogenannten Billig-, in Wahrheit jedoch Hungerlohnländern bleiben – hier kennt das „Wert"-System plötzlich keine Grenzen mehr.



Viet Nam

Fotos: Karin Desmarowitz & Leon Maresch

16./17.Jh.	Französische Missionare gewinnen Einfluß am königlich vietnamesischen Hof
Mitte 19.Jh.	Militärische Intervention Frankreichs, Vietnam wird französische Kolonie
1930	Gründung der Kommunistischen Partei Vietnams
1941	Gründung der „Liga für ein unabhängiges Vietnam“ (Vietminh) duch Ho Chi Minh
1945	Militärische Unterdrückung der Unabhängigkeitsbestrebungen durch Frankreich, Ausrufung der unabhängigen Republik Vietnam
1946 - 1954	Indochinakrieg
1954	Genfer Friedenskonferenz: Teilung Vietnams am 17. Breitengrad, Vereinbarung über gesamtvietnamesische Wahlen für 1956
1955	Vertragsbruch durch die von Frankreich und den USA unterstützte südvietnamesische Führung, Ausrufung eines eigenen Staates Südvietnam
1959	Start der Kampagne zur Befreiung des Südens durch Nordvietnam
1964	Angriffe US-amerikanischer Kampfflugzeuge auf Ziele in Nordvietnam
1965	USA schicken erste Kampfverbände nach Nordvietnam
1968	Tet-Offensive Nordvietnams bildet entscheidenden Wendepunkt des Kriegsverlaufs
1969	Höhepunkt der amerikanischen Militärpräsenz. 543.400 US-Soldaten. Weltweite Protestbewegungen.
1975	Erfolgreiche Nordvietnamesische Großoffensive. Flucht der südvietnamesischen Führung, Abzug der letzten amerikanischen Soldaten aus Vietnam
1976	Wiedervereinigung Nord- und Südvietnams, Versuch des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft
1978	Einmarsch der vietnamesischen Armee in Kambodscha
1986	Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams beschließt die Erneuerungsbewegung „Doi Moi“
ab 1989	Zunehmende wirtschaftliche, soziale und politische Öffnung
1995	Aufhebung des US-Embargos, erste offizielle diplomatische Kontakte zwischen Vietnam und den USA











12 PACKS
8 INNER BOXES
MEIJI
FMT
KLIM
MILO
Tulip
Dumex





„Familie als Keimzelle der Nation“

Die Frage, ob dem „Zwang zur Identität“ durch die herrschenden Wirklichkeitskonstruktionen mit der Konstruktion einer „widerspenstigen Identität“ etwas emanzipatives entgegengesetzt werden kann, ist der Kern einer Identitätspolitik, die hier in dieser Zeitung häufiger Kritik unterzogen wurde. An dieser Stelle wurde der Anspruch erhoben, die Problematik, Kritik und Erfahrung von und mit politischen Identitätskonzepten zu reflektieren. Ein purer Verweis auf eine irgendwie orientierende „Praxis“, welche „Wissen“ vermittelt und an der Ansätze ausgerichtet werden, hilft nicht gegen die Doppelgesichtigkeit der kollektiven Identitätskonstruktion. So leuchtet die einfache Gleichung, wie sie in wesentlichen Teilen der ehemals autonomen Szene verbreitet ist, vor dem heutigen Erfahrungshintergrund nicht mehr ohne weiteres ein: „Würdet ihr euch in euren Ansätzen mehr an der Praxis orientieren, dann wüßtet ihr, daß es eine Auflösung aller Identitäten trotz allem nicht geben kann. Genauso wie einen Befreiungsnationalismus kann es eben auch befreiende Identitäten geben.“ (Zeck, Nr. 51, S.7)
Im ersten, der nun folgenden Artikel, wird der Prozeß des Entstehens eines Musikgenres beschrieben; von der Subkultur des Stadtrands zur hegemonialen Anerkennung durch Kulturindustrie und Staat. Dieser Wandel von unterdrückten subkulturellen Identitäten zu herrschenden ließe sich an Rembetiko ebenso wie Tango, als auch Reggae wahrscheinlich beobachten.
Die Konstruktion dessen was „Homosexualität“ ist, verweist auf die Konstruktion des „Normalen“. Diese Konstruktion des „Normalen“, des Standpunktes von dem aus die Differenz wahrgenommen, vermessen und bewertet wird, erscheint als schon immer vorhanden, als vorgesellschaftlich, als „Natur“. Detlef Grumbach thematisiert das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Homosexuellenbewegung seit dem letzten Jahrhundert. Dabei werden diese Konstruktionen und ihre daran ausgerichtete Praxis deutlich. Der Konstruktion der bürgerlichen Kleinfamilie mit ihren „Werten und Normen“ steht die Konstruktion der Homosexualitäten gegenüber. Die Konstituierung des „Schwulen“ als bürgerliches Subjekt, folgt einer Bewegung vom Dunkel der Hinterzimmer und der Pissoirs hin zum Licht der bürgerlichen Öffentlichkeit; der „Schwule“ ist gleichzeitig zu einer Subkultur, einem Teilmarkt reduziert, der sich der Sichtbarmachung von Konstruktionen schwuler Lebensstile und Identitäten widmet.
Die AIDS-Konferenz in Vancouver Anfang Juli 1996 rief einer größeren Öffentlichkeit ins Gedächtnis das das alltägliche Sterben weitergeht. Die Abhängigkeit derjenigen, bei denen AIDS diagnostiziert wurde, von modernster medizinischer Forschung und der experimentelle Charakter ihres Überlebens dank der Neuentwicklungen der Pharmakonzerne verweist auf die Schwierigkeiten einer Kritik der Gesundheitspolitik. Gleichzeitig wurde deutlich, daß die medizinische Behandlung von AIDS nur denjenigen (Gesellschaften) zugestanden wird, die sie sich leisten können und die Profite der Pharmaindustrie garantieren. AIDS, welches in Deutschland fast nur noch im Zusammenhang mit „unschuldigen“ Blutern thematisiert wurde, folgt inzwischen festen diskursiven Gestalten.
Die Körperpolitik als nationale Politik erscheint als Brennpunkt zweier Konstruktionen: zum einen der Diskurs über die Sexualität, zum anderen der Diskurs über die Nation. Welche Beziehung haben diese beiden Diskurse? Cindy Patton spricht in ihrem Beitrag über eine Bewegung von der Nation hin zur Familie. Wir kennen das Bild von der „Familie als der Keimzelle der Nation“. In diesem Bild ist das Verhältnis von Familie und Nation als Organismus dargestellt. Aus der Familie/Zelle keimt die Nation/Körper. Anhand der AIDS-Forschung und Politik in und über „Afrika“ entwickelt Patton ein gegenläufiges Bild. Für sie ist die Familie, genauer die bürgerliche Kleinfamilie, nicht der Ursprung der Nation, sondern die Nation konstruiert die Familie, also ihre eigene Vorraussetzung.
Der letzte Artikel von Udo Sierck thematisiert die Konstruktion von „gesunden Körpern“. Er setzt den Foucault'schen Begriff der „Biopolitik“ in Beziehung zur „Neuen Rechten“ und ihren Vorstellungen von „Rasse- und Sozialhygiene“. Es zeigt sich, daß die Vorstellung, der „Neuen Rechten“ (ein Begriff der selbst problematisiert werden müßte) gelänge es in der Humangenetik, in der Pränataldiagnostik und in der Prävention ihre Ideen durchzusetzen, eine problematische ist. Der Zusammenhang zwischen dem ins Zentrum der Politik gerückten Körper, der Disziplinierung und dem Bestreiten von legitimen Forderungen bewegt sich innerhalb einer modernen Rationalität, die auf eine „Verstaatlichung des Biologischen“ zielt.

„HATASIZ KUL OLMAZ, HATAMLA SEV BENI“ ORHAN GENCEBAY

Als am 5. Dezember 1995, acht Tage vor der Abstimmung des Europaparlaments über die Zollunion, die damalige Ministerpräsidentin der türkischen Republik Tansu Ciller nochmals in Bonn vorsprach, gab es keinen Zweifel mehr an der Pro-Zollunion-Haltung Bonns. Mehrere Tage zuvor, am 2. Dezember, versammelte Hakkı Keskin, dessen Allheilmittel die doppelte Staatsbürgerschaft ist, eine illustre Gesellschaft aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zur Gründung einer türkischen Lobby, der „Türkischen Gemeinde in Deutschland". Einige Zeit zuvor war Yaşar Kemal, einer der bekanntesten Schriftsteller der Türkei, vom Separatismusvorwurf freigesprochen worden, während eine Vielzahl von Oppositionellen immer noch unter Anklage steht. In einem Interview in den Tagesthemen vom 5. Dezember spricht die frühere Ökonomieprofessorin der Eliteuniversität Boğazici in Englisch die heiklen Punkte an: Sie spricht von der Verfassung, die seit 100 Jahren nicht geändert worden sei; von der Schwierigkeit der Durchsetzung der Menschenrechte, die ja auch in Deutschland, wie sich an den Anschlägen zeige, nicht gewährleistet seien; von den Menschen, die keinen Terror mehr, sondern Fortschritt wollten; von den „Einzelnen", denen man mehr Rechte geben müsse, nicht dem „Osten" oder dem „Westen" der Türkei; von einer Politik, die ohne ethnische Differenzierung auskomme. Am 13. Dezember billigte das Europaparlament die Zollunion mit der Türkei zum 1.1.96. Laut BBC World-Wide bedeute dies, daß die Türkei zunächst 3 Milliarden Dollar für die nächsten fünf Jahre erhalte und daß die dem Westen zugewandte Türkei zum Bollwerk des Westens gegen den Fundamentalismus ausgebaut werde. Dies habe ein günstiges Investionsklima zur Folge. In den Wahlen vom 24. Dezember 1995 hat die Refah-Partei, die in den letzten Wahlen schon durch islamistisch argumentierende Feministinnen und mit einer islamischen Modenschau ihr modernes Profil zeigte, gut abgeschnitten. Als größte Fraktion bemühte sie sich zunächst erfolglos um eine Regierungsbildung. Nach dem Scheitern der Koalition zwischen ANAP (Mesut Yilmaz) und DYP (Tansu Ciller) ist es der Refah inzwischen gelungen, eine Koalition mit Cillers DYP zu bilden. Ihr Vorsitzender, der in Deutschland ausgebildete und fließend deutsch sprechende Ingenieur Erbakan, ist nun, nachdem er es vor dem Putsch 1980 zeitweise nur zum Stellvertreter brachte, zum Ministerpräsident der Republik Türkei aufgerückt. So sind die fossilen Figuren der türkischen Nachkriegsgeschichte, Demirel (Staatspräsident, DYP), Türkeş (Faschistenführer, MHP), Ecevit (nationale Opposition, DSP) und Erbakan (Ministerpräsident, Refah) in jeweils modernisierter Form in der Öffentlichkeit präsent. Der MHP als staatstragender Partei, deren Kader sich seit 1983 innerhalb der ANAP (Mutterlandspartei) und anderen Parteien, auch in der Refah-Partei, organisierten und die schon vor dem Putsch von 1980 fest innerhalb des Staatsapparats verankert war, ist es gelungen, in der Öffentlichkeit inzwischen massiv präsent zu sein[1], sie konnte aber mit 8% der Stimmen ihr Wählerpotential nicht voll ausschöpfen. Politiker reisen nach Moskau zum Grab von Nâzım Hikmet[2]. Sie reisen nach Armenien, um sich für den Genozid an den Armenier zu entschuldigen[3]. Im Hintergrund steht die Idee, mit der Vergangenheit endlich Schluß zu machen, um die Märkte der Zukunft zu erschließen. Armenien ist dabei ein Hindernis in der Erschließung der kaukasischen Märkte. Seit der Lieferung von Schreibmaschinen mit lateinischen Schrifttypen an Aserbeidschan nach 1989 tritt die Rolle der Politik auf dem „kulturellen Feld" in den Vordergrund. Die Neupositionierung unter Erbakan schließt freundschaftliche Beziehungen zu den bisherigen Feinden/Konkurrenten Syrien und Iran mit ein. Dieser „Kulturpolitik" und den darin auftauchenden diskursiven Gestalten des „Westens/Europa/modern/türkisch" und des „Ostens/Orient/fundamentalistisch/kurdisch" wird sich der nun folgende Text annähern. Der Schriftsteller Orhan Pamuk gibt auf die Frage, warum die Refah mit einem Gesamtergebnis von 21,32% der Stimmen bei den Wahlen im Dezember 1995 zur stärksten Fraktion wurde, folgende Antwort: „Weil die Modernisierung der türkischen Gesellschaft nur einem kleinen Teil zugute gekommen ist.



Diese westliche Elite – ich nenne sie die American-Express-Karten-Besitzer – hat nicht nur die wirtschaftliche Macht, sie beherrscht auch alle wichtigen Symbole der Kultur, die Zeitungen und Fernsehsender beispielsweise. Die lange Unterdrückung der arabesken Musik ist ein gutes Beispiel. Diese Mischung aus melodramatischer arabischer Musik und westlicher Popkultur ist in den armen Vorstädten der Metropolen entstanden. Die Hundertprozentigen unter den Modernisierern haben jahrelang verhindert, daß die Menschen ihre Musik auch im Radio und Fernsehen hören können. Genauso haben sie verhindert, daß Kurden ihre Identität zeigen konnten oder die Muslime ihre tiefe Religiosität."[4] Pamuk verweist hier auf das kulturelle Feld mitsamt der Konstruktion von Identitäten. Am Beispiel eines Musikgenres, der arabesken Musik, wird sich in dem folgenden Text den historisch zugrundeliegenden sozialen Auseinandersetzung in der türkischen Republik angenähert.

DIE KONSTRUKTIONPHASE DER KLASSISCHEN TÜRKISCHEN MUSIK[5]

Die klassische Musik des osmanischen Reiches wurde am Hof in Istanbul produziert, vergleichbar der höfischen Musik an anderen Höfen in Europa. Komponisten wurden vom Hof einerseits unterstützt, andererseits unterlagen sie einer direkten Kontrolle des regierenden Sultans. Sie war die Musik der osmanischen Eliten. Die Lyrik war in der Hofsprache, dem Osmanischen, aus der heutigen Sicht eine Mischung aus arabischen, persischen und türkischen Elementen, verfaßt. Die „Untertanen" hörten andere Musik, mit heutigen Begriffen kann man sie als „Volksmusik" bezeichnen oder sie hörte die religiöse Musik der verschiedenen Sekten. Der Graben zwischen den osmanischen Eliten und den „Untertanen" vertiefte sich weiter, als der musikalische Stil des Westens zum erstenmal in die osmanische „Gesellschaft", auch hier wieder zuerst in die Armee[6], eingeführt wurde. Von der Armee aus fanden die Versuche der „musikalischen Modernisierung" schnell ihren Widerhall in anderen Teilen der „Gesellschaft", und man begann, die klassische Musik des Westens auch am Hof zu hören. Saffet, der erste türkische Musikstudent, ein Flötist, wurde 1886 nach Frankreich geschickt, einige wenige folgten ihm.

In den frühen Jahren der türkische Republik lassen sich diese Modernisierungsvorstellung in einem Buch von Ziya Gökalp „Türkcülüğün Esasları" („Die Prinzipien des Turkismus") entdecken. Man muß dazu sagen, daß sich die Elite des Staatsapparats der frühen Republik zum großen Teil aus den osmanischen „Jöntürkler" („Jungtürken") rekrutierte, einer westlich orientierten Modernisierungsbewegung des „Tanzimat" und früherer Modernisierungsversuche des in die Krise geratenen osmanischen Reiches[7]. Ziya Gökalp, eine zentrale Figur der panturkistischen Bewegung, behauptet nun, daß die klassische türkische Musik, von der er annimmt, daß sie sich aus der byzantinischen Musik herleite, als orientalische Musik betrachtet werden müsse.

Die neue türkische Musik müsse durch die Rekomponierung traditioneller Volkslieder in der polyphonen[8] Form des Okzidents geschaffen werden. Gökalps Idee, die die polyphone westliche Musik als die letztendliche Form der „neuen türkischen Musik" sah, folgten zwei staatliche Politiken auf dem Feld der Musik: einerseits zielte der Staat auf eine (Re)Etablierung verschiedener Musikinstitutionen, welche die Blüte westlicher klassischer Musik

im ganzen Land vorantreiben sollte, andererseits unterlagen traditionelle Musikgenres starker staatlicher Kontrolle der unterschiedlichsten Art.

ARABESK-MUSIK UND MIGRATIONSERFAHRUNG

Die Folge der im landwirtschaftlichen Sektor stattfindenden Modernisierungsversuche für die Gesellschaft der Türkei war seit den 50er Jahren ein sehr starker sozio-ökonomischer Transformationsprozeß, verbunden mit einer massiven Migration von den ländlichen Gebieten zu den städtischen Siedlungen der Türkei. Die Migranten siedelten in „Gecekondus", was als „über Nacht gebaut" übersetzt werden kann. Diese „Gecekondus" umgaben schnell die urbanen Siedlungen und ihre Bewohner entwickelten vor dem Hintergrund dieser Migrationserfahrungen eine „Gecekondu-Kultur", aus der heraus eine Musik entstand, die man später als Arabesk-Musik bezeichnete[9]. Diese Arabesk-Musik war ein neues städtisches Musikgenre in der türkischen Gesellschaft.

In der Anfangsphase waren zunächst die Fahrer der Minibusse, die die „Gecekondu"-Gebiete mit dem Zentrum der Stadt verbanden, und dann die Busfahrer, welche die Städte Anatoliens mit den metropolitanen Gebieten verbanden, das empfänglichste Publikum für dieses neu auftauchende musikalische Genre. Es war die Musik der „newcomer" und Orhan Gencebay ist die bekannteste Figur dieser Zeit.

Die staatliche Praxis gegenüber Arabesk-Musik war die des Verbots. Diese Verbotspolitik der staatlichen Verwaltung wurde zweimal erneuert. Im ersten Fall wurde die Ausstrahlung der Arabesk-Musik im staatlichen Radio und Fernsehen (TRT) nicht erlaubt. Seit seiner Gründung betrachtete TRT Arabesk-Musik als das Paradebeispiel von Musik schlechter Qualität und als Grund für die Degeneration der „türkischen Kultur" und verschloß ihr konsequenterweise jede Tür. In den Minibussen und Dolmuşen wurde sie zuerst auf den 45 UpM-Autoplattenspielern gespielt. Mit der weiteren technologischen Entwicklung der Musikindustrie, d.h. mit der erhöhten Verfügbarkeit von Plattenspielern, die später durch Kassettenrecorder und heutzutage durch CD's ersetzt werden, sowie der Entstehung einer nationalen Musikproduktion in der Türkei hatte Arabesk-Musik die Möglichkeit, ihre Produkte in der Gesellschaft, außerhalb der staatlichen Medien, zirkulieren zu lassen. Seit Beginn 1971 dominierten Arabesk-Filme in steigendem Maße die türkische Filmindustrie. Während so die Arabesk-Musik immer populärer wurde, verboten Mitte der 70er Jahre die Provinzregierungen das Spielen dieser Musik in Minibussen, Bussen und Dolmuşen, um die Leute vor diesem „Lärm" zu schützen. Interessanterweise erfolgte die dritte Einmischung in dieses Genre 1989, als im bürokratische Staatsapparat entschieden wurde, eine eigene Arabesk-Musik zu produzieren.

Arabesk-Musik ist somit Ausdruck einer Nachmigrationserfahrung und ihrer eigenen Neourbanität. Sie stellte eine Strategie dar, die sich auf der Grundlage der Rekonstruktion der Vergangenheit an die Notwendigkeiten der Gegenwart anpaßt und somit versuchte, sich selbst in das etablierte städtische Feld der Kultur zu integrieren.

Seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre, aber besonders seit den 80ern entwickelten sich sehr unterschiedliche Stile der Arabesk-Musik, mit denen eine steigende Popularität in der Gesellschaft einherging. Heute ist es nicht länger möglich, von einer einheitlichen Arabesk-Musik zu sprechen, wenn man die thematischen und musikalischen Muster in Betracht zieht. Zum einen wurde das dominante Thema des „Pessimis-



mus“ und des „Fatalismus“ der ersten Periode ersetzt durch das neue Thema des „Genusses“ und des „Glücks“ sowie neuer städtischer Themen. Dieses „Restyling“ der Themen der Arabesk-Musik ist an den Liedern von Ibrahim Tatlıses, dem populärsten Sänger der zweiten Periode, zu beobachten. Die gesellschaftlichen Verwerfungen und die damit verbundenen sozialen Konflikte drückten sich somit in neuen „kulturellen“ Phänomenen aus, als in den späten 60ern aus den Gecekondus heraus eine „eigene“ Musik produziert wurde.

STÄDTISCHER KITSCH: ARABESK, DER SOUND DES NICHT-MODERNEN

Mit der Konzeption von Saids „Orientalism“[10] ist es möglich, Arabesk-Musik als eine „politische“ Vision der Wirklichkeit zu lesen, welche die Differenz zwischen dem „Eigenen“ (städtisch, urban, modern, „wir“) und dem „Fremden“ (als Negation des „Eigenen“) in den städtischen Milieus thematisierte. Die konstruierte imaginäre Grenze zwischen dem „Eigenen“ und dem „Fremden“ ermöglichte eine Distinktion; die Trennung des „guten“ vom „schlechten“ Geschmack, des Modernen vom Unmodernen, des Schönen vom Häßlichen. Dabei war Arabesk die Musik der „anderen“, der „Fremden“, nicht aber die Musik von „uns“, des „Eigenen“. Sie war die Verkörperung des schlechten Geschmacks, der Ausdruck der Dekadenz der städtischen Kultur, die Stimme der degenerierten Musik, sie war Lärm, der Sound des Nicht-Modernen, die Bedrohung, das Symptom von Krankheit und das Symbol der Invasion der Bauern. Städtischer Kitsch. Arabesk ist das verachtete „Andere“. Arabesk ist das negative Wesen der etablierten städtischen Kultur und wirkte so in beide Richtungen identitätsbildend.

DIE URBANISIERUNG DER MIGRATIONSERFAHRUNG

Die Geschichte der Arabesk-Musik kann, wie oben schon erwähnt, anhand von zwei Perioden beschrieben werden. Die erste beginnt mit dem Erscheinen der Arabesk-Musik in den späten 60ern und reicht bis in die späten 70er. Hier sind Vorstellungen von Verzweiflung, Pessimismus, Leid, Fatalismus usw. thematisiert, wie sie in den Liedern von Orhan Gencebay und Ferdi Tayfur aus jener Zeit vorkommen. Dieser Pessimismus und Fatalismus läßt sich mit der Enttäuschung in der Anfangsphase der Nachmigrationserfahrung in den Städten in Verbindung bringen. Obwohl die Migranten ihre Lebensbedingungen als im Vergleich zum ländlichen Leben besser ansahen, konnten sie den sozioökonomischen Aufstieg, den sie anstrebten, nicht erreichen. Interessanter ist eine zweite Beobachtung. Arabesk-Musik benennt das Begehren von Migranten, mit der etablierten Urbanität und der städtischen Kultur zu kommunizieren.

„Hatasız kul olmaz, hatamla sev beni
Yoruldum halım yok, gel bende bul beni“[11]
(Orhan Gencebay)

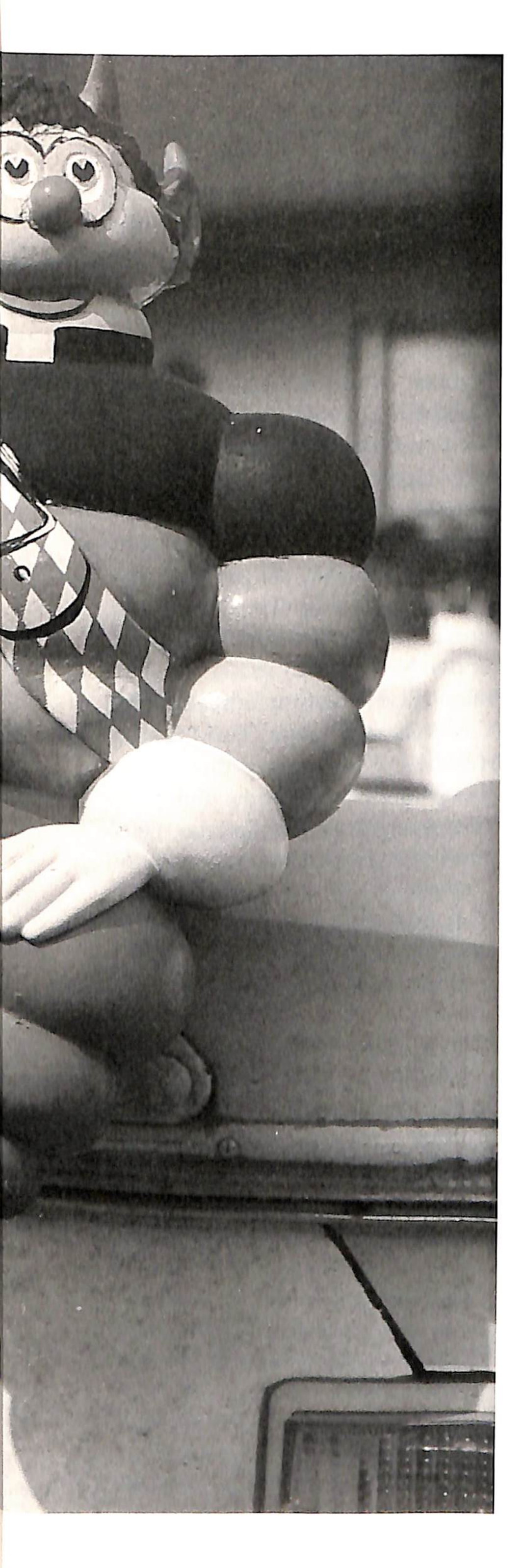
Während Orhan Gencebay, das erste Idol der Arabesk-Musik, sich an die Menschen aus den Gecekondus zu wenden begann, indem er ihre Gefühle, Emotionen und Gedanken thematisierte, forderte er gleichzeitig die Städter auf, die Migranten so wie sie sind zu akzeptieren.

„Hatasız kul olmaz, hatamla sev beni“[12]

Orhan Gencebay war auf der Suche nach einem Konsens mit den „Städtern“ vorsichtig genug, in seinen Texten die „städtischen Manieren“ beizubehalten. Er war die Stimme des Begehrens. Auf der anderen Seite war Ferdi Tayfur der „wilde Bursche“ des Arabesk, der in seinen Texten starrsinnig war und schlechte Manieren hatte. Er war die Stimme der Wut und der Frustration. Die Stimme des Versagens.

Seit den 70ern begannen Migranten in den Städten aufzusteigen. Geld wurde akkumuliert und von unterschiedlichen Leuten in den Städten investiert. Die Veränderung der ökonomischen Bedingungen während der 80er, angeführt durch die Mutterlandspartei (ANAP) Özals nach dem Putsch von 1980, hat auch





die Erwartungen und Fähigkeiten der Migranten oder besser gesagt der Neuverstädterten beeinflußt. Man kann die These wagen, daß ein größerer Teil sich durch die Adoption der städtischen Werte unter gleichzeitigem Einfluß eines eigenen Wertesystems, welches sich aus den Gecekondus entwickelte, erfolgreich in die „städtische Kultur" integriert hat. Ihrem ökonomischen Aufstieg folgte ein urbaner Lebensstil. Das Slang-Wort „Kıro", das benutzt wurde, um Migranten zu bezeichnen, denen es an Manieren fehlte, gewann eine neue soziale Bedeutung. Es symbolisierte einen Neuverstädterten, der den sozialen Aufstieg geschafft hatte, dem aber immer noch die vollen „städtischen Manieren" fehlten. Ein neues Slang-Wort „Maganda" hat die Bedeutung von „Kıro" übernommen[13].

DIE ELITE UND DER ARABESK

Arabesk-Musik kann vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen einem staatlich (militärisch) aufgezwungenen „Projekt der Modernisierung" und einem gesellschaftlichen (zivilen) „Projekt der Modernität" gelesen werden. Für den Identitäts- und Kulturdiskurs der nationalen Elite heißt dies in ihren Worten:

„Der zentrale ideologische Wandel trat in der Bedeutung, die dem 'Modernismus' zugesprochen wurde, auf. Heute sind die kulturellen und politischen Nachahmungen des Westens nicht länger die Achsen des Modernismus. Er ist vielmehr reduziert auf ökonomische Entwicklung, technische Fortentwicklung und materiellen Fortschritt in all seinen Formen. Die Versöhnung mit der osmanischen Vergangenheit und die Rekonstruktion der nationalen Identität im Lichte der eigenen nationalen Kultur und des religiösen Ethos haben die Reichweite der Modernisierung erweitert, in dem Sinne, daß der Westen auf einen zweiten Platz degradiert wurde, ohne ihn aber aufzugeben, während die Priorität einer neuen historisch verwurzelten sozio-kulturellen türkischen Identität gegeben wurde."[14]

Arabesk-Musik zeigt für diese Elite den Wechsel an vom „Willen zur Modernisierung", wie der Westen sein zu wollen, zum „Willen zur Modernität", in der Lage zu sein, seine eigene Kultur auf der Grundlage starker lokaler Identitäten zu produzieren.

Arabesk-Musik umfaßt eine Strategie, welche die Vergangenheit bewahrt und sie gleichzeitig an die Notwendigkeit der Gegenwart anpaßt. Diese Strategie manifestiert sich nicht nur in den Liedtexten, sondern ebenso in den musikalischen Mustern. Als Ergebnis ist es möglich, eine Fusion traditioneller „türkischer" Tunes mit musikalischen Mustern der Arabesk-Musik in einem Song zu hören. Die Melodien der Türk Sanat Müziği (türkische Kunstmusik) wie auch türkische „Volksmusik" finden Raum in der Arabesk-Musik. Beispiele solcher stilistischen Vielfältigkeiten in der Arabesk-Musik können in den Songs von Orhan Gencebay gefunden werden, der Arabesk mit Türk Sanat Müziği und „Volksmusik" fusionierte, Ferdi Tayfur, der Arabesk mit arabischen Melodien kombinierte, Ibrahim Tatlıses, der den Arabesk-Stil erneuerte, indem er sie mit südöstlichen anatolischen Folk-Songs mischte, Ahmet Kaya, der „revolutionäre" Arabesk-Songs mit Folk-Tunes singt und Bülent Ersoy, in dessen Songs Arabesk sich mit Tunes der Türk Sanat Müziği trifft.

Ein Aspekt in der Beziehung zwischen Publikum und dem musikalischen Stil liegt darin, daß Arabesk neue Bedeutung gewinnt, wenn die Identifikation zwischen Arabesk-Musik und der Gecekondu-Bevölkerung endet und somit Arabesk seine Existenz auf dem kulturellen Feld der Gesellschaft legitimiert hat. Es wurde zu einer Frage des Geschmacks, des Vergnügens und der Verführung.

POSTMODERNE INTELLEKTUELLE UND DAS LOB DES ARABESK

Die Auseinandersetzung der Intellektuellen in der Türkei mit dem Phänomen der Arabesk-Musik gegen Ende der 80er Jahre bot ihnen eine Möglichkeit, ihr Selbstbewußtsein so zu rekonstruieren, wie ihre Gegen-

spieler in der westlichen Welt es in der gleichen Weise aktualisierten. Der aufkommende Diskurs der Postmoderne öffnete einen Weg, die Rolle der Intellektuellen in den gegenwärtigen westlichen Gesellschaften in Frage zu stellen. Bauman[15] legt in seiner Analyse der Beziehungen zwischen postmodernem Zeitalter und der Rolle der Intellektuellen nahe, daß die Intellektuellen von heute sich in einer Status- und Identitätskrise befinden. Dies faßt er als das Ergebnis des Niedergangs der Nachfrage nach intellektuellen Dienstleistungen von staatlicher Seite, der sie für seine Legitimation nicht mehr benötigt. Sie haben keine „unhinterfragbare universelle Autorität" mehr, sie sind nicht mehr die alleinigen Sprecher der Metaerzählungen des „Zeitalters der Modernität".

Dieses Phänomen findet in der Türkei seinen Widerhall. In der Folge einer entweder bewußten oder intuitiven Anerkennung der Tatsache, daß die „Selbstproduktion" jeder Gesellschaft wesentlich verbunden ist mit ihrer Fähigkeit, sich selbst durch die Produktion von Wissen zu definieren[16] und der sich ändernden Beziehung zwischen Staat und kulturellem Feld der Gesellschaft, wurde es möglich, das Auftauchen von Intellektuellen und Akademikern, von 'postmodernen Modernisten' zu beobachten, welche den Produktionen der Gesellschaft gegenüber sensibel reagieren, auch auf das Phänomen der Arabesk-Musik. Arabesk-Kultur ist durch verschiedene Intellektuelle auf den Status des verachteten „Anderen" reduziert worden. Die auftauchenden postmodernen, modernistischen Intellektuellen und Akademiker näherten sich dem musikalischen wie dem sozialen Phänomen in einer neuen Weise. Dies reichte von der 'Feier der Quelle der Kitsch-Kultur' zur 'neuen Entdeckung der Lokalität' und von der 'Anerkennung des Mißlingens des kemalistisch-republikanischen Projektes der Modernisierung' bis zum 'Fetischismus des Pluralismus'.

Die bisherigen Beobachtungen umfaßten zwei gegensätzliche Seiten des Gegenstandes: einen lokalen und einen globalen Kontext. Zum ersten kann beobachtet werden, daß Arabesk-Musik auf einen neuen, von Intellektuellen ausgedrückten Zusammenhang in der türkischen Gesellschaft verweist. Die dialektische Beziehung zwischen dem „etablierten städtischen Feld der Kultur" und der „Gecekondu-Kultur" drückt eine neue Form der Individualisierung in den Städten aus und verweist in der Folge der konflikthaften Auseinandersetzung zwischen (militärischem) Staat und (ziviler) Gesellschaft auf eine 'Kultur der Modernität' in größeren Teilen der Gesellschaft. Überflüssig zu sagen, daß diese soziale Transformation (gerade nach 1980) auf jeder Ebene des sozialen Lebens der Türkei spürbar war und nicht in einem Vakuum stattfand. Besonders nach 1989 lassen sich rapide Veränderungen insbesondere auf dem Medienmarkt beobachten. Die schon erwähnte staatlich produzierte Arabesk-Musik fiel in die Zeit der Privatisierung des türkischen Rundfunkmonopols der TRT. Während zunächst die ersten privaten Fernsehsender über Europa in die Türkei sendeten und eine große Menge von Privatradiostationen plötzlich auftauchten, änderte sich die Medienlandschaft der Türkei grundlegend. Als dann der eigene Fernsehsatellit „Turksat" die Umlaufbahn umkreiste, konnte die neu entstandene Medienstruktur auch europa- und turkstaatenweit empfangen werden. Die neue Struktur des Medienmarktes ist gekennzeichnet durch Spartenbildung: Radiosender für die verschiedensten Musikgenres, auch einen eigenen Arabesk-Sender gibt es inzwischen und Fernsehprogrammen, die auf ein bestimmtes Publikumsprofil zugestylt sind. Die Privatisierung zeitigte in etwa dieselben Folgen wie in Europa. Seit 1989 kann man von einer beschleunigten Ausbreitung der elektronischen Medien sprechen, die zu einer relativen Pluralisierung des Angebots führte. So erweist sich hier der Begriff der (türkischen) „Kultur" als das was er ist, als ideologisierte Herrschaftsbeziehung.

The Occidental-Arabesque Charts:

Ahmet Kaya: Herkez Kendi Işine (Cassette: Başkaldırıyorum, Intellektuellen-Arabesk)
Ferhat Tunç: Vuruldu (Cassette: Vuruldu, Buchverkäufer-Arabesk)
Müslüm Gürses: Ali sevilmezmi (Cassette: Tövbe Etmek, Schneider-Arabesk mit Gillette-Vorliebe)
Ibrahim Tatlıses:Taksi (Cassette: Allah, Allah, Taxifahrer-Arabesk)
Ibrahim Tatlıses: Haydi Söyle (Cassette: Haydi Söyle, für das Ersehnte aber Unerreichbare)
Ibrahim Tatlıses: Anılarım (Kral Konseri) (Cassette, für das gesellige Beisammensein)
Ferdi Özbeğen: Yaktı Geçti (Cassette, für den Sauf-Exzess)
Bülent Ersoy: Öptüm Yanaklarından (Cassette: Öptüm, Türk Sanat-Müsiği)
Zeki Müren: Rüyalarda Buluşuruz (Cassette: Zirvedeki Şarkılar, Türk Sanat-Müsiği)

1 Das zeigt sich am Beispiel eines Generalstaatsanwalt, der nach der Pensionierung Kandidat der MHP wurde.

2 Türkischer Dichter und Schriftsteller, der im Exil in der Sowjetunion lebte.

3 Taner Akçam berichtet in der Zeitschrift „Mittelweg 36" (6/1995) über seine Reise nach Armenien im Juni 1995. Begleitet wurde er durch Journalisten der Zeitungen Cumhuriyet, Hürriyet und Sabah sowie den Bürgermeister des Kreises Esenyurt (Istanbul) Gürbüz Capan. Die dann in den türkischen Zeitungen erscheinenden Berichte, die mit „Der erste Türke am Denkmal des Völkermordes" (Hürriyet) überschrieben warwn, lösten eine heftige Debatte aus. Die Moderaten waren nun bereit, sich dem Mord an den Armeniern zu stellen. Ein großer Teil witterte aber immer noch Verrat.

4 Orhan Pamuk in einem Interview mit der Wochenpost vom 11.6.1996

5 Wesentliche Gedankengänge des folgenden Textes stammen aus: Hüseyin Tapenç (1990): Turkey / Detour / Arabesque Musik / Social Confrontations. A Society On The Verge Of A New Culture. Typoscript University of Esses, Colchester

[6] Modernisierungsprozesse im Osmanischen Reich hatten sehr häufig ihren Ausgangspunkt in der Armee. Ein wichtiger Modernisierungsschub war zum Beispiel die Umstrukturierung der Osmanischen Armee durch preußische Offiziere.

[7] In Heft 5 dieser Zeitschrift ist detaillierter über Modernisierung des Osmanischen Reiches und der Türkei zu erfahren

[8] polyphon: mehrstimmig; Polyphonie: Mehrstimmigkeit mit selbständigen linearem Verlauf jeder Stimme ohne akkordische Bindung. Siehe dazu als Gegenteil: monophon: einstimmig. (Homophon: Gleichklang / Heterophon: Andersklang)

[9] Der Begriff „arabesk" entstand im 18. Jhd. aus dem Französischen 'arabesque', arabische Verzierungen (Fortbildung antiker Ornamentik durch Araber, denen der Koran die Nachbildung von Lebewesen untersagt) aus: Mackensen: Ursprung der Wörter. Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache. Wiesbaden 1985. Der Begriff der „Arabesk-Müzi_i" ist in der Türkei ein feststehender Begriff für ein bestimmtes Musikgenre.

[10] Dies geschieht im Rückgriff auf Georg Simmel. Hinweis: Simmel, Georg (1984): Georg Simmel und die Moderne, Frankfurt.

[11] „Kein Wesen existiert frei von Fehlern, liebe mich mit meinen Fehlern, ich bin müde und habe keine Kraft, komm und finde mich in mir selbst".

[12] "Kein Wesen existiert frei von Fehlern, liebe mich mit meinen Fehlern".

[13] Heutzutage haben sich die Bedeutungen der Bezeichnungen für Migranten und Migrantinnen weiter verschoben, sodaß sich die Stadt-Land-Dichotomie (Spaltung) heute als Türke-Kurde-Dichotomie zeigt. So wird „Kȼro" heute als Negativbezeichnung für „Kurde" (für alle die aus dem „Osten" kommen) gebraucht.

[14] Karpat, K. (1988): Military interventions: army-civilian relations in Turkey before and after 1980. State, Democracy and Military: Turkey in the 1980's. M. Heper & A. Evin (Hrsg.) Berlin. S. 156

[15] Bauman, Zygmunt (1988): Is there a postmodern sociology? Theory, Culture &Society. M. Featherstone (Hrsg.). S. 2-3

[16] Touraine, Alain (1977): The Self-Production of Society. Chicago



Die Linke und das Laster

Detlef Grumbach

„Von den Klassikern der materialistischen Weltanschauung ist die Notwendigkeit einer historisch-materialistischen Kritik der Sexualität der Menschen bereits festgestellt worden. So hatte Karl Marx schon 1845 darauf hingewiesen, daß Forschungen für eine 'Kritik der jetzigen Liebesverhältnisse' notwendig seien" (AG Schwule im KB 1979: 31).



FOTOS: MARKUS KRÖGER

Wer in den siebziger Jahren den Kampf für die Emanzipation der Homosexuellen mit seinem politischen Engagement in den zahlreichen marxistisch-leninistischen Gruppen und Parteien Westdeutschlands verbinden, wer offen schwul und zugleich links sein wollte, kam ohne Verweise auf die Klassiker des Marxismus nicht aus. Marx und Engels hatten allerdings nur beiläufigen Spott übrig für zeitgenössische Vorkämpfer der Homosexuellen, und innerhalb der Arbeiterbewegung wurde Homosexualität überwiegend als Dekadenzerscheinung bewertet: sowohl des ausschweifenden Adels als auch der Bourgeoisie.

So mußte beispielsweise die AG Schwule des Kommunistischen Bundes (KB) unter der Überschrift Die Schwulenbewegung und die Linke einige weithin bekannte Klassiker-Zitate verschweigen und andere aus ganz anderen Zusammenhängen bemühen, um zu ihrem Ergebnis zu kommen: Es gäbe keine Antihomosexualität im Marxismus, sondern lediglich eine „Lücke", die es nun zu schließen gelte. Sie setze sich die Aufgabe, einige „traditionelle Sünden" und „schwere Unterlassungen" der kommunistischen Bewegung aufzuzeigen, die ihrer Meinung nach „in einem Philistertum der Arbeiterbewegung und einem Herumstümpern an der sexuellen Frage" bestanden (ebd.).

Andere Schwule reagierten in Leserzuschriften und betonten, die Klassiker hätten diese Lücke nicht gesehen oder zumindest nicht das geringste unternommen, sie zu schließen. Dafür sei es jetzt höchste Zeit.

An der Frage, wie ernst man es mit den Klassikern nehmen müsse, ob es sinnvoller sei, eine Kaderpartei von oben oder eine Bewegung von unten zu organisieren, spaltete sich der KB. Die AG Schwule verließ sowohl den Mehrheits-KB als auch die abgespaltene Gruppe Z, die sogenannte Zentrumsfraktion. Sie kehrte der linken Organisation den Rücken und gründete die *Unabhängige Homosexuelle Aktion* (UHA). Dieser Bruch einer explizit linken und parteilichen Schwulengruppe mit ihrer „Mutterorganisation" macht schlaglichtartig das problematische Verhältnis zwischen linken Organisationen bzw. Parteien und homosexuellen Emanzipationsbewegungen deutlich. Dieses Verhältnis von seinen Ursprüngen Ende letzten Jahrhunderts bis zu den historischen Umbrüchen zu Beginn der 90er Jahre dieses Jahrhunderts nachzuzeichnen, ist Anliegen des vorliegenden Textes.

Vom Kampf der Urninge und anderer Geschlechter

Die erste deutsche Homosexuellenbewegung hat sich an der Linken orientiert, obwohl man ihr dort keineswegs vorurteilslos gegenübertrat. Die Organisationen der Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und Parteien, standen von Beginn an für Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse, für den Willen und die Kraft zur Veränderung. Sie kämpften gegen denselben Klassenstaat, der mit seiner repressiven Sexualpolitik neben den Frauen auch die Schwulen unterdrückte, sie propagierten ein Geschichtsbild, innerhalb dessen sie auf der Seite des Fortschritts standen, sie verkörperten die Utopie einer Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Prinzipien von Gleichheit und Brüderlichkeit. Auch wenn die Ziele der Homosexuellenbewegung auf das Sexualstrafrecht beschränkt blieben, ergab es sich Ende letzten Jahrhunderts folgerichtig, daß die SPD und später auch die KPD zu ihren Bündnispartnern wurden.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts unterstützte die SPD die Forderung nach Streichung des § 175 aus dem Strafgesetzbuch. Im Kern ihres sexualpolitischen Engagements stand jedoch stets der Kampf gegen den § 218. Die Problematik des illegalen Schwangerschaftsabbruchs war sowohl wegen der Zahl der betroffenen Frauen und Familien als auch wegen seiner sozialpolitischen Dimensionen wesentlich bedeutsamer. Für die Streichung des § 218 gab es tatsächlich eine Massenbewegung, doch die SPD, später auch die KPD, unterstützten das *Wissenschaftlich-humanitären Komitee* (WHK) unter Leitung des Arztes Magnus Hirschfeld. August Bebel, einer der Mitbegründer der SPD, ihr Vorsitzender und Reichstagsabgeordneter, gehörte 1897 zu den ersten Unterzeichnern der Petition des WHK zur Streichung des § 175, zu deren Fürsprecher er sich auch im Reichstag machte. Die KPD brachte aus eigenem Entschluß einen ähnlichen Antrag 1924 ins Parlament ein. 1929 beschloß der Strafrechtsausschuß des Reichstags mit den Stimmen von SPD, KPD und Teilen der Liberalen, das Homosexualitätsstrafrecht im Laufe der geplanten Strafrechtsreform weitgehend zu liberalisieren.

Mit der Aufzählung dieser Leistungen ist jedoch die Position der Linken zur Homosexualität nicht ausreichend beschrieben. Denn so, wie die Forderungen nach Emanzipation der Frauen in den Parteien der Linken nicht die patriarchalischen Strukturen in Frage stellten, hinderte die Diskussion über den § 175 sie nicht, eigene antihomosexuelle Vorurteile zu pflegen und sie auch, je nach Lage der Dinge, als Mittel der politischen Auseinandersetzung zu nutzen. Außerdem ist zu berücksichtigen: Neben ihrem Programm zur politischen und ökonomischen Befreiung der Arbeiterklasse entwickelten die Parteien ideologische Positionen, um ihren Herrschaftsanspruch gegenüber der Bourgeoisie zu legitimieren. Das betraf unter anderem auch einen Teilaspekt: die sogenannte Homosexuellenfrage.

Von der Verführung der deutschen Ju(n)gen(d)

In der Arbeiterklasse entwickelte sich ein Spießertum, das dem des Bürgertums nahezu glich. Die wenigen Einzelpersönlichkeiten, die sich innerhalb der beiden Arbeiterparteien für das Problem Homosexualität interessierten, reagierten auf die widersprüchliche Diskussion sowohl um die Frage der Homosexualität innerhalb der sich etablierenden Sexualwissenschaft als auch auf die Debatte um die Notwendigkeit zur Reform des Strafrechts, die bereits unmittelbar nach der Verabschiedung eines einheitlichen Reichsstrafgesetzbuchs 1871 eingesetzt hatte.

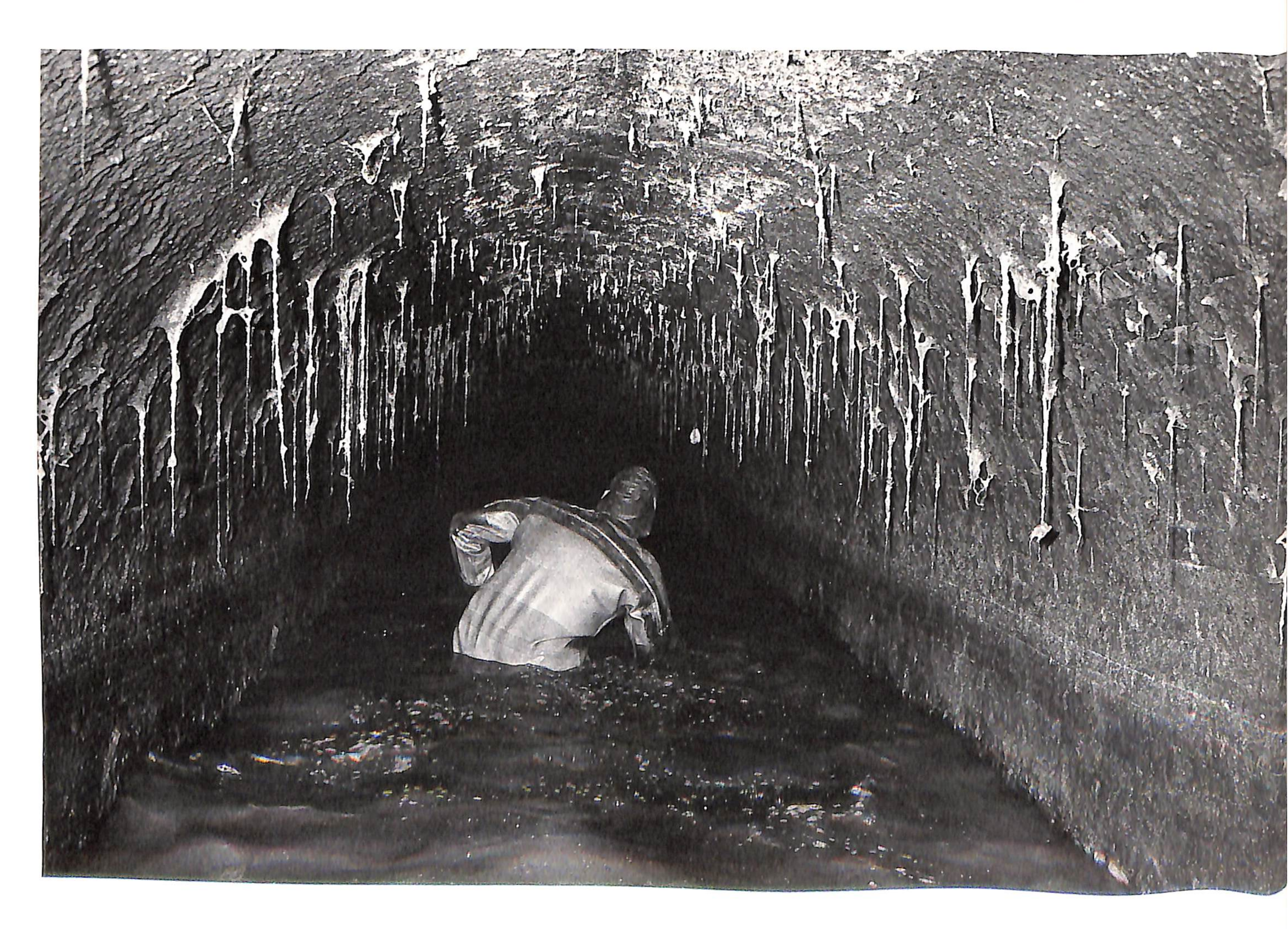
In dem Maße, wie die Gefahr einer faschistischen Machtübernahme in Deutschland wuchs, die Arbeiterbewegung also in die Defensive geriet, rückten die Versuche zur Reform des Homosexuellenparagraphen an den Rand, wurden sie zunehmend aktuellen politischen Opportunitäten geopfert. Es war die sozialdemokratische *Münchner Post*, die im April 1931 erstmals eine groß angelegte Kampagne gegen den Stabschef der SA Ernst Röhm unter dem Vorwand entfachte, er sei homosexuell und verführe die deutsche Jugend. Kurt Tucholsky wandte sich in der *Weltbühne* gegen diese Kampagne, die antihomosexuelle Vorurteile in politisches Kapital gegen die Nazi-Bewegung ummünzte. Er blieb ein einsamer Rufer.

Nachdem Hitler am 31. Januar 1933 tatsächlich zum Reichskanzler ernannt wurde, entfaltete die Anti-Röhm-Kampagne ihre eigene Dynamik. Im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand warfen die Nationalsozialisten den Kommunisten vor, den Brandstifter Marinus van der Lubbe vorgeschickt zu haben. Die Kommunisten hätten den Reichstag angezündet. Diese konterten mit der Theorie einer homosexuellen Verbindung zwischen van der Lubbe und Röhm: die Nazis selbst wären die Brandstifter, van der Lubbe ihr willfähriges Werkzeug. In der eingeengten Wahrnehmungsperspektive des Exils und aus dem Haß gegen die Nationalsozialisten etablierte sich Schritt für Schritt das Stereotyp des homosexuellen Nationalsozialisten, die These eines inneren, wenn nicht sogar ursächlichen Zusammenhangs zwischen Nationalsozialismus und Homosexualität.

Der Nationalsozialismus verfolgte die Schwulen, wollte die einen *umerziehen* (wobei Gefängnisstrafen, KZ-Haft, Psychotherapie und auch medizinische Versuche zu den sogenannten Umerziehungsmaßnahmen zählten) und die anderen, die Unverbesserlichen, *ausmerzen*, weil sie nicht in sein rassistisches Menschenbild, in die Ideologien von Herrenmenschentum und Rassenhygiene paßten und bevölkerungspolitisch „versagten". 1935 wurde § 175 des Reichsstrafgesetzbuchs verschärft, nach dem Überfall auf Polen und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden für das Militär rigide Sonderstrafmaßnahmen eingeführt.

Good-bye Miss Kolontai

In der Sowjetunion hatte die Oktoberrevolution die zaristische Sexualstrafgesetzgebung abgeschafft, den Raum für sexualreformerische Ansätze eröffnet, aber auch ein nachrevolutionäres Vakuum in diesen „Randfragen" geschaffen. Mit der Festigung der Macht der KPdSU setzte erneut Repression ein, eine neue Familienpolitik sollte Bevölkerungswachstum garantieren, die sogenannte kommunistische Moral wurde in den Dienst des stalinistischen Terrorapparats gestellt. Die



Konstruktion eines Zusammenhangs von Nationalsozialismus und Faschismus wirkte sich auch hier aus. 1934 wurde Homosexualität erneut unter Strafe gestellt.

Die deutschen Arbeiterparteien waren 1933 zerschlagen, ihre Mitglieder in die Illegalität oder in das Exil getrieben worden. Progressive Positionen zur Homosexualität waren wenig gefestigt. Sie konnten unter diesen Bedingungen keinen Bestand haben. Erwartungen, die sich nach der Befreiung vom Faschismus darauf richteten, KPD und SPD müßten an jene in den Auseinandersetzungen um das Homosexuellen-Strafrecht entwickelten Haltungen anknüpfen, sollten sich nicht erfüllen. Bereits in den ersten Nachkriegsjahren zeichnete sich ab, daß die Entwicklung im geteilten Deutschland in verschiedene Richtungen verlaufen würde.

In der DDR, in der ein antifaschistischer und demokratischer Neuanfang unter Protektion der Siegermacht Sowjetunion und unter Führung der aus dem Moskauer Exil heimgekehrten Kommunisten gewagt werden sollte, wirkten sowohl das Stereotyp vom homosexuellen Nazi nach als auch die stalinistische Ausprägung dessen, was für kommunistische Moral gehalten wurde. Dagegen standen vereinzelte Kräfte, die wenigstens in der Strafrechtsfrage an die Positionen von SPD und KPD in der Weimarer Republik anknüpfen wollten.

Anfängliche Offenheit und Unsicherheit in der Homosexuellenfrage wichen zu Beginn der fünfziger Jahre einem festen Kurs von Partei und Staat. Er ging einher mit einer allgemein restriktiveren und an den Zielen der „sozialistischen Gesellschaft" ausgerichteten, politisch funktionalisierten Gestaltung des Strafrechts. Im Arbeiter- und Bauernstaat verband sich die *Moral der Arbeiterklasse* und, wie es hieß, der anderen *werktätigen Schichten*, mit der politischen Macht im Staat. Sie wurde zu einem Kampfbegriff, mit dem die SED gegen alles zu Felde zog, was ihrer Meinung entsprechend nach westlicher Dekadenz und nach Zerfallserscheinungen des maroden kapitalistischen Systems roch. Je nach politischen Opportunitäten wurden den Homosexuellen Spielräume gegeben und wieder genommen, wurde das Strafrecht – erst 1968, dann erneut 1988 – liberalisiert, der Druck auf selbstbewußte Schwule und Lesben, die eine eigene Emanzipationsbewegung auf die Beine stellen, öffentlich auftreten und wirken wollten, jedoch verstärkt. Die widersprüchliche Politik der ersten Hälfte des Jahrhunderts fand unter neuen Bedingungen ihre Fortsetzung.

Vom KZ ins Zuchthaus, and then out of the closet

Auch in der BRD sollte es zwei Jahrzehnte dauern, bis sich homosexuelle Männer und Frauen politisch artikulieren konnten. Im moralischen Mief des Wiederaufbaus gediehen nicht nur konservative Wertvorstellungen, antihomosexuelle Vorurteile wurden von rechten Parteien und Kirchen genährt. Die SPD verzichtete in den Nachkriegsjahren und auch später darauf, in der Homosexuellenfrage eigene Positionen zu beziehen. Die KPD war politisch schwach und zudem von der SED abhängig. Schon allein aus diesen Gründen hat sie keinen Alleingang gewagt. Hinzukam, daß sie – besonders nach ihrem Verbot 1956 – befürchten mußte, daß schwule Genossen erpreßbar wären, also ein Sicherheitsrisiko darstellten.

War die KPD in der Weimarer Republik in sexualpolitischen Fragen einmal – im Rahmen der bestehenden Diskussion – eine vorantreibende, fortschrittliche Kraft, hinkte die DKP seit ihrer Gründung 1969 den Entwicklungen hinterher, genauso wie die zahlreichen K-Gruppen, die sich auf den Proletkult der zwanziger Jahre beriefen und teilweise sogar um den "wahrhaftigen" Stalinismus wetteiferten.

Die SPD hatte sich mit der Formulierung ihres *Godesberger Programms* (1959) aus der Tradition der Arbeiterbewegung gelöst und zur Volkspartei gewandelt. Sie hätte politisch zwar etwas durchsetzen können, war im Vergleich zu ihren Möglichkeiten jedoch geradezu sprachlos. Sie hat sich aus einer systematischen Sexualpolitik – mit Ausnahme der Debatte um den § 218 – verabschiedet. Zwar hatte Justizminister Heinemann (SPD) großen Anteil daran, daß 1969 die Nazifassung des § 175 verschwand und die "einfache Homosexualität", also die einvernehmlich unter erwachsenen Männern praktizierte, straffrei wurde. Als die FDP in den Koalitionsverhandlungen 1980 allerdings forderte, den Schwulen-Paragraphen gänzlich zu streichen, erwies sich diese Forderung als mit der SPD nicht durchsetzbar.

Als die Grünen, die zu Beginn der achtziger Jahre den Weg über die kommunalen Parlamente in die Landtage beschritten, in Nordrhein-Westfalen während des Landtagswahlkampfes 1985 eine Revision des Sexualstrafrechts forderten, wurden sie in der konservativen Presse als „Kinderficker-Partei" bezeichnet. Die moralinsaure Botschaft, die sich hinter derartiger Propaganda verbarg, kam auch bei der SPD an. Der Hamburger Landesverband drängte zwar wiederholt auf eine Reform des Sexualstrafrechts, eine Initiative des Hamburger Senats im Bundesrat vom Frühjahr 1990 wurde jedoch auf Eis gelegt, weil nicht einmal alle SPD-Länder, vor allem aber nicht das stimmengewichtige NRW, dafür gestimmt hätten. Erst als durch den Einigungsvertrag zwischen der DDR und der BRD eine neue, einheitliche Regelung des Sexualstrafrechts erforderlich wurde, kam der Reformprozeß wieder in Gang. Er endete 1994 – unter einer CDU-geführten Bundesregierung – mit der Streichung des § 175 aus dem StGB und der Neufassung des § 182 StGB (Sexueller Mißbrauch).

In Nachfolge des *Godesberger Programms* beschloß die SPD im Dezember 1989 ein neues Grundsatzprogramm. Der auf dem Gebiet der Homosexuellenpolitik profilierte Bremer Sozialwissenschaftler Rüdiger Lautmann, selbst SPD-Mitglied und an zahlreichen Anhörungen zur Reform des Sexualstrafrechts beteiligt, kommentierte die darin gemachten Aussagen zur Sexualpolitik. Seine Stellungnahme klingt resignativ. Er erwarte nichts mehr von der SPD,

spricht böse vom „Schulterschluß mit der Moraltheologie", der sie das Feld überlasse, um selbst eine Politik der „Nichtentscheidung" pflegen zu können. Lautmann zu den Konsequenzen:

„Obwohl die Fragen auf der Tagesordnung stehen, findet keine Willensbildung statt. In der Folge bedeutet das: Über die Sexualordnung wird nicht nach Leitlinien, sondern von Fall zu Fall entschieden. Kräfteverhältnisse und Opportunitäten werden die Stellungnahmen bestimmen. Dahin konnte und mußte es kommen, weil die Sache der Sexualpolitik (...) in der SPD über keine wortgewaltigen Advokat/inn/en verfügt. Leise Anfragen aus dieser oder jener Ecke werden im kleinen Kreise sympathisierend, im konkreten Tun hinhaltend beantwortet. Dinge werden als einerseits 'richtig', andererseits als 'nicht mehrheitsfähig' bezeichnet. Auch dies zeigt: Sexuelles interessiert die SPD nicht im Grundsätzlichen; sie befindet darüber derzeit nach Maßgabe bloß taktischer Erwägungen. Insoweit bricht die SPD schmerzlich mit ihrer Geschichte und *verschenkt die Tradition ihrer Verdienste*" (Lautmann 1990: 168).

Glad to be gay

Die ablehnende Haltung, die die Arbeiterparteien, aber auch die zur Volkspartei gewendete SPD der Bundesrepublik und die studentischen K-Gruppen gegenüber der Homosexualität entwickelt haben, drückte sich in den verschiedenen historischen Abschnitten auch in theoretischen Konzepten aus, die jedoch stets auf die sexualpolitische und -wissenschaftliche Diskussion der Zeit reagierten. Daneben blieben andere, die vorbehaltlos von der Existenz von Homosexualität und Homosexuellen ausgingen, eher Ausnahmen. So propagierte Günter Amendt in seiner aus der Studentenbewegung heraus entstandenen, erstmals 1970 erschienenen „Kampfschrift" *Sexfront* (Amendt 1970) alles, was Spaß macht. So thematisierte Rüdiger Lautmann in dem von ihm herausgegeben Band *Seminar: Gesellschaft und Homosexualität* (Lautmann 1977) vor allem die aktuelle und historische Anti-Homosexualität der Gesellschaft in allen wesentlichen Bereichen und beschrieb in einem kleinen Schlußkapitel die Ansätze der neuen Schwulenbewegung. Und so formulierte Martin Dannecker ebenfalls 1977 am Ende seiner Arbeit *Der Homosexuelle und die Homosexualität*, es könne „gegenwärtig um nichts anderes gehen als darum, gesellschaftliche Bedingungen herzustellen, die es mehr Homosexuellen ermöglichen, das zu werden, was die Homosexualität selber nicht verhindert" (Dannecker 1986: 118). In der politischen Praxis linker Organisationen schlugen sich derartige Ansätze kaum nieder.

Auch in der DDR entwickelte sich in den achtziger Jahren eine zaghafte Diskusssion über die Fragen von Emanzipation und Integration der Schwulen und Lesben in die Gesellschaft, entwickelten sich Ansätze, den Marxismus, den real existierenden Sozialismus und die Lebensansprüche Homosexueller unter einen Hut zu bekommen (vgl. Amendt 1989). Sie hatten – so scheint es im Nachhinein – eine ähnliche Funktion wie die Klassiker-Zitate innerhalb der K-Gruppen-Diskussion im Westen: Sie dienten der Rechtfertigung.

Kommen wir noch einmal auf die eingangs genannte AG Schwule und ihre Trennung vom KB, der politischen Mutterorganisation zurück. In dem bereits zitierten Artikel *Die Schwulenbewegung und die Linke* lieferte sie eine repräsentative Zustandsbeschreibung – zumindest für das Verhältnis der neuen Schwulenbewegung in der Bundesrepublik zur damaligen Linken:

„Auch in der Ende der 60er Jahre entstandenen „Neuen Linken" haben sich kleinbürgerliches Philistertum und Stümperei an der Sexfront durchaus nicht überlebt. Im Gegenteil, die meisten der dem Anspruch nach nichtrevisionistischen kommunistischen Gruppen gaben sich verklemmt, prüde und stramm „rrrrevolutionär"... Die Schwulenbewegung in der BRD und Westberlin entstand unmittelbar zu Beginn der 70er Jahre. Ihre Gründungsmitglieder stammten fast ausnahmslos aus den Reihen der 'Neuen Linken' und DKP/SEW. Es war für sie eine bittere Erfahrung, festzustellen, daß jene Hetero-Genoss/inn/en, mit denen Schwuler eben noch auf einer Vietnam- oder Chiledemonstration oder in einem sonstigen politischen Zusammenhang zu tun hatte, sich in bornierter Überheblichkeit zu Hütern/Hüterinnen eines für die eigenen Verklemmtheiten zurechtgestutzten Marxismus aufspielten, anstatt mit ihrem marxistischen Instrumentarium darüber nachzudenken, was sich vor ihrer aller Augen abspielte: Demonstrationen jener, die von der herrschenden 'Diktatur der Normalität' als 'pervers, krank und abartig' sozial geächtet und bis vor kurzem (1969) ausnahmslos kriminalisiert wurden" (AG Schwule im KB 1979: 31).

What's left?

Fünfzehn Jahre später scheinen solche Debatten anachronistisch und kaum noch verständlich. Heute sind die DDR und der ganze real existierende Sozialismus untergegangen, ist dieser ungedeckte Wechsel auf eine bessere, sozialistische Zukunft geplatzt.

In der neuen Bundesrepublik hat



sich das politische Gefüge verschoben. Im traditionellen Sinn linke Parteien haben keine Bedeutung, sofern es sie überhaupt noch gibt. Die konservativen Kräfte sind flexibler geworden und treiben die sogenannte „Modernisierung der Gesellschaft" in ihrem Sinne voran. Traditionelle Politikfelder der Sozialdemokraten werden von Grünen oder vom sogenannten Arbeitnehmerflügel der CDU besetzt, so daß es im Einzelnen schon schwierig wird, herausgelöste Aussagen aus den Programmen der Parteien jeweils richtig zuzuordnen. In diesem gesellschaftlichen Klima wurde unter einer CDU-geführten Bundesregierung der § 175 aus dem StGB gestrichen – eine Entscheidung, die unter der SPD/FDP-Koalition in den siebziger Jahren nicht durchsetzbar war. Das Rechts-Links-Schema in der Politik scheint in dieser Situation nicht mehr zu greifen, so wie auch die gesellschaftlichen Utopien abhanden gekommen sind.

Civil Rights For Gays und das Ende einer politischen Schwulenbewegung?

Was hat die Orientierung auf die Linke der homosexuellen Emanzipationsbewegung gebracht? Die Antworten auf diese Frage fallen ernüchternd aus.



Aus dem Blickwinkel dessen, der in der DDR um kleinste Freiräume, wie die Möglichkeiten von Gruppenbildungen, Kontaktanzeigen oder Wohngemeinschaften ringen mußte und im Nachhinein feststellen muß, daß nahezu jede Regung der Schwulen- und Lesbenbewegung von der Staatssicherheit registriert wurde, drängt sich sogar eine ganz andere Frage auf: War es nicht die von der Linken so vehement bekämpfte bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, die die Freiräume homosexueller Subkultur ermöglichte, die eine Selbstorganisation von Schwulen und Lesben zuließ und letztendlich sogar – unter einer liberal-konservativen Bundesregierung – den § 175 aus dem Strafgesetzbuch entfernte? Eine Maßnahme, die zwar dem Vorangehen der DDR in dieser Frage geschuldet war, dort jedoch von wachsender Observierung und der Maßgabe begleitet gewesen war, die Bildung einer Homosexuellen-Organisation zu verhindern.

Die Hoffnung, in diesem von sozialen, gesellschaftsverändernden Utopien geprägten Jahrhundert einer Emanzipation von Homosexuellen im Bündnis mit der Linken näher zu kommen, hat sich als Illusion erwiesen. Wenn überhaupt, haben sich die linken Parteien auf eine ablehnende Haltung zum § 175 beschränkt, haben sie – je nach Opportunität – um schwule Wählerstimmen geworben oder geglaubt, gerade dieses sich nicht leisten zu können. Programmatische Äußerungen zur sexuellen Emanzipation über das Strafrecht hinaus finden sich nicht in den Programmen der Parteien. Dennoch – so lautet die These derer, die das Bündnis mit der Linken in den siebziger und achtziger Jahren gesucht haben – bot sich die Linke zu Recht als Bündnispartner an. Vom Ende letzten Jahrhunderts (für das WHK) bis in die achtziger Jahre der Bundesrepublik waren es die Parteien und Organisationen der Linken, die überhaupt als Adressaten bzw. Diskussionspartner existierten. Wollten homosexuelle Emanzipationsgruppen über den Tellerrand des eigenen Klientels hinaus in die Gesellschaft wirken, wurden sie dort gehört, fanden sie dort – wenn auch nur punktuell – Partner, die ihre Forderungen aufnahmen. Zwar hat sich dies nicht grundsätzlich auf die Programmatik der Linken ausgewirkt, genauso wenig jedoch auch auf die der Emanzipationsbewegungen insgesamt. Die Ausnahmen bildeten jene – vor allem in den siebziger und achtziger Jahren in der Bundesrepublik -, die zu der Überzeugung gelangt waren, daß die Emanzipation der Homosexuellen in der bürgerlichen Gesellschaft keine Chance hätte. Sie ordneten ihren Kampf um sexuelle Befreiung dem politischen Kampf um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen unter. Insgesamt betrachtet war jedoch das Verhältnis der Schwulenbewegung zur Linken eher taktischer Natur, bot die Linke einen Unterstand, der sich letztendlich als undicht erwies.

Das taktische Verhältnis zwischen homosexuellen Emanzipationsbewegungen und der Linken hat immer auch eingeschlossen, daß die Homosexuellen von der Linken „verraten" worden sind. Das war zu Beginn dieses Jahrhunderts so, als die SPD ihre Haltung gegenüber dem § 175 dem Ziel opferte, mit allen Mitteln gegen die kaiserliche Rüstungspolitik anzugehen. Das war so, als im Exil jedes Mittel – auch das antihomosexuelle Vorurteil – recht war, gegen die Nationalsozialisten zu kämpfen. Und das blieb auch nach 1945 so. Doch wo ständen die Homosexuellenbewegungen heute ohne den Dialog mit der Linken?

Die Lebenssituation von Schwulen und Lesben hat sich erst in den siebziger und achtziger Jahren in der Bundesrepublik nachhaltig verändert. Die Wurzeln dieser Veränderung liegen in dem Bruch, den die antiautoritäre Schüler- und Studentenbewegung mit der Kultur des Gehorsams, mit der autoritären westdeutschen Gesellschaft, mit dem CDU-Staat vollzogen hat. Sie liegen auch im Reformimpuls, der von den Sozialdemokraten ausging, der ausstrahlte in die Intelligenz und sich in einer breiten Unterstützung der Politik Willy Brandts ausdrückte. Verschiedenartige gesellschaftliche

Gruppen begriffen plötzlich, daß die bis dato völlig erstarrte Gesellschaft jenseits der herrschenden Strukturen veränderbar war und machten sich auf die – teils sehr unterschiedlichen – Wege. (Einen solchen Impuls hat die DDR in ihren vierzig Jahren nicht erlebt). Jenseits der Position der im engen Sinne linken Schwulen, daß eine weitgehende sexuelle Emanzipation erst in einer anderen, sozialistischen Gesellschaftsordnung erreichbar wäre, erfaßte die sozialdemokratische Reform der Gesellschaft auch den Lebensbereich der Homosexuellen.

1969 wurde unter Justizminister Gustav Heinemann (SPD) der § 175 in der Fassung von 1935 endlich reformiert, wurde die sogenannte „einfache Homosexualität" unter Erwachsenen straffrei. Die neue Schwulenbewegung entwickelte sich aus der antiautoritären Bewegung heraus und viele ihrer Aktivisten gingen wie diese teilweise den Weg in die K-Gruppen und die DKP/SEW. In einem engen Dialog mit diesen Gruppen, aber auch im Austausch mit der neuen Frauenbewegung erarbeitete sie ihre Ziele und Utopien vom „schwulen Lebensstil", von der „schwulen Identität", im Zusammenhang mit diesen Gruppen und im perspektivischen Vorgriff auf eine befreite Gesellschaft bildete sich ihre Kultur des gemeinsamen „Kampfes" heraus. Der Gründung von linken Cafés oder Kneipen und Frauenkneipen folgten die von schwulen Cafés (beispielsweise *Das Andere Ufer* in Berlin oder das *Cafe TucTuc* in Hamburg). *Rosa-Hilfe-Gruppen* wurden ins Leben gerufen, linken und Frauenbuchläden folgten schwule Buchläden, und ähnliches entwickelte sich bei Kommunikationszentren und Verlagen. Auch die „Kultur" des Demonstrierens, der ersten Demos zu Stonewall, wie der *Christopher-Street-Day* damals in Hamburg noch hieß, war der Linken entlehnt. Es ging kämpferisch zu, politische Parolen beherrschten das Bild.

Wichtige Impulse zur Entwicklung der Schwulenbewegung und zur Herausbildung einer schwulen Subkultur, die über Etablissements zur Befriedigung „privater Bedürfnisse" hinausging, kamen aus derselben Situation heraus, in der die Sozialdemokratie ihren Reformwillen in die Praxis umsetzen konnte und sich gleichzeitig das radikale Spektrum links von der SPD ausdifferenzierte. Daraus jedoch zu schließen, eine Orientierung der Homosexuellenbewegung auf die Linke sei erfolgreich gewesen, greife zu kurz, lautet ein Einwand. Die Linke hat in Geschichte und Gegenwart in der Homosexuellenpolitik letztendlich immer versagt. Das zeige sich in der DDR genauso wie in der Haltung der SPD, die über die zaghafte Reform des § 175 im Jahr 1969 nicht mehr hinausgegangen sei. Wer das ausblende, verfalle in altlinke Nostalgie. Eine altbekannte Ideologisierung der Konflikte drücke sich in dieser Sichtweise aus, wo doch gerade die Entideologisierung der Schwulenbewegung, der Abschied von *politischen Demonstrationen* zugunsten von *Paraden* nach amerikanischem Vorbild erst die „Massen" auf die Straßen gebracht hätten.

Eine Ursache für das Versagen der Linken, wenn sie die politische Macht in den Händen hält, liegt vielleicht darin, daß sie gerade damit ihre Schwierigkeiten hat. Das galt zumindest in Teilbereichen für die SBZ und die frühe Phase der DDR, wo auch gutwillige Kräfte in der SED davor zurückschreckten, dieses heikle, durch die NS-Zeit vorbelastete Thema aufzugreifen und jene, die das einforderten, auf einen späteren Zeitpunkt vertrösteten. Und es galt auch für die SPD. In der Opposition – im Laufe der Geschichte wie in der Gegenwart – bemühte sie sich darum, veränderungswillige Kräfte an sich zu binden, den Utopien ein Zuhause zu geben. Manches ließ sie sich auch „aufschwatzen", für das sie später nicht gerade stehen konnte. Das galt nicht so sehr, aber auch für Willy Brandt, der die Tradition des Antifaschismus verkörperte und vom Willen zur Veränderung der bundesrepublikanischen Gesellschaft ins Amt getragen wurde (wenn auch von einer Minderheit, denn nur die Tatsache, daß die NPD knapp unter fünf Prozent blieb, brachte der sozial-liberalen Koalition bei einer Minderheit der Wählerstimmen die Mehrheit der Bundestagsmandate). Mit der Kanzlerschaft Helmut Schmidts richtete sich die SPD dann spätestens auf eine längere Periode der Macht ein und orientierte sich an dem, was machbar war, ohne die Gesellschaft im Kern zu verändern. Das Nein Helmut Schmidts zur Forderung der FPD, den § 175 weitergehend zu reformieren, war die Konsequenz für die Sexualpolitik. Die allgemeinen Folgen dieser Haltung waren Stagnation, die Gründung der Grünen und der erneute Übergang zur CDU-Herrschaft.

Daß gerade die CDU die Regierung stellte, als die DDR in sich zusammenbrach und in der Folge auch eine Reform des nunmehr gesamtdeutschen Sexualstrafrechts auf der Tagesordnung stand, war deshalb kein Zufall. Wie souverän und beinahe unkompliziert diese Situation bezüglich des § 175 – ganz anders als im Fall des umstrittenen § 218 StGB – gehandhabt wurde, vielleicht auch nicht. Schließlich profiliert sich auch die CDU als „zukunftsorientierte Kraft", die nicht zurückschaut, sondern die „konservative Modernisierung" der Gesellschaft predig und den Erfordernissen der neuen Zeit Rechnung tragen muß. Im Fall der Streichung des § 175 hat sie ohne viel Aufsehen Anschluß an einen breiten, gesellschaftlichen Reformkonsens gefunden, ohne sich dabei viel zu vergeben oder das eigene Klientel nennenswert zu verschrecken. Daß sich in der Streichung des § 175 keine Wende in der konservativen Sexualpoltik angedeutet hat, zeigt hingegen die Diskussion um den § 218. In dieser Frage bleibt die CDU mehrheitlich hart, hier steht aus ihrer Sicht auch wesentlich mehr auf dem Spiel.

„Es kann gegenwärtig um nichts anderes gehen als darum, gesellschaftliche Bedingungen herzustellen, die es mehr Homosexuellen ermöglichen, das zu werden, was die Homosexualität selber nicht verhindert." (Dannecker 1986: 118) Dem, was Martin Dannecker 1977 als Ziel formuliert hat, sind wir heute ein ganzes Stück näher gekommen.

Brauchen wir überhaupt noch eine Schwulenbewegung? Existieren noch formulierbare Ziele, für die sich „die Massen" einsetzen würden, für die der *Bundesverband Homosexualität* (BVH) oder der *Schwulenverband in Deutschland* (SvD) tatsächlich mobilisieren könnten?

Im Aufbruch der siebziger Jahre gab es das Empfinden, mit den Aktionen und Kämpfen ganz unmittelbar etwas für das eigene Leben zu tun, für sich selbst etwas zu bewegen. Das scheint heute nicht mehr so zu sein. Sind Forderungen nach mehr Bürgerrechten für Schwule deshalb obsolet? Wohl kaum. Doch Organsiation, die kollektive Reaktion auf gesellschaftliche Repression oder das kollektive Eintreten für gemeinsame Ziele, setzt gemeinsame, kollektive Erfahrungen voraus. Die gibt es noch, auch für die Homosexuellen. Doch werden sie auch noch als solche wahrgenommen? Schwule finden sich überall in der Gesellschaft, und wenn sie ihren politischen oder auch ganz anderen Interessen nachgehen, tritt oft der Aspekt des Schwulseins dahinter zurück.

Wichtiger als der gemeinsame Kampf scheint in der gegenwärtigen Situation ein anderer Aspekt von *Bewegung oder Organisation:* ein funktionierender Diskussionszusammenhang. Darin liegt die Voraussetzung dafür, sich im Dschungel der politischen Fragen orientieren zu können; dem Widerspruch zwischen den Utopien von gestern, den Erfahrungen von heute und der Realität von morgen auf der Spur zu bleiben; in einer Situation, in der die Gesellschaft erneut so unveränderbar erscheint wie in den Adenauer-Jahren, dennoch schwulenpolitische Ziele zu formulieren und sich für ihre Verwirklichung einzusetzen. Und auch dafür, darauf vorbereitet zu sein, daß das relativ offene Klima wieder einmal umschlagen kann. So, wie es sich Anfang der achtziger Jahre im Zusammenhang mit den Plänen einer repressiven Aids-Politik andeutete. Damit die Schwulenbewegung in der Lage ist, wenn es sein muß, sich gegen solche Entwicklungen zu wehren, Widerstand zu organisieren.



FOTO: CORDULA KROPKE/VISTA•FOTOGRAFINNEN

Literatur

AG Schwule im KB, 1979: Die Schwulenbewegung und die Linke. Arbeiterkampf Nr. 165 v. 29. Oktober 1979: 31.

Amendt, G., 1970: Sexfront. Jossa.

Amendt, G., 1989: Natürlich anders. Zur Homosexualitätsdiskussion in der DDR. Köln.

Dannecker, M., 1986: Der Homosexuelle und die Homosexualität. 2. Aufl., Frankfurt/Main.

Lautmann, R., 1977: Seminar: Gesellschaft und Homosexualität. Frankfurt/Main.

Lautmann, R., 1990: Eine Partei in Verlegenheit. Das Thema Sexualität im neuen Grundsatzprogramm der SPD. Zeitschrift für Sexualforschung 3. Jg.: 166 - 170.

„Die Linke und das Laster" - Der Text von Detlef Grumbach ist dem von ihm herausgegebenen Buch „Die Linke und das Laster. Schwule Emanzipation und linke Vorurteile", MännerschwarmSkript Verlag, Hamburg 1995, entnommen (Zusammenfassung von Einleitung und Nachwort). Das Buch enthält folgende Beiträge:

Detlef Grumbach: Die Linke und das Laster. Arbeiterbewegung und Homosexualität zwischen 1870 und 1933.

Alexander Zinn: „Die Bewegung der Homosexuellen". Die soziale Konstruktion des homosexuellen Nationalsozialisten im antifaschistischen Exil.

Günter Grau: Sozialistische Moral und Homosexualität. Die Politik der SED und das Homosexuellenstrafrecht 1945 bis 1989 - ein Rückblick.

Elmar Kraushaar: „Nebenwidersprüche". Die neue Linke und die Schwulenfrage in der Bundesrepublik der siebziger und achtziger Jahre.

FROM NATION
Containing „Af

Gegenwärtige Bemühungen zur AIDS-Kontrolle haben ein heterosexuelles „afrikanisches AIDS" erfunden, das eine neue Art kolonialer Dominanz fördert, indem sie Afrika als unerforschte, supranationale Masse rekonstruieren. Was auch immer die äußeren Bemühungen internationaler Gesundheitsarbeiter sein mögen, AIDS im Kontinent zu bekämpfen, ihre Konstruierung „Afrikas" als die Grenze der ökonomischen/kulturellen „Entwicklung" und als das „Herz" der AIDS-Epidemie dient der Stabilisierung eines Euro-Amerikas, das hilflos im postmodernen Zustand verlorener Metaerzählungen und verschlossener Ursprünge treibt.

Während eine totalisierende große Geschichte der Nationen einem transzendenten Bericht über zufällige Überschneidungen von Keimen und Körpern Platz macht, ist die Karte der postkolonialen Welt als ein Schaubild epidemiologischer Erkrankungsraten neu gestaltet worden. Weil die internationale AIDS-Politik ernsthafte Versuche, HIV-Übertragung durch Gesundheitserziehung, Community-Organisierung und verbesserte Verwaltung der Blutbanken zu verhindern, entmutigt oder übersehen hat, funktioniert dieses neue Afrika-ohne-Grenzen wie ein gigantischer Nährboden in der die „natürliche Geschichte" der AIDS-Epidemie eingeätzt ist.Gerade die Etikettierung des „afrikanischen AIDS" als eine heterosexuelle Krankheit beschwichtigt die westliche Angst, heterosexuelle Männer könnten gezwungen sein, ihre eigene sexuelle Praxis und Identität zu ändern. Wenn das nahe (homosexuelle) AIDS diesen Männern erlaubt, ihre eigene Teilnahme an „gefährlichen" Praktiken, die zur Infektion „ihrer" Frauen führen, zu ignorieren, dann erbringt ein weit entferntes „afrikanisches AIDS", indem es heterosexuelle Gefahr auf Anderssein bezieht, den endgültigen entsühnenden Akt für eine westliche heterosexuelle Männlichkeit, die jegliche Enthaltung verweigert. In diesem Prozeß werden die kolonial eingeschriebenen Grenzen der Länder südlich der Sahara ausgelöscht. Neue Grenzen werden zwischen der „afrikanischen Familie" und einer „sich

TO FAMILY:

rican AIDS"

TEXT: CINDY PATTON
FOTOS: MARKUS KRÖGER

modernisierenden Gesellschaft" gezogen. Diese wird von „alleinstehenden Menschen" bevölkert, die während der Epidemie in einem erschreckenden Umfang sterben. Die Nation, ehemals die koloniale Verwaltungseinheit par excellence, ist in der Gedankenwelt der Gesundheitsarbeiter durch (das Bild der) bürgerliche Familie ersetzt worden. Dadurch ist etwas, das in Afrika niemals wirklich existiert hat, als einzige Verteidigung gegen die Modernisierung und ihre „Krankheiten" konstituiert worden. Im folgenden werde ich einige Folgerungen dieser Bewegung von der Nation zur Familie als die bevorzugte Prophylaxe in der Katastrophe des „afrikanischen AIDS" untersuchen.

Die Kartierung des „afrikanischen AIDS"

Ein Artikel der New York Times „AIDS in Africa: A Killer Rages On. AIDS Is Spreading Rapidly and Ominously Throughout Africa" wurde begleitet von einer ganzseitigen Karte mit dem Titel „ AIDS in Africa: An Atlas of Spreading Tragedy". Diese Überschriften ersetzen die Verantwortlichkeit für die Epidemie - wer genau ist der Killer? Worin liegt die Tragödie? – und verkürzen die biologischen Mechanismen der Krankheit, um ihre Symbolik auszunutzen. Die Verräumlichung von AIDS in der begleitenden Karte lokalisiert gleichzeitig Länder und unterstreicht die Irrelevanz ihrer Grenzen: in diesem Afrika überwindet Krankheit Nationen. Der kalkulierte Horror einer neuen inneren Dichte, wie er auf der Karte durch die dunkler werdenden Schattierungen, die für höhere HIV-Raten stehen, dargestellt wird, ersetzt das Herz der Dunkelheit des Kolonialismus. Der „AIDS-Gürtel", der angeblich in Zentralafrika besteht, wird hier nicht nur als das „Herz" der regionalen Epidemie, sondern als der imaginierte Beginn der ganzen globalen Pandemie dargestellt. Jedoch zeigen die „Belege", die für die Karte gebraucht werden, die Doppelzüngigkeit des westlichen Diskurses über AIDS in Afrika. Die Infektionsraten für den Kontinent werden zusammengebraut aus sensationalistischen Medienberichten für bestimmte Orte und aus den Berichten der Epidemiologen, die mit ausgesprochen begrenzten Samples (oft nur 100 Menschen) von schwangeren Frauen, Prostituierten und Klienten mit Geschlechtskrankheiten arbeiten. Wie die Legende zur Karte nahelegt, muß die Phantasie zur Hilfe genommen werden, wenn nicht ausreichend AIDS festgestellt wird:
Die Schattierungen in dieser Karte zeigen den Prozentanteil der sexuell aktiven Erwachsenen, die als AIDS-infiziert gelten, in den wichtigen urbanen Gebieten. Die Infektionsraten in den ländlichen Gebieten tendieren dahin, erheblich niedriger zu sein. Die Zahlen basieren auf den neuesten erhältlichen Daten und können daher niedriger sein, als die gegenwärtigen Raten. Weiße Flecken bedeuten nicht unbedingt, daß es dort kein AIDS gibt.Trotz dieser Bemerkungen über fehlende Daten gibt es tatsächlich keine „weißen Flecken" auf der Karte; die gesamte Oberfläche wird ausgefüllt, indem Länder mit „Infektionsraten unter 5%" zusammengewürfelt werden mit Ländern, für die Daten fehlen. Obwohl mitgeteilt wird, daß hohe Infektionsraten (von HIV, das hier durchgehend mit AIDS gleichgesetzt wird) nur für städtische Regionen charakteristisch sind, werden ganze Länder schattiert um Infektionsraten von „mindestens 5–10%", „mindestens 10–20%" und „mindestens 20%" anzuzeigen. Der seltsame Gebrauch des nicht ausschließenden „mindestens" für die zunehmend dunkleren/dichteren Schattierungen legt nahe, daß Fehler in den Daten über die Verbreitung von AIDS in einem Land, immer zu zu niedrigen Angaben führen. Die Bemerkung über die „Quellen" am Rand der Karte gibt einen klareren Eindruck von der Genauigkeit der epidemiologischen Daten, auf denen die Karte beruht: Untersuchungen von Untergruppen sind nützlich, müssen aber mit Vorsicht interpretiert werden. Städtische Infektionsraten können nicht auf ländliche Gebiete übertragen werden. Infektionsraten bei Prostituierten, Soldaten, Krankenhauspatienten und Patienten von Kliniken für Geschlechtskrankheiten neigen dazu, erheblich höher als in der Gesamtbevölkerung zu sein. Zahlen für Blutspender können die Verbreitung von Infektionen übertreiben, wenn Spender aus Gruppen mit hohem Risiko gewonnen werden,

oder untertreiben, wenn man sich bemüht, Spender mit hohem Risiko auszuschließen. Oft gelten Untersuchungen von schwangeren Frauen, die Kliniken für pränatale Untersuchungen aufsuchen, als die besten Indikatoren für Infektionen unter der erwachsenen Bevölkerung.In dieser kurzen Zusammenfassung der Daten, die für die 24 Länder vorliegen, für die es überhaupt Daten gibt, (damit bleiben als „weiße Flecken" 29 Länder, darunter einige der größten des Kontinents) erkennt die Times an, daß Studien über Infektionsraten sich von Nation zu Nation unterscheiden, aber alle Studien wurden unterschiedslos benutzt, um das schlimmste denkbare Szenario für jedes Land zu entwerfen.AIDS ist sicherlich ein bedeutendes Gesundheitsproblem in Afrika, aber die Infektionsraten steigen überall und nicht nur in Afrika. Die Times bietet keine Erklärung dafür, Afrika als Ausnahmefall auszuwählen und bietet auch keine Vergleichsdaten für euroamerikanische oder globale Regionen (Asien, die Pazifikküste, Osteuropa, Zentral- und Südamerika, die Karibik sind die wahren „weißen Flecken" auf der Karte). Der einzige Vergleich mit den USA dient dazu, „ihr AIDS" als heterosexuell im Unterschied zu „unserem AIDS" darzustellen:Im Unterschied zu dem Muster in den USA verbreitet sich AIDS in Afrika vor allem über heterosexuellen Geschlechtsverkehr, gefördert durch die lange vernachlässigten Epidemien von Geschlechtskrankheiten, die die Virenübertragung ermöglichen. (...) In den Vereinigten Staaten sehen sich schwule Männer und die Bewohner einiger weniger Innenstadtbereiche ähnlichen Verwüstungen gegenüber, aber insgesamt sind vermutlich weniger als 1% aller Erwachsenen mit dem AIDS-Virus infiziert. "Innenstadtbereiche" stellt natürlich einen Verweis auf arme farbige Menschen dar, die inneren weißen Flecken der USA. Während der Schrecken der amerikanischen Krise in der Konfrontation der weißen Heterosexuellen sowohl mit Homosexualität als auch mit der gefürchteten schwarzen Unterklasse liegt, scheint die Tragödie in Afrika eher noch unvorstellbarer zu sein: „Merkwürdige neue Fragen sind in der Luft. Dort, wo sich die Krankheit am frühesten ausbreitete und viele bereits gestorben sind, z.B. in Uganda, beginnen verängstigte junge Männer und Frauen zu begreifen, daß selbst Heirat gefährlich sein kann." Während man sich vorstellte, daß AIDS zwischen den euroamerikanischen Ländern per Boot oder Flugzeug reist, reist es der Times zufolge per LKW durch Afrika. Ein Einschub, der Lkws auf einer staubigen Straße zeigt und „Gefährlicher Verkehr" benannt ist, zeigt uns dies: „Die Landstraßen Ost- und Zentralafrikas, z.B. diese im Westen Kampalas (Uganda), sind die wichtigsten Kanäle für AIDS. Eine kenianische Untersuchung von 317 LKW-Fahrern verschiedener Nationalitäten hat ergeben, daß nur 30% je Kondome benutzen. Ein Viertel war AIDS-infiziert. 1986 waren 35% der Fahrer in Kampala infiziert. Die meisten Prostituierten und Barmädchen an den Fernstraßen sind infiziert." Während die Richtung der Infektion hier verdeckt ist (von LKW-Fahrern zu Prostituierten oder von Prostituierten zu LKW-Fahrern?) ist die Verschmelzung von LKW-Fahrern mit ihren Penissen und der Straßen mit Vaginen überdeutlich. Wenn LKW-Fahrer, die ihre „gefährliche Fracht abladen", ein zwingenderes Bild sind als die übliche Beschwörung der städtischen Prostituierten, die Keime auf ihre unglücklichen Klienten auswerfen, dann ist dies so, weil die Ausbreitung von AIDS in Afrika selbst kaum verbunden mit der Ausbreitung der „Modernisierung" ist.

Die Erfindung des afrikanischen AIDS

Bis 1986 hatten westliche Medien und Wissenschaftler weltweit die linguistische Unterscheidung zwischen „AIDS" und „afrikanischem AIDS" entwickelt, die die Karte der



Times erst lesbar macht. Bei diesen Bezeichnungen handelt es sich um informelle Namen für die eher technischen Begriffe Muster Eins und Muster Zwei, die von der Weltgesundheitsorganisation verwendet werden. Muster Eins beschreibt epidemiologische Szenarien, in denen „homosexuelles Verhalten" und „Drogeninjektion" als vorrangige HIV-Übertragungswege betrachtet werden. Da Muster Eins (oder, als unbezeichnete Kategorie, einfach „AIDS") rassisch als „weiß" kodiert ist, sollen afroamerikanische Gesellschaften – in denen Homosexualität angeblich nicht vorkommt – die Charakteristika von Muster Zwei („afrikanisches AIDS") aufweisen. Muster Zwei beschreibt Orte, an denen die Übertragung angeblich „fast ausschließlich heterosexuell" erfolgt. Als Synonym für „Afrikanisches AIDS" stellt Muster Zwei eine linguistische Konstruktion dar, die eine epidemiologische (wenn auch sinnlose) Beschreibung mit einer sich entwickelnden „Geschichte" der Epidemie vermischt. Der Karibik wird „Afrikanisches AIDS" zugeschrieben, während es in Lateinamerika „AIDS" gibt, eine beispiellose, wenn auch kaum bewußte Anerkennung indigener Homosexualitäten. Eine dritte Kategorie, Muster Drei, beschreibt das Hervortreten von „heterosexuellem" AIDS außerhalb Euro-Amerikas und Afrikas an Orten, die HIV „spät" und vor allem durch postkolonialen Sextourismus und internationalen Handel mit Blutkonserven erreichte. Die „Geschichte" der Epidemie, wie sie in diesen Kategorien reflektiert wird, kehrt die entscheidenden epidemiologischen Fragen um. Statt zu fragen, wie sich HIV von den Muster Eins-Ländern (in denen AIDS nach den Berichten der Epidemiologen zuerst diagnostiziert wurde) zu den Muster Zwei-Ländern verbreitete, stellt die wissenschaftlich anerkannte AIDS-Geschichte HIV als in Afrika entstehend und sich dann nach Nordamerika ausbreitend dar. Die wissenschaftliche Unterscheidung zwischen AIDS/schwul/weiß/Euro-Amerika und Afrikanischem AIDS/heterosexuell/schwarz/Afrika/US-Innenstädte schafft es, nicht zu untersuchen, wie sich HIV von den Körpern us-amerikanischer homosexueller Männer zu den Körpern von „Afrikanern", einen Kontinent und Ozean entfernt, verbreitete oder wie „Afrikanisches AIDS" dann zurückkehrte zu den afrikanischen Gemeinden in der Diaspora der USA. Die weißen Flecken im euro-amerikanischen Bewußtsein machen es erheblich leichter, eine alternative Kausalkette von Affen über Afrikaner zu Schwulen zu imaginieren, als sich an die simple Tatsache zu erinnern, daß der Westen große Mengen nicht untersuchten Blutes in seine Klientenstaaten der Dritten Welt exportiert (und es ist noch schwerer, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß schwarze und weiße AmerikanerInnen Sex zusammen haben -schwul genauso wie hetero- und Spritzen miteinander teilen).Diese Unterscheidung zwischen Muster Eins und Muster Zwei hilft den weißen, euroamerikanischen Heterosexuellen die Vorstellung zu vermeiden, sie selbst könnten verletzlich sein, indem behauptet wird, afrikanische und afroamerikanische Heterosexualität sei offensichtlich unterschiedlich. Euroamerikanische Heterosexualität ist „nicht in Gefahr", so lange das örtliche AIDS als homosexuell identifiziert wird und heterosexuelles AIDS weit entfernt ist. Diese projizierte Differenz afrikanischer Heterosexualität und das behauptete Fehlen afrikanischer Homosexualität bestimmt nicht nur die Formen epidemiologischer Forschung (z.B. sind Forscher eher daran interessiert gewesen, bizarre und spezifisch „afrikanische" Sexualpraktiken zu entdecken, als Fälle zu dokumentieren, die im Zusammenhang mit Bluttransfusionen auftreten), sondern auch die Formen erzieherischer Intervention, deren Schwerpunkt in Afrika fast ausschließlich auf der Förderung der Mo-



nogamie bzw., bei „sensibleren“ Kampagnen, der „stabilen Polygamie“ liegt. In meiner früheren Arbeit über „afrikanisches AIDS“ habe ich untersucht, wie westliche wissenschaftliche Darstellungen der nationalen und sexuellen Kulturen des postkolonialen Afrika die Richtung der internationalen AIDS-Forschung bestimmen. Bei der Lektüre von Konferenzpapieren und Medienberichten über „AIDS in Afrika“ stellte ich die Verbindungen zwischen anscheinend harmlosen oder offensichtlich fantastischen Annahmen, die im westlichen Diskurs über Afrika(ner) kursieren, und der Durchführung und Richtung westlicher Wissenschaft fest. Im besonderen zeigte ich, wie die beharrliche westliche Beschreibung Afrikas als „Katastrophe“ und als „heterosexuell“, mörderische westliche Praktiken und Politik gegenüber ihren Klientenstaaten als altruistisch rechtfertigt. Da „afrikanisches AIDS“ gleichzeitig „verschieden“ und „gleich“ ist, können Konflikte innerhalb des westlichen AIDS-Diskurses, Ethik und medizinischer Forschung rationalisiert werden, indem auf Forschung Bezug genommen wird, die auf dem Kontinent durchgeführt wird. Beispielsweise überzeugen Daten aus afrikanischen Kliniken die Westler, daß heterosexuelle Übertragung möglich ist (denn jeder Geschlechtsverkehr ist gleich). Die gleichen Daten werden jedoch auch so interpretiert, daß weitverbreitete Übertragung unter Heterosexuellen nicht wahrscheinlich genug ist, um die universelle Verwendung des Kondoms zu erfordern (denn Afrikaner üben exotische Sexualpraktiken aus und sind polygam). Es wird angenommen, daß die Diagnose von AIDS in Afrika unzureichend ist, da die medizinischen Einrichtungen ungenügend sind; diese Annahme verschafft Demographen die Freiheit, die Zahl der bekannten Fälle mit exorbitanten Faktoren zu multiplizieren, um ein „wahres“, d.h. katastrophales Bild von AIDS in „Afrika“ zu erhalten. Aber die Diagnose in „Afrika“ wird nur deshalb zum Problem (für Epidemiologen, weniger für Kliniker), weil die Definition von AIDS aus der US-amerikanischen Erfahrung mit weitgehend gutversorgten Mittelklassemännern stammt, die unerklärlich schwach werden und nicht mehr mit normalen Krankheiten fertig werden können. Der Verlust „vorheriger Gesundheit“ ist kein geeignetes diagnostisches Merkmal in Ländern (oder unter us-amerikanischen Frauen oder den Bewohnern der Innenstädte), in denen die Menschen wenig Gesundheitsfürsorge erfahren oder in denen Infektionskrankheiten und Ernährungsmängel es schwierig machen, zwischen klinischem AIDS und Malaria, Anämie, Tuberkulose etc. zu unterscheiden.Eine wichtige Bemerkung zu den Begriffen, die ich hier verwendet habe: im westlichen Diskurs wird Afrika, ein Kontinent von ca. 11,5 Mio. Quadratmeilen und 53 Staaten, als einheitlicher soziopolitischer Block behandelt. In Wirklichkeit bestehen in diesem angeblich „unbekannten“ – d.h. für seine bleichen Nachbarn im Norden unbekannten - Kontinent größere kulturelle, linguistische, religiöse und soziale Unterschiede als in Nordamerika und Europa. Die vielen Kulturen, die auf dem Kontinent ansässig sind, zu „Afrika“ zu nivellieren, ist ein Akt politischer und kultureller Gewalt. Um „Afrika“ als westliche Konstruktion zu komplizieren, benutze ich die entsprechenden Konstruktionen „Nordamerika“ und „Euro-Amerika“ als Bezeichnungen für die Kollektion relativ homogener nördlicher Verwaltungsstaaten, als die uns unsere südlichen Nachbarn sehen. Das daraus entstehende Gefühl der Unbestimmtheit, das Euro-Amerikaner erfahren werden, sollte vom Blickpunkt des „Anderen“ gesehen werden: Besonders „Nordamerikaner“ sollten über ihr eigenes Unbehagen nachdenken, daß daraus entsteht, daß ihr kultureller Raum in dieser Weise diskursiv eingeschränkt wird. Dies ist jedoch nicht die einzige kritische Reduktion im westlichen Diskurs über Afrika: Als Begriff kann „Afrika“ sowohl die Landmasse als auch ihr Menschen bezeichnen, denn die Menschen Afrikas werden als gleich verbreitet wie der Kontinent betrachtet, eine Verschmelzung, die ich mit dem Kürzel „Afrika(ner)“ heraufbeschwöre. Diese Verschmelzung wurde von Frantz Fanon ausdrucksvoll beschrieben: was dem „afrikanischen Körper“, besonders dem weiblichen, angetan wird, ist eine Metapher für das, was dem Kontinent angetan wird und umgekehrt.

Implodierende Grenzen

Während der kolonialen Ära erfüllte die Nivellierung der rassischen, ethnischen und kulturellen Verschiedenheit der Afrikaner nicht-europäischer Herkunft zu einem einzigen autochthonen Volk eine wichtige Funktion. Die Aufteilung des Landes war nicht ausreichend; eine narrative Rekonstruktion Afrikas „unzivilisierter“ Vorgeschichte war erforderlich, um die koloniale Gegenwart zu rechtfertigen. Die „rassischen“ Einteilungen der kolonialen Taxonomie – „Semiten“, „Hamiten“, „Neger“, „Niloten“, „Halb-Hamiten“, „Bantus“, „Khoisan“, nicht zu erwähnen „Italiener“ und Menschen vom asiatischen Subkontinent („Inder“, ein anderer Schauplatz kolonialer Reduktion durch willkürliche rassische taxonomische Schemata) zeichneten ein Afrika vor der kolonialen Grenzziehung, das die sozialen Ordnungen und politischen/kulturellen Menschengruppen („Zulu“, „Berber“, „Ibo“ usw.) leugnete, die vor dem Einfall der Europäer miteinan-



der lebten, heirateten, kämpften und Kultur und Religion austauschten. Die rassische und sexuelle Geschichte dieser Menschen schien immer den neuen administrativen Grenzen zu widerstehen, aber die Europäer beharrten darauf, daß die „Eingeborenen" irgendwo plaziert werden mußten - verräumlicht - und ordentlich in eine sexuelle und genealogische Abfolge organisiert werden mußten – verzeitlicht. Eine derartige Verschiebung des Politischen und Sozialen zum Sexuellen und Rassischen findet auch heute statt, auch jetzt durch Selbstrechtfertigung motiviert, in der narrativen Logik, die den westlichen Berichten über AIDS unter den afrikanischen Menschen unterliegt. Wieder organisieren räumliche Demarkation und zeitliche Abfolge die historische Erzählung. Die euroamerikanische Geschichte des „afrikanischen" AIDS bezieht sich teils offen („AIDS entstand in Afrika"), teils heimtückisch („AIDS übersprang die Artgrenze von Affen zu 'afrikanischen' Menschen") und teils subtil (die beharrlichen Beschreibungen von Lkw-Fahrern, Bergarbeitern, „Prostituierten" und Soldaten, die den Kontinent durchwandern) nicht nur auf den rassischen Unterschied, sondern auch auf überschrittenes Territorium und außer Kontrolle geratene Grenzen. Statt afrikanische „Rückständigkeit" als Entschuldigung für koloniale Ausbeutung zu benutzen, bietet die AIDS-Epidemiologie „afrikanische Sexualität" als rationale Grundlage für unethische Experimente und für den Unwillen, Erziehung und Gemeinschaftsprojekte durchzuführen, die die Übertragung von HIV vermindern könnten. Die Medienberichte über AIDS sind nicht länger damit zufrieden, Afrika in „richtige" Nationen aufzuteilen, sondern bieten einen Blick auf afrikanische Sexualität, – abwechselnd als traditionell (polygam) beschrieben oder als modern (ländlich-städtischer sozialer Zusammenbruch, der „Prostitution" hervorbringt) verdammt - die jetzt eine schnelle Reorganisation in kleinbürgerliche Familien benötigt. Diese Seite von „afrikanischem AIDS" möchte ich hier aufnehmen: „Eindämmung" durch die Förderung rassistischer und heterophober Konzepte von „safe sex". Ich möchte zeigen, wie „Selbsthilfe"-Handbücher, die in den anglophonen Gemeinschaften in Afrika benutzt werden, frühere Grenzkonstruktionen fortsetzen, indem sie als „safe sex" eine bürgerliche „afrikanische" Familie propagieren, die in Wirklichkeit nie existiert hat.



Strategies for Hope

In den Zeiten einer internationalen Rezession sind kapitalintensive Bildungskampagnen in armen Ländern nur in Zusammenarbeit mit den (vorwiegend) europäischen internationalen Hilfsorganisationen möglich. Die „afrikanischem AIDS" zugrundeliegenden Vorstellungen sind inzwischen so naturalisiert, daß derartige Projekte die örtlichen Erfahrungen neu schreiben müssen, um der international übernommenen Erzählung zu entsprechen. Die euroamerikanische Faszination durch eine „andere" afrikanische Sexualität kann laufend in epidemiologischen Studien und Zeitungsberichten gesehen werden:

Studien in den USA zeigen, daß die Übertragung des AIDS-Virus beim vaginalen Geschlechtsverkehr normalerweise schwierig ist, besonders von der Frau auf den Mann. Jedoch hat die Forschung in Afrika Bedingungen gezeigt, die die Gefahr vervielfachen. (...) Eine ist das grassierende Ausmaß sexuell übertragener Krankheiten, vor allem Schanker, der schwellende Geschwüre verursacht. Ein zweiter wichtiger Faktor ist das Fehlen männlicher Beschneidung in weiten Teilen Afrikas. Forscher wenden ihre Aufmerksamkeit jetzt wenig bekannten Sexualpraktiken zu, die auch die Wahrscheinlichkeit der Übertragung erhöhen könnten. In Teilen Zentralafrikas üben Frauen eine Praktik aus, die als „trockener Sex" bekannt ist. In den verschiedenen Variationen dieser Praktik, die darauf gerichtet sind, die Reibung während des Geschlechtsverkehrs zu erhöhen, benutzen Frauen Kräuter, chemische Stoffe, Steine oder Stoff in der Vagina, um die Feuchtigkeit zu verringern und Schwellungen zu verursachen. Promiskuität hilft, die Epidemie zu verbreiten. Zwar gibt es keine Daten, um das Sexualverhalten in verschiedenen Kontinenten zu vergleichen, aber Untersuchungen zeigen, daß nichtehelicher Sex in Afrika alltäglich ist. In diesen wenigen Zeilen läuft die westliche Phantasie Amok: der leichte Übergang von der klaffenden Vagina zu dem klaffenden Loch, das das „Herz" Afrikas auf der Karte darstellt; die unverhüllte Beschäftigung mit der Form und der Größe afrikanischer Penisse; die Behauptung relativer Promiskuität, von der der Autor selbst zugibt, das sie nicht auf Daten beruht; die Gleichsetzung von „nichtehelich" und „promisk" – all dies zusammen stellt eine Kurzfassung der „Andersartigkeit"/„Verschiedenheit" afrikanischer Sexualität dar. Derartige Berichte sind jedoch nicht auf die westlichen Medien beschränkt, sondern können auch in den Bildungsmaterialien festgestellt werden, die speziell zur Verwendung in „Afrika" bestimmt sind. Der folgende Auszug stammt aus der Broschürenserie „Strategies for Hope": Die HIV-Infektion wird in Afrika vorwiegend durch heterosexuellen Geschlechtsverkehr verbreitet. Es sind nicht nur Untergruppen der Bevölkerung wie männliche Homosexuelle und Gebraucher intravenöse verabreichter Drogen, sondern sexuell aktive Männer und Frauen in gleichem Maße

betroffen. (Homosexualität und der intravenöser Drogengebrauch sind in Afrika selten.) Daher stellt sexueller Verkehr mit mehr als einem Partner hochriskantes sexuelles Verhalten dar.Die Behauptung in diesem, in kolonialer Weise geschriebenen, lokalen Pamphlet, afrikanische Homosexualität sei selten, ist ausgesprochen zweifelhaft. Tatsächlich waren in vielen vorkolonialen Kulturen gleichgeschlechtliche emotionale und häusliche Beziehungen keineswegs unüblich. Koloniale und besonders britische Verwaltungsbeamte waren durch diese Beziehungen, die oft Schlüsselrollen bei der Güterverteilung und der Aufrechterhaltung von Lineages hatten, beunruhigt. Im kolonialen Recht wurden diese disparaten Praktiken unter dem Begriff „Homosexualität" zusammengefaßt, als unzivilisiert bezeichnet und verboten. Das heutige Verneinen der Kategorie „Homosexualität" durch afrikanische Führer stellt daher ebenso oft die Verweigerung der europäischen Vorstellung einer statischen homosexuellen Identität dar wie eine Verneinung gleichgeschlechtlicher emotionaler und häuslicher Beziehungen. Neokolonialisten können heute Homosexualität als westlichen Importe verunglimpfen und dadurch ihre Kontrolle über die einheimischen ökonomischen und sozialen Beziehungen durch eine engere Kontrolle der verbleibenden gemischtschlechtlichen Beziehungen verstärken. Im Kontext der herrschenden transnationalen Unterscheidungen zwischen „AIDS" und „afrikanischem" AIDS werden (schlechte) Individuen gegen (gute) Familien gestellt. Diese Strategie verneint die Existenz sozialer Netzwerke euroamerikanischer Schwuler und grenzt sie von ihren Blutsverwandten ab. Die in den Broschüren benutzte Sprache – „HIV-Infektion ist in Afrika vorwiegend eine Familienkrankheit, nicht eine Krankheit, die vorwiegend alleinstehende Menschen betrifft" – zeigt, worum es geht. Die homophobe Section 28 in Großbritannien und das Helms-Amendment in den USA verweigerten nicht nur Projekten, die „Homosexualität fördern", öffentliche Mittel, sondern verspotteten auch „angebliche Familien". Die Einheit, die geschützt und gefördert werden soll, ist die statistische Minderheit, die bürgerliche Familie – weiß, heterosexuell, Mutter und Vater, kleine Kinderzahl. Das Logo der Internationalen AIDS-Konferenz 1987 in Stockholm zeigte eine ebenso kompakte Beschreibung der AIDS-Epidemie: stilisierte (nackte) Mutter und Vater, an der Hand ein Kleinkind, das zwischen ihnen steht. Im westlichen Bewußtsein ist AIDS vor allem eine Bedrohung der Familie und dies in doppelter Hinsicht – nicht allein die Bedrohung durch die Infektion der ganzen Familie, sondern auch die Bedrohung durch die wachsende Zahl alleinstehender Menschen, die die Herrschaft der Familieneinheit bedroht. Das neben „afrikanischem AIDS" einzige andere in den Medien verbreitete Bild einer „Familie mit AIDS", das weite Beachtung erfahren hat, ist das der Hämophilen, der weniger berühmten Anderen, deren „weibliche" Blutungen die heterosexuelle Männlichkeit unterstützen. Im Oktober 1988 erschien ein Sonderheft des „Scientific American" mit dem Titel „What Science Knows About AIDS" mit einem ganzseitigen Bild einer weißen nordamerikanischen Familie. Wir erfahren, daß der Vater ein Hämophiler ist, der seine Frau „infiziert", bevor er wußte, daß er selbst infiziert ist. Sie wiederum brachte einen infizierten Sohn zur Welt. Während die Mitgliedschaft der Familie in einer Gemeinschaft der Nutzer von Blutprodukten in dem Bericht vollkommen ausgelassen wird, ist diese anscheinend isolierte Familie eine Kodierung der Geschichte der tragischen Unschuld jener, die es nicht besser wissen konnten, ausgespielt gegen diejenigen, die es besser wußten oder es hätten besser wissen sollen (schwule Männer und Drogengebraucher infizieren angeblich „absichtlich" oder grob fahrlässig). Obwohl die heterosexuelle Komponente dadurch vermindert wird, daß in passiven Wendungen beschrieben wird, wie Frau und Sohn „infiziert wurden", ist trotzdem deutlich, wie den ganzen Artikel hindurch die Hämophilie des Vaters ausreicht, seine männliche Identität auszuhöhlen. Dies wirft ein Licht auf die Macht der eigenen Heterophobie der heterosexuellen Kultur: der Schrecken, der von dieser nordamerikanischen „Familie mit AIDS" ausgeht, liegt darin, daß diese Einheit gerade mit den identitätsstiftenden Aktivitäten einer kleinen, disziplinierten Familie beschäftigt war.Das behauptete Problem der afrikanischen Familie ist ihre Unfähigkeit, sich ordentlich als kleine, disziplinierte Einheit zu konstruieren. Merkwürdigerweise bestehen die Familien (d.h. jeder, der als „keine Einzelperson" definiert wird) in den Broschüren der „Strategies for Hope" aus mehreren Erwachsenen, nicht nur „polygame" Einheiten, sondern auch „Schwestern", die „oft die nahegelegene ländliche Kneipe besuchen, in der sie Hühner und sexuelle Gefälligkeiten verkaufen". Die euroamerikanische Kategorie der „Prostituierten" - ein Individuum mit einer berufliche Identität als Sexarbeiter(in) – wird als unterschiedlich betrachtet von der traditionellen Praxis, „Gefälligkeiten zu verkaufen". „Prostituierte", angesiedelt außerhalb der Grenzen der Familie, werden von den Medien ausgewählt, um die Unterstützung für „Werte der Familie" aufrechtzuerhalten, und von Epidemiologen, um den historischen Fortschritt von HIV in einem Land oder einer Stadt zu beschreiben. Solche Prostituierte haben angeblich das „westliche" AIDS, denn sie werden als „alleinstehende Menschen" konstruiert. Anders als die Frauen, die anscheinend traditionelle weibliche Rollen nachahmen, indem sie Hühner und sexuelle Gefälligkeiten verkaufen, sind sie nicht in die Familie zurückholbar. In den „Strategies for Hope"-Broschüren werden die verschiedenen außerehelichen und nichtehelichen sexuellen Beziehungen, die zu „Familien-AIDS" geführt haben, im Gegensatz dazu als Teil des „Familienlebens" betrachtet. Es wird deutlich, daß es nicht um Sex an und für sich geht, sondern um das Versagen, ihn innerhalb der disziplinierten Grenzen der bürgerlichen Kleinfamilie zu or-

ganisieren. Die Broschüren erwecken Nostalgie für ein weniger urbanes Afrika, in dem einst „traditionelle Familienwerte" vorherrschten - und dies trotz der Tatsache, daß Polygamie und altersspezifische sexuelle Experimente die vorherrschenden organisatorischen Strategien der vielen verschiedenen kulturellen Stränge dieser „Tradition" waren. Mit einem Gestus, der bemerkenswert Thatchers Privatisierung und Reagans „New Altruism" ähnelt, postulieren diese Pamphlete die Familie als den idealisierten Ort für Unterstützung, Fürsorge und Erziehung:" Selbst in städtischen Gemeinschaften behält die Familie viel von ihrer bindenden Kraft, obwohl sie in bestimmten Maße durch die Verbreitung „moderner" Ansichten und Werte geschwächt wird." Statt festzustellen, wie diese Konzeption der Familie als primäre politische Grundeinheit sowohl Frauen als auch die Gemeinschaft entmachtet, versichert sich diese wirre Verdrehung der Geschichte des Aufstiegs der bürgerlichen Familie in Afrika, der Mutter-Vater-Kind-Einheit als „traditionell", indem sie das Bild der alleinstehenden städtischen Person („Prostituierte" und vielleicht Wanderarbeiter und Lastwagenfahrer) mit dem Bild des „Modernen" verschmilzt. Aber was könnte moderner sein als die bürgerliche Kleinfamilie selbst? In den Broschüren ist durchweg die heterophobe Abscheu vor dem Kondom erkennbar. Die wiederholte Behauptung, daß „Afrikaner keine Kondome benutzen wollen", die eine entscheidende Rolle für westliche Rationalisierungen der Durchführung von Versuchsimpfungen spielt, wird unter dem Deckmantel „kultureller Sensibilität" in dieser christlich-missionarischen/britisch-neokolonialen Kollaboration wiederholt.

Sexuelle Ansichten und Gewohnheiten unterscheiden sich von denen industrialisierter Länder. Es gibt weitverbreiteten Widerstand gegen die Benutzung des Kondoms, vor allem von Männern. Viele Jahre intensiver Gesundheitserziehung und Meinungsbildung wären erforderlich, um einen grundlegenden Wandel auf diesem Gebiet zu erreichen.Kondome spielen eine bedeutende, jedoch begrenzte Rolle für die AIDS-Kontrolle in Afrika. Die Förderung der Benutzung von Kondomen lenkt jedoch von der zentralen Frage sexuellen Verhaltens ab. Der entscheidende Kausalfaktor für die Übertragung von HIV in Afrika ist die Praxis, zahlreiche Sexualpartner zu haben. Die Förderung der Benutzung von Kondomen beschäftigt sich nicht mit diesem Problem. Sie stellt nur eine technische Lösung dar für ein Problem, das nur durch grundlegenden Wandel in sozialen Einstellungen, Werten und Verhalten angegangen werden kann. Derartige Unterscheidungen sind natürlich lächerlich – euroamerikanische heterosexuelle Männer scheinen sich nicht weniger gegen die Benutzung von Kondomen zu wehren als afrikanische Männer; die Benutzung von Kondomen und sexuelles Verhalten sind wohl kaum trennbare Angelegenheiten; die Vorstellung der räumlichen Ausbreitung durch HIV-infizierte Lastwagenfahrer und wandernde Prostituierte sind nur unwesentlich weniger phantasievoll als die Vorstellung von mobilen Yuppies mit ausufernden Lebensstilen, die HIV in den USA verbreiten oder, wie Muster 3 impliziert, in der Welt. Der entscheidende Punkt ist hier, daß bürgerliche Familieneinheiten in Afrika nicht zum Kondom greifen sollen, um Infektionen zu verhindern, denn wie könnten sie sich dann erfolgreich reproduzieren? Auf der anderen Seite sollen diejenigen außerhalb der Familie Kondome benutzen, denn sie sollen daran gehindert werden, sich zu reproduzieren. Die bereits infizierten Menschen, besonders Frauen, in ihren unsicheren, entfamiliarisierten Einheiten werden so in einer Art prophylaktischen Lösung „eliminiert". Als Forderung nur an „Menschen, die bereits HIV-infiziert sind oder die erkennbar ein hochriskantes sexuelles Verhalten haben" (so wie Sex mit „Prostituierten"), „reduzieren" Kondome „das Infektionsrisiko, schließen es jedoch nicht aus". Die „Eliminierung" der Übertragung verschiebt sich leicht zur Eliminierung von Personen: was hier impliziert wird, ist eine schöne neue Welt monogamer oder treuer polygamer Beziehungen, die aus der Asche der „Modernisierung" emporsteigen wird, die durch ihre Zerstörung „traditioneller Werte" als Ursache für AIDS ausgemacht wird. Früher galten afrikanische Sozialmuster dem Westen als unnatürlich oder übernatürlich (unzivilisiert), aber afrikanischer Sex wird nach wie vor als höchst natürlich, dem Körper und seinem vermeintlich vordiskursiven Begehren zu nahe, angesehen, um sich an das hemmende Kondom zu gewöhnen. Nach dem die internationalen AIDS-Arbeiter daran gescheitert sind, anatomische, sozio-medizinische oder Verhaltensunterschiede zwischen euro-amerikanischen und afrikanischen Sexualakten zu belegen, schlußfolgern sie nun, daß der Geschlechtsverkehr letztendlich selbst als sicher erklärt werden muß und das „Risiko" in seiner Ausübung außerhalb der legitimen Grenzen der bürgerlichen Familie angesiedelt werden muß. Diejenigen, die nicht von dieser Familie umfaßt werden können, werden einfach sterben gelassen. Das Ergebnis wird schnell sein, denn „afrikanisches AIDS" scheint sich unerklärlicherweise schneller als „AIDS" auszubreiten (vor allem weil die westlichen Pharmakonzerne dort kein Geld verdienen können). „Afrika" erfährt daher einmal mehr Grenzkonstruktionen, die staatlich-unterstützten Genozid maskieren, indem einheimische soziale und kulturelle Formationen im Interesse einer schönen neuen Welt krankheitsfreier und kontrollierbarer bürgerlicher Familieneinheiten aufgelöst werden.

Cindy Patton

Im Orginal veröffentlich in: Parker, Andrew; Russo, Mary; Summer, Doris & Patricia Yaeger (Hrsg.): Nationalisms and Sexualities. Routledge 1992). Übersetzung: 17°C.

Normalisierung von rechts

Biopolitik und die „Neue Rechte"

Udo Sierck

Michael Foucault hat den Begriff 'Biopolitik' definiert. Gemeint ist damit: Physische und psychische Gesundheit ist ein zentrales Thema in Alltag und Politik geworden. Der menschliche Körper wird zum Austragungsort des politischen Geschäftes. Biopolitik hat sowohl den Einzelnen als auch die Allgemeinheit im Blick. Dabei tritt die biologische Norm zunehmend an die Stelle gesetzlicher Vorgaben. Moralische Institutionen und staatliche Organe besitzen das Recht des Zugriffs auf das Individuum. Eine Konsequenz dieser Entwicklung bedeutet nach Foucault: „Wenn die Schlüsselkategorie einer bestimmten Politik der sichtbare Unterschied des Körpers ist, dann ist die Anwesenheit des Anderen schon an sich ein Ärgernis und eine Quelle von Spannungen. Und das beste Mittel Spannungen zu reduzieren, ist Gewalt, die physische Entfernung des Ärgernisses."

Die 'Neue Rechte' benutzt den Begriff 'Biopolitik', um alte Inhalte mit neuem Etikett zu versehen: Aus 'völkischen Idealen' wurden 'biopolitische Vorstellungen'. Die 'Neue Rechte' muß bewußt in Anführungszeichen gesetzt werden: Denn ideologisch neu ist an den Rechten nichts, sie beziehen sich auf Denkmuster, die seit den Nationalrevolutionären sowie den Rasse- und Sozialhygienikern der Weimarer Republik Tradition besitzen. Wenn die biopolitischen Vorstellungen der 'Neuen Rechten' in den Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen gestellt werden, verschwimmen immer wieder die Grenzen: Es zeigt sich, daß Aktivitäten zur Selektion ohne ein umfassendes rechtsradikales Weltbild möglich sind und stattfinden.

Wohnungslose, homosexuelle oder behinderte Menschen werden auf offener Straße angepöbelt, angefallen, erschlagen. Finden die Überfälle in den Medien Erwähnung, einigt man sich schnell auf die Tätergruppe 'Skinhead' und wäscht seine Hände ansonsten in Unschuld. Genauere Recherchen vor Ort ergeben, daß es sich häufig um ganz 'normale' Jugendliche und Erwachsene handelt, die ihren aggressiven Urteilen freien Lauf lassen. Und die über sie verbreitete Empörung macht in Ratlosigkeit: Wie ist das nur möglich? Die auf die Täter-Opfer-Perspektive ausgerichtete Berichterstattung erweckt den Eindruck, die Angriffe kämen völlig überraschend 'aus heiteren Himmel'. Getan wird so, als gebe es keine Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsunterkünfte oder gegen Behindertenwohnungen in der Nachbarschaft, als sei die Gewalt gegen Schwule ein neues Phänomen oder als gehöre die Vertreibung von Sinti und Roma nicht zum ordnungspolitischen Tagesgeschäft. Die Gewalt findet in der Mitte der Gesellschaft statt.

Seit der Etablierung der rasse-und sozialhygienischen Ideen zu Beginn dieses Jahrhunderts existiert eine sozialrassistische Linie, die sich gegen verarmte, in ihrer Sexualität unangepaßte, gegen physisch oder psychisch oder sonstwie auffällige Menschen aus der Bevölkerung richtet. Die Aussonderung Unangepaßter konnte und kann sich auf das 'gesunde Volksempfinden' stützen. Bei dem Zugriff auf die Gruppen, die nicht in das Bild passen, helfen moderne Sozialtechniken wie die der Erfassung, der Kontrolle, der technokratischen Sanktionen wie der Entzug von Unterstützungsleistungen, die der Androhung der Bestrafung oder die der kurzfristigen oder endgültigen Freiheitsberaubung in differenzierte Institutionen.

Daß der Sozialrassismus mit Rassismus zusammengedacht und dagegen gehandelt werden muß, ist auch in Kreisen der Linken keine Selbstverständlichkeit - teilweise aus Unwissenheit über die Verknüpfungen, aber auch deshalb, weil diese Auseinandersetzung auf eigene Wertvorstellungen und Menschenbilder stößt. So dürfte es kein Zufall sein, daß es kritische Analysen zur Wiederbelebung der 'nationalen Identität' gibt, daß für die Politikfelder der Asylgesetzgebung oder der Inneren Sicherheit die Annäherungen an rechtsextreme Ideologie herausgearbeitet wurden, daß Recherchen über Nazirock, die Medienmacht der Rechten und über ihre Verleger existieren: Über die biologistischen Vorstellungen der `Neuen Rechten' und deren Einbindung in laufende Entwicklungen findet sich jedoch fast nichts.

Vor einiger Zeit verschickte die 'Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung' in Massenauflage Rundbriefe, die schon in den Kapitelüberschriften die Richtung angeben: „Erschreckende Zahlen, I.Die Zunahme der Fremden, II.Die Abnahme der Deutschen, III.Die Zunahme der Unbegabten, IV.Die Zunahme der Erbkranken."

Der Hamburger Jürgen Rieger, bundesweit in der neonazistischen Szene bekannt als ihr Staranwalt, ist Vorsitzender der 'Gesellschaft'. In einem Beitrag für die Hauszeitschrift 'Neue Anthropologie' polterte er in sozialdarwinistischer Manier: „Es ist ein Unding, Minderwertigen in jedem Fall dieselben Rechte zuzugestehen wie Vollwertigen." Und ergänzte: „Man kann diese Menschen schmerzlos vernichten, sie absondern oder verhüten, daß sie überhaupt geboren werden." Diese Organisation strebt die Erbgesundheitspflege nach dem nationalsozialistischen Vorbild an, gefordert werden möglichst lange Sicherungsverwahrung sowie Zwangssterilisationen und -kastrationen.

Die auf Stimmungen in der gesellschaftlichen Mitte ausgerichtete 'Neue Rechte' gibt sich gewöhnlich moderater. So wettert die rechtsextreme 'Junge Freiheit' zwar ausgiebig gegen die Freizügigkeit der sozialen Indikation des Paragraphen 218, läßt aber die eugenische Indikation konsequent außen vor. Man hält sich bedeckt und gibt nur vereinzelt und versteckt Hinweise auf die eugenische Gesinnung: Die Literaturbeilage der Zeitung hebt Bücher heraus, die für humangenetische Beratung und Pränataldiagnostik werben.

Damit gibt sich die 'Neue Rechte' durchaus zeitgemäß. Denn die Tendenz zur moralischen Pflicht, kein behindertes Kind zu bekommen, ersetzt inzwischen in der gesellschaftlichen Realität staatliche Anordnungen zur Selektion. Der Weg zur 'Diktatur der Prävention' ist beschritten.

Anzunehmen ist, daß die `Neue Rechte' in diesem Bereich an individuellen Lebensentwürfen rührt, die dem herrschenden Menschenbild stark ähneln. Die Grundlage einer Politik - die Werte, die bestimmen, wie der gesunde und leistungsfähige Mensch zu sein hat - sind allgemein verinnerlicht. Dabei liegt hier ein entscheidender Ansatz, um die Trennungslinie zwischen linker und rechter Gesellschaftskritik sichtbar werden zu lassen. Die eugenischen Vorstellungen sind aber schon so selbstverständlich, daß sie nur noch dann hellhörig machen, wenn Teile der `Neuen Rechte' ihre Bedeutung mit antiquiert anmutenden, scheinwissenschaftlichen Begründungen unterstreichen wollen. Es existiert ein Konglomerat aus Vorstellungen und Idealen in den verschiedenen neurechten Strömungen, die einerseits mystischen Germanenkult und die Verherrlichung des Ariers betreiben, die die überholten Behauptungen zur Wirkung der negativen Eugenik für den 'gesunden Volkskörper' wiederholen, die aber gleichzeitig die modernen Entwicklungen in der Humangenetik übernommen haben, die Unterstellungen der Soziobiologie über die naturgegebene Elitenbildung forcieren oder an das alternative Umweltbewußtsein vom gesunden Menschen in der intakten Natur anknüpfen.

Eugenik, soziale Ausgrenzung und modernisierte 'Blut und Boden'-Theorie bilden das Rückgrat dieser biopolitischen Ansätze. Das Gedankengut deckt sich mit den rechtsradikalen 'Ausländer raus'-Parolen. Der erneute Aufschwung des Biologismus seit Beginn der siebziger Jahre steht im Zusammenhang mit der Entstehung der sozialen Bewegungen und ihren Forderungen nach Gleichbehandlung und Gerechtigkeit: Der Verweis auf die angebliche Dominanz genetischer Vorgaben soll Veränderungen in den gesellschaftlichen Machtstrukturen oder wirtschaftliche und soziale Zugeständnisse an die Diskriminierten ersetzen. Es ist der Versuch, die Kraft der Forderungen zu brechen, indem man ihre Legitimität bestreitet.

„Das Verlangen der Schwarzen nach Gleichheit im wirtschaftlichen und sozialen Status ist, so die Abwehr, illegitim, weil Schwarze biologisch weniger fähig sind, mit hochabstrakten Problemen umzugehen, die hohen gesellschaftlichen Status einbringen. Das Verlangen der Frauen nach Gleichheit ist nicht gerechtfertigt, wenn die männliche Dominanz über unzählige Generationen der Evolution in die Gene Eingang gefunden hat. Die Forderung von Eltern nach Reform der Schulen, um ihre analphabetischen Kinder zu bilden, kann nicht entsprochen werden, weil ihre Kinder leichte Hirnschäden haben. Die Gewalt der Schwarzen gegen das Eigentum von Hausbesitzern und Kaufleuten ist nicht das Ergebnis der Ohnmacht der Besitzlosen, sondern die Folge von Hirndefekten. Jeder militanten Gruppe läßt sich mit Hilfe einer maßgeschneiderten biologischen Erklärung die Legitimation bestreiten. Der biologische Determinismus ist ein wirksames und flexibles Mittel, 'das Opfer anzuklagen'." Soziale Handlungen sind in dieser Logik überflüssig, denn wer am gesellschaftlichen Rand steht, gehört dort naturbedingt hin.

Der Direktor des anthropologischen Instituts der Universität Kiel, Hans Wilhelm Jürgens, spricht aus, was viele denken: Er sei davon überzeugt, daß bestimmte Formen „asozialen Verhaltens" zu einem großen Teil genetisch beeinflußt sind. Jürgens meint damit Kleinkriminalität, „parasitäres Leben auf Kosten der Öffentlichkeit" und „ständiges Verschaffen von kleinen Vorteilen", ein Vorgehen, daß nicht nur durch elterliches Vorbild, sondern auch durch die Erbsubstanz weitergegeben würde. Der Humangenetiker Hans-Hilger Ropers, Direktor des Max-Planck-Instituts für Genetik in Berlin, fahndete mit seinem Forschungsteam im niederländischen Nijmwegen nach dem Aggressions-Gen, meldete Erfolg und beschrieb seine Träger durchgängig als Kriminelle. Wie die meisten seiner Kollegen und Kolleginnen in der Genetik möchte Ropers die gesellschaftlich gefährliche Seite seiner Zuschreibungen nicht sehen. Dabei bieten sie mit ihren einfachen Antworten die Voraussetzung für die Erklärung des Sozialen durch die Biologie.

Die Biowissenschaftler beteuern, daß der Sinn und Zweck ihrer Forschungen in der ganz individuellen Leidensverhinderung und Gesundheitsförderung liege. Die Benennung eugenischer Ziele in bewußter Verbindung zur überholten Tradition der Rassen- und Sozialhygiene ist in der Tat ein Tabu. Die 'Neue Rechte' hat diesen Schritt mitvollzogen - sie übersetzt die alte Ideologie in moderne Begriffe und verklammert grundlegende Schriften des Sozialdarwinismus mit dem gegenwärtigen Stand der biotechnologischen Forschung. Aus der Verbindung von Anleihen aus Biologie, Psychologie und Genetik entsteht die neurechte Biopolitik mit der Option, menschliches Leben und seine Fortpflanzung zu regulieren. Der Populationsgenetiker Richard Lewontin beobachtet denn auch, daß die politische Rechte in ihrem Biologismus auf jede brauchbare Äußerung der Verhaltensgenetik setzt, um die Besitzunterschiede, die Differenzen im Status und das Machtgefälle zu

erklären. Neu und verwunderlich ist das für ihn allerdings nicht:
„Wir bekommen von Kindesbeinen an eingebleut, daß wir in einem Land der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit leben. Auf der anderen Seite braucht man sich nur umzusehen: Einige sind reich, andere sind arm, die einen haben ihr Leben im Griff, die anderen nicht. Entweder wir geben jetzt zu, daß diese Gesellschaft Ungleichheit erzeugt. Dann brauchen wir eine Revolution, und das ist heutzutage nicht gerade populär. Oder: Ungleichheit ist angeboren. Jeder rennt von Geburt an am gleichen Punkt los und kommt so weit, wie ihn die Gene tragen. Amerikas Genetiker haben immer so gedacht."

In ihren bevölkerungspolitischen Zielen kann die 'Neue Rechte' auf Grundlagen bauen, die aus der Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft kommen. Nach innen gerichtet bewegt sie die Sorge um das 'aussterbende deutsche Volk', um den quantitativen und qualitativen Nachwuchs. Nach außen werden die drohend gezeichneten Bilder der Überbevölkerung und Migrationsbewegungen bemüht, um Geburtenkontrolle und Abschottungsmaßnahmen zu rechtfertigen. Aufgabe der 'Neuen Rechten' bleibt es, die Werteverschiebung durch Einmischung in den wissenschaftlichen Diskurs zu forcieren. Denn was in der Asylgesetzgebung gelang, muß im Bereich der Biopolitik nicht scheitern. Schon jetzt wird die Soziologie zur Soziobiologie, die Ethik verwandelt sich zur Bio-Ethik. Rassismus und 'Unwert'-Leben-Behauptungen erhalten Auftrieb durch neue Forschungen, die alles soziale genetisch verorten. Die 'Festung Europa' aus der Sicht neurechter Bevölkerungspolitik ergänzt sich mit der Zucht und Ordnung nach innen.

Eine Vorreiterolle übernehmen neurechte Wissenschaftler denn auch in der Soziobiologie mit ihren Behauptungen von der natürlichen Ungleichheit der Völker und den naturgegebenen Fähigkeiten der Individuen. Mit Hinweis auf den amerikanischen Psychologen Arthur Jensen stellt die 'Neue Rechte' die Behauptung auf, daß 80 Prozent der menschlichen Intelligenz angeboren sei. Umwelteinflüsse oder erlernte Fähigkeiten spielen eine untergeordnete Rolle. Der Intelligenzbegriff wird weit gefaßt: In die IQ-Werte sollen Gedächtnis, Wortflüssigkeit, Phantasie, Willensstärke, Ausdauer, Motivation, Fleiß, Wahrnehmungsvermögen, Konzentrations- und Ausdrucksfähigkeit eingehen.

So versuchen der Psyologe Richard Herrnstein und der Politologe Charles Murray auf 845 Seiten ihres in den USA zum Bestseller aufgestiegenen Werkes 'Die Glockenkurve' nachzuweisen, daß Neger von Geburt an dümmer sind. Für beide Autoren lassen sich über internationale (wissenschaftliche) Zusammenarbeit Verflechtungen mit der neonazistischen 'Gesellschaft für biologischer Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung' nachweisen. Das Wirtschaftsmagazin 'Forbes' verglich das Buch von Herrnstein und Murray begeistert mit Charles Darwins 'Entstehung der Arten'. Die Autoren des rassistischen Buches haben Erfolg, die gesamte US-amerikanische Medienwelt diskutiert ernsthaft über den Zusammenhang von Hautfarbe, Intelligenz und sozialen Aufstiegschancen. Und dem Vorschlag, die Sozialhilfe für alleinerziehende Mütter zu streichen, um die Fortpflanzung von Frauen aus den Unterschichten einzuschränken, schloß sich mit Newt Gingrich der stramm rechte Vorsitzende des Repräsentantenhauses an. Herrnstein und Murray kommen gerade recht, denn mit ihren pseudowissenschaftlichen Behauptungen läßt sich der Abbau der letzten Wohlfahrtsangebote legitimieren.

Vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, daß der 'Spiegel' in der 'Glockenkurve' Erkenntnisse fand, „die unter den Psychologen als gesichert gelten"; auch die 'Süddeutsche Zeitung' entdeckte einen „wahren Kern" und urteilte: „Dann könnte man sich in der Tat eine Reihe kostspieliger Sozial-Programme sparen und überhaupt den ganzen Kampf gegen die Ungerechtigkeit in der Gesellschaft aufgeben. Dann könnten die Sozialreformer einpacken."

Gefallen dürften die 'Neuen Rechten' an den Visionen von Murray und Herrnstein finden, die diese für den Fall heraufbeschwören, daß es nicht anders gelänge, die Verbreitung „minderwertiger" Gene zu verhindern. Dann würden Straflager für Kleinkriminelle, Internierungen von „geistig inkompetenten Erwachsenen" und Zusammenführungen der „Unterklassen" in geschlossene Wohnbezirke drohen: „Wir denken an eine mit high tech und etwas mehr Aufwand ausgestattete Version der Indianerreservate für eine beträchtliche Minderheit der Bevölkerung."

Foucault erklärte mit Blick auf die gut zweihundertjährige Geschichte der staatlichen Kontrollversuche über die Bevölkerung, warum die neurechten biopolitischen Konzepte sich trotz ihrer abstrusen Theorie innerhalb der modernen politischen Rationalität bewegen: „Die Fortpflanzung, die Geburten- und die Sterblichkeitsrate, das Gesundheitsniveau, die Lebensdauer, die Langlebigkeit mit all ihren Variationsbedingungen wurden zum Gegenstand eingreifender Maßnahmen und regulierender Kontrollen: Bio-Politik der Bevölkerung." Foucault sieht darin ein grundlegendes Phänomen, „was man als Vereinnahmung des Lebens durch die Macht bezeichnen könnte; wenn sie so wollen, eine Machtergreifung in Bezug auf den Menschen als Lebenwesen, eine Art Verstaatlichung des Biologischen".

Buchhinweis: Udo Sierck, Normalisierung von rechts. Zur Biopolitik der „Neuen Rechten". Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg, September 1995

Fußnoten

Über die Rolle der Fußnoten in Wissenschaft und Literatur ist noch nicht viel geschrieben worden. Fest steht jedoch, daß sie ein Reservat sind, in dem sich die Subjektivität ungestraft austoben darf. Hochdisziplinierte AutorInnen, die sich sonst streng an ihren roten Faden und andere Reglements halten, verschaffen sich in Fußnoten etwas Luft und geben uns dort Einblick in ihre wahren Schreibmotive. In Fußnoten werden die Emotionen und Ressentiments untergebracht. Sie sind oft ein System geheimer Verweise und informieren uns so über Vorlieben und Abneigungen, die angeblich nicht zur Sache gehören. In Fußnoten verraten uns die AutorInnen auch, welchen Bezug ihr Text zum aktuellen Geschehen haben soll. Es hat sich gezeigt, daß beim ersten Durchblättern dieser Zeitschrift zunächst diese Rubrik gelesen wird. Deshalb an dieser Stelle: Fußnoten zu Artikeln, die noch geschrieben werden müssen.

Die Rote Hilfe *hat die Broschüre „Vorwärts und nicht vergessen" zu ihrer 70- bzw. 20jährigen Geschichte veröffentlicht. Die 64seitige Publikation kostet 8,– DM.* ***Bestelladresse: Rote Hilfe Literaturvertrieb, Postfach 6444, 24125 Kiel, Tel. 0431/75141.***

Als mitte August Dr. Hubert Burda *in seinem und im Namen aller ungefragten Mitarbeiter um ein Vorstandsmitglied, einen Verlagsleiter, einen Chef- und einen Copiloten per ganzseitiger Anzeige trauerte (die vier waren kurz zuvor samt Flugzeug vom Himmel gefallen), wurde das gesamte Elend des bürgerlichen Verlagswesens auf einen Schlag deutlich. „Wir trauern um vier Mitarbeiter und Kollegen, die durch einen schrecklichen Unglücksfall aus unserem Leben gerissen wurden:" Hoppla, nicht einmal das gehört einem, der im Burda Verlag Karriere gemacht hat. Weiter: „Ihr Verlust ist unersätzlich." An dem Sinn dieses Satzes rätseln wir noch heute. „In dieser schweren Stunde gilt unser ganzes Mitgefühl den Familien. Wir werden sie nie vergessen." Die Familien nämlich. Und an dieser Stelle dämmerte uns allmählich, mit welch' intriganter Szenerie wir es hier zu tun haben. Konsalik läßt grüßen. All das erklärt aber zumindest die Existenz von Coupé, Blitz-Illu und der Woche.*

Wiglaf Droste ist in. *Je konfuser und reaktionärer sein Geschreibsel, je vehementer die Reaktion in der Rest-Linken, desto mehr geriert er sich als von pc-Wahnsinnigen Verfolgter. Das scheint einen gewissen Modernisierungsdruck auf die ein oder andere Zeitschrift auszuüben, die sich wiederum mit der bloßen Präsentation von Droste-Texten vermeintlichem linken Meinungsterror entgegenstellen will. Nicht nur die Beute (Verzeihung!), auch das kleine Kultur-Gratis-Blättchen babylon aus Aachen, ein eher fades Konglomerat aus literarischen Nichtigkeiten, möchte sich mit Droste etwas aufpeppen. Sein Erguß „Über das Proletariat" – das Proletariat kommt in seiner konkreten Situationsbeschreibung lediglich in der es-Form vor – ist auch für Menschen nicht erheiternd, die dem reaktionären Massenbewußtsein kritisch gegenüberstehen. Natürlich fehlt die mittlerweile in Droste-Texten obligatorische Keule gegen „Linke" und „Antifaschisten" nicht. Auf die Dauer aber, das beruhigt uns, wird Droste als anti-linker Schaumschläger in linken Zeitschriften überflüssig werden, weil er entweder komplett durchgedreht ist oder seine Funktion als „Ketzer in den eigenen Reihen" verloren hat. Dann kann er endlich aus seinem Anti-Antifa-Komplex einen richtigen politischen Werdegang machen. Beim Burda-Verlag z.B.*

„Türkisches Schrebergarten-Projekt eingeweiht". *Unter dieser Überschrift präsentiert der Landesverband Hamburg der Arbeiterwohlfahrt in seiner jüngsten Veröffentlichung „AWO Service" eine wahrlich sensationelle Meldung. Vor den östlichen Toren Hamburgs „teilen sich auf 3000 qm türkische Familien 13 Gartenparzellen für Gemüse, Obst und Blumen. Eine schöne Gemeinschaftslaube aus Holz für kleine Feste und religiöse Feiern macht die kleine Anlage perfekt." Er kann es also doch, der Türke: am deutschen Sozialleben teilhaben und gleichzeitig seine „kulturelle Identität" bewahren bzw. entwickeln. Gleichzeitig ist dies der holzgewordene Beweis, daß Deutsche Türken nicht nur anzünden, sondern auch kultivieren können. Anläßlich der Einweihung dieses auf einer Idee der Selbsthilfeorganisation türkischer Rentner basierenden Projekts verschenkte Gartenbaumamtsleiterin Christine Els-Meltzer übrigens einen Riesen-Gartenzwerg. Peace!*

Kiffen vernebelt das Hirn. *Dieser teils gewünschte, teils verabscheute Effekt des Cannabis-Konsums manifestierte sich vor einigen Wochen in Form eines Aufruf-Flugblattes (Szene-Bezeichnung: Flugi) zu einem Smoke-in im Hamburger Schanzenpark. Unter der Losung „Dealer und Vermittler verpißt Euch!!!! Unsere Toleranz hat den Punkt, jetzt nicht mehr erreicht." riefen einige kiffende Legastheniker dazu auf, den anwesenden „Schwarzafrikanern" mal so richtig ins Gesicht zu pusten, damit die sich in die Stadtteile verflüchtigen, aus denen sie dahin kommen. Seitdem die Behörden versuchen, das Drogenproblem in St. Georg und dem Hamburger Hauptbahnhof durch verstärkte Razzien und Platzverweise zu dezentralisieren und die dortigen Anbieter und Konsumenten u. a. auf das Schanzenviertel (Szene-Bezeichnung: Schanze) ausweichen, ist das Angebot an Rauschmitteln in den betroffenen Stadtteilen tatsächlich gestiegen, die Anzahl unqualifierter bis rassistischer Reaktionen ebenfalls. Piece!*

Nach unserer Lieblingszeitschrift befragt, *würden wir immer und unisono die „Zeck", das kostenlose Info aus der Roten Flora, nennen. Kein anderes Blatt, mit Ausnahme der interim vielleicht, versteht es, so umfassend den aktuellen Diskussionsstand der Rest-Autonomen Szene wiederzugeben. „Die Verhältnisse sind scheiße, den bürgerlichen Konsens verachten wir, und unsere Lebenswelten suchen wir in einem diffusen Gewirr unserer Umwelt, die wir immer auch verändern wollen, und der Ausrichtung auf kämpfende soziale Gruppen." (Nr. 51, S. 8) Wenn das keine Kampfansage an das kapitalistische System ist.*

Holger Schäfer (22), *HipHoper in der ausbaufähigen Szene Heidelbergs, angehender Journalist und SPD-Mitglied seit 1990, hat mit den Jusos eine solargetriebene EM-Übertragung auf dem Uniplatz organisiert und wirbt unter dem Motto „Rot steht Dir gut" für die Sozialdemokraten. Unsere Rechtsabteilung befaßt sich zur Zeit mit der Möglichkeit einer Unterlassungsklage wegen Verstoß gegen das Urheberrecht. „From Substream to Mainculture" war schließlich unser Motto.*

Das *bereits in der letzten 17°C lobend erwähnte Musikzine* ***WOM-Journal*** *präsentiert sich weiter auf der Höhe der Zeit. Während die spex-Autorin Gitti Gülden in der Ausgabe 9/96 über Suzanne Vegas neue Platte referiert, wird die Berliner Band „Element of Crime" unter der Headline „German Sonderweg" von einem Christian Stolberg als deutscher Gegenentwurf zur „betont intellektuellen Geschwätzigkeit der 'Hamburger Schule' (Blumfeld, Die Sterne, Die Regierung, Flowerpornoes etc.)" vorgestellt. Als kostenloses Werbeblatt für die WOM-Filialen gedacht, kann hier monatlich der aktuelle Stand der Diskussion über populäre Musikstile und deren Funktion für die Musikindustrie verfolgt weden, nebenbei gibt es immer wieder kleine, feine Abhandlungen über subkulturelle Beiträge zum deut-*

schen Nationalbefinden und der Funktion, die angesagten deutschen Bands dabei zukommt. Tip!

Weg mit dem Abschiebeknast Glasmoor. *Am 2. 11. gibt es erneut eine Demonstration zum Abschiebeknast. Auftakt 11.00 Uhr HH-Hauptbahnhof, Kundgebungsbeginn in Norderstedt 13.30 Uhr. Weiterhin rufen die VeranstalterINNEN zur Teilnahme an den Sonntagsspaziergängen jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, 15.00 Uhr, Am Glasmoor/Glasmoorstr. auf. Wir schließen uns an.*

Für den gleichen Tag *wird vom Lübecker Bündnis gegen Rassismus eine bundesweite Demonstration in Lübeck geplant. Näheres kann unter der Tel.-Nr. 0451/702 07 48 in Erfahrung gebracht werden. Weiterhin kann bei dem Bündniss das Prozeßinfo zum Prozeß gegen Safwan Eid bestellt werden.* **Bestelladresse: c/o Alternative, Willy-Brandt-Allee 9, 23544 Lübeck.**

Wie Avantgarde- und Marketingkonzepte Hand in Hand laufen, ist zur Zeit an dem Hype um den Design-„Shooting-Star" David Carson hervorragend zu beobachten. Alle Medienwelt, von links bis rechts, behauptet zur Zeit, Carson sei umstritten, als Totengräber der Typografie verschrien, um sich gleichzeitig als moderne, zeitgemäße Publikationsprojekte möglichst mit einer von ihm gestalteten Seite zu präsentieren. In der Tat beschränken sich jedoch kritische Kommentare zu seinem Konzept auf die Leserbriefspalten der TV-Zeitschrift GONG. Dabei sind die Ingredenzien seines Schaffens bei allen möglichen sogenannten Kreativen zusammengeklaut, sein typografisches/inhaltliches Konzept durchaus nicht neu, sein beruflicher Werdegang nur mäßig interessant.

Wer sehen will, wie Carsons Layout-Chaos im angesagten Underground kopiert wird (oder ist es andersherum?) fährt nach Berlin und schnappt sich die seit Ende Februar in über 30 Clubs, Bars und Cafés kostenlos herumliegende „evidence". Unter der Subheadline „berlin clubland music style security" gibt's alles, was die hedonistische Post-Linke wichtig findet, mal witzig, mal ratlos, mal Schülerzeitungsniveau. Natürlich auch im Internet.
http://amor.rz.hu-berlin.de/≈h044wsq/evidence/intro.htm

Neuer alter Trend. *Der "The Independent" vom 16. 9. 96 entnehmen wir, daß die positiven Folgen, die im Zusammenhang mit Privatisierung zwangsläufig immer genannt werden, um eine weitere ergänzt werden können: die Privatisierung des Krieges. Gute Erfahrungen hat "Executive Outcomes", die repräsentative Vertretungen in London und Pretoria unterhält, inzwischen in Angola, Sierra Leone und Uganda gesammelt. Das Geschäft boomt und so kann der Vertreter von "Executive Outcomes", Nick van der Berg, stolz verkünden: "Wir erhalten jeden Tag telefonische Anfragen von potentiellen Kunden und nicht nur aus Afrika". Gesteigerte Nachfrage wird aus Lateinamerika und Asien gemeldet. Ihr "Sicherheitsdienstleistungen" genanntes Handwerk bietet von mechanisierter Infantrie und Bewaffnung bis zur Ausbildung in der Marine und in Luftstreitkräften so alles, was ehemalige Soldaten aus dem südafrikanischen 32. Bataillon und ehemalige britische Offiziere in der Zeit des Kalten Krieges eben halt so gelernt haben. Zu den Kunden, die diese anspruchsvolle Dienstleistung erwerben, zählt die angolanische Regierung, der es dadurch gelang die vom Westen finanzierte UNITA mit eben diesem westlichen Know-how zu besiegen. Auch der Regierung von Sierra Leone gelang es mit Hilfe von "Executive Outcomes" innerhalb eines Monats die "Revolutionäre Vereinigte Front" (RUF) in 500 tote Körper zu verwandeln.*

Dumm gelaufen. *Am 13. September erlag der Gangsta-Rapper Tupac Shakur den Verletzungen, die er sich sechs Tage zuvor bei einem "drive by-shooting" zugezogen hatte. Offensichtlich hätte sich die Investition, seinen schwarzen BMW mit Panzerglas auszustatten, gelohnt. So ereilte ihn ein imagegerechter Tod, wie vor ihm schon Jim Morrison, Jimmy Hendrix oder Kurt Cobain. R.I.P.*

EINGEGANGENE GESCHENKE:
„Wir kennen das Gewicht des bedruckten Papiers" (Majakowskij)
Verlage, Gruppen und Personen schicken uns gelegentlich Bücher, Zeitschriften, Platten/CDs, Veranstaltungsankündigungen, Kommentare und manchmal auch unerwartete Überraschungen. Mit einigen Zeitschriften haben wir Austausch-Abos vereinbart. Die meisten dieser Materialien enthalten wichtige Anregungen für die Redaktion. Da wir nicht in der Lage sind, auf alle relevanten Zusendungen zu antworten oder die Texte zu rezensieren, erwähnen wir die Eingänge an dieser Stelle und kommentieren sie auch gelegentlich.

Whirlpool Productions: *„Dense Music". „Whirlpool Productions geht es nun nicht mehr um Verweissysteme, sondern einen Qualitätsbegriff: Dichte, Verdichtung ist die Folge einer beliebigen Anzahl von Lagen, sie kann aber auch aus deren Abwesenheit entstehen." An solcherlei Statements zerbrechen normalerweise langjährige Freundschaften und dennoch soll dies laut Beipackzettel die formalen und inhaltlichen Intentionen der 2. LP von Eric D. Clark, Justus Köhncke und Hans Nieswandt charakterisieren. Während das Artwork der Anfang September veröffentlichten CD als verschachtelter Ego-Trip daherkommt und anscheinend ebenfalls signalisieren soll: hier haben wichtige Menschen wichtige aktuelle Statements mit wirklich aktuellen technischen Mitteln gekoppelt, fällt die Einordnung der musikalischen und qualitativen Bandbreite der auf Ladomat 2000 erschienenen Scheibe äußerst unterschiedlich aus. „Ja", das zweite der insgesamt zwölf Stücke, funktioniert als elektronisches Rockstück fantastisch, der Titelsong kommt electro-funkig, an den Techno-Soul des Berliner Tresor-Labels erinnernd daher, während die Single-Auskopplung „The Cold Song" ein durch und durch mißglückter Versuch eines sommerlichen Pop-Fakes ist (obwohl die Presse sich schier überschlägt vor Begeisterung). Gräßlich. Ebenfalls gräßlich: die Vocal-Parts bei „One Two". „I Just Don't Know" ist dann das Highlight der Platte und zeigt gleichzeitig das Potential des Trios. Man muß kein Spartenpurist sein, um die Einordnung von Whirlpool Prod. in das, was die bisherigen enthusiastischen Kritiker „House" nennen, problematisch zu finden. Dennoch eine Steigerung zur ersten Platte – und das ist doch auch was.* **Ladomat 2000, Tel. 040/4306093.**

L'age d'or feiert Geburtstag. *Und das gleich mit zwei Label-Compilations. „Bessere Zeiten klingt gut" ist das Doppel-CD-Resümé von achteinhalb Schaffens-Jahren. Das Hamburger Label präsentiert Ausschnitte des Programms und bietet damit gleichzeitig die Möglichkeit, die musikalischen Entwicklungen einzelner Band-Projekte und Einzelpersonen nachvollziehbar zu machen. Die Sterne sind von „Fickt das System" (1992) bis „Ruiniert" (1996) mit diversen Outtakes ihrer „Karriere" vertreten, der Werdegang der Kritikerlieblinge Tocotronic wird mit drei Titeln transparent, wer das CD-Booklet aufmerksam studiert, wird diverse Überschneidungen, Weiterführungen und -entwicklungen erkennen, die innerhalb des L'age d'or Band-Pools stattfanden. Daß bei 40 (!) Titeln Ausrutscher nicht ausbleiben (Rockabilly Mafia) fällt kaum ins Gewicht, sind doch mit dem jetzigen Goldene Zitronen-Gitarrist Hans Platzgummer (ex-HP Zinker) und insbesondere den genialen Milch („Gott ist doof") absolute Highlights verewigt.*
Einen Überblick über die seit ca. zwei Jahren stattfindenden Ladomat 2000-Aktivitäten gibt die 2. CD „compact disc volume one". Hier wird der progressive Dancefloor-Sektor präsentiert u.a. mit der Lizensierung des sensationellen „the contempt" des Duos villalobos vom Frankfurter Playhouse Label (im Original 26 Minuten, hier 8). Neben den bereits in der letzten 17°C erwähnten egoexpress und ihrem Discostomper „telefunken" brillieren noch workshop mit dem besten intro seit langem und subtle tease mit dem herrlichen Disco-Fake round trip. Empfehlenswert.

Wurzen, ein Ort im Osten der Republik – Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen. *Eine Broschüre geschrieben von einem arbeitslosen, antifaschistischen Redaktionskollektiv aus Leipzig, das kein Geld hatte an die Ostsee zu fahren, um sich mit Faschos anzulegen. Der Inhalt der Broschüre stützt sich vor allem auf Veröffentlichungen in der bürgerlichen Presse, antifaschistische Publikationen, Gespräche mit WurzerInnen, eigene Erfahrungen aus den letzten Jahren und eigene Recherchen. 107 Seiten selbstkritische Einschätzung vom Kampf gegen das faschistische Zentrum Wurzen. Das Bündnis gegen Rechts plant dort für Nov. 96 eine antifaschistische Demonstration.*
Infobüro, Petersteinweg 13, 04107 Leipzig, Preis 5,– DM

Britta Müller, Ausländer im Osten Deutschlands. *Das Beispiel Rostock. ISP, 1996. Die zwischen 1992 und 1994 durchgeführte empirische Studie hat die Lebenswelt von "Ausländern" in Rostock*

zum Gegenstand. Asylbewerber und Angehörige der Truppen der Sowjetarmee wurden nicht in die Untersuchung aufgenommen. Der erste Teil der Studie widmet sich der Aufbereitung quantitativer Sozialstrukturdaten in Rostock. Der zweite Teil ist qualitativ orientiert und entwickelt auf der Grundlage von offenen Leitfadeninterviews mit Personen aus verschiedenen Migrantenpopulationen eine Beschreibung der Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten vor und nach der Annexion der DDR. Im Vorwort des Ausländerbeauftragten von Rostock, Wolfgang Richter ist das Ziel dieser Studie vorgegeben: "Sachgerechte und wahrheitsgemäße Information aber ist eine der unabdingbaren Voraussetzungen für ein besseres Zusammenleben von Ausländern und Deutschen in dieser Stadt und in unserem Land". Der Verdienst dieser Studie liegt sicherlich im methodischen Ansatz, welcher die Perspektive der Migrantinnen und Migranten zur Geltung bringt. Die Darstellung des Datenmaterials bleibt aber auf der Ebene der Beschreibung und dringt kaum zu analytischen Kategorien vor. Dies verwundert allerdings nicht, da die Annahme zugrunde liegt, daß die "Gewalt gegen Ausländer" im wesentlichen von einem Informationsdefizit bestimmt sei, dem durch Aufklärung und Information entgegengewirkt werden kann. Außerdem wird die Kategorienbildung des "Ausländers" und des "Deutschen" selbst nicht hinterfragt.

***Bunt und gewichtig** (0,98 kg). Der Hochglanzband "Art & Pop & Crossover" der virtuellen Firma "Verlag Kunstforum" (Bd. 134, Mai - September 1996) aus Ruppichteroth kostet 34,80 DM (Einzelpreis). Hierin hat das frühere Redaktionsmitglied dieser Zeitschrift Günther Jacob seine Thesen zu Hip Hop und Rap, zu Subversion und Avantgarde, sowie zu Underground und Mainstream zusammenfassend veröffentlicht (siehe auch sein Buch: Agit-Pop. Schwarze Musik und weiße Hörer). Die Diskussion dazu ist in verschiedenen Ausgaben dieser Zeitschrift geführt worden. Desweiteren findet sich darin eine gekürzte Fassung des Textes "Massenbohemisierung und bohemische Massenkultur" von Tobia Bezzola aus Heft 10. Beute-Autor Roberto Ohrt ist ebenso vertreten, wie der kritisierte Ulf Poschard ("DJ-Culture"). Inhaltlich sind die Texte zusammengefaßt unter den Überschriften Vorwort, Was ist Pop?, Pop-Kultur, Pop-Denker (I), Pop-Ästhetik, Art-&-Pop-Crossover (I).*

Arranca! Nummer 10.** Schwerpunkt: Neoliberalismus. Nach der Aufgeregtheit um das letzte Heft mit dem Schwerpunkt Sexualität, diesmal eine etwas laue Ausgabe, welche unter dem o.g. Schwerpunkt etwas Postfordismus, etwas Geschichte der Erwerbslosen- und Jobberinitiative Schwarze Katze Hamburg, etwas Feminisierung der Beschäftigung und etwas Gewerkschaft bietet. Problematisch die Anweisungen zur "Heirat mit einer/m AusländerIn". Problematisch deswegen, weil hier etwas in die Öffentlichkeit gezerrt wird, was dort nicht unbedingt hingehört. Als individuelle Subversion der herrschenden Gesetze wohlmeinend praktiziert, läuft dies doch auf das Dichtmachen von sog. Schlupflöchern von staatlicher Seite hinaus. Individuelle Gewissensberuhigung von Gut-Menschen scheint uns keine politische Strategie. An massenhafte "Scheinehen" zur Unterwanderung des "Asylkompromisses" glaubt hier in der Redaktion eh keiner! Das "Interview mit der Mutter einer aidskranken Frau" hinterläßt beim Lesen einen merkwürdigen Eindruck. Wem wird dies präsentiert? Offensichtlich einer Leserschaft deren Lebenswelt von AIDS noch völlig unberührt zu sein scheint. Voyeurismus gehört nicht zu den Aufgaben einer Zeitschrift wie wir sie verstehen. **Arranca!, c/o Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Lohoff, Ernst (1996): Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg.** Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung. Dieses kenntnisreiche Buch über Jugoslawien setzt den Schwerpunkt auf die Zeit nach 1945. Damit unterscheidet es sich wohltuend von den Mythologien, welche sonst immer die Schuhgröße der Illyrer oder die Bösartigkeit imperialer Verschwörungen zur Analyse des Geschehens in Jugoslawien heranziehen. "Die Darstellung konzentriert sich im wesentlichen auf das »titoistische Experiment« und sein schließliches Scheitern. Dabei geht es mir (dem Autor des Buches) vor allem darum, klarzulegen, wie sich unter dem Tito-Regime die allgemeine Modernisierungslogik durchsetzte und auf welche unüberwindlichen Grenzen die junge jugoslawische Arbeitsgesellschaft und ihr Staat auf ihrem Entwicklungspfad stießen. Die jugoslawische Vorkriegs- und Weltkriegsgeschichte streife ich dagegen nur am Rande. Sie kommt in den Betrachtungen nur insofern vor, als daß das »sozialistische Jugoslawien« natürlich nicht voraussetzungslos im luftleeren Raum entstand, sondern sich nur als eine spezifische Reaktionsbildung auf die beim Marsch in die Moderne in Südosteuropa gegebene besondere Ausgangsposition begreifen läßt." (Ernst Lohoff, S. 11). Allerdings ist problematisch, daß vom Ergebnis her eine logische Entwicklungslinie konstruiert wird, die den Eindruck der Zwangsläufigkeit erweckt. Die sich hinter dem Rücken der Subjekte durchsetzende Kapitallogik, wie sie von der Krisis-Gruppe als Argument in unterschiedlichen Texten vorgebracht wird, besticht, entmächtigt aber die Handlungsfähigkeit der Subjekte zugunsten der Durchsetzung systemischer Logik. Kein Platz für die Dialektik des Alltags, der mit dem Systemischen in Beziehung steht. **edition krisis. Horlemann-Verlag, Postfach 1307, 53583 Bad Honnef, 24,00 DM.

ZEITSCHRIFT FÜR DEN REST

Alle Reaktionen auf unsere Hefte zu erwähnen und gar an dieser Stelle zu beantworten ist mittlerweile aus Platz- und Zeitgründen unmöglich geworden. An dieser Stelle picken wir nur noch die „Rosinen" (positive wie negative) heraus und plaudern ansonsten – wohldosiert – einige Redaktionsinterna aus, weisen auf weitere Aktivitäten unsererseits hin oder fassen den Stand laufender Diskussionen zusammen.

***Pergamon-Altar und Herakles-Sage in Peter Weiss' „Ästhetik des Widerstands"** – zu diesem Thema hat die 17°C zusammen mit der Berliner „Galerie Neue Anständigkeit" Veranstaltungen in Hamburg und Berlin organisiert. Der Beitrag zur Herakles-Umdeutung ist jetzt in einen Aufsatz eingearbeitet worden, in dem Weiss mit „kamalatta" von Christian Geissler verglichen wird. Aufsatztitel: „Steinmetaphorik und ästhetisches Widerstehen. Zur Ortsbestimmung fundamentaler Opposition in der 'Ästhetik des Widerstands' von Peter Weiss und 'kamalatta' von Christian Geissler". Zusammen mit weiteren Texten junger Literaturwissenschaftler, die meist die Beziehung aktueller Texte zu Auschwitz thematisieren, findet sich der Text in: Sven Kramer (Hrsg.), „Das Politische im literarischen Diskurs", Westdeutscher Verlag, Opladen 1996.*

***Ein besonderer Dank** gilt den beiden Spendern aus Wien und Hamburg, die unsere Anzeigenschaltung in der konkret Nr. 8/96 ermöglichten. Ein weiterer gilt Klaus, der nach langen Monaten dann doch das Leergut wegbrachte.*

***Martin M.:** An dieser Stelle ein kurzer Gruß nach Münster (you know where you are) und die Versicherung, daß wir tatsächlich keinerlei Haßbriefe zu der Fortsetzung der „Autonomen" im letzten Heft bekommen haben. Über die Gründe ließe sich trefflich spekulieren, würde aber den Rahmen der Fußnoten sprengen.*

***Ausblick:** Für die Nr. 14 planen wir folgende Themenbereiche ohne Gewähr: History of House · Exotik & Geschlecht · Antisemitismus in der DDR vor 89 · Populärsport in Europa und den USA · Sprachpolitik in Afrika · Zapatistas & Leuchtender Pfad im medialen Vergleich · Autonome 118. Teil · Stand der Antinationalen Theorie und Praxis · Comictheorie.*

***Zuguterletzt** möchten wir uns bei allen bedanken, die an dieser Nummer dirket oder indirekt und durch die Bank unentgeltlich mitgewirkt haben.*

***Apropos „durch die Bank":** da unsere finanzielle Situation zur Zeit nicht gerade rosig aussieht, freuen wir uns über massenhafte Abos, hohe Verkaufszahlen und pünktliche Bezahlung der Verkaufsstellen, über Förderabos und Spenden. Und natürlich weiterhin über Post, die Zusendung von Artikelvorschlägen und den Besuch unserer Veranstaltungen.*



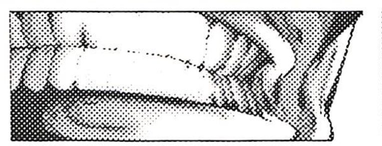
ANtifaschistische NAchrichten Saar

zu den Themen:

Antirassismus und Antifaschismus ★
Politische Gefangene ★
Internationalismus ★
Repression ★
u.a. ★
...

ANtifaschistische NAchrichten Saar ★
Landwehrplatz 2 ★ 66111 Saarbrücken ★
0681/3908863 ★ Einzelheft 3,- DM + Porto ★
6 Ausgaben kosten 27,- DM (incl. Porto) ★

ZÄHNE ZUSAMMEN-BEISSEN !!



Lotta DURA KAUFEN!

ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS UND MEHR

BEZUGSBEDINGUNGEN: Einzelexemplar: 25 öS, im Ausland 5 DM. 4-Nummernabo 100 öS und im Ausland 20 DM. Förderabo (4 Nummern) ab 500 öS. Spenden erwünscht und notwendig. Die Bezahlung erfolgt im voraus in bar oder in Briefmarken und zur Sicherheit im doppelten Umschlag: Der innere Umschlag enthält Begehr, Adresse und Bezahlung und wird mit H. Mader beschriftet und in das zweite Kuvert gesteckt, das mit der Adresse ÖH-GRUWI, Postfach 101, 1096 Wien beschriftet und ausreichend frankiert abgeschickt wir.

Lotta DURA erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von ca. 36 Seiten.
Faschistische Schläger, rassistische Schreibtischtäter, Braunzonen dieser Gesellschaft stehen im Blickpunkt unserer Recherche, doch ebenso sollen Diskussionen über antifaschistische Theorie und vor allem Praxis nicht zu kurz kommen.

Inhalt der 6. Nummer:
Schwerpunkt BURSCHENSCHAFT
- Werwolf-Terror
- Was Rechte schreiben
- Linker Antisemitismus

und mehr.

ERSTE HILFE

hysterieblatt
für die absteigenden mittelschichten

- berichte von der münchner staatsgrenze
- kleine schule des neoliberalismus
- die postfordistische stadt
- wer hat angst vor mikropolitischen kindergärten?

und noch viel mehr

september 96

kontakt: daiserstr. 34 81371 münchen
fon 089-74791278 fax 089-74791277

Deutschsprachige Übersetzung von Texten zu Che aus:





- Ansprache beim zweiten Wirtschaftsseminar der afro-asiatischen Solidarität Februar 1965, Che Guevara
- Hasta Siempre Comandante, gefangene Militante aus Action Directe
- Ein Beitrag von vier Gefangenen italienischen GenossInnen
- Sie wollen Che begraben Túpac Amaru (Peru)
- Der Sozialismus und der Mensch in Kuba, Che Guevara

Zu beziehen über:

Texte zu Che
c/o Internationalistisches Komitee
Am Landwehrplatz 2
66111 Saarbrücken

Preis: 3,50 DM incl. Versand

Broschüre des antifaschistischen Redaktionskollektivs:

Wurzen -

Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen.

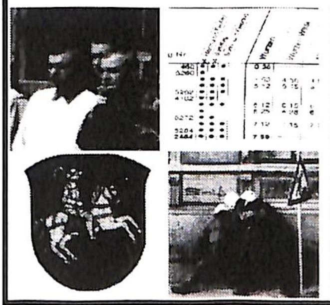
Inhalt

- **Situation in der BRD**
- **Strukturen und Entwicklung der Faschos im Muldentalkreis/Wurzen**
- **Chronik der Übergriffe**
- **Verhalten von staatlichen Ermittlungsbehörden und Justiz**
- **Stadtpolitik**
- **Antifaschistischer Widerstand in Wurzen**









zu bestellen bei:
Infobüro
Peterssteinweg 13
04107 Leipzig
Fax: 0341-9608303

5,- DM + Porto
ab 20 Hefte 4,- DM
nur Vorauskasse

---

nr. 41/42
juli 1996
2 mark

clock work

zusammen für befreiung kämpfen

themen:

- ★ zu den prozessen gegen kurden und kurdinnen in der brd
- ★ perspektiven der solidarität mit mumia abu-jamal
- ★ ¡ya basta! - zur lage des zapatistischen befreiungskampfes
- ★ interviews & gespräche mit esther berjerano, gioconda belli und dem kommunistischen jugendverband cubas

Einzelexemplare (für 4 DM in Briefmarken) und Abos:
clockwork
Leibnizstr. 24
55118 Mainz

Weiterstadt

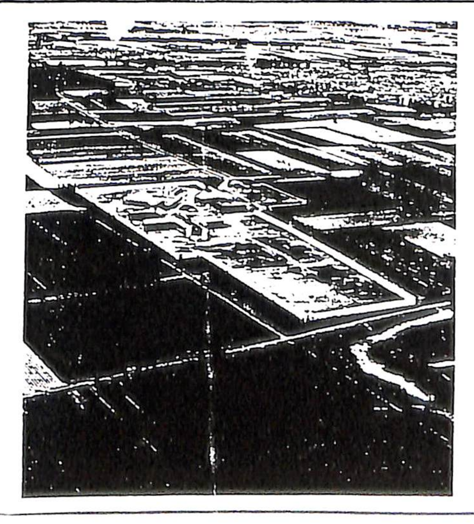
der High Tech Knast

1. Teil: Der Wohngruppenvollzug, Vorraussetzungen und Architektur.
2. Teil: Repression und Kriminalisierung.

4. Auflage

DIE ROTE HILFE
BUNTE HILFE

10 DM



Der umstrittene Gefängnisneubau in Weiterstadt
- Hochsicherheitsgefängnis -
-Abschiebehaftanstalt -
- als humaner Knast verkauft -
- wird 1997 bezogen.

Jetzt erscheint die 4. überarbeitete Auflage der kritischen Informationsbroschüre.
Zu bestellen bei der
Roten Hilfe e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel
Preis 10 DM incl. Porto Bezahlung nur in bar oder Briefmarken

Inhalt (Auszug):



3. Juli 1953: Vorbereitung der Ausstellung „Rationalisierung" in Düsseldorf



Mai 1963: Demonstration des Fortschritts in der Rübenzucht während des „Deutschlandtreffens" in Berlin/DDR